

Von der Partei der Arbeiter zur Partei der Arbeit – Fragen zum politischen Subjekt der Sozialdemokratie

Michael Vester
Schieflagen eines Erfolgsmodells

Wolfgang Menz, Sarah Nies
Was wollen Arbeitnehmer*innen? – Ansprüche von Beschäftigten aus soziologischer Perspektive

Stefanie Hürtgen
Arbeitssubjekt und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit – Denkweisen und Alltagspraxen von Arbeiter*innen in ihrer politischen Dimension verstehen

Klaus Dörre
Aufstehen – gegen was, wofür und mit wem? Über populistische Bewegungen in der demobilisierten Klassengesellschaft



#Digitaler Kapitalismus –
Alle Macht den Konzernen?
6. und 7. November 2018, FES Berlin

Uwe Kremer	
Kurzum.....	4

MEINUNG

Luciana Castellina	
Die Linke muss zuerst die Gesellschaft zurückerobern, nicht allein die Regierung	5
Folke große Deters	
Haft ohne Tat? Warum die „Vorbeugungshaft“ eine Gefahr für die Freiheit ist.....	10

SCHWERPUNKT: VON DER PARTEI DER ARBEITER ZUR PARTEI DER ARBEIT – FRAGEN ZUM POLITISCHEN SUBJEKT DER SOZIALDEMOKRATIE

Ole Erdmann, Gordian Ezazi, Katharina Oerder, Thilo Scholle, Stefan Stache	
Einleitung zum Schwerpunkt.....	14
Gordian Ezazi	
Das „ratlose Seufzen“ der Sozialdemokratie	
– was man mit sozialen Milieus erklären kann und was nicht	17
Michael Vester	
Schief lagen eines Erfolgsmodells – Langfristige Verschiebungen und Spannungen	
in der Wirtschafts- und Sozialstruktur der BRD seit 1991.....	25
Wolfgang Menz, Sarah Nies	
Was wollen Arbeitnehmer*innen?	
– Ansprüche von Beschäftigten aus soziologischer Perspektive	37
Stefanie Hürtgen	
Arbeitssubjekt und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit	
– Denkweisen und Alltagspraxen von Arbeiter*innen in ihrer politischen Dimension verstehen	45
Klaus Dörre	
Aufstehen – gegen was, wofür und mit wem?	
Über populistische Bewegungen in der demobilisierten Klassengesellschaft.....	51
Marc Herter	
Eine Allianz für den sozialen Fortschritt	
– Gedanken zur politischen Mobilisierung einer solidarischen Mehrheit	59
Ursula Bitzegeio	
Arbeiterkultur versus Massenkultur? Historiographische Überlegungen.....	64
Thilo Scholle	
Sammelrezension: Linkspatriotismus, Kosmopolitismus und Soziale Frage.....	72

ANALYSE & STRATEGIE

Arne Heise	
Stichwort Wirtschaftspolitik: Die ökonomischen Auswirkungen des Mindestlohns.....	77
Michael Reschke	
Die aktuelle Zahl: 150.000 Arbeitsplätze.....	79

Nicholas Williams

Brexit-Phantasien im gespaltenen Königreich: Der Konservatismus in der Krise.....80

Fabian Bremer

Der Prozess ist beendet, aber viele Fragen sind offen – der NSU-Komplex nach dem Urteil.....85

Jörg Wollenberg

„Den Grundgedanken der Demokratie, den Sozialismus retten“ (Hermann Brill)
– zur verhinderten Neuordnung nach 1945.....91

Peter Reif-Spirek

Rezension: Jeanette Erazo Heufelder – Der argentinische Krösus.....95

Thilo Scholle

Sammelrezension: Arbeiterbewegung zwischen Weimarer Republik,
NS-Diktatur und früher Bundesrepublik.....98

Kai Burmeister

Rezension: Paul Levi – Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied.....104

PERSONEN & POSITIONEN

Hilde Mattheis

DL 21 Aktuell: Wie schaffen wir die linke Alternative?105

#Digitaler Kapitalismus – Alle Macht den Konzernen?

Kongress am 6. und 7. November 2018, FES Berlin.....107

Digitaler Kapitalismus – Mehr Wohlstand oder sozialer Rückschritt?

Tagung am 21. September 2018 in Hannover107

#Digitaler Kapitalismus – Alle Macht den Konzernen?
6. und 7. November 2018, FES Berlin

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg), Klaus Dörre (Jena), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Oliver Kaczmarek (Kamen), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Detlev von Larcher (Weyhe), Uwe Meinhardt (Stuttgart), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), Florian Pronold (Deggendorf), René Rösper (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Michael Vester (Hannover), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Redaktion:

Thorben Albrecht, Claudia Bogedan, Björn Böhning, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Lars Neumann, Katharina Oerder, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Holger Schoneville, Till van Treeck

Chefredaktion

Stefan Stache

Titelfoto: fotomek © - Fotolia.com

Kurzum | von Uwe Kremer

Die Beschäftigung mit dem digitalen Kapitalismus ist schon fast ein Markenzeichen unserer Zeitschrift geworden. Maßgeblich war sie an dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung im vergangenen November ausgerichteten Kongress beteiligt, der nun im kommenden November seine Fortsetzung finden soll.

Verglichen mit anderen gesellschaftlichen Herausforderungen scheint es aber schwierig zu sein, die Digitalisierung als politisches Konfliktfeld zu profilieren – zumindest kurzfristig. Dennoch oder gerade deswegen ist es richtig, wenn sich die Sozialdemokratie schon jetzt intensiv mit dem digitalen Kapitalismus befasst und sich damit auf die herausziehenden Auseinandersetzungen einstellt. Nicht zuletzt, weil dieses Feld in Zukunft zunehmend populistische Affekte im Verhältnis zu „kosmopolitischen Datenkraken“ nahren wird.

Ein Problem besteht darin, dass es hierzulande bzw. in Westeuropa eine Art Mainstream gibt, die auf eine „Bändigung des digitalen Kapitalismus“ setzt – eine Art „Deal“ zwischen der EU-Technokratie und amerikanischen Internet-Konzernen. Dieser Deal erlaubt es letzteren, ihr Spiel zu spielen, wenn nur Verbraucherrechte und Datenschutz, ein Mindestmaß an Wettbewerb und höhere Steuerabführungen gewährleistet werden. Dies entspringt auf der einen Seite dem im Grundsatz ungebrochenen Glauben an die Wirksamkeit globalisierter Märkte, andererseits natürlich auch einem gewissen Realismus in Bezug auf die Kräfteverhältnisse in der internationalen digitalen Ökonomie.

Von enormer Bedeutung wird es aber sein, jenseits dieses Mainstreams und seiner Befangenheit in gegenwärtigen Konstellationen alternative – „unrealistische“ – Vorstellungen einer digitalisierten Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Hierzu muss man sich zunächst fragen, worin überhaupt die gesellschaftliche Dimension der Digitalisierung besteht.

Zunächst: Diese Dimension erschließt sich erst in dem Stadium, in das die Digitalisierung heute eintritt und das sich durch die Erzeugung



⇒ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

riesiger Datenmengen und ihre Umwandlung in intelligent nutzbare Daten auszeichnet, dies wiederum mit Hilfe lernfähiger künstlicher Intelligenz und in noch fernerer Zukunft beschleunigt durch Quantencomputer.

Sodann: Die gesellschaftliche Dimension erschließt sich – in politischer Perspektive entscheidend! – in Verbindung mit den gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen und ihrer Lösung. Es geht z.B. darum, wie man den vorsorgenden Sozialstaat und das Gesundheitswesen mit Hilfe vorausschauender Datenanalytik organisiert, wie man ökologische Stoff- und Energiekreisläufe mit Hilfe von datenbasierten Simulationen generiert und steuert, wie man Verkehrs- und Siedlungssysteme in ihrer Verbindung von lokalen Mikro- und transnationalen Makrostrukturen mit Hilfe digitaler Planungsmechanismen nachhaltig umbaut. Es geht damit auch um einen „Klassiker“, nämlich großdimensionierte und langfristig angelegte Zukunftsinvestitionen in die gesellschaftliche Infrastruktur und den ökologisch-sozialen Umbau. Es geht darum, die Potenziale der Digitalisierung für die nachhaltige „Programmierung“ derartiger Investitionen und Infrastrukturentwicklungen zu nutzen.

Schlussendlich wird damit die Frage aktualisiert, wer diese Investitionen und Entwicklungen mit welchen gesellschaftlichen Zielsetzungen, Risiken und Nebenwirkungen und mit Hilfe welcher Algorithmen programmiert. Sie führt – **kurzum** – über die zweifelsohne wichtigen Fragen individueller Rechte hinaus zur Frage einer „demokratischen Programmierung“ gesellschaftlicher Infrastrukturen, der Vergesellschaftung von Datenpools und Regelwerken sowie eines starken öffentlichen Sektors in der digitalen Ökonomie. ■

Die Linke muss zuerst die Gesellschaft zurückerobern, nicht allein die Regierung

von Luciana Castellina

Für viele, zumindest für alle, die sich an das „jüngste“ vergangene Jahrhundert erinnern, muss die Niederlage der italienischen Linken bei den Wahlen vom 4. März überraschend gewesen sein. Denn Italien konnte über viele Jahrzehnte mit Linkssein gleichgesetzt werden: Hier hat die stärkste (und beste) westliche kommunistische Partei gewirkt – mit fast zwei Millionen Mitgliedern und einem Stimmenanteil um die 30 Prozent. Und auch wenn die Partei nie an der Regierung war, hat sie dennoch dank ihres Engagements und ihrer Hegemonie aus der Opposition heraus zum Besten beigetragen, was in Italien je auf demokratischer und sozialer Ebene erreicht wurde.

Nach dem legendären 1968 – das hier bei uns mindestens zehn Jahre angedauert und zudem eine neuere Linke hervorgebracht hat – pilgerten tausende junge Leute aus ganz Europa hierher, um den „Fall Italien“ aus der Nähe zu betrachten. Dies ging so weit, dass unsere Sprache als „das Englisch der Bewegung“ definiert wurde. Viele haben tatsächlich Italienisch gelernt, um an unseren außerordentlichen Studenten- und Arbeiterversammlungen teilnehmen zu können.

Was ist also mit dieser ruhmreichen Linken geschehen? Wie ist es möglich, dass die wichtigste Partei der Linken, die Demokratische Partei (Partito Democratico, PD), auf nicht einmal 20 Prozent zusammengeschrumpft ist (und dass die Verluste gerade in den Regionen, die schon immer „rote Regionen“ waren, so dramatisch ausgefallen sind: minus 32 Prozent in der Emilia-Romagna, minus 26 Prozent in den Marken, minus 25 Prozent in Umbrien, minus 24 Prozent in der Toskana)? Wie ist es möglich, dass die Italiener eine Regierung gewählt haben, die von den Überzeugungen eines Salvini dominiert ist, eines Rassisten, der aus Visegrad zu kommen scheint?

Ich glaube dennoch, dass es falsch wäre, das, was in unserem Land geschehen ist, als ein rein



↳ Luciana Castellina ist Kolumnistin der italienischen Tageszeitung *Il Manifesto*, die sie 1969 mitbegründete, und war von 1979 bis 1999 Abgeordnete im Europaparlament.

Foto: privat

italienisches Phänomen zu betrachten. Unter Berücksichtigung der Unterschiede, die man notwendigerweise anerkennen muss, glaube ich doch, dass es einen gemeinsamen Grund für den Niedergang der Parteien gibt, die im Schoße der Arbeiterbewegung entstanden sind. Und genau davon möchte ich zuerst sprechen, bevor ich darauf zurückkomme, was genau in Italien geschehen ist.

Die Krise der Linken ist kein unerwarteter Zufall, sie ist Ergebnis eines nunmehr zehnjährigen Prozesses, der zu einer tiefgründigen Erosion nicht nur der Linken, sondern der Demokratie geführt hat. Am Anfang steht überall der Verlust dessen, was die Linke von jeher legitimiert hat. Ihre Fähigkeit, die sozialen Interessen (und folglich auch die Werte) der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen sozialen Schichten politisch zu vertreten. Heute existiert diese Arbeiterklasse, der vom Marxismus die Hauptrolle während der Aufhebung¹ zugesprochen worden war, nicht mehr. Sie wurde aufgelöst, zum Teil durch die Entstehung neuer Technologie, vor allem aber aufgrund einer entschlossenen Willenskraft, diese zu zerstören.

Die einst bedeutende verarbeitende Industrie beschäftigt heute in Europa nicht mal mehr 8 Prozent der Arbeitskräfte (nur in Deutschland sind es noch 19 Prozent), während eine „Suppe“ an prekärer und zersplitterter Arbeit um sich greift. In den wenigen verbleibenden großen Unternehmen gibt es für die Belegschaft keine einheitlichen Verträge, obwohl die Arbeitnehmer Seite an Seite die gleichen Aufgaben ausführen. Die Arbeitnehmer haben ihre Arbeitsverträge bei Zeitarbeitsfirmen und nicht beim Unternehmen, für das sie arbeiten, direkt. Die Arbeit wird heutzutage ausgelagert

¹ Gemeint ist Marx' Bezeichnung für eine von der Arbeiterklasse ausgehende Bewegung, durch die ein Umsturz erfolgen kann.

(outsourcing), wodurch die Arbeitnehmer gegeneinander aufgebracht werden. Und dann gibt es noch die Scheinselbstständigen, *die Riders, die Uber, die Foodora*, alle abhängig von anonymen Plattformen, in denen die Entscheidungen von Algorithmen getroffen werden.

Es gibt zudem einen kulturellen Grund, die die Repräsentation dieser zersplitterten Arbeit noch schwieriger macht: Die jungen Leute wurden davon überzeugt, sich frei und unabhängig von ihren Eltern fühlen zu können, denn sie sind nicht mehr dazu gezwungen, ein Leben am Fließband und unter einem Vorgesetzten zu verbringen. Tatsächlich sind sie aber nur Arbeitnehmer ohne Vertrag, und folglich ohne soziale Rechte (wir nennen dieses Phänomen „Uberisierung“).

Diese uneinheitlichen Arbeitskräfte zu mobilisieren ist schwierig, auch weil sie geografisch verstreut sind und unter dem Druck des Outsourcing stehen. Wir haben es somit mit einer Mehrheit an „unterdrückten“ Arbeitern zu tun, die nicht mehr schwerpunktmäßig im industriellen Sektor beschäftigt sind. Man könnte sie als Arbeitskräfte bezeichnen, die an der Basis arbeiten, und damit beschäftigt sind, durch tausende unbedeutende aber unerlässliche Aufgaben, unser zivilisiertes soziales Leben zu ermöglichen.

Es ist ein neues Proletariat entstanden, dessen Einigkeit jedoch instabil und schwer erreichbar ist, denn das Kapital hat Schritt um Schritt beseitigt, was einst zu dessen Zusammenhalt beigetragen hatte. Die Arbeitsbeziehungen wurden diversifiziert, viele Arbeiter wurden in das System integriert und dazu verleitet aufrechtzuerhalten, was sie in Wirklichkeit unterdrückt. Ein subtiles, verführerisches Vorgehen, das dazu führt, dass sie sich eher als Konsumenten fühlen und nicht als Arbeiter; ein Vorgehen, das sie davon überzeugt hat, mit ihren eigenen Ersparnissen zu kleinen Aktionären zu werden; aufgrund des Verfalls des öffentlichen Wohlfahrtsstaats dazu angetrieben, auf ein privates Versicherungssystem zurückzugreifen; Schuldner der Banken zu werden, um sich ein Haus kaufen zu können.

Die Linke, alle Linken in allen europäischen Ländern, sind sich dieser Veränderung nicht nur nicht vollständig klar geworden, sondern haben

vielmehr noch zu ihr beigetragen. Sie haben zugelassen, dass diese Zersplitterung eintritt, oder, wie die PD in Italien, Gesetze verabschiedet, die diese befördert haben (vor allem der „job act“). Alle waren eingenommen von der Idee, dass die Flexibilität der Arbeit Reichtum bringen würde.

Warum sollten die Enkel der Arbeiterklasse weiterhin die Linke wählen, nachdem sie allmählich von den Errungenschaften, die über ein Jahrhundert erkämpft wurden, enteignet wurden? Ein enormer Teil der Gesellschaft ist ohne politische Vertretung zurückgeblieben und noch dazu der Hegemonie des extremen Individualismus ausgesetzt. Es herrscht ein Misstrauen gegenüber der Politik vor. Und die Politik zeichnet sich eben gerade dadurch aus, dass man Beziehungen zu anderen Menschen hat und beruht auf der Überzeugung, dass man seine Probleme nicht alleine lösen kann.

Es sollte hinzugefügt werden, dass mit der Globalisierung auch die Privatisierung der legislativen Macht stattgefunden hat. Entscheidungen von bedeutender Konsequenz für die Menschheit ergeben sich tatsächlich immer mehr aus kommerziellen oder finanziellen Verträgen, die weltweit zwischen großen Konzernen aufgestellt werden, während die Beschlüsse der Parlamente zunehmend zweitrangig sind. Für die Linke hat sich der Rahmen, in dem sie demokratisch handeln kann, in diesem Kontext dramatisch reduziert. (Hat der jüngste Kauf von Monsanto durch Bayer, um nur ein Beispiel zu nennen, diese vollständige Kontrolle, die der neue Koloss über das Saatgut hat, etwa keinen Einfluss auf unser Leben – wesentlich mehr, als viele der Entscheidungen, die unsere Parlamente treffen?).

Und dies ist nur ein Aspekt der Erosion der Demokratie, der fortschreitenden Verlagerung der Entscheidungsgewalt in die Hände von Privatleuten und/oder Managern, zum Nachteil der Parlamente, die nunmehr für die Geschwindigkeit des dritten Jahrtausends zu langsam handeln. Die Offensive, oder vielmehr die Gegenoffensive (denn es handelt sich um die Reaktion auf Veränderungen der Machtverhältnisse, die sich in der Welt zwischen Ende den 1960er und Anfang der 1970er Jahre aufgrund der Studenten- und Arbeiterkämpfe ereignet hatten)

hat bereits 1973 mit dem Auftreten neuer Protagonisten wie den unabhängig gewordenen Ländern der Dritten Welt, begonnen.

Zu diesem Zeitpunkt wurde die Trilaterale Kommission gegründet, der Zusammenschluss der drei großen Namen des Kapitalismus dieser Zeit, der Vereinigten Staaten, Japans und Europas. Gegründet von Kissinger und Rockefeller, heißt es in ihrem Manifest: „Es ist zu viel Demokratie in der Welt gewachsen, das System kann es sich nicht leisten, die Wirtschaftspolitik ist zu komplex, um sie den Parlamenten, der Politik, zu überlassen.“ Seitdem wurden immer mehr Entscheidungen auf Führungskräfte übertragen und die demokratisch gewählten und kontrollierten Institutionen marginalisiert. Der Vorreiter dieser Transformation war die Europäische Union, aber auch die einzelnen Mitgliedstaaten haben sich bald auf die Transformation eingestellt. So sehr, dass nun immer mehr das Wort Governance anstatt von Regierung verwendet wird, was jedoch eine ganz andere Bedeutung hat: Bei dem Begriff Governance handelt es sich um den Vorstand einer Bank oder eines Unternehmens, Regierung ist der Ausdruck der Volkssouveränität.

Auch dieser fortschreitenden Entleerung der Demokratie hat sich die Linke ohne zu reagieren ergeben, in manchen Ländern ist sie sogar zu ihrer Fahnenträgerin geworden. Genau das ist in Italien passiert, und hier trägt die Führung der Demokratischen Partei Verantwortung. Ihr ehemaliger Vorstand und vormaliger Ministerpräsident Matteo Renzi ist nur der arroganteste Ausdruck davon. Die Beschneidung der Parlamentsrechte war die Konstante seiner Arbeit, bis er am 4. Dezember 2017 eine substantielle Verfassungsänderung zu einem Referendum vorgelegt hat. Daraus ist die PD mit gebrochenen Knochen hervorgegangen, besiegt, auch aufgrund einer breiten Mobilisierung der großen Organisationen der Linken – der CGIL (der Gewerkschaftsbund), der ARCI (die größte säkulare kulturell-soziale Organisation mit einer Million Mitgliedern), der ANPI (der Partisanenverband) – einmal ein integraler Bestandteil der PD-Wählerschaft. Und doch ist das Risiko nicht beseitigt, denn dies ist die überall vorherrschende, subtilste und gefährlichste Tendenz. Macron in Frankreich verfolgt auf jeden Fall dieselbe politische Linie.

In Italien, wo sich Renzi vielleicht endgültig zurückgezogen hat, wurde die PD jedoch keiner kritischen Revision unterzogen und befindet sich nun in einer streitsüchtigen Zersetzung ihrer selbst. Und es ist interessant hervorzuheben, dass auch gerade die Fünf-Sterne-Bewegung, die jetzige Mehrheitspartei, die von vielen als eine raue und aufrichtige Form des linken Protests betrachtet wurde, genau bei derselben Vision gelandet ist. Ihr wirklicher Mentor, Casaleggio, der die „Rousseau-Plattform“ kontrolliert, auf der die Mitglieder verbindlich ihre Überzeugungen äußern – eine Art groteske digitale Imitation der direkten Demokratie – hat kürzlich verkündet, dass Parlamente nicht mehr gebraucht würden. Das Internet sei ausreichend. Da die Linke keine wirtschaftliche Macht hat, sondern nur die Politik, um ihre Gründe geltend zu machen, ist es nur natürlich, dass sie das Hauptopfer dieses Phänomens ist. Im Falle der PD hat dies ihren Charakter verändert und hat damit den Kern dessen, was eine Partei ausmacht, erschüttert. Diese Erschütterung ist noch lange nicht überwunden. Hierzu zählt auch der Rückzug eines relevanten Anteils ihrer ehemaligen historischen Führungsgruppe.

In jedem Land wurde die von der Linken hinterlassene Leere auf andere Art und Weise ausgefüllt, in meinem auf eine sehr andersartige: mit einer sehr anomalen Kraft wie der Fünf-Sterne-Bewegung, die als Anti-System-Protest geboren wurde und schließlich der Regierungspartner einer reaktionären und rassistischen Partei (man könnte sagen „Trumpianischen“) wie der Lega wurde. Diese ist aber nicht traditionell faschistisch wie die Parteien, die, wenn auch immer noch in der Minderheit, überall in Europa wachsen: Ihr Führer Salvini spricht zum „Bauch“ (zu den kleinlichen, materiellen Interessen), nicht zum Herzen, er ruft keine glorreichen nationalistischen Ideologien auf.

Es ist schwierig, unsere „Grillini“ zu definieren (so werden die „Fünf Sterne“-Anhänger aufgrund des Namens ihres Gründers, des Komödianten Beppe Grillo, genannt): Es handelt sich um eine verwirrte Ansammlung von frustrierten Jugendlichen und der erzürnten kleinbürgerlichen sozialen Basis, die besonders hart von der Wirtschaftskrise getroffen wurde und keinerlei kulturelle Bildung hat, in der es aber viele Wähler gibt, die von links kommen: diejenigen, die

dem Protest gegen ihre alte politische Heimat besonders stark Ausdruck verleihen wollen.

Und das ist nur natürlich, denn anders als in vielen anderen europäischen Ländern war es in den letzten fünf Jahren genau dieses politische Lager, das in Italien an der Regierung war: die PD, diese unglückliche Kreatur, entstanden aus einem Bequemlichkeitsbündnis zwischen Kommunisten, die gewillt waren, ihre Geschichte zu verleugnen, um Zugang zu der begehrten Regierung zu erhalten, und von Christdemokraten, die sich nach dem unrühmlichen Ende der „ersten Republik“ (1946-1990), die sie immer regiert hatten, neu erfinden mussten.

Die PD als eine Linkspartei zu definieren, ist schwierig, sowohl aufgrund ihrer Sozialpolitik als auch aufgrund der Linie, die von ihrem Innenminister Minniti im Rahmen der Migrantinnenfrage eingeschlagen wurde, die den Ansichten der Lega Nord unheimlich ähnlich ist. Die Verantwortung der PD, zugelassen zu haben, dass diese Art von Opposition entsteht, ist sehr schwerwiegend. Es wäre völlig falsch zu glauben, dass diese jetzt bekämpft werden kann, indem eine wirre demokratische „antifaschistische“ Front ins Leben gerufen wird, die von denselben Leuten angeführt wird, die ursprünglich zum Erfolg der Opposition beigetragen hatten, und im Zuge dessen die schwächsten sozialen Schichten ihrem Schicksal überlassen hatte: die unheimlich stark angestiegene Zahl der Armen – und hierbei handelt es sich nicht nur mehr um die Arbeitslosen, sondern auch um die Arbeitnehmer.

Anstatt heute eine illusorische Rückeroberung der Regierung durch mehrdeutige, antifaschistische Allianzen zu versuchen, erscheint es sinnvoller, die Grundpfeiler der Linken wieder aufzubauen. Das heißt, einen alternativen sozialen Block zu schaffen, der die Welt der abhängig Beschäftigten mit den Bewegungen zusammenführt, die aus diesen neuen Widersprüchen entstanden sind, die nicht direkt mit dem Gegensatz Kapital-Arbeit zusammenhängen, aber damit dennoch verknüpft sind.

Kurz gesagt, es ist notwendig, zunächst die Gesellschaft zurückzugewinnen, bevor man es sich zum Ziel macht, die Regierung zu erobern.

Und dazu muss eine Eigenschaft der traditionellen linken Kultur überwunden werden, die sowohl ihrem sozialdemokratischen als auch ihrem kommunistischen Flügel gemeinsam ist: die Fokussierung auf die Staatsmacht, ob sie nun durch die Revolution erobert oder vom Parlament ausgeübt wird. Die Parteien dieser Linken sind heute auf diese Zentralität ausgerichtet, ihre Losungen sprechen davon, „was sie alles tun werden, wenn sie an der Regierung sind“, ihr tägliches Engagement zielt nur darauf ab, die Wahlen zu gewinnen. Am Ende haben sie noch nicht einmal mitbekommen, dass sie darüber die Gesellschaft verloren haben. Das ist sogar in Italien, oder besser, besonders in Italien, passiert, obwohl Gramsci das Gegenteil gelehrt hatte.

Die Neugestaltung eines alternativen sozialen Zusammenschlusses erfordert Initiative auf der sozialen Ebene, die nicht von einer neoliberalen Logik inspiriert ist. Vielleicht ist es die größte Verfehlung der Linken, dass sie aufgehört hat, die Irrationalität des kapitalistischen Systems, das gerade in unserer heutigen Zeit seine Risse stärker als je zuvor aufzeigt, anzuklagen. Allen voran die Tatsache, dass der technische Fortschritt dazu genutzt wird, die Beschäftigung zu reduzieren, anstatt die Ressourcen und Energie zu nutzen, um wesentliche menschliche Bedürfnisse zu erfüllen.

Diese wirkliche Linke, von der aus ein neuer Prozess gestartet werden kann, und die bereit ist, im vorausgehend beschriebenen Sinne zu arbeiten, gibt es in Italien immer noch. Sie ist jedoch desillusioniert, misstrauisch und auf politischer Ebene gespalten. Sie ist unsichtbar und hat sich in die vollkommene Enthaltung zurückgezogen.

Sie existiert noch, denn es gibt auf zivilgesellschaftlicher Ebene noch so viele Verbände, die sich in Freiwilligenarbeit für Migrantinnen einsetzen, sich ökologisch engagieren, Feministinnen („Non una di meno“, dt. „Nicht eine weniger“²) und Gruppen, die gegen die Prekarisierung der Arbeitswelt kämpfen; letztere sind am schwierigsten durch die Initiative der Gewerkschaften zu erreichen, die sich darum bemühen, nach Jahren der Ignoranz wieder Boden zu gewinnen; Diese Gruppen konnten erste Erfolge erzielen,

2 Eine Initiative gegen Gewalt an Frauen

indem sie neue Arbeitsteilung ermöglichten und auf diesem Weg, wenn auch in einem vollkommen anderen Zusammenhang, die einst glorreiche Genossenschaftsbewegung wiederbelebt haben. Diese Realität wurde heute durch den außerordentlichen Linksruck eines wesentlichen Teils der katholischen Verbände bereichert, dank der mutigen Linie von Papst Franziskus.

Auf der sozialen gesellschaftlichen Ebene zeigt sich eine dynamische Entwicklung, auf politischer Ebene und in den Parteien tut man sich schwer mit Veränderung.

Bei den letzten Parlamentswahlen ist nur eine Formation, genannt LEU (*Liberi e Uguali*, dt. Frei und Gleich) angetreten, die am Vorabend der Wahlen hastig von zwei Instanzen geschaffen wurde. Diese zwei Instanzen waren die Italienische Linke (die konsequenteste und politisch vernünftigste Partei, und die einzige links von der PD, mit einer bedeutenden Präsenz im vorherigen Parlament: 35 Abgeordnete) und die MDP (*Movimento Democratico Popolare*, dt. Demokratische Volksbewegung), in der sich die aus der PD Ausgeschiedenen zusammengeschlossen haben, einschließlich maßgeblicher Führungskräfte aus der PCI³. Darunter finden sich ehemalige Premierminister, Präsidenten der Regionen Toskana und Emilia Romagna sowie viele Gewerkschafter.

Der LEU ist es trotz des für sie ungünstigen Wahlrechts gelungen, die Hürde ins Parlament zu überwinden – im Gegensatz zu „*Potere al Popolo*“ (dt. die Macht dem Volk), die Liste, in der die *Rifondazione Comunista* und einige *Centri Sociali* (dt. soziale Zentren) zusammengelegt wurden. Ihr Ergebnis ist jedoch weit unter den Erwartungen geblieben. Der Übertritt einer – wenn auch maßgeblichen – Gruppe von Führungspersonen der PD zur LEU erfolgte zu spät. Die linken Wähler haben es dieser Gruppe nicht verziehen, dass sie über einen so langen Zeitraum die Entscheidungen der PD mitgetragen hat. Die Kandidaten von SI (*Sinistra Italiana*, dt. Italienische Linke) sind wiederum dafür bestraft worden, dass sie sich mit den ehemaligen Politikern der PD zusammengeschlossen haben.

Gerade diese enttäuschende Wahlerfahrung zeigt, dass die von der PD verursachten Schäden ernster sind, als wir angenommen hatten. Die Enttäuschung, oder vielmehr die Wut, hat tatsächlich viele ehemalige PD-Wähler veranlasst, ihre Stimme direkt auf die Fünf-Sterne zu verlagern, in der Hoffnung, dass diese alles in die Luft jagen und auf der politischen Bühne reinen Tisch machen würde. (Massimo D'Alema, ehemaliger Sekretär der PCI, ehemaliger Ministerpräsident, einer der bedeutendsten italienischen Politiker, Kandidat der LEU, hat in seinem traditionellen Wahlbezirk 3,1 Prozent erhalten!)

Es wird lange dauern und nicht leicht sein, den Prozess des kulturellen, sozialen und politischen Wiederaufbaus anzustoßen. Und es wird schwierig sein, beim ersten anstehenden Test, den Europawahlen, mit einer einheitlichen Liste anzutreten, die alle Akteure repräsentiert, die sich auf sozialer und politischer Ebene bewegen. Eben genau das Thema Europa ist eines der brennendsten und spaltendsten Themen, denn auch in Italien gibt es viele Stimmen für die Anti-Europa-Politik à la Mélenchon.

Es ist schwierig, die Menschen davon zu überzeugen, wie es die Italienische Linke versucht, dass die EU drastisch geändert werden muss, aber dass es falsch wäre, sie abzuschaffen. Denn wenn das geschehen würde, werden wir alle im Ozean der Globalisierung versinken. Ohne die EU wäre es unmöglich, den Bürgern wirkliche Macht zurückzugeben, genauso wie es undenkbar ist, wirkliche demokratische Institutionen auf globaler Ebene aufzubauen. Die einzige Lösung, die auch langfristig vernünftig ist, ist die Globalisierung in kontinentale Makrogebiete zu unterteilen, von denen jedes eine gewisse Homogenität aufweist und wovon Europa eines sein könnte. Vielleicht ist Europa am besten dazu geeignet den Weg dieses Experimentes zu beschreiben, denn Europa verfügt bereits über eine Struktur. Und Europa ist trotz all seiner Mängel immer noch der größte Zusammenschluss demokratischer und sozialer Rechte. Europa ist der Ort, an dem es die meisten Proteste gibt, die selbst, wenn sie keinen durchschlagenden Erfolg haben, trotzdem dazu beitragen, die TINA (*There Is No Alternative*) aller Epochen zu zerschlagen. ■

3 Partito Comunista Italiano (Kommunistische Partei Italiens)

Haft ohne Tat? Warum die „Vorbeugungshaft“ eine Gefahr für die Freiheit ist

von Folke große Deters¹



☞ Folke große Deters ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen in der NRW SPD (ASJ NRW) und stellvertretender Vorsitzender der SPD Rhein-Sieg.

Foto: SPD@susieknol

Die Angst vor dem Terrorismus macht es möglich. Lange sicher geglaubte rechtsstaatliche Standards werden aus den Polizeigesetzen der Länder entfernt. Trauriger Höhepunkt ist die Einführung einer „Vorbeugungshaft“. Worum geht es? Bisher diente der Polizeigewahrsam dazu, in konkreten Notsituationen eine kurze Inhaftierung zur Gefahrenabwehr zu ermöglichen. Der Standardfall ist der stark Betrunkene, der zum Schutz für sich und für andere die Nacht in der Ausnüchterungszelle verbringen muss. Absolute Höchstdauer in Nordrhein-Westfalen sind nach geltendem Polizeirecht 48 Stunden, in Bayern galten bis zum letzten Jahr zwei Wochen. Diese Zwei-Wochen-Frist war seinerzeit im Vergleich der Bundesländer schon ein sehr bedenklicher Ausreißer nach oben. Aber die Maßstäbe haben sich drastisch verschoben. Der herkömmliche Polizeigewahrsam wird faktisch zu einer „Vorbeugungshaft“. Nun kann man in Bayern theoretisch unendlich lange eingesperrt werden². In Nordrhein-Westfalen soll zukünftig die Höchstgrenze von immerhin einem Monat gelten. Dabei muss man sich klar machen: Es geht hier um die Inhaftierung von Unschuldigen. Erstmals in der Geschichte

der Bundesrepublik können Menschen auch dann dauerhaft eingesperrt werden, wenn weder eine psychische Einschränkung noch eine tatsächlich begangene Tat Anknüpfungspunkt der Maßnahme ist. Vielmehr reicht der Verdacht, dass die inhaftierte Person zukünftig gefährlich sein könnte. Damit wird der intensivste Eingriff in die Freiheit, der in einem freiheitlichen Rechtsstaat regulär möglich ist, alleine auf vermeintliche Gedanken und Absichten gestützt. Die Unschuldsvermutung läuft doppelt leer, weil der Eingesperrte selbst mit dem definitiven Beweis, dass er keine rechtswidrige Tat begangen hat, seine weitere Inhaftierung nicht abwenden kann. Ein solches Institut ist eigentlich typisch für autoritäre Staaten, in der deutschen Geschichte ist das Institut der „Schutzhaft“³ bekannt. Es ist der Ungeist von Guantanamo, der in das deutsche Polizeirecht Einzug hält.

Leider ändert das nichts daran, dass selbst bei dieser fundamentalen Frage des Rechtsstaats die Haltung der Sozialdemokratie nicht überall eindeutig ist. Als Bayern eine theoretisch unbegrenzt lange dauernde „Vorbeugungshaft“ beschloss, konnte sich die bayrische SPD-Landtagsfraktion bei der ersten Fassung des Gesetzes nur zu einer Enthaltung durchringen. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Artikels will der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) ein Gesetz durch den niedersächsischen Landtag bringen, das eine Inhaftierung von „Gefährdern“ von bis zu 74 Tagen ermöglichen soll.

Damit ist dargetan, dass die SPD hier dringend eine Selbstvergewisserung braucht. Ich

1 Der Autor dankt Dr. Thomas Grosse-Wilde für wertvolle Hinweise. Vgl. auch den Beschluss der NRW SPD auf Antrag der ASJ vom 23.06.2018: https://www.asjnrw.de/wp-content/uploads/sites/268/2018/06/20180510_Antrag_Landesparteitag_Polizeigesetz_1_.pdf, 09.08.2018

2 Tatsächlich gibt es in Bayern keine Obergrenze. Die Haft kann höchstens für drei Monate verhängt, aber vom Richter „jeweils“ um längstens drei Monate verlängert werden. Damit ist theoretisch „lebenslanglich“ ohne eine einzige Straftat möglich (Art. 20 Nr. 3 Bayerisches Polizeiaufgabengesetz).

3 Siehe § 1 Abs. 1 des Schutzhafterlasses des Reichsministers des Inneren an das Geheime Staatspolizeiamt vom 25. Januar 1938: „Die Schutzhaft kann gegen Personen [...] angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Zustand und die Sicherheit des Volkes gefährden.“ Es soll nicht behauptet werden, dass die heutigen Normen zur „Vorbeugungshaft“ im Ausmaß ihrer Rechtsstaatswidrigkeit mit dieser vergleichbar sind. Aber man sollte sich bewusst sein, dass die faktische Einführung eines schuldunabhängigen Verdachtsstrafrechts eine besorgniserregende Erosion rechtsstaatlicher Standards ist, die zu einem freiheitlichen Staat nicht passt.

will dazu beitragen und in diesem Beitrag zunächst aufzeigen, warum die „Vorbeugungshaft“ ein erheblicher Eingriff in die Freiheit ist und einen Paradigmenwechsel im deutschen Polizeirecht markiert. Sodann möchte ich diese Überlegungen mit prinzipiellen staats- und demokratietheoretischen Überlegungen absichern.

Längere Haft bei niedriger Eingriffsschwelle

Das Ausmaß der Freiheitsgefährdung durch die „Vorbeugungshaft“ lässt sich nur ermes- sen, wenn in Rechnung gestellt wird, dass nicht nur die Haftzeiten verlängert, sondern auch die Hürden zur Anordnung der „Vorbeu- gungshaft“ deutlich herabgesenkt werden.

Seit 1949 war in Deutschland eigentlich klar, dass präventives polizeiliches Handeln – und damit Eingriffe in die Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern – grundsätzlich nur bei einer „konkreten Gefahr“ möglich ist. Eine solche liegt nach der gängigen Definition erst bei „einem Lebenssachverhalt vor, der bei einem ungehinderten Ablauf in absehbarer Zeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden an den polizeilich und ordnungsbehördlich geschützten Gütern führt.“⁴ Ein Eingriff ist also nur dann möglich, wenn die Gefahr ein hohes Maß an Konkretion gewonnen hat und mehr ist als nur eine ir- gendwie geartete Möglichkeit. Es gehört zu den ehernen Grundsätzen eines rechtsstaatli- chen Polizeirechts, dass ein Schluss von der „Aufgabe“ auf die „Befugnis“ unzulässig ist; die Polizei Eingriffe in Grundrechte also erst aufgrund einer exakt gefassten gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage vornehmen darf. Dahinter steckt der Gedanke, dass es in der Demokratie das Volk selber ist, das durch Ge- setze festlegt, auf welche Weise und in welchem Maße der Staat sein Gewaltmonopol ausüben darf. Während der Staat im Absolutismus un- begrenzt in die Freiheit seiner Bürgerschaft eingreifen konnte, um ein wohlgeordnetes Gemeinwesen („Gute Policey“) zu schaffen,

wird die ungestüme Staatsgewalt ab dem 19. Jahrhundert rechtsstaatlich gebändigt. Bür- gerinnen und Bürger sollen der Staatsgewalt nicht mehr als Untertanen gegenübertreten, sondern Rechte auch gegen den Staat haben, der ja nur über das Gewaltmonopol verfügt, um die Freiheit seiner Staatsbürger sichern und ermöglichen zu können.

Nun wirkt die Formel der „konkreten Ge- fahr“ auf den juristischen Laien eher „un- konkret“. Sie hat aber durch jahrzehntelange Rechtsprechung klare Konturen erhalten und wirkt in der Praxis durchaus begrenzend. In den neuen Gesetzen soll dagegen bei Freiheits- eingriffen eine Form der „abstrakten Gefahr“ genügen, die in Bayern und Nordrhein-Westfa- len irreführend als „drohende Gefahr“ bezeich- net wird. In Nordrhein-Westfalen soll es nach den aktuellen Plänen der Landesregierung ge- nügen, dass eine Person „innerhalb eines ab- sehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierte Weise eine Straftat von erheblicher Bedeutung begehen wird.“⁵ Der befürchtete Geschehensablauf verliert so sei- ne konkreten Konturen; es genügt, dass mög- licherweise irgendwann einmal irgendetwas passiert. Die Begrenzung auf „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ wirkt dabei weniger eingrenzend, als es der Begriff suggeriert, denn umfasst sind alle Verbrechen und ein – nicht abschließender – Katalog von Vergehen. Es geht also mitnichten nur um die Abwehr von Terrorakten. Zur Klarstellung: Das Institut der „drohenden Gefahr“ gilt nicht nur für den Ge- wahrsam, sondern auch für weitere Eingriffs- ermächtigungen wie die „elektronische Fuß- fessel“ und Aufenthaltsgebote und -verbote. Die „Vorbeugungshaft“ ist nur das schlimmste, aber nicht das einzige Beispiel für eine gefähr- liche Entgrenzung des Polizeirechts.

Für die Höchstfrist der „Vorbeugungshaft“ von einem Monat ist nach dem aktuellen nor- drhein-westfälischen Entwurf die „drohende Gefahr“ als „drohende terroristische Gefahr“ etwas stärker auf typische Gefahren durch Terrorismus eingegrenzt. Allerdings soll die- se auch schon einschlägig sein, wenn „die Tat

4 Dietlein/Hellermann, Öffentliches Recht in Nordrhein-Westfalen. Verfas- sungsrecht, Kommunalrecht, Polizei- und Ordnungsrecht, Öffentliches Bau- recht, 6. Auflage 2016, S. 312.

5 § 8 Abs. 4 der geplanten neuen Fassung des Polizeigesetzes NRW.

bestimmt und geeignet ist, die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern.“⁶ Dies kann auch bei vergleichsweise harmlosen Taten der Fall sein. Im Gegenzug reicht für die „drohende terroristische Gefahr“ aus, wenn „lediglich das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass die Person innerhalb eines absehbaren Zeitraums eine Straftat von erheblicher Bedeutung begehen will.“⁷ Damit hat der Gefahrenbegriff noch die letzten Konturen verloren. Es ist zu befürchten, dass zukünftig schon ein irgendwie „merkwürdiges“ oder „verdächtiges“ Verhalten zum Anknüpfungspunkt schwerster Grundrechtseingriffe gemacht werden kann. Dafür müsste von Rechts wegen nicht der leiseste Anhaltspunkt für eine auch nur in Ansätzen konkretisierbare rechtswidrige Tat dargetan werden.

Praktische Einwände

Schon vordergründig lassen sich gegen die „Vorbeugungshaft“ eine Vielzahl von Einwänden erheben. Ganz pragmatisch stellt sich die Frage nach den Effekten des neuen Instruments. Befürworter müssen erklären, wie gefährliche Menschen nach drei Monaten oder einer Woche plötzlich zu nicht mehr gefährlichen Menschen gemacht werden sollen. Deutlich wahrscheinlicher erscheint, dass ein Mensch, der aufgrund einer längeren Haft seinen Arbeitsplatz oder seine Wohnung verloren hat, das Gefängnis deutlich „gefährlicher“ verlässt, als er es betreten hat. In letzter Konsequenz führt die Logik der „Vorbeugungshaft“ zu einer totalitären „Unendlichkeitsvorbeugungshaft“, die in Bayern ja auch schon verwirklicht ist.

Zu betonen ist auch, dass dem Staat im Vorfeld von Anschlägen und Anschlagssplanungen keineswegs die Hände gebunden sind. Die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie die Vorbereitung von Terrorakten sind Straftaten. Auch ohne Komplizen steht auf die Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Straftaten bis zu zehn Jahre Haft. Besteht ein

dringender Tatverdacht und wird eine Wiederholungsgefahr angenommen, können dieser Straftaten Verdächtige selbstverständlich auch in Untersuchungshaft genommen werden.

Häufig wird der Richtervorbehalt als ausreichende rechtsstaatliche Sicherung gegen eine unverhältnismäßige Anwendung der Eingriffsbefugnisse ins Feld geführt. Das ist schon deswegen naiv, weil ein Richter anders als bei einer Straftat nichts Greifbares überprüfen kann, sondern sich mit vermuteten Absichten auseinandersetzen muss. Im Klartext: Gedanken lesen können auch Richter*innen nicht. Im Zweifel werden sie sich bei der Entscheidung an der kriminalistischen Erfahrung der „Praktiker“ orientieren. „Grundrechtsschutz durch Verfahren“ kann immer nur ergänzend Schutz bieten, er kann aber nicht eine mangelhafte Eingrenzung von Eingriffsbefugnissen kompensieren. Es ist unredlich, die Last der Entscheidung über Freiheitssphären alleine auf den Schultern der Richter*innen abzuladen.

Prinzipielle Einwände

„Lieber einen Unschuldigen einsperren als den Tod von vielen Menschen durch einen Terroranschlag riskieren.“ So verteidigte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) sinngemäß seine Pläne, in einer Neufassung des Polizeigesetzes eine „Vorbeugungshaft“ von bis zu einem Monat zu ermöglichen. Diese Äußerung zeigt, wie weit sich Teile des öffentlichen Diskurses bereits vom zentralen Gedanken unserer verfassungsmäßigen Ordnung entfernt haben

Die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes, die auf den Philosophen Immanuel Kant zurückgeht, hat nämlich vor allem die Funktion, derart unbekümmerte Abwägungen zu verhindern. Für Kant ist „Würde“ ein Gegenbegriff zum „Preis“, der Werte zueinander in Beziehung setzt: „Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes als Äquivalent gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstattet, das hat eine Würde.“⁸ Nach dem Gedanken der

6 § 8 Absatz 5 Satz 1 Nr. 1 der geplanten Fassung für ein neues Polizeigesetz NRW.

7 § 8 Absatz 5 Satz 2 der geplanten Fassung für ein neues Polizeigesetz NRW.

8 Immanuel Kant, *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, 2. Auflage 1786, S. 78.

Menschenwürde steht der Mensch dem Staat – und selbst einer demokratischen Mehrheit in diesem Staat – nicht rechtlos gegenüber. Er hat vielmehr einen Anspruch darauf, nicht alleine als Mittel zum Zweck für die Erreichung staatlicher Ziele behandelt zu werden. Er „verstatet kein Äquivalent“, weil er „Zweck an sich“ ist. Hieraus folgt das ursprüngliche und erste Menschenrecht auf Freiheit.

Was folgt daraus? Zunächst einmal enthält das Grundgesetz eine „Utilitarismus-Sperre.“ Für den Utilitaristen zählt alleine das größte Glück der größten Zahl. Das kann aber auch dann erreicht werden, wenn einer für das Glück der Übrigen geopfert wird. Dann ginge auch die Abwägung „Leben gegen Leben“, die das Bundesverfassungsgericht aber aus guten Gründen verbietet. Der Menschenwürdegehalt der Freiheitsrechte ist abwägungsfest. Rechte des Einzelnen können nicht beliebig zur Verfügungsmasse des Staates zur Erreichung seiner Ziele werden.

Aus der Menschenwürde folgt auch, dass das Gewicht eines Freiheitseingriffs sich nicht nur aus der Anzahl der Betroffenen, sondern aus der Betroffenheit des Einzelnen bemisst. Für unseren Fall heißt das, dass wir nicht nur die möglichen Opfer betrachten. Wir fragen vielmehr: Kann dem Einzelnen, der keine rechtswidrige Tat begangen hat, zugemutet werden, einen Verlust seiner Freiheit alleine aufgrund eines Verdachts hinzunehmen? In der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 war die Antwort klar: Die Inhaftierung eines psychisch gesunden Menschen muss an eine begangene Tat anknüpfen – und nicht nur an einen Verdacht. Das muss präzisiert werden. Denn auch bei der Untersuchungshaft reicht ein „dringender Tatverdacht“ für eine Inhaftierung. Allerdings geht es hier um den Verdacht, dass eine Tat begangen wurde. Bei der polizeirechtlichen „Vorbeugungshaft“ geht es dagegen nicht um begangene Taten, sondern um Gedanken und Absichten. Es geht um den Verdacht, dass jemand möglicherweise zukünftig eine Tat begehen will. Bei der „Vorbeugungshaft“ gibt es für die Prüfung keinen vergleichbaren Anhaltspunkt wie bei der Untersuchungshaft,

weil kein Mensch die Gedanken eines anderen Menschen lesen kann. Wie sollen die bewiesen oder widerlegt werden? Deshalb ist für ein rechtsstaatliches Recht wichtig, dass sich Freiheitseingriffe nie alleine auf Gedanken und Gesinnungen, sondern immer auch auf objektive Tatbestände beziehen müssen. Ein reines Gedankenrecht ist kein rechtsstaatliches Recht.

Vor diesem Hintergrund müsste die Antwort zur Beurteilung der „Vorbeugungshaft“ klar sein. Die Gefängnisstrafe oder der Gewahrsam ist einer der schwersten Freiheitseingriffe, die in einem freiheitlichen Rechtsstaat regulär möglich sind. Eingesperrt werden kann nicht, wer etwas gedacht, sondern nur, wer etwas getan hat. Das „Sonderopfer“, sich alleine aufgrund vermuteter Gedanken und Absichten einsperren zu lassen, kann dem Einzelnen aber nicht zugemutet werden. Vorbereitungshandlungen von terroristischen Handlungen oder die Unterstützung terroristischer Vereinigungen stehen unter Strafe. Wer aber keine Straftaten begeht und noch nicht einmal einer Tatbegehung verdächtig ist, hat ein Recht auf Freiheit.

Das klingt für manche „Praktiker“ arg theoretisch. Denen sei gesagt, dass unsere rechtsstaatlichen Sicherungen nicht von Theoretikern ersonnen wurden, sondern Ausfluss sehr handfester, praktischer Erfahrungen sind. Die Eltern des Grundgesetzes kannten den schrankenlosen Maßnahmenstaat noch aus eigener Anschauung. In großen Teilen der Welt existiert er in verschiedenen Ausprägungen bis heute. Diese sehr praktischen Erfahrungen sollten nicht in Vergessenheit geraten. Der Rechtsstaat, der das staatliche Gewaltmonopol an enge Befugnis-Normen bindet, ist eine Errungenschaft, die wir um unserer Freiheit willen nicht leichtfertig preisgeben dürfen. ■

Von der Partei der Arbeiter zur Partei der Arbeit – Fragen zum politischen Subjekt der Sozialdemokratie

Einleitung zum Schwerpunkt

von Ole Erdmann, Gordian Ezazi, Katharina Oerder, Thilo Scholle und Stefan Stache¹



fotomek © - Fotolia.com

Der Wandel der Klassengesellschaft ist seit Jahrzehnten Gegenstand soziologischer und politisch-strategischer Diskussionen, insbesondere auf Seiten der gesellschaftlichen Linken. Ausgehend von den verheerenden Wahlergebnissen des Jahres 2017 wird in der SPD wieder vermehrt darüber diskutiert, welche gesellschaftlichen Gruppen sie überhaupt repräsentiert und mit welchen Anspracheformen – das heißt, mit welcher Sprache, an welchen Orten und mit welchen Formaten – und welchen programmatischen Inhalten sie diese Gruppen erreichen kann.

Der Wandel der sozi-ökonomischen Grundlagen der Sozialstruktur unserer Gesellschaft geht mit dem politikwissenschaftlich diagnostizierten Wandel des Parteiensystems einher. Bislang wurde innerhalb der SPD vorrangig auf Basis demoskopischer Untersuchungen die Erschließung von Zielgruppen für Wahlkämpfe untersucht mit dem Ziel, möglichst kurzfristig Stimmen bei Wahlen zu maximieren. Wie erfolgreich und vor allem nachhaltig dieser Ansatz ist, ließe sich mit Blick auf die SPD-Wahlergebnisse in jüngerer Zeit zumindest kritisch hinterfragen. Diese „Zielgruppen-Ansätze“ orientieren sich teils noch immer am Theorem der Individualisierung (Beck) bzw. der These von der Auflösung der Klassenmilieus (Giddens/Beck) oder suchen auf Basis der Sinus-Milieuforschung in Wahlkämpfen nach vornehmlich kulturellen Ansprachetechniken. Beide strategischen Orientierungen gehen von einer vermeintlich zwangsläufigen Auflösung von traditionellen Wählerbindungen aus. Sie übersehen jedoch, dass die gesellschaftspoli-

¹ Ole Erdmann, Dipl. Volkswirt, ist Sprecher des Europaforums der Köln SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

Dr. Gordian Ezazi ist Referent für Wissenschaft und Medien der SPD-Fraktion im Landtag NRW.

Dr. Katharina Oerder, Jahrgang 1984, ist Psychologin, Leiterin des Hauptstadtbüros des Instituts für Mitbestimmung, Innovation und Transfer (MIT Institut) und Mitglied der spw-Redaktion.

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

tischen Lager und die sozialen Milieus nicht deckungsgleich sind. Vielmehr liegen die Lager oft quer zu den sozialen Milieus, was sich u.a. in unterschiedlichen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und wohlfahrtsstaatlichen Ordnungsvorstellungen in den Arbeitnehmermilieus manifestiert. Vertrauensbeziehungen zwischen den Parteien und den Lagern entstehen aus langfristigen Erfahrungen und können nicht kurzfristig oder auch nicht mittels alltagskulturell optimierter Kampagnen hergestellt oder mobilisiert werden. Darüber hinaus fehlt es der Bundespartei an einer verbindenden Analyse der Probleme des deutschen ökonomischen und wohlfahrtsstaatlichen Pfades und dessen Auswirkungen auf die Erwerbsstrukturen und soziale Ungleichheiten. Nötig ist eine genauere Betrachtung der sozialen Kämpfe von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Es braucht mehr Erkenntnisse darüber, in welchen Milieus und Berufsgruppen die Wählerbindung an die SPD aus welchen Gründen nachlässt und mit welcher Politik diese sich wieder an die SPD binden lassen.

Seit den 90er und frühen 2000er-Jahren lieferten auch in spw publizierte Arbeiten der hannoverschen Forschungen zum sozialen Strukturwandel (Vester, Geiling, von Oertzen u.a.) zentrale Befunde über die Transformation der Klassenmilieus und den Strukturen der gesellschaftspolitischen Lager sowie den Ursachen der sich abzeichnenden Krise der SPD der „Neuen Mitte“.² Sie wurden u.a. durch qualitative Forschungen über arbeitnehmerische (Berufs)milieus in der Industrie (Vester, Lange-Vester, Teiwes-Kügler 2007)³ oder den Entwicklungen der Erwerbsstruktur (Vester/Weber-Menges 2014)⁴ fortgeschrieben und erweitert. Reinhardt (2011) untersuchte die Ent-

wicklung der Parteiflügel der SPD seit 1945 u.a. anhand biographischer Interviews mit SpitzenpolitikerInnen der SPD aus verschiedenen Generationen und arbeitete zum Beispiel die Gründe für die schwindende Repräsentationskraft der SPD heraus.⁵ Mikfeld (2012) arbeitete unterschiedliche Diskurswelten sowie deren zentrale Narrative heraus und verortete sie ansatzweise in gesellschaftlichen Feldern.⁶ Die Forschungsgruppen um Dörre (2016) erweitern das Verständnis um die Ursachen und Dynamiken verstärkter gewerkschaftlicher Kämpfe unter den Bedingungen von Prekarisierung, Wachstumserfolgen des deutschen Exportmodells und auseinanderfallender Absicherung durch Tarifbindung einerseits und betrieblichen Häuserkämpfen andererseits.⁷ Eine Folge der strategischen Fehldeutungen und Forschungslücken ist die berechtigte Unsicherheit in der Linken, die der Zulauf rechter Parteien teilweise aus ihren bisherigen Unterstützermilieus auslöst, paradigmatisch beschrieben in dem autobiografischen Werk von Didier Eribon „Rückkehr nach Reims“.

In diesem Heftschwerpunkt versuchen wir, die beschreibende Analyse des Wandels der sozialen Klassen und Milieu-Struktur unserer Gesellschaft zur einen mit den Interessen und Bedürfnissen der einzelnen Milieus und Klassen zur anderen Seite zu verknüpfen. Denn mit der Beschreibung des skizzierten Wandels ist es aus unserer Sicht nicht getan. Zu fragen ist also, welche politischen Strategien entwickelt werden können, um diese Interessen und Bedürfnissen langfristig zu adressieren und in ein progressives politisches Projekt zu überführen. Zugespitzt geht es darum, dass die SPD sich fragen muss, welche Klassen(faktionen) und Milieus sie im Zuge der Transformation und Ausdifferenzierung der Klassen- und Milieu-

2 Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar u. a. (2001), Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main. Vester, Michael: Gibt es eine neue Mitte? In: spw, Heft 111, 2000.

3 Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Michael/Lange-Vester, Andrea (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg.

4 Vester, Michael/Weber-Menges, Sonja (2014a): Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung. Zur Entwicklung der Erwerbsstruktur und insbesondere der Prekarität auf der Datengrundlage des Mikrozensus 1991-2011, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S.27, https://www.rosalux.de/leadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_BeruflicheArbeitsteilung.pdf (abgerufen am 01.09.2018).

5 Reinhardt, Max (2011): Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei, Baden-Baden. Zur Repräsentationskrise siehe auch: Reinhardt, Max/Stache, Stefan/Burmeister, Kai (2016): Zurückgefallen hinter eine erstarkte neue Rechte. Die SPD in der doppelten Krise der Repräsentation, In: Sozialismus 6/2016, S. 27-32.

6 Mikfeld, Benjamin: Transformation, Hegemonie und Diskurs. Aktuelle Denkmuster über Krise, Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft. In: spw, Heft 4, 2012.

7 Dörre, Klaus/Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel (2016): Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West. Frankfurt am Main/New York. Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (2013) (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften. Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt am Main/New York.

struktur über den industriellen, männlichen, weißen Facharbeiter hinaus als zentrale(s) politische(s) Subjekt(e) für sich ausmacht.

Der Beitrag von *Gordian Ezazi* führt geläufige Konzepte der Wählergruppenanalyse auf und wertet deren praktische Anwendung vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Wien kritisch aus. Die Beiträge von *Wolfgang Menz* und *Sarah Nies* sowie *Stefanie Hürtgen* beschäftigen sich mit den Einstellungsmustern, vor allem von Arbeitnehmermilieus, und versuchen, aus den hier gefundenen Erkenntnissen Rückschlüsse auf die politische Willensbildung dieser Gruppen zu ziehen. *Michael Vester* analysiert die Schieflagen, die das einseitig auf den industriellen Export und Sparpolitik gestützte deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell seit 1990 aufgebaut hat. Er stellt diese Schieflagen in einem neuen Modell der sozialen und ökonomischen Strukturen dar, in dem die Spannungen sowie relativen Privilegien und Benachteiligungen zwischen den Berufsgruppen im Erwerbssystem sichtbar werden. *Ursula Bitzegeio* beleuchtet die historische Entwicklung von Arbeiterkultur und trägt damit zum besseren Verständnis langfristiger Entwicklungen bei. Die mit diesen Beiträgen gewonnenen Einsichten sind eine wesentliche Grundlage, um eine Strategie für eine moderne, mittelfristig stabile und zukunftsgerichtete Repräsentation und Ansprache wesentlicher gesellschaftlicher Gruppen und Milieus durch die SPD zu ermöglichen. Mit den aktuell immer stärkeren chauvinistischen politischen Tendenzen, die auch in den traditionellen Arbeitnehmerschichten verfangen, droht diese Allianz, durch einen zunehmend stabilen nationalistischen Rechtsblock dauerhaft verhindert zu werden. Vor diesem Hintergrund setzt sich *Klaus Dörre* in seinem Beitrag auf Basis seiner empirischen Forschungen mit dem „guten Kern“ im Alltagsverstand von Arbeitnehmern auseinander, die durch die aktuellen Diskurse für die Rechtstendenzen immer stärker aktiviert und gewonnen werden, und bewertet vor diesem Hintergrund nicht zuletzt die Versuche, mit #aufstehen“ eine neue Bewegung von links als Antwort darauf ins Leben zu rufen.

Eine analytische Perspektive, die sich ausschließlich an den sozialen Integrationsleistungen sozialdemokratischer Politik der 70er Jahre orientiert, jedoch die Probleme des deutschen Pfades, wie z.B. Geschlechterungleichheiten ausblendet, wäre einseitig oder verklärend. Uns geht es um eine Sichtweise jenseits von einer rückwärtsgerichteten 1970iger Jahre fordistischen Arbeitnehmer-Romantik (vgl. Beitrag von Mikfeld 2016)⁸ und jenseits einer Politik der „Neuen Mitte“. Mit diesem Schwerpunkt wollen wir dazu beitragen, die Frage zu klären, wie moderne Arbeitnehmermilieus, neues Prekariat und progressive akademisch-urbane Milieus politisch denken und wie eine neue sozial-integrative Fortschrittsallianz zwischen ihnen und auch traditionellen Arbeitnehmermilieus erreicht werden kann. Erste Ansätze dazu finden sich im Beitrag von *Marc Herter*, der ausgehend von den Erfahrungen des Landtagswahlkampfes in NRW 2017 versucht, erste politische Schlussfolgerungen für die Strategie der SPD zu formulieren. ■

⁸ Mikfeld, Benjamin: Vorwärts immer. Eine mehrheitsfähige SPD braucht einen neuen „Deutungsrahmen“ der ökonomischen und sozialen Wirklichkeit. In: spw, Heft 215, 2016.

Das „ratlose Seufzen“ der Sozialdemokratie – was man mit sozialen Milieus erklären kann und was nicht

von Gordian Ezazi¹

Im Auftrag des SPD-Parteivorstandes haben Umfrageinstitute mehr als 5.000 Menschen nach ihren politischen Präferenzen und gesellschaftlichen Einstellungen befragt. Fazit: Die Spannweite der sozialen Milieus, in denen die SPD verankert ist und auf Wählerstimmen hoffen darf, ist groß; so groß wie bei keiner anderen Partei. Gunter Hofmann von der Wochenzeitung „Die Zeit“ resümiert:

„Als die Demoskopen dem Vorstand der Partei in Klausur die Resultate [der Milieu-Studie, G.E.] erläuterten, war die Reaktion einhellig: Ratloses Seufzen. Wie kann man so viel Auseinanderstrebendes unter einem Dach vereinen? Eine griffige Antwort haben weder Politiker noch Demoskopen. (...) In einem sehr ausgeprägten Sinn erweist sich die SPD als Volkspartei mit einer ungewöhnlich großen Bandbreite von Einstellungen und Werthaltungen. Chance und Risiko stecken darin. Sie muss verschiedene, heterogene Minderheiten zusammenbinden. Dazu bedarf es nicht nur übergreifender Themen, auch ‚charismatische Personen‘ wären nicht schlecht.“²

Die Pointe: Wir schreiben das Jahr 1984. Helmut Schmidt wurde zwei Jahre zuvor durch ein Misstrauensvotum gestürzt, Helmut Kohl mit den Stimmen der FDP zum sechsten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt und in der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 als solcher bestätigt. Rund 34 Jahre später hat diese eher allgemein vorgetragene Krisendiagnose nur wenig von ihrer Gültigkeit verloren.

Die Gründe für den elektoralen Abstieg der SPD auf Bundes- und Landes- sowie gesamteuropäischer Ebene³ wurden in vielen Aufsätzen und von vielen Autoren ausführlich analysiert

und diskutiert. Um es in der Terminologie der angewandten Milieuforschung zu formulieren: Keine andere Partei in Deutschland hat ein so flaches Milieuprofil wie die SPD. Die SPD verfügt – vor allem – im Bund weder über ein stabiles Stammwählermilieu noch über ein klar identifizierbares Potenzialmilieu – also ein Milieu, in dem sie kontinuierlich wächst oder zumindest stabil bleibt (vgl. Darstellung 1).⁴

Nach wie vor gilt, dass die SPD dort bessere Wahlergebnisse erzielt, wo der Anteil von Haushalten der unteren Mittel- und Unterschicht überdurchschnittlich hoch ist. Doch auch dieser Zusammenhang wird schwächer. Die Wahlbeteiligung dieser Haushalte sinkt und fällt immer deutlicher hinter jene der oberen Mittelschicht oder Oberschicht zurück.⁵ Die nordrhein-westfälische Landtagswahl 2017 hat nachdrücklich unter Beweis gestellt, dass es nach wie vor einen stark positiven Zusammenhang des Wahlergebnisses mit dem Anteil wirtschaftlich starker Milieus in einem Stimmbezirk oder Stadtteil gibt. Das bedeutet: CDU/FDP haben dort Stimmenzuwächse verzeichnen können, wo die Wahlbeteiligung höher war als im Landesdurchschnitt und gegenüber der Landtagswahl 2012 weiter gestiegen ist.

Das Schrumpfen und die Erosion „klassisch“ sozialdemokratischer Milieus wird durch gesellschaftliche Megatrends⁶ beschleunigt. Immer weniger Menschen können anhand formaler Kriterien der Gruppe der Arbeiterinnen und Arbeiter zugeordnet werden oder ordnen sich dieser Gruppe selbst zu. Vor allem in der einst sicheren Stammwählergruppe verliert die SPD immer stärker an Boden. Die Verflachung in den gesellschaftlichen Milieus markiert keinen kurzfristigen Trend, sondern vollzieht sich

1 Dr. Gordian Ezazi ist Referent für Wissenschaft und Medien der SPD-Fraktion im Landtag NRW.

2 Hofmann 1984.

3 Pessimistisch: Mayr et al. 2017, optimistischer: spw 2017.

4 Vgl. beispielhaft: Vehrkamp/Wegschaidter 2017, Faus et al. 2016.

5 Vgl. Vehrkamp/Tillmann 2017.

6 Zum Beispiel die Pluralisierung von Lebensstilen („Individualisierung“) oder zunehmende Fragmentierung der Arbeitsgesellschaft („Digitalisierung“).



Darstellung 1: Vehrkamp/Wegschaider 2017

bereits seit vielen Jahren. Die Auflösung bestehender und das „Entstehen“ neuer Milieus sowie die abnehmende Verankerung der SPD in eben diesen ist auch Ausdruck des seit den 80er-Jahren rasant fortschreitenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturwandels westlicher Industriestaaten.⁷

Ausgehend von der Beschreibung, dass sich die Wählerschaft der SPD soziodemografisch und ökonomisch wandelt und abnimmt,⁸ stellt sich die Frage nach der aktuellen und potenziellen Wählerschaft der SPD auf Wiedervorlage. Was kann die Milieuforschung zur allseits beschworenen organisatorischen, inhaltlichen und kommunikativen „Neuaufstellung“ der Sozialdemokratie beitragen – und was nicht?

Am Anfang war die Kartoffel

Das Modell des Sozial- und Marktforschungsinstituts Sinus ist das im deutschsprachigen Raum wohl gebräuchlichste und bekannteste. Wer von Milieus spricht, bezieht sich in der Regel auf dieses Modell.⁹ Die Wurzeln der Sinus-Milieus reichen bis in 70er- und 80er-Jahre und die (vor allem US-amerikanische) so-

ziale Ungleichheitsforschung zurück. Mithilfe von Milieus werden gesellschaftliche Gruppen von Gleichgesinnten identifiziert, also Menschen, die sich in Lebensauffassung (z.B. grundlegende Wertorientierungen) und Lebensweise (z.B. Interessen, Hobbies) ähneln, d.h. ähnliche Wertprioritäten, soziale Lagen und Lebensstile aufweisen. Was gerne übersehen wird: Bei der Bildung dieser Gruppen bzw. von Milieus werden sozioökonomische (z.B. Haushaltseinkommen) und weitere Faktoren miteinbezogen (z.B. Ausbildung/Beruf).

Das Milieumodell von Sinus identifiziert insgesamt zehn solcher Milieus. Diese Milieus werden entlang ihrer sozialen Lage (d.h. sozioökonomischen Faktoren) und Grundorientierung (d.h. soziokulturellen Faktoren) in eine strategische Landkarte, die sogenannte „Kartoffelgrafik“ überführt (vgl. Darstellung 2). Jede „Kartoffel“ steht für ein Milieu. Die Prozentzahlen in den „Kartoffeln“ geben die Häufigkeit an, mit der Angehörige einem Milieu – in der Regel gemessen an der wahlberechtigten Bevölkerung – zugeordnet werden können. Die Kategorien bzw. einzelnen Milieus, deren Anzahl sich je nach Institut und verwendetem Modell unterscheiden, werden nicht empiriefrei konstruiert, sondern auf Grundlage qualitativer (Einzelinterviews, Interviews mit mehreren Personen, s.g. Fokusgruppen) und quantitativer Methoden (bevölkerungsrepräsentative Befra-

7 Vgl. Reckwitz 2017.

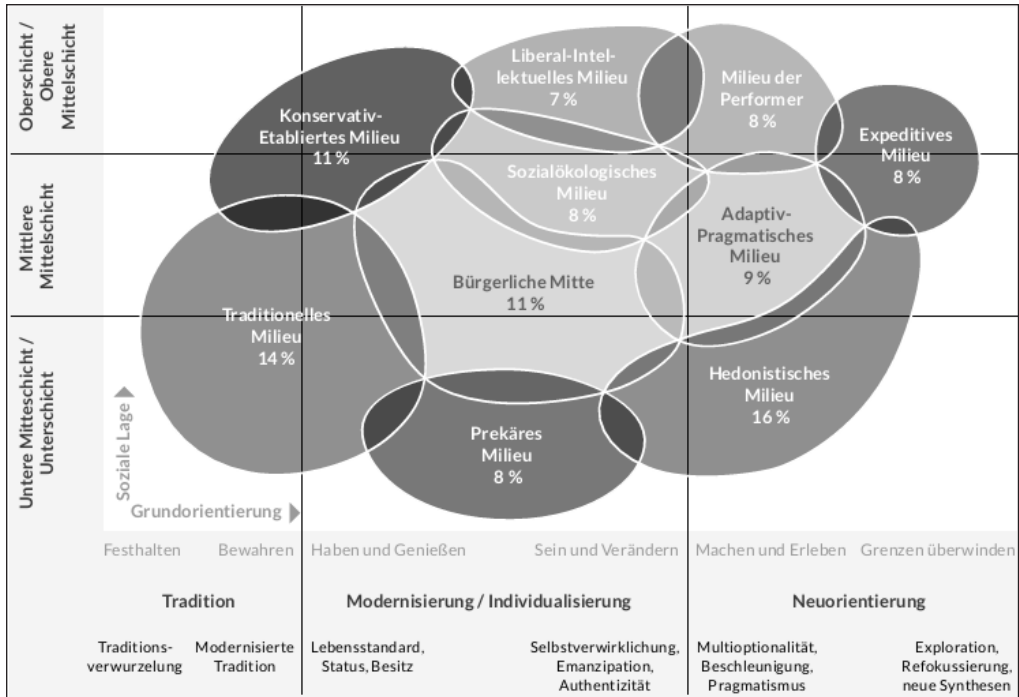
8 Vgl. Brenke/Kritikos 2017.

9 Eine Alternative zum Sinus-Modell ist die von der Friedrich-Ebert-Stiftung (in Zusammenarbeit mit polytix strategic research) ausgearbeitete Kartografie der politischen Landschaft. Vgl. Faus et al. 2016.

gungen) gebildet. Weder diese quantitativen und qualitativen Methoden noch der zugrunde gelegte Deutungsrahmen, also die unterschiedlichen Milieus (Bürgerliche Mitte, Traditionelle, Prekäre, Hedonisten usw.), sind aus sozialwissenschaftlicher Sicht gänzlich neu.

Klare Mehrheiten in migrantischen Milieus sind keinesfalls mehr sicher

Die Pluralisierung von Lebensentwürfen und Lebenswelten dokumentiert sich auch in Migrantenumilieus.¹⁰ Die gesellschaftlichen



Darstellung 2: Sinus-Milieus in NRW (2017) (vgl. Vehrkamp/Tillmann 2017)

Eine Milieu-Zugehörigkeit lässt nur vage Rückschlüsse auf eine bestimmte Parteipräferenz zu. Auf Grundlage vorliegender Wahl- und Umfrageergebnisse lassen sich allerdings Aussagen darüber treffen, in welchem Milieu welche Partei in Relation zu ihrem (absoluten) Gesamtwahlergebnis besonders häufig präferiert wird. Beispiel: Die FDP wird im Milieu der „Performer“ absolut seltener gewählt als die CDU. Der Abstand ist aber gering, viel geringer als beispielsweise in den Milieus der „Bürgerlichen Mitte“ oder „Konservativ-Etablierten“. Daraus ergibt sich eine überdurchschnittliche Präferenz für die FDP in diesem Milieu. Die „Traditionellen“ weisen demgegenüber eine Wahl tendenz zu SPD und CDU aus; als besonders umkämpft gilt – wenig überraschend – die sogenannte „Bürgerliche Mitte“.

Milieus von Migranten unterscheiden sich nur noch marginal von denen der autochthonen Mehrheitsbevölkerung. Gerade auf Grundlage dieser Angleichung werden die Identifikation einer bestimmten politischen Stimmungslage und eine eindeutige parteipolitische Verortung immer schwieriger. Die Angleichung der Lebensentwürfe und -welten sowie der Wahlabsichten äußert sich auch in der Themenpräferenz. Für Menschen mit Migrationshintergrund ist die Migrations- und Integrationspolitik – vor allem der Schutz vor Diskriminierung – besonders wichtig, aber nicht wahlentscheidend. Umfragen zeigen gleichwohl: Die thematischen Interessen von Migranten unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen von Menschen ohne

¹⁰ Vgl. Görres et al. 2018, Vhw 2017, SVR 2016.

Migrationshintergrund. Es besteht kein Automatismus zu progressiv-linken Positionen: Das unterstreicht auch die in einigen migrantischen Milieus geteilte Grundskepsis gegenüber der eher „liberalen“ Flüchtlingspolitik der Bundesregierung 2015/16.

So ambivalent die Ausdifferenzierung bzw. gesonderte Auflistung von gesamtgesellschaftlichen und migrantischen Milieus zu bewerten ist, bestätigen letztere, dass eine gesonderte Wähleransprache oder programmatische Angebote für Migranten nicht zwangsläufig nötig sind und an Relevanz verlieren. Das bestätigt im Umkehrschluss auch, dass die vom Sinus-Milieu implizierten soziokulturellen und ökonomischen Distinktionsmerkmale weit mehr über Lebensauffassung und Lebensweise aussagen als die Zuschreibung einer Nationalität.

Die Parteineigung von Migrantinnen und Migranten zu Mitte-Links-Parteien im Allgemeinen und der SPD im Besonderen ist nach wie vor ausgeprägt – besonders stark bei den Türkeistämmigen mit Ergebnissen von über 65 Prozent. Weit weniger eindeutig ist das Bild bei den Zugewanderten mit deutscher Staatsangehörigkeit – hier liegt die SPD nur knapp vor der CDU (37 zu 30 Prozent). Zudem gleichen sich die Parteipräferenzen der in Deutschland geborenen Türkeistämmigen tendenziell denen der Mehrheitsbevölkerung an – gleichzeitig schwächt sich ihre überdurchschnittliche Präferenz für die SPD ab. In der Gruppe der Zugewanderten mit deutscher Staatsangehörigkeit verliert die SPD stetig an Zuspruch.

Die sozialwissenschaftliche Kritik an dem von Sinus geprägten und anderen fortgeführten Milieumodell ist fast so alt wie das Modell selbst. Ein Einwand lautet, dass sich Milieumodelle zu sehr auf abgefragte Einstellungen und zu wenig auf die Selbsteinschätzungen der befragten Studienteilnehmer fokussierten. Überhaupt, so ein weiterer Kritikpunkt, seien die einzelnen Kategorien bzw. Milieus zu starr, es bleibe oft unklar, welche Kriterien schlussendlich den Ausschlag für die Milieuzuordnung gäben. Inwieweit politische Entscheidungsträger auf Grundlage dieser Erkenntnisse ihre Politikinhalte und Ansprache

zielgruppenspezifischer ausrichten könnten, bleibe unklar.¹¹

In angewandten, das heißt in Wahlkämpfen nutzbar gemachten, Milieumodellen werden gesellschaftliche Veränderungen (zum Beispiel warum ein Milieu schrumpft oder verschwindet) allenfalls nur angedeutet, aber nicht interpretiert.¹² Auch milieübergreifende gesellschaftliche Lager, also gesellschaftliche Gruppen, die dieselben oder unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Ordnungsmodelle präferieren, können anhand von angewandten Milieumodellen nur vage identifiziert werden.¹³

Milieus in der Praxis

Milieustudien werden immer häufiger im Vorlauf von Wahlen eingesetzt, um Zielgruppen – ergo: (potenzielle) Wählerinnen und Wähler – zu identifizieren und im Wahlkampf mit bestimmten Botschaften adressieren zu können.¹⁴ Im politischen Kontext werden mit der Durchführung zumeist Stiftungen oder Politikberatungsagenturen beauftragt.

Beispiel: Niedersachsen 2017

Norman Ilseman, Referent für Forschung und Analyse der SPD Niedersachsen, folgend, war der Rückgriff auf die Sinus-Milieus ein „Schlüssel“¹⁵ dafür, dass die SPD bei der Landtagswahl 2017 wider Erwarten stärkste Partei wurde. Für alle 87 Wahlkreise wurden Sinus-Milieu-Analysen angefertigt und mit anderen Indikatoren, etwa der prozentualen Abweichung von Erst- und Zweitstimme innerhalb eines Wahlkreises bei der letzten Landtagswahl, in vergleichbare Daten überführt. Auf dieser Grundlage wurden besonders umkämpfte Wahlkreise identifiziert und die Wahlkämpfer vor Ort mit wahlkreisscharfen Milieuanalysen ausgestattet.

11 Zum Pro und Kontra Milieuforschung empfiehlt sich der etwas ältere Band der „Sozialen Welt“ aus dem Jahr 2001 (52. Jahrg., H. 3). Eine zugespitzte Zusammenfassung geläufiger Kontra-Argumente liefert Pehrke 2009.

12 Zum Beispiel: Faus et al. 2016.

13 Ausführlicher zu den politischen Lagern: Vester et al. 2001.

14 Milieus werden allerdings auch im Nachgang von Wahlen erstellt, etwa auf Grundlage von Nachwahlbefragungen. Zum Beispiel: Vehrkamp/Tillmann 2017.

15 Ilseman 2018.

„Mit anderen Worten: Die Kandidaten wussten, welche Straßenzüge sie noch von sich überzeugen mussten, an welchen Orten es sich lohnte, einen Stand aufzubauen, und wo die persönliche Präsenz auf ein paar Plakate beschränkt werden konnte. Die Möglichkeit eines sehr gezielten und fokussierten Wahlkampfs und den Einsatz von Ressourcen genau dort, wo sie auch gebraucht wurden, verschaffte den Kandidaten einen Vorteil gegenüber ihren Mitbewerbern.“

Kombiniert werden diese analogen Wahlkampfinstrumente immer häufiger mit dem digitalen „Microtargeting“. Beim Microtargeting können Themen oder Botschaften einer bestimmten Zielgruppe in einer bestimmten Region – zum Beispiel mithilfe von Werbeanzeigen bei Facebook – zugeordnet werden. Für die Kampagne ist das nützlich, um schnell, günstig und zielgenau Botschaften platzieren zu können. Neben datenschutzrechtlichen Bedenken (man denke nur an die Causa „Cambridge Analytica“) stellt sich die Frage danach, ob und falls ja, welcher argumentative Austausch hier überhaupt noch stattfindet? Welche Argumente können in digitalen Filterblasen überhaupt ausgetauscht werden? Sollten Zielgruppen nur danach ausgesucht werden, was sie tagesaktuell bei Facebook teilen oder „ liken“? Das Microtargeting – das gleichwohl nicht mit der Verwendung von Milieumodellen gleichzusetzen ist – operiert nach der Maßgabe von Angebot und Nachfrage, ohne sich mit beiden wirklich auseinanderzusetzen zu wollen. Das niedersächsische Beispiel unterstreicht auch: Der Rückgang gesellschaftlicher und SPD-affiner Milieus lässt sich durch den Einsatz von Milieumodellen nicht rückgängig machen. Fehlendes Vertrauen und tiefsitzendes Misstrauen können nicht von heute auf morgen, und schon gar nicht mit einem Analyse- und Methodenansatz wie den sozialen Milieus, wenige Wochen oder Monate vor einer Wahl ad hoc behoben werden.

Milieustudien werden in der politischen Praxis vielmehr dazu genutzt, (potenzielle) Wählerinnen und Wähler zu identifizieren, Themen oder Botschaften aufzuspüren oder zu testen und – meist im Nachgang einer Wahl – um Fehler zu analysieren. Milieus sind ein Instrument in einem durch die Digitalisierung immer

praller gefüllten Instrumentenkasten der Wahlkampf- und Kampagnenplanung – nicht mehr und nicht weniger. Wer dieses Instrument kritisieren möchte, findet in der bereits zitierten Fachliteratur genügend argumentative Munition.

Die Kritik ist richtig und wichtig. Milieus sollten gleichwohl nicht pars pro toto für die organisatorische, kommunikative und inhaltliche Ausgezeichnetheit der deutschen Sozialdemokratie in Gewahrsam genommen werden. Das würde nicht nur die Milieuforschung in ihrer Bedeutung überhöhen, sondern auch von der – zyklisch eingeforderten, aber nie geführten – „Grundsatzdebatte“ über die grundlegende programmatische Zielsetzung und die strukturell-organisatorische Aufstellung der SPD ablenken.¹⁶

Beispiel: Wien 2015

Ein weiteres Praxisbeispiel für den erfolgreichen Einsatz von Milieustudien ist die Landtags- und Gemeinderatswahl („Bürgermeister-Wahl“) in Wien 2015. In Wien konnte die SPÖ trotz zuvor mäßiger Umfragewerte das Wiener Rathaus verteidigen. Die SPÖ regierte seinerzeit noch im Bund mit und näherte sich dort in migrations- bzw. flüchtlingspolitischen Fragen der mitregierenden ÖVP und oppositionellen FPÖ an. Bei vorausgegangenen Landtagswahlen im Frühjahr 2015 musste die SPÖ starke Verluste hinnehmen, wohingegen die FPÖ starke Zugewinne verzeichnen konnte. Der Wiener SPÖ haftete einerseits das Image der Abgehobenheit und der Vorwurf des Schönredens an. Für die Wiener SPÖ sprach dagegen auf der anderen Seite der auch nach 21 Jahren Amtsjahren äußerst beliebte Amtsinhaber Michael Häupl, der sich frühzeitig gegen einen Rechtsschwenk in der Flüchtlingsfrage und Koalitionen mit der FPÖ im Bund und Wien aussprach.

Auf Grundlage einer umfassenden Milieustudie (inklusive Telefonbefragungen und Fokusgruppen) fokussierte sich die Wahlkampagne der SPÖ auf wenige Kernthemen

¹⁶ Siehe hierzu auch die vom Parteivorstand unter dem Titel „Aus Fehlern lernen“ in Auftrag gegebene Analyse zur Bundestagswahl 2017.

(Arbeit, Wohnen, Umgang mit Flüchtlingen) und milieuübergreifende Kernbotschaften. In den Fokusgruppen wurde in fast allen Milieus die Besorgnis zum Ausdruck gebracht, dass mit dem Zuzug von Flüchtlingen soziale und sicherheitspolitische Probleme entstehen könnten. Zugleich wurde aber auch die plumpe Rhetorik („Wählt so, wie ihr denkt, damit auch geschieht, was ihr wirklich wollt.“) und der destruktive Alarmismus der FPÖ abgelehnt. Die SPÖ konnte mit Bezug auf die hohen Glaubwürdigkeitswerte für Häupl für die Position „Menschlichkeit und Ordnung“ werben. Eine Entscheidung für die SPÖ war also eine Entscheidung für den glaubwürdigen Häupl und für ein „stabiles“ Wien. Die Wiener SPÖ nutzte die Sinus-Milieus zur Entwicklung milieuübergreifender politischer Botschaften und Verfeinerung von Maillisten oder Verteil- oder Werbeaktionen. Wichtig: Die Wiener Sozialdemokraten rüttelten nicht an ihren politischen Grundüberzeugungen, ihrem programmatischen Markenkern, dem Bekenntnis zu Mitmenschlichkeit und politischem Gestaltungswillen. Wer, wie die Mehrheit der Wienerinnen und Wiener, den einfachen Parolen von rechts nicht folgen wollte, verband mit der Wiener SPÖ ein Bekenntnis zu kultureller Weltoffenheit, sozialer Kontinuität und ordnungspolitischer Stabilität. Kurzum: Die Sinus-Milieus halfen der Wiener SPÖ dabei, diese bereits vorhandenen organisatorischen, programmatischen, kommunikativen und personellen Ingredienzien in konkrete Botschaften zu übersetzen, ohne sich bereits abgewanderten oder eindeutig nach rechts schielenden Wählerinnen und Wählern mit zweideutigen Botschaften anzubiedern. Die durchgeführte Milieustudie ergab, dass es für die politische Grundausrichtung und das Wahlprogramm der SPÖ eine theoretische Mehrheit gab, die es durch Plakataktionen, Veranstaltungen oder Werbeanzeigen von der tatsächlichen Wahl der SPÖ zu überzeugen galt.

Soziale Milieus nutzbar machen

Auf Grundlage der aufgeführten Beispiele stellen sich so oder in anderer Form bereits gestellte Fragen erneut: Welche Themen sind den unterschiedlichen sozialen Milieus wichtig? Mit welchen Themen oder mit welcher Anspra-

che erreichen wir diese Milieus, auch jene, die entweder die SPD oder gar nicht mehr wählen, ohne dass sie sich programmatisch verrenken oder und konstitutive Grundüberzeugungen aufgeben muss (z.B. Einsatz für sozialen Fortschritt und eine offene, tolerante Gesellschaft)? Abschließend: Mit welchen zentralen Botschaften und konkreten Programminhalten kann die SPD über einzelne Milieus hinweg Strahlkraft erzeugen? Welche Botschaften und welche Erzählung („Narrativ“) können als Klammer für mehrere Milieus fungieren?

Es wäre argumentativ viel zu kurz gesprungen, die im Dunstkreis der Markt- und Konsumforschung entstandene Milieuforschung als Sinnbild für fehlende programmatische Weiterentwicklungen oder die mangelhafte – bisweilen zwischen bürokratischem Politjargon und simplifizierendem „Agentursprech“ changierende – Wähleransprache von Parteien verantwortlich zu machen. Doch, um die bereits gestellten Fragen an die Milieuforschung und ihren Nutzen erneut aufzunehmen: Inwiefern kann die Milieuforschung dabei helfen, innerparteiliche „Grundsatzdebatten“ zu führen und geplante „Neuaufstellungen“ zu gestalten? Im unübersichtlichen Dickicht aus extern wie parteiintern angefertigten Wahlanalysen oder „Discussion Papers“ tut eine konstruktive Hinwendung zu dem, was ökonomisch und gesellschaftlich wirklich passiert, not. Die Probleme der Sozialdemokratie sind vielschichtig und können ganz gewiss nicht nur mit einer politischen, ökonomischen und kulturellen Hegemonie des Markliberalismus erklärt werden.¹⁷ Soziale Milieus können nicht die ganze ökonomische und soziale Wirklichkeit abbilden, aber sie sind ein in der Praxis bewährter Anfang, um mehr über die Entwicklung gesellschaftlicher Einstellungen und politische Präferenzen zu erfahren.

Milieus und die soziökonomische/sozio-kulturelle Konfliktlinie

Die von Andreas Reckwitz in seinem viel diskutierten Werk „Die Gesellschaft der Singularitäten“ vertretene These, dass der industrielle von einem kulturellen Kapitalismus abgelöst

¹⁷ Vgl. Ezazi 2017, Mikfeld 2016.

wurde, lässt sich auch an der Zunahme kulturell-identitätspolitischer und der Abnahme ökonomisch-verteilungspolitischer Diskurse in Politik und Gesellschaft ablesen. Zugleich werden politische Debatten immer seltener entlang der soziökonomischen (Wohlfahrtsstaat vs. Marktliberalismus) und immer öfter entlang der soziokulturellen Konfliktlinie (Liberalismus vs. Konservatismus) geführt. Der Vorteil von Milieumodellen ist, dass sie diese Diskurse (Welche Themen und Fragen beschäftigen die Menschen genau?) und Debattenverläufe (Welche Positionen werden in diesen Diskursen eingenommen?) zumindest grob abbilden können. Mithilfe von Milieus können recht flexibel Meinungen/Präferenzen/Einstellungen abgefragt werden, die man durch den Blick auf die Haushaltseinkommen oder Bildungsabschlüsse innerhalb eines Wahlkreises nicht erhalten würde.

In der von Reckwitz beschriebenen postindustriellen Ökonomie steht das individuelle Streben nach außergewöhnlichen und einzigartigen Lebensstilen im Vordergrund, deren Erreichung nicht nur subjektiver Wunsch, sondern auch zur gesellschaftlichen Erwartung geworden sei.¹⁸

„Die Erosion der ökonomisch-technologischen Struktur der Industriegesellschaft und ihr Wandel zu einer postindustriellen Gesellschaft der Wissens-, Kultur- und Serviceökonomie unterminiert die Grundannahmen des sozialdemokratisch-korporatistischen Konsenses, der auf die Industriegesellschaft ausgerichtet war.“¹⁹

Ob man dieser – nicht nur aus sozialdemokratischer ernüchternden – Sichtweise gänzlich folgen muss oder sollte, kann an dieser Stelle nicht ausführlicher behandelt werden. Es gibt unterschiedliche Deutungen dessen, wie die Sozialdemokratie mit der beschriebenen Konfliktlinie (soziokulturell/soziökonomisch) aktuell umgeht und künftig umgehen sollte.²⁰ Konkret: Sollte sich die SPD stärker dem Heimatbegriff widmen oder nicht? Sollte die SPD weniger

stark für Errungenschaften wie die „Ehe für Alle“ und stärker für verteilungspolitische Vorhaben werben? Und: Sollte die SPD in der Migrations- und Flüchtlingspolitik weniger liberale Positionen vertreten? Um eine innerparteiliche Konfliktlinie nachzuzeichnen: Die einen sind der Auffassung, dass die Antwort auf alle drei Fragen „Ja“ lauten sollte. Die SPD müsse soziokulturelle Themen schnell abräumen (Heimat) oder viel stärker soziökonomisch deuten (Migrations- und Flüchtlingspolitik). Die Förderung von kultureller Diversität und Nichtdiskriminierung sei wichtig, für die SPD und ihre Wählerschaft aber nicht wahlentscheidend.²¹ Die andere – auch vom Autor geteilte – Auffassung ist, dass das eine (Rechte einzufordern und Diskriminierung zu beseitigen), das andere (steuerpolitische Umverteilung, Gestaltung des digitalen Kapitalismus usw.) nicht ausschließt.

Es ist also zunächst gleichgültig, wie wir das vermehrte Aufkommen an soziokulturellen Themen und Fragestellungen bewerten. Entscheidender ist die Frage danach, für wie relevant und von wem diese Themen und Fragestellungen tatsächlich befunden werden. Und genau an dieser Stelle hilft der Rekurs auf Milieumodelle. Die schematische Unterteilung der gesellschaftlichen Komplexität in Milieus sowie die verallgemeinernde Wiedergabe ihrer Lebensstile, ist ganz sicher auch methodischer Ausdruck des von Reckwitz skizzierten gesellschaftlichen Wandels. Und dennoch: Der gesellschaftlichen Komplexität und der daraus erwachsenen politischen Unübersichtlichkeit anhand von sozialen Milieus analytisch Herr werden zu wollen, beinhaltet keine Aussage darüber, dass soziokulturelle den soziökonomischen Themen vorzuziehen seien. Das „Wiener“ Milieubeispiel zeigt vielmehr, dass man auf Grundlage einer milieuspezifischen Kartierung von Wahlkreisen bzw. Stadtteilen sowohl soziökonomische als auch soziokulturelle Meinungen/Präferenzen/Einstellungen abbilden kann. Der Rückgriff auf soziale Milieus kann zudem als Ausgangspunkt für grundlegende Strategiedebatten über programmatische Inhalte und – nachgelagert – deren Kommunikation in und vor Wahlkämpfen dienen.

18 Vgl. Reckwitz 2017, S.8 ff., Vgl. Mau 2017.

19 Reckwitz 2017, S. 326.

20 Vgl. Scholle/Vogt 2018.

21 Auf die US-amerikanische Debatte bezogen: Vgl. Lilla 2017.

Die zu Beginn dieses Aufsatzes intonierte Krisenerzählung der deutschen und europäischen Sozialdemokratie sowie die zuletzt beschriebene gesellschaftliche, politische und ökonomische Gemengelage können Ansporn dazu sein, das zu untersuchen was ist, und erst dann darüber nachzudenken, was aus sozialdemokratischer Sicht sein sollte. Der Einsatz von Milieustudien bzw. -modellen hat sich in Wahlkämpfen als Methodenmix zur Evaluati-on politischer Inhalte etabliert. Die dargelegten Beispiele zeigen, dass soziale Milieus außerdem dabei helfen können, Wahlkampfinstrumente (Plakate, Anzeigen, Veranstaltungen) zielgruppen-spezifischer und ressourcensparender einzusetzen. Das ist nicht eben wenig. ■

Bibliographie:

- Brenke, Karl/Kritikos, Alexander S. (2017): Wählerstruktur im Wandel, in: DIW Wochenbericht 29/2017, S. 595-606.
- Ezazi, Gordian (2017): Oliver Nachtwey. Die Abstiegs-gesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Mo-derne, Rezension, Erschienen auf: regierungsforschung.de, online abrufbar unter: <http://regierungsforschung.de/oliver-nachtwey-die-abstiegs-gesellschaft-ueber-das-aufbegehren-in-der-regressiven-moderne/> (23.07.2018)
- Faus et al. (2016): Kartografie der politischen Land-schaft in Deutschland. Qualitativ-quantitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, online abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12764.pdf> (23.07.2018)
- Goerres, Achim/Spies, Dennis C./Mayer, Sabrina J. (2018): Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Im-migrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen, online abrufbar unter: <https://www.researchgate-in-project/First-Migrant-Election-Study> (23.07.2018)
- Hofmann, Gunter (1984): Wer wählt die SPD? Die So-zialdemokraten müssen auseinanderstrebende Wähler-gruppen unter einen Hut bringen, in: Die Zeit 38/1984, auch online abrufbar unter: <https://www.zeit.de/1984/38/wer-waehlt-die-spd/komplettansicht?print> (23.07.2018)
- Ilsemann, Norman (2018): Lehren aus dem Daten-Wahlkampf der SPD in Niedersachsen, in: Politik & Kommunikation, online abrufbar unter: <https://www.politik-kommunikation.de/ressorts/artikel/lehren-aus-dem-daten-wahlkampf-der-spd-niedersachsen-1873686588> (23.07.2018)
- Lilla, Mark (2017): The Once and Future Liberal. After Identity Politics, New York.
- Mau, Steffen (2017): Das metrische Wir. Über die Quan-tifizierung des Sozialen, Berlin.
- Mayr, Walter et al. (2017): Vorwärts! Nur wohin?, in: Der Spiegel 38/2017, Hamburg.
- Mikfeld, Benjamin (2016): Vorwärts immer. Eine mehr-heitsfähige SPD braucht einen neuen „Deutungsrahmen“ der ökonomischen und sozialen Wirklichkeit, in: spw Heft 215, Ausgabe 4, S. 50-58.
- Pehrke, Jan (2009): Deutschland - eine Kartoffelgra-fik?, online abrufbar unter: <https://www.heise.de/tp/features/Deutschland-eine-Kartoffelgrafik-3383036.html?view=print> (23.07.2018)
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singula-ritäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin.
- Scholle, Thilo/Vogt, Sascha (2018): „Sehnsucht nach Heimat?“ Sehnsucht nach einem guten Leben, in: spw Heft 224, Ausgabe 1, S. 8-11.
- spw (2017): Europäische Sozialdemokratie. Zwischen Krise und Erneuerung?, Heft 221.
- SVR (2016): Schwarz, rot, grün – Welche Parteien bevor-zugen Zuwanderer?, Policy-Brief des Sachverständigen-rats deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2016-5.
- Vehrkamp, Robert/Tillmann, Christina (2017): Populäre Wahlen – NRW. Mobilisierung und Gegenmobilisie-rung der sozialen Milieus bei der Landtagswahl Nor-drhein-Westfalen 2017 (Studie im Auftrag der Bertels-mann-Stiftung), online abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/populaere-wahlen-nrw/> (23.07.2018)
- Vehrkamp, Robert/Wegschaidner, Klaudia (2017): Popu-läre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017 (Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung), online abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publika-tionen/publikation/did/populaere-wahlen/> (23.07.2018)
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Her-mann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel Zwischen Integra-tion und Ausgrenzung, Frankfurt am Main.
- Vhw (2017): Unser Leben in Deutschland. Die neuen Migrantenmilieus. Erkenntnisse aus dem qualitativen Teil der vhw-Migrantenmilieustudie 2017/18, online abrufbar unter: <https://www.vhw.de/nachricht/unser-leben-in-deutschland-erkenntnisse-aus-dem-qualita-tiven-teil-der-vhw-migrantenmilieustudie/> (23.07.2018)

Schiefagen eines Erfolgsmodells

Langfristige Verschiebungen und Spannungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur der BRD seit 1991

von Michael Vester¹

Viele Trenddiagnosen erwecken heute den Eindruck, dass wir eine gewaltige soziale Abstiegsbewegung oder eine Abstiegsgeellschaft erleben, in der den privilegierten 1 Prozent die benachteiligten 99 Prozent gegenüberstehen. Die Daten zur Ungleichheit bezeichnen allerdings nur statistische Maßzahlen. Die statistischen Einkommens- oder Vermögensklassen bezeichnen keine realen sozialen Klassen, deren Angehörige durch eine gemeinsame Geschichte, Erfahrung und Weltsicht miteinander verbunden sind und auf dieser Grundlage zu gemeinsamem Handeln mobilisiert werden könnten. Die Klassensgliederung einer Gesellschaft lässt sich nicht unmittelbar aus der Höhe der Einkommen oder des Geldvermögens ableiten. Art und Umfang von Einkommen und Vermögen hängen nicht nur, aber überwiegend von der sozialen Position ab, von dem Ort in der sozialen Gesamtgliederung. Dieser beruht nach der an sich anerkannten Theorie von Max Weber (1980 [1921]: 177f) auf der Zugehörigkeit zu zwei Arten von Klassen: (1) zu einer bestimmten „Erwerbsklasse“, d.h. einem bestimmten Berufsfeld im Gefüge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, und (2) zu einer bestimmten „Besitzklasse“, d.h. zu einer Klasse, deren Einkünfte primär durch ihren Besitztitel (und nach Weber gerade nicht durch produktive Erwerbsarbeit) bedingt sind. Beide Zugehörigkeiten können sich überschneiden, besonders im Falle des Aktienbesitzes bei den Angehörigen der oberen Erwerbsklassen.

1. Strukturverschiebungen unter dem Druck des Pfadwechsels (1991-2013)

Es ist erstaunlich, wie wenig die jahrelange Diskussion über wachsende Ungleichheiten die strukturellen Verschiebungen im Klassengefüge abbildet. Immerhin bildet die Gliederung der beruflichen Erwerbsklassen sich auch in den Institutionen ab, in den gewerkschaftlichen und ständischen Berufsverbänden und im „korporativen“ Dreieck, dem Konflikt- und Aushandlungssystem zwischen den in Unternehmerverbänden und Gewerkschaftsverbänden organisierten Klassen und dem Staat. Es gehört schon einiges dazu, angesichts dieser allen sichtbaren „Institutionalisierung des Klassenkonfliktes“, die schon Geiger und Dahrendorf 1949 und 1957 beschrieben haben, vom Verschwinden der Klassen zu sprechen. Denn in dem Unterbau dieses Systems, dem Gefüge der Arbeitsteilung, haben sich seit 1991 erhebliche Gewichtsverschiebungen und Schiefagen („Prekaritäten“) der relativen Klassenstellungen und Klassenlagen ergeben. Die Verschiebungen in der Berufsgliederung waren seit 1991 wesentlich durch den tiefgehenden Strukturwandel des exportdominierten deutschen Wirtschaftsmodells mitbedingt. Ohne sie können die Verwerfungen im sozialen und parteipolitischen Gefüge, die erst nach und nach sichtbar werden (wie etwa im Aufstieg der rechtspopulistischen AfD und dessen Wirkung auf die übrigen Parteien), nicht verstanden – und auch nicht bewältigt werden.

1.1 Eine neue Phase der Dominanz des industriellen Exportmodells

Die Dominanz des industriellen Exportsektors in Deutschland war von Beginn bis heute mit erheblichen inneren und äußeren Ungleichgewichten erkaufte worden (vgl. Hüb-

¹ Dr. phil. Michael Vester, geb. 1939 in Berlin, ist Professor i. R. an der Leibniz Universität Hannover und forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen. Er ist Mitherausgeber der spw. Es handelt sich bei dem hier veröffentlichten Beitrag um eine in den Daten aktualisierte Kurz- und Neufassung des Artikels in der Festschrift für Michael Hartmann (Vester 2015).

ner 2011). Der Sektor war schon im ausgehenden 19. Jahrhundert dominant geworden, nicht zuletzt dank kräftiger Förderung durch die staatliche Wirtschafts- und Außenpolitik. Unter dem Druck der entstehenden Arbeiterbewegung hatte das Bismarcksche Sozialversicherungssystem zu große soziale Schief lagen abgefedert. Dieses Gleichgewicht geriet jedoch mehrfach und insbesondere seit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 erheblich aus der Balance – nach der dadurch begünstigten Machtergreifung der NSDAP schließlich mit katastrophalen Folgen. In den Aufschwungsjahren nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Dominanz des industriellen Exportsektors verstärkt, aber auch zunächst (durch die vor allem von den Gewerkschaften erkämpften sozialen Sicherungen) für mehrere Jahrzehnte durch eine gewisse soziale Balance konsolidiert.

Seit Ende der 1970er-Jahre war wiederum ein schleichender Abbau der sozialen Sicherungen zu beobachten. Er betraf weniger den durch das korporative System gesicherten Kern als den politisch schlechter vertretenen Rand der Gesellschaft. Um angesichts der neuen Liberalisierung der internationalen Märkte den »Standort Deutschland« zu sichern, wurden unter der Regierung Schmidt/Genscher die Staatsausgaben für Bildung und andere soziale Dienstleistungen im Verhältnis zum wachsenden Bedarf gebremst. Die Tarifentwicklungen wurden so gedämpft, dass seit den 1980er-Jahren die durchschnittlichen Reallöhne weitgehend stagnierten. Allerdings war im Saldo dieses Durchschnitts bereits die Schief lage zwischen dem bevorzugten Kern und den wachsenden Niedriglohn-, Leichtlohn- und Teilzeitsegmenten am Rand versteckt.

Nach der deutschen Vereinigung von 1990 hat diese Schief lage nach und nach eine neue Qualität erreicht. Durch die weiter fortschreitende globale Liberalisierung erhielt der Exportboom erhebliche zusätzliche Dynamik. Seit etwa 2000 machte diese Dynamik einen nie dagewesenen Sprung nach vorne. Befördert wurde dies unter der rot-grünen Koaliti-

on (1998-2005) durch eine verschärfte Politik der Steuersenkungen für die Großen und des »Sparens« bei den öffentlichen Dienstleistungen und im Sozialversicherungssystem. Damit veränderten sich auch die Balancen zwischen den sozialen Gruppen im Erwerbssystem und im System sozialer Sicherungen.

Auf der Oberfläche, nach den allgemeinen Konjunkturdaten, scheinen bis jetzt die großen Erfolge des Exports dessen strukturelle Bevorzugung zu rechtfertigen. Von 1991 bis 2017 ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt von 1.158 auf 3.277 Milliarden Euro, also um 107 Prozent, gestiegen. Gestützt wurde dies durch den immer wieder gesteigerten, inzwischen weltweit höchsten, Exportüberschuss von 245 Milliarden Euro, noch vor China. Weil diese Überschüsse dauerhaft sind, verstärken sie die Ungleichgewichte der Wirtschaftsleistung im internationalen und europäischen Zusammenhang nachhaltig und um den Preis zunehmender internationaler Spannungen. Die Spannungen mit den USA, die 2017 gegenüber der BRD ein Außenhandelsdefizit von 50 Milliarden Euro hatten, fanden in der Wahl von Donald Trump, der dieses Defizit mit drastischen Mitteln abbauen will, einen international folgenreichen Ausdruck. Die Spannungen mit dem im Export benachteiligten Südeuropa haben dort fast überall schon länger zu einschneidenden Verwerfungen im Parteiensystem geführt. Gleichzeitig verhindert die immer noch restriktive Haushalts- und Sozialpolitik in der BRD, dass die Überschüsse hinreichend für eine bessere Balance der inneren Wirtschafts- und Sozialstruktur verwendet werden. Die nicht zuletzt dadurch begünstigten Wahlerfolge der AfD haben bisher zwar nicht das Parteiensystem in südeuropäischen Ausmaßen destabilisiert. Sie haben aber doch den Volksparteien so viele Stimmen weggenommen, dass diese immer seltener Richtungs koalitionen bilden können, die die Strukturprobleme der Gesellschaft dynamischer angehen können, und sich stattdessen in Großen Koalitionen gegenseitig blockieren.

1.2 Von linearen Trends zu einer Konfiguration mit Entwicklungsalternativen

Die Veränderungen der Erwerbsstruktur werden gerne als Einzeltrends dargestellt, die sich linear in die Zukunft fortsetzen. Dies führt oft zu ideologisch aufgeladenen »Zeitdiagnosen«, die durch die Prophezeiung großer Extremtrends Suggestivkraft erreichen, aber gerade dadurch keine Alternativen und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen können. Damit werden ganze Gesellschaften auf einen einzigen »Trend« festgelegt und danach auch benannt, gleichsam als Bindestrichgesellschaften. Auf die »Industriegesellschaft« ohne Dienstleistungen folgte die »Dienstleistungsgesellschaft« ohne Maschinerie und oder die »Wissensgesellschaft«, in der es nur noch Ingenieure und keine Handarbeitenden mehr braucht, oder nun die digitale Gesellschaft, in der autonome Informationstechnik die Menschen ersetzt. Und auf die »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« ohne soziale Unterschichten folgten nun die Gesellschaften der »Prekarisierung«, des »Abstiegs« oder der »1 Prozent und 99 Prozent«.

Aus dem Blick gerät damit das Gesamtbild. Dieses besteht in Wirklichkeit aus einer Kombination solcher Bewegungen oder Trends, die sich widersprechen und zugleich gegenseitig bedingen und deren Akteure eher eine mosaikförmige räumliche Gliederung als eine uniformierbare Masse bilden. Allerdings gab es lange keine geeignete Analyse der komplexen Gesamtmuster, die alle Bewegungen mit ihren Widersprüchen und Konflikten – und damit auch ihren möglichen Alternativen – darstellen konnte. Inzwischen gibt es ein Konzept, das das Erwerbssystem als Gesamtkonfiguration von 18 (weiter unterteilbaren) Erwerbsklassen mit großen Datensätzen in ihrer langfristigen Bewegung darstellen kann. Es geht auf Anregungen von Pierre Bourdieu (1982: 195ff) und von Walter Müller (1998) zur Darstellung eines mehrdimensionalen Raums zurück. Als praktisches Rechenmodell ist es von Oesch (2006) zur Darstellung der Strukturunterschiede von hochentwickelten Gesellschaften (BRD, UK,

Schweden und Schweiz) entwickelt und so dann von uns weiterentwickelt worden. Wir haben es in einem mehrmonatigen Pilotprojekt für eine hochdifferenzierte Datenanalyse mit der großen Stichprobe des Mikrozensus (von mehr als 180.000 Fällen) entwickelt und ausführlich beschrieben in einem abrufbaren Bericht (Vester und Weber-Menges 2014) und einem weniger langen Artikel (Vester 2015). Das Projekt hat seiner Kürze wegen nur begrenzte Analysen durchführen können, mit diesen aber doch schon nachgewiesen, dass mit dem neuen Konzept bei entsprechender Förderung wesentlich verbesserte Makro-, Detail- und Langfristanalysen sowie prognostische Szenarien der Strukturverschiebungen möglich wären.

Das neue Raummodell ist hier in Abb. 3 wiedergegeben. Die Pointe ist, dass der Raum nicht nur durch die üblichen vier Qualifikationsstufen gegliedert ist. Quer dazu verläuft die horizontale Gliederung in drei Sektoren. Durch sie kann insbesondere die für Trendanalysen zu pauschale Kategorie der »Dienstleistungen« in sinnvolle Teilsektoren zerlegt werden: in die für das Management wichtigen »organisatorischen Dienstleistungen«, die für die Industrie wichtigen »technischen Dienstleistungen« und die insbesondere für den Sozialstaat wichtigen »interpersonellen Dienstleistungen«. Dadurch kann die »Pfadabhängigkeit« der Sozialstruktur abgebildet werden. Unterschiede erklären sich aus der Einbettung der Arbeitsteilung in verschiedene gesellschaftspolitische Regulierungssysteme. Beispielsweise lagen nach Oesch (2006) um 2000 im wohlfahrtsstaatlichen System Schwedens die interpersonellen Dienstleistungen, zu denen insbesondere die Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssysteme und eine höhere Erwerbstätigkeit der Frauen gehören, mit rund 33 Prozent um rund sechs beziehungsweise sieben Prozentpunkte vor Deutschland und dem Vereinigten Königreich. In Deutschland würde es sich bei diesen Prozentpunkten um ein Mehr von etwa 2,4 Millionen und vor allem weiblichen Beschäftigten handeln. In dem exportorientierten System Deutschlands wiederum lagen die technischen Berufe, zu

denen vor allem die Berufe im Industriesektor gehören, bei rund 36 Prozent, in Schweden und im Vereinigten Königreich dagegen um sechs beziehungsweise neun Prozentpunkte niedriger.

Mit dem Modell kann nicht zuletzt dargestellt werden, dass die sozialen Teilungen nicht nur zwischen oben und unten verlaufen, sondern auch zwischen Kern und Rand. Die Schieflagen haben insgesamt keine einheitliche Gestalt. Sie treffen nicht nur die unteren, geringer qualifizierten Berufsgruppen, sondern auch die sozialen Dienstleistungen und die kleineren Selbstständigen, die nicht dem Kern der qualifizierten industriellen Arbeit und des privaten und staatlichen Managements angehören. Hier überkreuzt sich die Dynamik der Kompetenzerhöhung mit der Dynamik der Prekarität: Diese Erwerbstätigen haben weitgehend an der Höherqualifikation in den Segmenten der sozialen Dienstleistungen und der kleineren Selbstständigen teilgenommen. Aber ihnen werden, im Vergleich zu den Erwerbstätigen des Kerns, deutlich geringere Einkommen und schlechtere Arbeitsverhältnisse zugemutet. Prekarisierung

und Benachteiligung treffen also Gruppen, die nach Lage, Berufsqualifikation, berufsverbandlicher Organisation, Verhandlungsmacht und Mentalität sehr verschieden sind. Nicht alle verhalten sich nur als Opfer, wie die Thesen einer allgemeinen Prekarisierung und Erosion der Mitte unterstellen.

1.3 Trends im Widerspruch: wachsende Kompetenz – zunehmende Ungleichheit

Die Längsschnittanalysen der vertikalen Strukturverschiebungen, die in den Abbildungen 1 und 2 zusammengefasst sind, offenbaren einen eklatanten Widerspruch. Die Qualifikationsstruktur entwickelt sich anhaltend zu den gehobenen Qualifikationsrängen. Dagegen zeigt sich in der Einkommensstruktur eine wachsende Ungleichheit. Qualifikationsaufstieg kann mit Einkommensabstieg verbunden sein. (Die vertikalen Größen sind aber nur Durchschnittswerte, hinter denen sich erhebliche horizontale Unterschiede im Mosaik der Berufsgruppen verbergen. Diese sollen in Abschnitt 2 anhand von Profilen der einzelnen Gruppen herausgearbeitet werden.)

Abb. 1 Steigerung der Qualifikationsniveaus der Erwerbstätigen (1991-2011): Von der Birnenform zur Olivenform

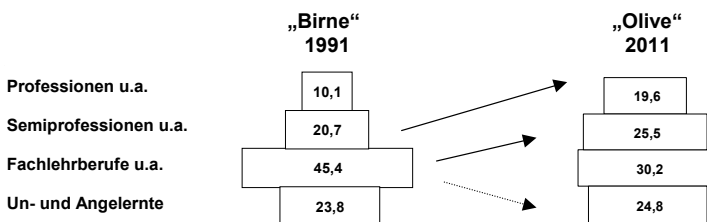
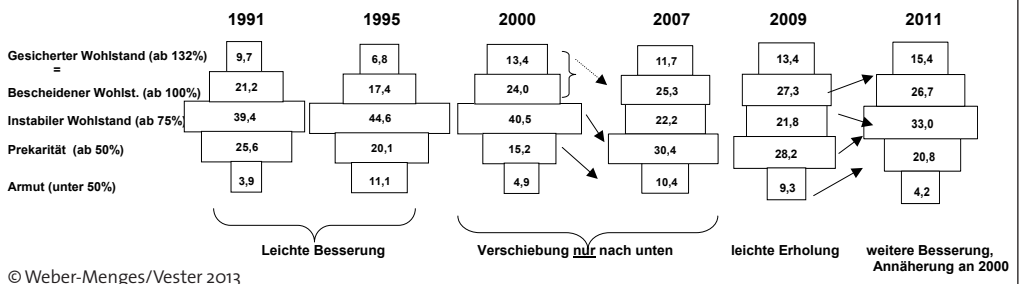


Abb. 2 Einkommensklassen in Prozent des individuellen Durchschnittseinkommens (1991-2011): Von der Orangenform über die Erdnussform zur Ellipsenform



2.3 Kompetenzrevolution: Anhebung der Mitte statt »Wissensgesellschaft«

Das Qualifikationsgefälle ist von 1991 bis 2011 deutlich geringer geworden. Die beiden obersten Gruppen, die akademischen Professionen und die Semiprofessionen, haben zusammen von 30,8 Prozent auf 45,1 Prozent der Erwerbstätigen zugenommen. Die Steigerung der Berufsqualifikationen hat damit das Ausmaß einer »Kompetenzrevolution« erreicht. Die Verteilung gleicht nicht mehr einer Birne, mit dem Schwerpunkt in der unteren Mitte. Aber die Proportionen haben sich auch nicht ganz nach oben verschoben. Die höchsten Wissensberufe bilden nicht den Kopf eines Pilzes, der alles dominiert. Ebenso wenig haben sich die Proportionen zum unteren Extrem hin verschoben. Der Anteil der gering Qualifizierten ist hoch, aber nur wenig gewachsen. Vielmehr ist der Schwerpunkt der Hierarchie der Qualifikationen in der Mitte geblieben; diese hat sich nur nach oben langgezogen, so dass insgesamt die Form einer »Olive« entstanden ist. Offensichtlich braucht das Gesamtgefüge der Arbeitsteilung neben den Spitzenqualifikationen auch eine immer höher qualifizierte Mitte.

2.4 Einkommensentwicklung: Wellenmuster einer gebremsten Polarisierung

Dem eher gradlinigen Anstieg der Berufsqualifikationen steht eine wellenförmige Zunahme unsicherer sozialer Lagen gegenüber. Für diese »prekären« Lagen haben wir insbesondere die Indikatoren Niedrigeinkommen, Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge verwendet. Sie alle ergeben das gleiche Verteilungsmuster von Kern und Rand. Dieses Muster kann daher hier stellvertretend an einem dieser Indikatoren, dem individuellen Nettoeinkommen, expliziert werden. Wir haben dabei, in Anlehnung an Groh-Samberg (2009), eine etwas andere und feinere Unterteilung der Einteilung der Erwerbsklassen gewählt, um die in den größeren Sammelkategorien der OECD nicht sichtbaren Auf- und ab-Bewegungen erkennbar zu machen.²

Nach den Längsschnittdaten ist die Entwicklung nicht als gradlinige oder anhaltende Tendenz, sondern in Schüben und Wellen verlaufen. Ab 1991 hat es eine leichte Polarisierung gegeben, ab 1995 eine gewisse Erholung, ab 2000 dann die starke Polarisierung und ab etwa 2007 eine leichte Abmilderung dieser Polarisierung, wobei allerdings die Verluste der unteren Mitte nicht rückgängig gemacht worden sind.

Insgesamt scheinen sich in dieser Entwicklung ökonomische und politische Einflüsse zu überschneiden. Beispielsweise fällt die starke Polarisierung nach 2000 zeitlich mit einer fortgesetzten wirtschaftlichen Expansion, aber eben auch mit der neoliberalen Politikwende der rot-grünen Bundesregierung zusammen. Damit hatte die Einkommensstufung 1991 bis 2000 die Gestalt einer Orange, mit einer starken unteren Mitte (der Kategorie des »instabilen Wohlstands«) von mehr oder minder 40 Prozent; 2007 und 2009 hatte sie die Gestalt einer Erdnuss, in der Mitte etwas eingeschnürt, an den Extremen etwas weniger breit, danach, aufgrund einer leichten Besserung der Einkommenslagen, aber die Gestalt einer Ellipse. (Abb. 2).

Die Verschiebungen der Arbeitseinkommen sind dem Muster einer gebremsten Polarisierung gefolgt. Sie hat sich nur geringfügig in das oberste und das unterste Extrem fortgesetzt. Die Verschiebungen sind komplizierter als es die These einer allgemeinen »Erosion« der »Mitte« will. Von deutlichen Einkommensverlusten war die Mitte oberhalb des Durchschnittseinkommens nicht betroffen. Die Verluste lagen vielmehr in Verschiebungen zwischen den drei Einkommensklassen unterhalb des Durchschnittseinkommens. Und zwar halbierte sich die

Nettoeinkommen, in Anlehnung an die große Untersuchung »Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur« von Olaf Groh-Samberg (2009; Vester/Weber-Menges 2014: 57 ff.). Abweichend von den Untersuchungen der OECD gingen wir dabei vom Durchschnittseinkommen (und nicht vom mittleren Einkommen) aus, weil dieses sensibler auf die Steigerung hoher Einkommen reagiert. Und abweichend von der OECD, die die Armutsgrenze bei 60 Prozent ansetzt, unterschieden wir feiner zwischen drei Stufen unter 100 Prozent des Durchschnittseinkommens, nämlich zwischen instabilem Wohlstand, Prekarität und Armut. Dadurch wurde zwar die Kategorie der Armutseinkommen kleiner als bei der OECD, aber die Bewegungen der Prekarisierung durch diese drei Stufen konnten viel besser herauspräpariert werden.

2 Wir unterschieden dabei, wie Abbildung 2 zeigt, fünf Klassen der individuellen

Kategorie des »instabilen Wohlstands« (50 bis unter 100 Prozent des Durchschnittseinkommens) bis 2009 von etwa 40 Prozent auf etwa 20 Prozent durch Abstiege in die Kategorie der »Prekarität« (50 Prozent bis unter 75 Prozent), um sich erst danach wieder auf 33 Prozent zu erholen.

2. Horizontale Größenverschiebungen zwischen den Berufsgruppen: Schiefagen einer industriell dominierten Dienstleistungsgesellschaft

Statistische »Klassen« sind keine real zusammenhängenden Gruppen von Menschen. Sie sind aber »Indikatoren«, die Hinweise auf die realen Gruppen geben, die Berufsgruppen (die sich am Arbeitsplatz und in Interessenverbänden zusammenfinden) und auf die Rangstellung, die Angehörige bestimmter Geschlechts-, Alters-, Herkunfts- und Kulturgruppen in ihnen einnehmen. Eine erste Annäherung an das Mosaik der realen Gruppen ermöglicht die nachfolgende Landkarte der Berufsgliederung und ihrer Veränderungen von 1991 bis 2013 (Abb. 3).

Auffallend sind hier nicht nur Bewegungen zwischen den vertikalen Rangstufen, sondern auch erhebliche Disparitäten zwischen den horizontalen Sektoren. Die Größenverschiebungen sind das Ergebnis einer Mehrzahl von Dynamiken. Dem entsprechen paradoxe Erscheinungen. So scheinen die technisch-industriellen Berufe stark zu schrumpfen und die interpersonellen Dienstleistungen zu wachsen. Beziehen wir aber den Kontext ein, dann trifft in Wirklichkeit, wie unten dargestellt, für beide Fälle das Gegenteil zu.

Insgesamt bedeuten diese Proportionen, dass die Bundesrepublik langfristig keine »postindustrielle Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft« werden wird, wie sie Daniel Bell und Alain Touraine um 1970 prophezeit haben. Vielmehr bleibt ihre nachhaltige Bindung an den Pfad des industriellen Exportmodells unübersehbar (Hübner 2011). Sie wird eine »industrielle Dienstleistungsgesellschaft« (Geißler 2011: 166) bzw. eine

»industriell dominierte Dienstleistungsgesellschaft« bleiben, aber diese steht von mehreren Seiten unter einem hohen Veränderungsdruck.

Dieser Druck geht sowohl von den Problemen der vertikalen Verteilung als auch von den Problemen der horizontalen Balance zwischen den Sektoren aus. Die Verschiebungen dieser horizontalen und vertikalen Balancen werden im Folgenden an zusammenfassenden Profilen der einzelnen Sektoren und Berufsgruppen näher umrissen. Die den Profilen zugrundeliegenden Daten sind in den Raumbildern über die Größenverschiebungen (Abb. 3), die Ungleichheit der individuellen Einkommen (Weber-Menges m. Vester 2014: 32), sowie über die Teilzeitquoten und die Frauenquoten (ebd.: 8, 15) im Einzelnen nachzulesen.

2.1 Restrukturierung des industriellen Exportmodells: Transnationale Strukturverschiebungen und nationale Förderung der technisch-industriellen Arbeit

Die Größenverschiebungen von 1991 bis 2013 im Sektor der technisch-industriellen Arbeit bezeichnen einen einschneidenden Strukturumbau. Sie weichen für diesen Sektor erheblich von den in Abb. 1 dargestellten Durchschnittswerten ab. Nach den Daten der Abb. 3 hat die Hierarchie der Qualifikationen dieser Gruppe keine Orangenform mit einer ausgeglichenen breiten Mitte. Vielmehr hat sich der Anteil der Facharbeiter und Fachhandwerker drastisch, von 20,6 Prozent auf 12,1 Prozent der Erwerbstätigen der BRD, verringert, das heißt er ist von 8,0 auf 5,1 Millionen gesunken. Auch die Semiprofessionen und die An- und Ungelernten haben sich verringert, wenn auch geringfügig. Zugenommen haben allein die Technischen Experten auf der Ingenieurebene; sie haben sich mehr als verdoppelt, von 0,9 auf 2,1 Millionen. Die Dynamik zu höheren Qualifikationen ist aber von einer Verkleinerung der übrigen Gruppen begleitet worden, die bei den Berufsgruppen der Facharbeit dramatische Ausmaße angenommen hat.

Abb. 3

Landkarte der Berufsgliederung 1991-2013: Polarisiertes Upgrading

Größe der Berufsgruppen der BRD nach ihren Anteilen an den Erwerbstätigen nach dem Mikrozensus.
1% = ca. 388.000 (1991) bzw. ca. 423.000 (2013) Erwerbstätige. – Wachsende Gruppen grau unterlegt.

Qualifikations- rang nach am Arbeitsplatz erforderlichem Ausbildungs- abschluss	Arbeitnehmer Interpersonelle Arbeitslogik (Human- dienstleistungen)	Arbeitnehmer Technische Arbeitslogik Sektor ohne Landwirtschaft: 40,2% → 32,7% (- 7,5%) Sektor mit Landwirtschaft: 41,4% → 34,1% (- 7,3%)	Arbeitnehmer Organisatorische Arbeitslogik (Verwaltungs- dienstleistungen)	Selbstständige Selbstständige Arbeitslogik Sektor insgesamt: 9,5% → 11,9% (+2,4%)
Professionen (Berufe mit Hochschulabschluss/'akademische Berufe') 10,1% → 19,7% (+9,6%)	Soziokulturelle Experten Höhere Bildungs-, Medizin-, Kultur- und Publizistikberufe 3,6% → 5,3% (+ 1,7%)	Technische Experten Ingenieur-, Informatik- und Architekturberufe 2,4% → 4,9% (+ 2,5%)	Oberes Management Höhere Verwaltungs-, Finanz-, Rechts- und Vermarktungsberufe 2,1% → 5,9% (+ 3,8%)	Große u. mittlere Unternehmer 1,1% → 1,2% (+ 0,1%) Freie Berufe 0,9% → 2,4 % (+ 1,5%)
Semi- professionen (höhere Fachaus- bildung/ 'halbaka- demische Berufe') und Kleingewerbe mit Beschäftigten 20,7% → 26,2% (+ 5,5%)	Soziokulturelle Semiprofes- sionen Erziehungs-, Sozialarbeits- und Therapiefachberufe 5,7% → 7,5% (+ 1,8%)	Technische Semiprofes- sionen Computer-, Elektro- und Überwachungs- techniker 6,0% → 5,4% (-0,6%)	Unteres Management Verwaltungs-, Buch- haltungs- und Rechtsberufe 5,6% → 10,3% (+ 4,7%)	Kleingewerbe mit (1-9) Be- schäftigten Handel, Handwerk, Gastronomie und Landwirtschaft 3,4% → 3,0% (- 0,4%)
Fachlehrberufe (Berufe mit Fachlehre/ 'skilled employees') und Kleingewerbe ohne Beschäftigte 45,4% → 28,3% (-17,1%)	Qualifizierte Dienst- leistende Verkaufs-, Ordnungs-, Gastronomie-, Betreuungs-, Pflege- und Schönheitsberufe 7,2% → 4,3% (- 2,9%)	Qualifizierte Fach- arbeiter und Fach- handwerker Facharbeiter-, Elektro- Mechaniker- und Handwerksberufe 20,6% → 12,1%(-8,5%) Qualifizierte techn. Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft 0,8% → 0,4% (-0,4%)	Qualifizierte Büro- und Verwaltungs- fachkräfte Büro-, Finanz- und Sekretariats- fachkräfte 12,7% → 6,2% (- 6,5%)	Kleingewerbe ohne Beschäftigte Handel, Handwerk, Gastronomie und Landwirtschaft 4,1% → 5,3% (+ 1,2%)
An- und Ungelernte (gering qualifizierte Arbeitskräfte/routine employees') 23,8%→25,7%(+1,9%)	Gering quali- fizierte Dienst- leistende Verkaufs- und Dienstpersonal 9,2%→11,1% (+ 1,9%)	Gering qualifizierte Arbeiter - Produktion u.Transport 11,2% → 10,3% (- 0,9%) - Land- u. Forstwirtsch. 0,4% → 1,0% (+0,6%)	Gering quali- fizierte Büro- u. Verwaltungskräfte Kassierer-, Büro-, Boten- u. Lagerberufe 3,0% → 3,3% (+0,3%)	./.

Dadurch ist der Sektor der technisch-industriellen Arbeit insgesamt von 40,2 Prozent auf 32,7 Prozent geschrumpft, also von 15,6 auf 13,8 Millionen Beschäftigte. In der Sozialstruktur und auf dem Arbeitsmarkt war dies nicht leicht zu verkraften, weil (rechnerisch) etwa 7,5 Prozent (oder 1,8 Millionen) Erwerbstätige weniger gebraucht und auf die Dienstleistungen beziehungsweise die selbstständigen Berufe verwiesen wurden. Dies war ein Problem für die Menschen und für die Sozial- und Bildungspolitik, die die Umstellung auf nichtindustrielle Arbeitsplätze flankieren musste. Für die Industriestruktur dagegen war es weniger ein Problem, weil viele der »verschundenen« Arbeitsplätze den großen Unternehmen nicht verloren gegangen, sondern in andere Länder ausgelagert worden waren. Diese Entwicklung ist nicht neu, hat aber nach 1990 eine erhebliche Steigerung erfahren. Unter dem internationalen Kostendruck ist die Arbeit verdichtet, unter Wert eingestuft oder in Niedriglohnländer ausgelagert worden. Während dies nach 1970 zunächst die gering qualifizierte Lohnarbeit betraf, die vor allem nach Ostasien auswanderte, waren nach 1990 zunehmend auch die Facharbeit und die Semiprofessionen betroffen, die eher in den östlichen EU-Raum auswanderten.

Allerdings ist diese Abwanderung aus der industriell-technischen Arbeit nach 2009 zum Erliegen gekommen. Dies hängt offensichtlich mit dem Wiedererstarken der Position der großen Gewerkschaften im korporativen Aushandlungsdreieck zusammen. Bis zum Jahr 2013 ist die Gruppe der Facharbeiter und -handwerker nur noch um weitere 0,1 Prozent zurückgegangen und die Ingenieurebene um 0,2 Prozentpunkte gewachsen (Weber-Menges 2016). Dank der hohen industriellen Exportquote ist überdies die Beschäftigung in der industriellen Produktion deutlich höher als in anderen hoch entwickelten Ländern, sie lag um das Jahr 2000 noch sechs beziehungsweise neun Prozentpunkte vor Schweden und Großbritannien (Oesch 2006, zusammengefasst in Vester/Weber-Menges 2014: 25).

Dieser große Vorsprung ist in den Besonderheiten des deutschen Exportmodells begründet. Das Modell beruht weniger auf Kostenunterbietung in der Massenproduktion als auf der spezialisierten Qualitätsproduktion. Es braucht eine große Mitte von qualifizierten Facharbeitern und Semiprofessionen und basiert auf Unternehmen, die sich durch spezialisierte und innovative Qualitätsprodukte stabile Abnehmermärkte sichern. Es braucht daher Standorte mit hochentwickelten Strukturvoraussetzungen wie Bildung, Infrastruktur, Rechtssicherheit und wirtschaftlichen Netzwerken und Clustern. Vor allem deshalb ist nur eine begrenzte Abwanderung in Niedrigkostenländer zu fürchten. Die Lieferketten werden eher in andere höher entwickelte Länder verlängert.

Politisch wird diese Struktur auch jetzt wieder vermehrt durch Politiken der Arbeitsplatzerhaltung gefördert. Nach Jahren der gewerkschaftlichen Kampagne, »besser statt billiger« zu produzieren und die »Qualität der Arbeit« zu sichern, ist seit 2011 unter dem Namen »Industrie 4.0« eine konzertierte Kampagne zustande gekommen, die vom korporativen Dreieck von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat getragen wird. Sie zielt insbesondere darauf, die digitalen Technologien nicht mit niedrig qualifizierten, sondern mit immer höher qualifizierten Arbeitsplätzen zu kombinieren.

Der herausgehobenen Bedeutung der technisch-industriellen Berufsgruppen für das Exportmodell entsprechen auch die übrigen von uns z.B. für die Zeit von 1991 bis 2009 erhobenen Parameter, insbesondere Einkommenshöhe und Teilzeitanteil (Weber-Menges m. Vester 2014: 32, 8; Weber-Menges 2016). Die Einkommen der technischen Professionen und Semiprofessionen lag deutlich über dem Durchschnitt. Sogar die Facharbeiter und Fachhandwerker verdienten nicht unter dem Durchschnitt und damit besser als die Berufe mit Fachlehre in den anderen Sektoren. Der Anteil an Teilzeitarbeit lag niedriger als in allen anderen Sektoren. Im Durchschnitt aller Erwerbstätigen ist er von

1991 bis 2009 von 9,7 Prozent auf 16,8 Prozent gestiegen, im Sektor der technischen Berufe aber nur von 3,5 Prozent auf 6,7 Prozent. Das hängt auch damit zusammen, dass der Sektor stärker männlich dominiert ist als jeder andere Sektor. Die Frauenquote ist einzig auf der Ingenieursebene gestiegen und bei den Facharbeitern und -handwerkern sogar auf das extrem niedrige Niveau von 6,4 Prozent gefallen (Weber-Menges m. Vester 2014: 15). Das konservative Familienmodell, in dem der Mann der Alleinverdiener oder mindestens der Hauptverdiener ist, hat offenbar weitgehend überlebt.

3.2 Privilegierung der Managementstufen – Prekarisierung der unteren Stufen: Ein neuer bürokratischer Wasserkopf?

Die Zahl der Erwerbstätigen der organisatorischen und verwaltenden Dienstleistungen haben von 23,4 Prozent auf 25,7 Prozent zugenommen. Sie erfüllen überwiegend direkte wirtschaftliche Bedarfe und auch staatliche Bedarfe, deren Aufwand nicht zuletzt zu den »Generalkosten« des industriellen Sektors gehört (Geißler 2011: 166 ff.). Der Sektor ist mit 10,9 Millionen Arbeitnehmern »nach Köpfen«, das heißt nach beschäftigten Personen, kleiner als der Sektor der interpersonellen Dienstleistungen mit seinen circa 11,9 Millionen Erwerbstätigen. Aber nach dem Arbeitsvolumen, den von diesen Personen geleisteten Arbeitsstunden, ist er größer. Von den interpersonellen Dienstleistenden werden insgesamt weniger Arbeitsstunden geleistet (Weber-Menges m. Vester 2014: 8).

Die Angehörigen des oberen und bis zu einem gewissen Grade auch des unteren Managements haben überdurchschnittlich von der wirtschaftlichen Expansion seit 1991 profitiert. Sie gehören überdurchschnittlich zu den privilegierten beiden oberen Einkommensklassen. Und sie sind auch bedeutend stärker gewachsen als ihre Pendants in den drei anderen Sektoren. Zusammengekommen hat ihre Zahl von 7,7 Prozent (oder 3,0 Millionen) auf 16,2 Prozent (oder 6,9 Milli-

onen) zugenommen, sich also mehr als verdoppelt.

Dieses Wachstum dokumentiert alles andere als einen Trend zum »lean management«. Hat sich hier ein administrativer Wasserkopf entwickelt? »Verschlankt« wurde jedenfalls nur auf den beiden unteren Stufen. Hier überwiegen prekäre Arbeitnehmerstandards. Die dort Beschäftigten sind zusammengenommen von 15,7 Prozent (oder 6,1 Millionen) auf 9,5 Prozent (oder 4,0 Millionen) heruntergespart worden. Nach den Daten, die bis 2009 vorliegen, lagen bei ihnen die Anteile der Teilzeitarbeit, der weiblichen Beschäftigten und der beiden untersten Einkommensklassen deutlich über dem Durchschnitt (Weber-Menges m. Vester 2014: 8, 15, 32).

Unterhalb der beiden Managementstufen verläuft eine soziale Grenze. Walter Müller (1998) konnte am Wahlverhalten bis in die 1990er Jahre nachweisen, dass die Angehörigen der Gruppe des oberen Managements beruflich an der Einhaltung hierarchischer Autoritätsverhältnisse interessiert waren und daher überwiegend Schwarz-Gelb wählten. Die Angehörigen der anderen oberen Klassenfraktionen (die auch anteilmäßig wuchsen), waren dagegen beruflich an der Autonomie gegenüber Autoritäten interessiert. Müller belegte, dass die Zunahme des Rot-Grün-Wählens nicht eine Folge der sogenannten »Individualisierung«, sondern des quantitativen Wachstums dieser moderneren, an Kompetenz und Autonomie interessierten Klassenfraktionen war.

Dabei zeigt sich in den Daten Müllers eine historische Entwicklungsrichtung des Erwerbssystems (die sich aber heute nicht mehr unbedingt ins Wahlverhalten übersetzt): die relative Zunahme der Berufsgruppen der technischen und interpersonellen Dienstleistungen, die im Sinne Durkheims auf Autonomie und Gruppensolidarität setzten, und die relative Abnahme der Managementberufe, die auf hierarchische Autorität und individuelle Konkurrenz setzten.

Doch gerade diese autoritär strukturierten Gruppen haben mit der neoliberalen Wende auch die Oberhoheit im deutschen Modell wiedererlangt. Ihre seit den 1990er-Jahren verstärkten neoliberalen Politiken zielen dahin, die Dominanz der autoritären Kontroll- und Befehlshierarchie auch über die selbstbestimmten und gruppensolidarischen Berufe wieder herzustellen, also das, was Durkheim die »erzwungene Arbeitsteilung« nennt, die »schmerzhaften Reibungen« und »Klassenkämpfe« zur Folge hat (Durkheim 1988 [1893/1902]: 459).

2.3 Interpersonelle Dienstleistungen: Ausdünnung und Prekarisierung – trotz zunehmender gesellschaftlicher Bedeutung

Die interpersonellen Dienstleistungen bilden »nach Köpfen« den größten der drei Sektoren. Von 1991 bis 2013 ist hier die Zahl der Beschäftigten von 25,7 Prozent (oder 10,0 Millionen) auf 28,2 Prozent (oder 11,9 Millionen) gestiegen. Andererseits haben die Parameter der Prekarität, die von 1991 bis 2009 vorliegen, zugenommen (Weber-Menges m. Vester 2014: 8, 32; Vester/Weber-Menges 2014, Datenanhang B-01 u. D-09). Der Anteil der Personen, die Teilzeit arbeiten, hat sich hier von 17,0 Prozent auf 28,7 Prozent erhöht; in allen anderen Sektoren liegt dieser Anteil erheblich niedriger. Darunter ist der Anteil derjenigen, die zwischen 20 und 29 Stunden in der Woche arbeiten, von 12,7 Prozent auf 20,0 Prozent gestiegen; im Durchschnitt aller Erwerbstätigen ist er aber nur von 6,8 Prozent auf 12,1 Prozent gestiegen. Der Sektor ist also in Wirklichkeit personell stark ausgedünnt. Diese Schieflage ist zugleich eine Schieflage nach Geschlecht. Der Frauenanteil ist von 57,0 Prozent auf 63,3 Prozent der Sektorangehörigen gestiegen. Dem entspricht der überdurchschnittliche Anteil von Niedrigeinkommen, der vor allem Frauen betrifft.

Diese kumulativen Schieflagen – nach Sektor, Qualifikationsstufe und Geschlecht – stehen im Kontrast dazu, dass die Bedeu-

tung der interpersonellen Dienstleistungen immer noch wächst. Deren zahlenmäßiger Schwerpunkt liegt, wie Geißler (2011: 166) hervorhebt, nicht bei den eher privaten verbrauchsbezogenen Dienstleistungen (Konsum, Freizeit, Urlaub usw.), sondern bei den eher öffentlichen Humandienstleistungen der Bildungs-, Kultur-, Gesundheits-, Pflege-, Sozial- und Ordnungsberufe. Diese sind für die steigenden Bedarfe der Ausbildung und Weiterbildung, der Gesundheit und Pflege, der Sozialdienste und der Infrastrukturen da und daher für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und Integration und die Bereitstellung von »Humankapital« langfristig besonders wichtig (ebd.).

Die kumulativen Schieflagen sind nicht zuletzt eine Folge der Drosselung der öffentlichen Ausgaben für die Humandienstleistungen. Dabei liegen dort die größten Expansionspotentiale des Arbeitsmarktes. Dies zeigen besonders die klassischen skandinavischen Modelle des Wohlfahrtsstaates, die die Arbeitslosigkeit allgemein und besonders für die Frauen senken konnten, wie die internationalen Vergleichsdaten von Oesch bestätigen.

2.4 Ein Beschäftigungs-Puffer: Die prekären kleinen Selbstständigen und die prekären Freien Berufe

Für den Bereich der Selbstständigen dokumentieren unsere Daten einen einschneidenden Strukturwandel (s. Abb. 3 und Weber-Menges m. Vester 2014: 32, 50-55; Vester/Weber-Menges 2014: 68-71). Die Ausdünnung vor allem der sozialen Dienstleistungen und teilweise auch der beiden anderen Sektoren hat dazu geführt, dass viele für diese Sektoren ausgebildete Menschen eine selbstständige Erwerbstätigkeit suchten. Das Kleingewerbe und die Freien Berufe wurden von 1991 bis 2013 zu großen Beschäftigungspuffern (s. Abb. 3):

- Die Kleingewerbler ohne Beschäftigte, mithin die sogenannten »Scheinselbstständigen«, nahmen von 1991 bis 2013

von 4,1 Prozent auf 5,3 Prozent der Erwerbstätigen zu, das heißt von 1,6 Millionen auf 2,1 Millionen Personen.

- Die akademischen Freien Berufe wuchsen noch erheblich stärker, von 0,9 Prozent auf 2,4 Prozent der Erwerbstätigen. Sie verdreifachten sich damit von 349.000 auf 1,0 Millionen Personen.

Die 651.000 bei den Freien Berufen Hinzugekommenen werden überwiegend der Kategorie Neue Freie Berufe zugerechnet. Im Gegensatz zu den klassischen Freien Berufen (wie etwa Ärzten, Anwälten und Apothekern) bringen sie meist weniger eigenes Kapital mit und genießen sie nicht den Schutz ständischer Zugangsbeschränkungen. So konnten sie unter der Agenda-Politik, deren Kern die Deregulierung war, weit geringere Einkommen erzielen als vorher in der Berufsgruppe üblich. 1991-2009 hat bei den Freien Berufen die oberste Einkommensklasse um 18,5 Prozent auf 38,6 Prozent abgenommen. Gleichzeitig hat sich die Einkommensklasse der Prekarität auf 15,8 Prozent (+8,7 Prozent) und die Einkommensklasse der Armut auf 6,7 Prozent (+4,5 Prozent) erhöht. Bei den Kleingewerblern ohne Beschäftigte hat sich die Einkommensklasse der Prekarität auf 30,3 Prozent (+6,0 Prozent) und die Einkommensklasse der Armut auf 22,4 Prozent (+10,0 Prozent) erhöht, ein sicheres Indiz für Scheinselbstständigkeit.

Sowohl das enorme Wachstum wie die Einkommensverluste beider Gruppen haben sich sprunghaft von 2000 bis 2007 ereignet, in der Startphase der von der Agenda 2010 beförderten Prekarisierung. Besonders bei den Neuen Freien Berufen hat sich ein akademisches Prekariat gebildet, das hochmodern und politisch agil ist. Es handelt sich sehr weitgehend um hoch qualifizierte und moderne Berufsgruppen der soziokulturellen und administrativen Dienstleistungen, aber auch der digitalen Technologien. In Oberzentren, in denen sich hoch qualifizierte und moderne Erwerbstätige sowohl durch pull-Prozesse wie durch push-Prozesse beson-

ders sammeln, ist (1991-2009) die Zahl der Freiberuflichen noch stärker gewachsen, so in Hamburg von 1,8 auf 4,3 Prozent und in Berlin von 1,2 auf 5,5 Prozent. Nicht zufällig haben sie dort auch breiter ausstrahlende politische Protestpotentiale entwickelt, die zeitweilig in der Piratenpartei zum Ausdruck gekommen sind und sich noch ihren politischen Ort suchen.

3. Bewegungen für einen Paradigmenwechsel?

Wenn es um die Schieflagen sozialer Gerechtigkeit geht, muss nach den Akteuren gefragt werden, die sie korrigieren können. Die hier vorgestellten Landkarten ungleicher Gruppen sind sicherlich nicht vollständig, geben aber einige Hinweise. Fraglos sitzen die unzufriedenen sozialen Gruppen gegenüber dem dominanten Machtkartell an den bei weitem kürzeren Hebeln. Ein archimedischer Punkt, an dem der Hebel radikaler Veränderung erfolgreich ansetzen kann, ist nicht in Sicht. Zu viele Akteure des politischen Repräsentativsystems sind in die Prioritäten des neoliberal gewendeten deutschen Modells eingebunden.

Von den unzufriedenen Gruppen erfährt und bewältigt jede ihre Lage auf andere Weise. Sie haben ihre definitive politische Form noch nicht gefunden, aber es werden doch einige soziale Entwicklungsrichtungen sichtbar. Es gibt sozial ohnmächtige Gruppen, die (wie dies von vielen Hartz-IV-Empfängern angenommen wird), einen Anwalt brauchen (zum Beispiel eine pressure group oder karitative Instanzen), der stellvertretend in ihrem Interesse handelt. Die gering qualifizierten Berufsgruppen sind auf gewerkschaftliche oder politische Schutzmächte angewiesen, an die sie sich anlehnen oder bei denen sie sich engagieren können. Die prekären Kleingewerbetreibenden verfolgen eher Strategien der Gelegenheitsnutzung in der informellen Ökonomie. Im Unterschied dazu gehören viele unzufriedene Akademiker der Neuen Freien Berufe, wie auch viele ihrer akademischen Kollegen in anderen

Sektoren, zu denen, die ihre Interessen selber beziehungsweise in Gruppen- und Netzwerkform vertreten können. Bei vielen wirkt auch das Ferment der zivilgesellschaftlichen Bürgerbewegungen, die – eher im politischen als im ökonomischen Feld – sich in der Geschlechter-, Zuwanderungs-, Ökologie-, Friedenspolitik usw. engagieren.

Wie aus Unzufriedenheit eine aktive Bewegung werden kann, lässt sich besonders an den sozialen Dienstleistungen ablesen. Hier hat sich lange wenig bewegt. Doch inzwischen zeigt eine lang anhaltende Welle von Streiks verschiedener Teilgruppen, dass Solidarität und Selbstbewusstsein wachsen. Es geht nicht nur um das materielle Minimum oder die Abwehr eines absoluten sozialen Absturzes, es geht um Anerkennung der immer höher qualifizierten Arbeit, um Respektabilität, um soziale Verhältnismäßigkeit und um Gerechtigkeit.

Wenn wir etwas weiter denken, sehen wir, dass dieser entstehende soziale Druck sich, ohne dass dies den Beteiligten bewusst sein muss, auch gegen zentrale Glaubensartikel des neoliberal gewendeten wirtschaftlichen und sozialen »Modells Deutschland« richtet, gegen die innere und äußere Austeritätspolitik. Doch die Machtgruppe, die die Austeritätspolitik als einzige Lösung der Probleme anbietet, ist unerschütterter – jedenfalls auf der politischen Ebene, auch wenn die Welle politischer und wirtschaftlicher Krisen, die in anderen Ländern ausgelöst worden sind, immer mehr auf uns zurückrollt. ■

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1982 [1979]), Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M.
- Durkheim, Émile (1988 [1893/1902]), Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt/M.
- Geißler, Rainer (2011), Die Sozialstruktur Deutschlands, 6. Aufl., Wiesbaden.
- Groh-Samberg, Olaf (2009), Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, Wiesbaden.
- Hübner, Kurt (2011), »Regimewechsel. Nach dem Finanzmarktkapitalismus«, WSI Mitteilungen, Jg. 64, H. 12, S. 640–649.
- Müller, Walter (1998), »Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten«, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, H. 1, S. 3–46.
- Oesch, Daniel (2006), Redrawing the Class Map, Basingstoke.
- Ders. (2015): Der deutsche Pfad: Schieflagen eines Erfolgsmodells. In: Graf, A., Möller, C. (Hg.): Bildung – Macht – Eliten, Frankfurt/M. / New York, 231–265.
- Ders./Weber-Menges, Sonja (2014), Zunehmende Kompetenz – wachsende Unsicherheit, Bericht z. d. v. d. Böckler Stiftung gef. Kurzprojekt »Explorative Entwicklung und Erprobung eines Untersuchungsinstruments für [...] Langfrist-Analysen der beruflichen Arbeitsteilung [...] 1991-2009 mit den Daten des Mikrozensus«, Düsseldorf: <http://boeckler.de/11145.htm?projekt=2015-849-3>.
- Weber, Max (1980 [1921]), Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen.
- Weber-Menges, Sonja (in Zusammenarbeit mit Michael Vester) (2014), Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung, Luxemburg-Stiftung: <http://www.rosalux.de/publication/40648/berufliche-arbeitsteilung-und-prekarisierung.html>.
- Dies. (2016): Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung. Auswertung des Mikrozensus 2013. Hg. u. eingel. v. H. Kahrs. Luxemburg-Stiftung, Berlin. in: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/berufl_arbeitsteilung_prekarisierung_Weber-Menges.pdf.

Was wollen Arbeitnehmer*innen? – Ansprüche von Beschäftigten aus soziologischer Perspektive

von Wolfgang Menz und Sarah Nies¹

Welche Ansprüche formulieren Beschäftigte in der Arbeit und an die Arbeit? Auf diese Frage möchten wir im Folgenden Antworten suchen, die in gewisser Weise typisch soziologisch erscheinen mögen. Es geht uns nicht darum, Einschätzungen von Arbeitnehmer*innen zu konkreten arbeitsweltlichen Sachfragen – etwa zur Arbeitszeit, zur Vergütung, zur staatlichen Arbeitspolitik – darzustellen. Hierzu liefert die Meinungs- und Umfrageforschung in regelmäßigen Abständen interessante und verlässliche Ergebnisse, die repräsentativ für die Arbeitsbevölkerung sind.

Wir verfolgen einen anderen Weg: Was sind die normativen Basisprinzipien, die den Urteilen der Beschäftigten unterliegen, wenn sie sich – sei es kritisch, sei es affirmativ – mit den Geschehnissen und ihren eigenen Erlebnissen in (Erwerbs-)Arbeit auseinandersetzen? Das bedeutet, nach gemeinsam geteilten Mustern zu fragen, die den ganz unterschiedlichen konkreten Bewertungen und Stellungnahmen zu unterschiedlichen Themen und Fragen, mit denen Beschäftigte sich in ihrem Arbeitsalltag auseinandersetzen, zugrunde liegen. Diese Muster müssen aus soziologischer Perspektive rekonstruiert werden, ihre Prinzipien und ihre mögliche Systematik müssen also gleichsam aus Beobachterperspektive erst wieder zusammengesetzt werden. Eine solche Frage nach der „normativen Logik“ von Beschäftigtenorientierungen kann uns Auskunft über die Legitimationsprinzipien der aktuellen Arbeitsgesellschaft, aber ebenso über Instabilitäten bestehender Rechtfertigungsordnungen, über aufkommende Unzufriedenheiten und Kritikformen an Arbeit

geben. Normative Ansprüche können also immer zweierlei sein: Legitimationsprinzipien, die eine soziale Herrschaftsordnung stabilisieren, und Kritikprinzipien, mittels derer solche Ordnungen infrage gestellt oder zumindest kritisch bewertet werden. In der Regel formulieren Beschäftigte ihre Ansprüche nicht positiv, sondern in kritischer Auseinandersetzung mit den vorgefundenen Bedingungen, zumeist in Form von Ungerechtigkeits Erfahrungen (vgl. Dubet 2008). Das heißt allerdings nicht zwingend, dass die Beschäftigten damit eine Grundsatzkritik an der gesellschaftlichen Gesamtverfassung von Arbeit formulieren. Vielmehr kann eine solche Ungerechtigkeitskritik zentrale normative Prinzipien der Gesamtordnung gerade bestätigen. So können sich Beschäftigte beispielsweise unter Zugrundelegung des Prinzips der Leistungsgerechtigkeit ungerecht behandelt fühlen, mit der nachdrücklichen Einforderung dieses Prinzips aber gerade eine legitimatorische Grundsäule der Arbeitsverfassung reproduzieren.

Drei einleitende Differenzierungen sind nötig, bevor wir uns die normativen Anspruchsmuster von Arbeitnehmer*innen genauer ansehen werden.

Erstens: Ansprüche weisen zumeist einen Adressatenbezug auf. Über die Rekonstruktion spezifischer Anspruchsprinzipien hinaus ist also zu fragen, wem gegenüber überhaupt explizite Ansprüche formuliert werden und ob bestimmte Gruppen ausgeklammert bleiben. Inwiefern lässt sich ein Adressat überhaupt spezifizieren – wo bleiben Ansprüche „adressatenlos“, wo ist also kein Ansprechpartner für normative Kritik zu finden? Zugleich ist danach zu fragen, ob und wo die Ansprüche an sich selbst gerichtet werden, wo also „Selbst-Ansprüche“, Ansprüche, die gegenüber dem eigenen Handeln formuliert werden, bestehen.

Eine wichtige Unterscheidung für unseren Zusammenhang ist *zweitens* die zwischen „An-

¹ Prof. Dr. Wolfgang Menz ist Professor für Soziologie, insbesondere Arbeit, Organisation und Innovation am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Arbeits- und Organisationssoziologie, Technik- und Wissenschaftsforschung, Methoden qualitativer Sozialforschung. wolfgang.christian.menz@uni-hamburg.de

Dr. Sarah Nies ist Arbeitssoziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. – ISF München. Forschungsschwerpunkte: Subjekt, Bewusstsein und subjektive Ansprüche an Arbeit; Rationalisierung, Reorganisation und Wandel von Arbeit; Leistung und Belastung. sarah.nies@isf-muenchen.de

sprüchen“ und „Wünschen“ (vgl. Hürtgen und Voswinkel 2014). Nicht auf alles, was individuell erstrebenswert erscheint (also einen Wunsch ausmacht), kann ein Anrecht formuliert werden. Ansprüche können normativ untermauert werden, es können verallgemeinerungsfähige Prinzipien genannt werden, die begründen, warum eine bestimmte Erwartung erfüllt werden sollte. Wünsche hingegen sind „nur“ ein individuelles Begehren, dessen Berechtigung sich nicht generalisierend begründen lässt. Das bedeutet keineswegs, dass Wünsche individuell weniger drängend wären als Ansprüche; sie haben aber einen anderen Status hinsichtlich ihrer erwarteten Durchsetzbarkeit und eine andere Wirkung auf die Legitimation bestehender Ordnungen.

Drittens ist schließlich nicht nur danach zu fragen, welche Ansprüche wo bzw. gegenüber wem formuliert werden, sondern auch, wo dies *nicht* geschieht. Wenn Ansprüche zurückgenommen werden, bedeutet das, dass auf eine entsprechende Kritik verzichtet wird. Im Gegenzug impliziert dies aber auch, dass der der Bewertung entzogene Sachverhalt gleichsam legitimatorisch unfundiert bleibt: Er wird nicht kritisiert, aber er wird auch nicht normativ gestützt.

Unsere Rekonstruktion von normativen Basisprinzipien, die wir im Folgenden darstellen möchten, basiert auf einer umfangreichen qualitativen Studie, die Anspruchsmuster und Handlungsorientierungen von Beschäftigten vor dem Hintergrund von Umbruchprozessen und Krisenerfahrungen in Arbeit und Betrieb zum zentralen Gegenstand hatte.² Im Rahmen der Studie wurden zwischen August 2012 und Januar 2014 insgesamt 207 etwa 90-minütige leitfadengestützte Interviews und 19 etwa zweistündige Gruppendiskussionen (mit insgesamt 133 Teilnehmer*innen) mit Beschäftigten aus 25 Unternehmen in Industrie³, Bauwirtschaft

und Dienstleistungsbranche durchgeführt,⁴ ergänzt um mehr als 50 betriebliche Experteninterviews. Bei der Auswahl der Befragten wurde darauf geachtet, möglichst unterschiedliche Funktionen und Tätigkeitsfelder innerhalb der Unternehmen abzudecken.⁵

Fünf Gerechtigkeitsprinzipien

1) Lange Zeit herrschten in der Soziologie Diagnosen vor, die von einer Erosion von *Leistungsgerechtigkeit* als relevantem Anspruchs- und Kritikprinzip ausgingen. Es sei geradezu offensichtlich geworden, dass die bestehende Verteilung von Erträgen und Lasten in der Gesellschaft nicht nach Aufwand und Anstrengung erfolgen; somit werde deutlich, dass Leistungsgerechtigkeit als Begründungsprinzip kaum realistisch ist und – so der nicht ganz plausible Schluss aus dieser ganz sicher zutreffenden Diagnose – auch kein taugliches Prinzip zur Grundierung normativer Anspruchsmuster sei.⁶ Sämtlichen solchen Diagnosen zum Trotz bleibt Leistungsgerechtigkeit unseren Befunden nach ein entscheidender, wenn nicht der zentrale Legitimitätsanspruch in der Arbeitswelt und bildet ein wichtiges Basisprinzip für die Begründung von Ungleichheiten. Die Beschäftigten richten an den Arbeitgeber als ihr Gegenüber bestimmte normative Erwartungen eines „gerechten Austausches“. Während sie selbst ihre Leistungsverausgabung in die Waagschale werfen, fordern sie dafür im Gegenzug materielle und immaterielle Kompensation: ein entsprechendes Entgelt, aber auch angemessene Arbeitsbedingungen

4 Konkret: Einzelhandel, Finanzdienstleistungen, wissensintensive Dienstleistungen sowie Öffentlicher Dienst.

5 Etwa ein Drittel der Interviewpartner*innen hat einen Hochschulabschluss, die meisten weiteren Befragten verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung (u.a. auch fachfremde). Das Gesamtspektrum der Befragten reicht von der Einzelhandelsverkäuferin bis zum Bauarbeiter, von der Erzieherin bis zum Entwicklungsingenieur, vom Produktionsarbeiter bis hin zur Sozialpädagogin. Es überwiegen Beschäftigte in Normalarbeitsverhältnissen. Etwa 5 Prozent sind befristet angestellt oder in Zeitarbeit tätig, 8 Prozent arbeiten in Teilzeit. In den Unternehmen der Industrie und Bauwirtschaft überwiegen männliche Beschäftigte, bei den Befragten in den Dienstleistungsunternehmen ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen (insgesamt: 71 Frauen, 136 Männer).

6 In den unterschiedlichen Krisendiagnosen von „Leistungsgerechtigkeit“ werden durchaus unterschiedliche Gründe als Ursachen genannt: die mangelnde Zurechenbarkeit von Arbeitsaufwand und Ertrag in komplexen kooperativen Arbeitszusammenhängen (Offe 1970), die wachsende Vorherrschaft des Erfolgsprinzips in Arbeit und Gesellschaft (Neckel 2008), das Fortbestehen von gesellschaftlichen Segmentations- und Schließungsprozessen (z.B. Hartmann 2002).

2 „Brüchige Legitimationen – neue Handlungsorientierungen? Gerechtigkeitsansprüche und Interessenorientierungen in Arbeit und Betrieb vor dem Hintergrund von Krisenerfahrungen“. Das Projekt wurde von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert und in Kooperation von ISF München (Nick Kratzer, Wolfgang Menz, Sarah Nies) und SOFI Göttingen (Knut Tullius, Harald Wolf, Berthold Vogel) von 2011 bis 2015 durchgeführt. Siehe Kratzer et al. 2015, Menz und Nies 2016, 2018, Menz 2017.

3 Dies umfasst: Automobilindustrie, chemische Industrie, Maschinenbau, Elektroindustrie sowie industriennahe Dienstleistungen.

ebenso wie die soziale Anerkennung und Würdigung ihrer Arbeitsleistung.

Entgegen den Erosionsannahmen ist also nicht so sehr die Frage, *ob* das Leistungsprinzip als Maßstab und Legitimationsgrundlage ungleicher Verteilung (bei Entgelt, Position, Arbeitsbedingungen usw.) im Betrieb noch trägt, unter den von uns Befragten strittig, sondern vielmehr die Frage nach der Ausformulierung dieses Prinzips. Über die sehr unterschiedlichen Tätigkeitsfelder und Qualifikationsstufen unseres Samples hinweg teilen die von uns Befragten dabei zunächst weitgehend einhellig einen *aufwandsbezogenen* Leistungsbegriff.⁷ Was aber als Aufwand gilt, wird durchaus unterschiedlich ausgelegt: Die unmittelbare Anstrengung, die in der Arbeit erbracht wird und sich in einem konkreten Output niederschlägt, die Aufwendungen für die Ausbildung, körperliche und geistige Belastungen der Arbeit, die in Erfahrung geronnene Lebensarbeitsleistung oder das generelle Arbeitsengagement sind nur einige der möglichen Bestimmungen des Arbeitsaufwandes.

Typisch für Kontroversen um Leistung ist das Kriterium „Verantwortung“. Als Begründungsprinzip etwa für eine höhere Vergütung wird es von einem Gros der Beschäftigten auch niedriger Qualifikationsstufen grundsätzlich anerkannt. Die praktische Umsetzung aber, also die Frage, ob Führungskräfte überhaupt mehr Verantwortung als andere Beschäftigtengruppen tragen oder sie in ihrem Verhalten ihrer Verantwortung gerecht werden, werden deutlich in Zweifel gezogen.

„Man fragt sich dann auch, wie wird jetzt da das Gehalt bemessen, speziell jetzt bei Managern natürlich. Klar haben die eine große Verantwortung und sollten dementsprechend auch entlohnt werden. Nur gab es natürlich auch mehrere Fälle, wo Manager ihre Verantwortung halt missbraucht haben oder nicht gut genutzt haben, haben halt [das] Volk oder den Angestellten stark

geschädigt und kommen dann aber mit verhältnismäßig noch sehr glimpflicher Bestrafung aus der ganzen Sache wieder raus.“ (Dreher)

Kritisiert wird hier die Praxis, „Verantwortung“ als fixe Statuszuschreibung an Positionen zu knüpfen ungeachtet der Tatsache, ob tatsächlich die entsprechende Leistung (hier eben: Verantwortung zu übernehmen) erbracht wird.

Weil zwar nicht das Prinzip, aber das genaue Ausbuchstabieren von „Leistung“ und die Anwendung der Leistungskriterien häufig strittig ist und die Beschäftigten den normativen Anspruch auf Leistungsgerechtigkeit allzu oft verletzt sehen, bleibt dieses Anspruchsprinzip ein ständiger legitimatorischer Unruhe- und Krisenherd.

Allerdings – und das ist eine wichtige Einschränkung – bleibt die Anwendung von ‚Leistungsgerechtigkeit‘ im normativen Alltag häufig eher kleinformig und situativ (z.B. bei Auseinandersetzungen um die individuelle Leistungsbeurteilung, bei Fragen der Aufgabenverteilung in der Arbeitsgruppe). Damit dient dieses Prinzip keinesfalls nur dazu, Kritik am Unternehmen zu üben, sondern ebenso auch als sozial-moralischer Anspruch gegenüber Kolleg*innen und erhält hier bisweilen durchaus repressiven Charakter. An größere soziale Ordnungen – also dort, wo Gerechtigkeitsansprüche am ehesten frustriert würden – werden dagegen keine allzu nachdrücklichen Ansprüche auf Leistungsgerechtigkeit gestellt. Dass wir in einer funktionierenden Leistungsgesellschaft leben, dass also die Verteilung von sozialen Positionen und Einkommen sich in der Praxis tatsächlich nach „Leistung“ (wie auch immer sie auszubuchstabieren wäre) richten würde, behauptet kaum jemand unserer Befragten – und erwartet dies auch gar nicht ernsthaft. Analoges gilt mit Blick auf Betrieb und Unternehmen. Dass es hier überwiegend mit leistungsgerechten Dingen zugehe, entspricht nicht der Erfahrung der Beschäftigten; dies ist aber auch nicht Kern der normativen Erwartungen der Beschäftigten. So sehr Leistungsgerechtigkeit also ein persistenter Anspruch der Arbeitnehmer*innen ist, so wenig dient er noch zur umfassenden Legitimation der sozialen Ordnung der Arbeitsgesellschaft.

⁷ Dies gilt, obwohl wir es zweifellos mit einer Restrukturierung der betrieblichen Steuerungsverfahren zu tun haben, die den Fokus weg vom Aufwand und hin zu Erfolg oder Ertrag verschieben (Menz et al. 2011). Dies erscheint den Beschäftigten nicht grundsätzlich illegitim – aber es konstituiert kein eigenständiges Gerechtigkeitsprinzip.

2) Das Prinzip der *Fürsorge* beinhaltet den Anspruch, entsprechend den Lebensbedürfnissen konkreter, spezifischer Personen oder Personengruppen zu agieren und selbst behandelt zu werden. Arbeitskräfte sind als Menschen mit ihren jeweiligen Besonderheiten und spezifischen Bedürfnissen zu sehen. Grundprinzip dieses normativen Anspruchs ist der angemessene „Umgang mit der Verwundbarkeit und Kontingenz des Lebens“ (Aulenbacher et al. 2015, S. 68). Das bedeutet unter anderem, Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit zugunsten bedarfs- oder fähigkeitsbezogener Komponenten zu relativieren.

„Jeder schuldet letztlich nur, so viel er leisten kann. Und es können nicht alle gleich viel leisten. OK, Mitarbeiter A war früher 110 Prozent, kann jetzt aber nur noch 80. Das liegt nicht daran, dass er nicht will, sondern er kann es einfach nicht mehr.“ (Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst)

„Fürsorge“ impliziert zudem auch Ansprüche an den Arbeitgeber hinsichtlich betrieblicher Sozialleistungen oder einer lebensphasenbezogenen oder familienorientierten Leistungs- und Personalpolitik. Allerdings scheinen die Beschäftigten hinsichtlich der Gültigkeit dieses normativen Anspruchs gegenüber dem Arbeitgeber verunsichert. Das Modell des fürsorglich-paternalistischen fordistischen Großunternehmens, das von der Werkwohnung über die Vereinsförderung bis zur betrieblichen Gesundheits- und Altersvorsorge für sämtliche Lebensbereiche der Mitarbeiter*innen Sorge zu tragen hat, hat definitiv keine normative Gültigkeit mehr. Allerdings ist den Beschäftigten ebenso unklar, ob aktuelle Leitsätze der Personalwirtschaft wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Work-Life-Balance und Familiengerechtigkeit tatsächlich normativ eingefordert werden können oder eher als wünschenswerte, aber willkürliche Zuwendungen begriffen werden müssen. In diesem Fall erscheint der Betrieb eher als Ort der Leistungserbringung und der ökonomischen Notwendigkeiten, aber nicht als Feld, wo besondere Rücksichtnahme hinsichtlich persönlicher Bedürfnisse eingeklagt werden kann. Lediglich im Nahbereich der unmittelbaren Kolleg*innen und der direkten

Vorgesetzten gewinnt der Fürsorge-Anspruch an normativer Durchsetzungskraft.

Zugleich ist „Fürsorge“ ein zentrales Element arbeitsinhaltlicher Orientierungen (Nies 2015), also gleichsam ein handlungsleitender Anspruch an sich selbst, insbesondere im Umgang mit Kunden, Klient*innen oder Patient*innen. Das gilt keinesfalls nur für Care-Arbeiter*innen, sondern für alle Beschäftigten in interaktiver Arbeit: Die besonderen Bedürfnisse des sozialen Gegenübers zu berücksichtigen ist ein zentraler Anspruch an sich selbst. Er kann allerdings durchaus auch – vermittelt über das Klientenwohl – zu einer politisierten Forderung an den Arbeitgeber oder gar an die Gesamtgesellschaft werden. Die Erzieher*innen etwa klagen das Fürsorgeprinzip gleichsam gegen den Arbeitgeber ein. Dieser habe für die entsprechenden Bedingungen zu sorgen (z.B. durch entsprechende Personalbesetzung, räumliche Ausstattung), damit die Beschäftigten dem Fürsorgeanspruch gerecht werden könnten.

3) *Selbstverwirklichung*, also das Bestreben, die eigene Person und Individualität in die Arbeit einzubringen – zunächst in den 1980er und 1990er Jahren in den Debatten zum „Wertewandel“ (Klages 1984) und eine „normative Subjektivierung“ (Baethge 1991) breit thematisiert – ist auch heute noch virulent, und zwar bei ganz unterschiedlichen Beschäftigtengruppen.⁸ Auch hat die Inkorporierung von Selbstverwirklichung in den Managementdiskurs, wie ihn Boltanski und Chiapello (2003) nachverfolgt haben, und ihre Mutation zu einem regelrechten Selbstverwirklichungsimperativ diesen Anspruch nicht grundsätzlich seines kritischen Potenzials berauben können. Denn ob die tatsächlichen Verwirklichungschancen ernsthaft gestiegen sind, kann durchaus bezweifelt werden (Nies 2015). Allerdings macht unsere Erhebung deutlich, dass dem Selbstverwirklichungsprinzip heute eine wichtige kritisch-soziale Kraft fehlt: Selbstverwirklichung ist unter den Beschäftigten zumeist eher Wunsch als Anspruch: ein durchaus drängender Wunsch, der aber eben nicht als Anrecht formuliert wird. Dies

⁸ Auch in der „Generation Y“ ist Selbstverwirklichung keinesfalls generell im Rückzug begriffen, wie bisweilen behauptet (siehe dazu Nies und Tullius 2017)

ändert sich erst, wenn der eher selbstreferenziell gehaltene Selbstverwirklichungsanspruch mit Rationalitätsansprüchen guter Arbeit und Fürsorge-Ansprüchen gegenüber Kunden oder Klienten in Verbindung gebracht wird.

4) Auch *Beteiligung* ist eines jener Prinzipien, die – folgt man den arbeitssoziologischen Debatten – von oppositionellen Ansprüchen zu betrieblichen Anforderungen umgewidmet worden sind. Allerdings haben partizipative Management- und Steuerungsformen (trotz der gegenwärtigen Rhetorik im Digitalisierungsdiskurs) ihren Höhepunkt bereits überschritten. Unsere Untersuchung zeigt, dass Beteiligungsansprüche aus Perspektive der Beschäftigten auch heute noch wichtig sind, macht aber gleichzeitig ihre Grenzen deutlich: Die Beschäftigten beziehen diesen Anspruch in erster Linie auf die eigene Tätigkeit und das unmittelbare Arbeitsumfeld. Beteiligungsansprüche sind eng gekoppelt mit der Vorstellung, die eigene Tätigkeit gut und richtig auszuführen, und verlangen dafür geeignete Mittel und Handlungsfreiheiten. Die Reichweite der Beteiligungsansprüche in Betrieb und Unternehmen ist damit begrenzt: Über den eigenen Handlungsbereich hinaus werden kaum weitere Ebenen der Organisation in den Beteiligungsanspruch einbezogen.

„Was das Betriebliche insgesamt anbelangt, puh, das ist schwer zu sagen. Ich habe da jetzt nicht unbedingt so den Einfluss, glaube ich, drauf und ich glaube auch nicht, dass ich den haben möchte. Mich da zu sehr beteiligen, ich glaube, ich würde das gar nicht wollen. Im gewissen Maße ja, was jetzt unbedingt meinen Arbeitsplatz, beziehungsweise die Kollegen oder meine direkte Abteilung anbelangt, wohl, aber über das andere Betriebliche würde ich das, glaube ich, gar nicht wollen.“ (Bauplaner)

Wie im obigen Zitat anklingt, wird der Beteiligungsanspruch auf Betriebs- oder Unternehmensebene teils gar explizit abgelehnt. Dass Arbeit und Betrieb immer auch Orte der Fremdbestimmung sind, dass die Regeln und Verfahren andere sind als etwa im politischen Feld, wo demokratische Verfahren legitimatorische Selbstverständlichkeit sind, wird häufig

nicht in Frage gestellt. Das gilt erst recht für das ökonomische System insgesamt. Eine weiterreichende Demokratisierung der Wirtschaft erscheint weder als halbwegs reale Option im Erwartungshorizont der Beschäftigten, noch werden derartige Wünsche oder gar Ansprüche formuliert.

5) Das *Würdeprinzip* beinhaltet den Anspruch, respektvoll behandelt und in den eigenen menschlichen Grundbedürfnissen und -eigenschaften nicht beeinträchtigt zu werden. Die Beachtung der menschlichen Würde ist zunächst – oder besser: eigentlich – eine normative Selbstverständlichkeit.

„Ich denke, für jeden von uns ist das wichtig, dass man als Mensch angesehen wird und dass man als Mensch behandelt wird. [...] Jeder Mensch hat verdient, mit Respekt behandelt zu werden.“ (Montagearbeiterin)

Würdeverletzungen wirken aus diesem Grund besonders schwer. Dort, wo in unseren Erhebungen Kritik in Würdekategorien zu finden ist, gehen entsprechend besonders massive Anspruchsverletzungen voraus: In einem unserer Fälle wurde den Beschäftigten von einem Tag auf den anderen die Schließung des Betriebsstandortes verkündet und sie wurden noch am selben Tage aus dem Betrieb ausgeschlossen.

„So geht man nicht miteinander um! Wir sind Menschen, wir haben da neun Jahre gearbeitet, da kann man doch nicht einfach dir den Tritt in den Hintern geben und dich vor die Tür setzen! Ohne ein vernünftiges Wort!“ (Einzelhandelskaufmann)

Stärker noch als für andere Ansprüche gilt für das Würdeprinzip, dass es in den Interviews immer nur dann thematisiert wird, wenn es verletzt wird oder in Gefahr gerät: etwa bei Übergriffen, die die Integrität der Person gefährden (z.B. Beleidigungen oder sexistischen Angriffen), bei Arbeitseinkommen nahe dem Existenzminimum, bei Arbeitsformen, die dem Urteil der Beschäftigten nach den Kriterien der Menschlichkeit widersprechen (z.B. Leiharbeit). Von Würdeverletzungen betroffen sind deutlich

stärker Beschäftigte unter prekären Arbeitsbedingungen, mit geringem Einkommen und mit niedriger oder mittlerer Qualifikation.

Über Gerechtigkeit hinaus: Rationalitätsansprüche

Arbeitsorganisationen haben – aus Sicht der Beschäftigten – nicht nur moralische Ansprüche, wie etwa jene auf Leistungsgerechtigkeit, auf die Wahrung von Würde usw., zu erfüllen. Eine zentrale Erwartung an das Unternehmen ist auch, dass es einen effizienten Arbeits- und Produktionsprozess organisiert und hierzu adäquate Bedingungen bereitstellt, (Arbeits-)Ressourcen sinnvoll einsetzt sowie Arbeitsplatz und Einkommen der Beschäftigten sichert, etwa indem es langfristige und nachhaltige Marktstrategien verfolgt. Neben Gerechtigkeitsansprüchen formulieren Beschäftigte also auch normative Ansprüche, die sich auf die Funktionalität und Rationalität von Betrieb und Unternehmen – der bewerteten Arbeitsorganisation und ihrer Abläufe und der dort getroffenen Entscheidungen – beziehen. Solche Legitimitätsansprüche fassen wir unter dem Begriff „Rationalitätsansprüche“ zusammen.

Ebenso wie Gerechtigkeitsansprüche stützen sich Rationalitätsansprüche auf normative Prinzipien und können die Grundlage für Kritik und „Legitimitätsurteile“ bilden; sie sind moralischen Ansprüchen nicht nachgeordnet und können mit gleichem Nachdruck eingefordert werden. Die Vorstellungen von Rationalität, die die Basis dieser Ansprüche bilden, sind dabei nicht notwendig deckungsgleich mit denen, die das Unternehmen für sich beansprucht. Gerade aus der Reibung unterschiedlicher Rationalitätslogiken von Unternehmen und Beschäftigten können Anspruchsverletzungen resultieren (vgl. Nies 2015, S. 348ff.).

Innerhalb der Gruppe der Rationalitätsansprüche konnten wir drei Muster rekonstruieren: *Technisch-funktionale Rationalität* bezieht sich auf die Effizienz und Funktionalität der internen Abläufe, auf die Sachlogik von Produktion, Entwicklung, Dienstleistungen usw. Die *ökonomische Rationalität* umfasst die externen Anforderungen der (Absatz-, Arbeits- und Fi-

nanz-)Märkte. Unter *bürokratischer Rationalität* fassen wir, in Anlehnung an das, was Weber unter „legaler“ Herrschaft fasst, den Anspruch auf Regelerorientierung, auf Korrektheit der Prozesse und Verfahren.

Abb. 1: Normative Ansprüche von Arbeitnehmer*innen

Gerechtigkeitsansprüche (<i>moralische Ansprüche</i>)	Leistung
	Fürsorge
	Selbstverwirklichung
	Beteiligung
	Würde
Rationalitätsansprüche (<i>pragmatische Ansprüche</i>)	Technisch-funktionale Rationalität
	Ökonomische Rationalität
	Bürokratische Rationalität

Normative Verschiebungen

Bilanziert man unsere Befunde, so scheint auf den ersten Blick ein gewisser normativer Konservatismus unter den Arbeitnehmer*innen vorherrschend zu sein: Klassische Werte wie Leistungsgerechtigkeit sind weiterhin zentral; Hinweise auf einen Verlust solidarischer Orientierungen (etwa einen Niedergang von ‚Fürsorge‘-Orientierungen) haben wir nicht gefunden; Beteiligung ist den Beschäftigten weiterhin wichtig. Es sind weniger die Prinzipien selbst, die auf normative Umbrüche der Arbeitsgesellschaft hinweisen, sondern vielmehr deren Reichweite, Adressaten und Anwendungsfelder.

Sinkende Vergleichshorizonte

Normative Ansprüche werden immer auf Basis von Vergleichen entwickelt. Ob die eigene Position, das eigene Entgelt angemessen ist oder nicht, kann nur unter Bezug auf vergleichbare Beispiele und Fälle beurteilt werden. Wenn Gerechtigkeitserwartungen formuliert werden, geschieht dies in Bezug auf „vergleichbare“ Strukturen oder Ordnungen. Diese Vergleichbarkeit kann zeitlicher, räumlicher und sozialer Art sein: Es können Früherheute-Vergleiche sein, Vergleiche zwischen

unterschiedlichen Regionen oder zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen. Je nachdem, welche Vergleichsordnungen herangezogen werden, kann sich das Anspruchsniveau unterscheiden, also gleichsam die Höhe der Ansprüche. Die Vergleiche ändern nichts Grundsätzliches an den Anspruchsprinzipien selbst, aber sie bestimmen das zugrunde gelegte Anspruchsniveau.

Auffällig ist, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Interviewten – und zwar unabhängig von Beschäftigungsstatus, Branche oder Alter – ihren Bewertungen einen generellen gesellschaftlichen Entwicklungsprozess zugrunde legt, der eine anhaltende und kontinuierliche Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen beinhaltet. Die Befragten geben hier eine Trendeinschätzung ab, die sowohl die Vergangenheit als auch die weitere Zukunft betrifft: Die soziale Ungleichheit in Deutschland wachse, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse nähmen zu, Arbeits- und Leistungsanforderungen stiegen, während Löhne und Gehälter stagnierten oder gar sanken. Vom charakteristischen wachstumsorientierten Nachkriegsoptimismus in Deutschland – der Wohlstand steigt, die Arbeit wird besser abgesichert, die Chancen auf soziale und ökonomische Teilhabe steigen usw. – ist nicht mehr viel übrig geblieben. Die Arbeitnehmer*innen teilen die Diagnose einer „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016), allerdings mit einer gravierenden Umakzentuierung: Sie sehen sich jeweils selbst weniger stark von den negativen Entwicklungen betroffen als diejenigen, mit denen sie sich vergleichen. Die gesellschaftliche und ökonomische Situation insgesamt verschlechtere sich, während der eigene Status eher stabil bleibe. „Uns geht es ja noch relativ gut“, konstatieren viele der Befragten.

Das Erleben der Wirtschaftskrise hat eine solche Erosion der Vergleichshorizonte weiter verstärkt. Während im öffentlichen Diskurs von massiven Einbrüchen und Einschnitten die Rede war, fühlen sich die meisten interviewten Beschäftigten im Vergleich eher unterdurchschnittlich betroffen. Indem ihr (medial vermittelter) Vergleichsmaßstab

sinkt, erscheint ihnen die eigene materielle Situation noch als vergleichsweise günstig. Dies gilt umso mehr, wenn von den Befragten eine internationale Perspektive eingenommen wird – etwa mit Blick auf die Eurokrise und südeuropäische „Schuldenstaaten“. Für den Nahbereich gilt Ähnliches: Jüngere Beschäftigte finden schlechtere Bedingungen vor, Leiharbeiter*innen sind benachteiligt – die „Abstiegsgesellschaft“ rückt näher, betrifft viele Beschäftigte selbst aber nicht persönlich.

Ent-Legitimierung statt Legitimationskrise

Folgt man Wolfgang Streeck, müsste sich der Kapitalismus – „als Gesellschaftsordnung, die von einem Versprechen unbeschränkten kollektiven Fortschritts zusammengehalten wird“ (2015, S. 120) – vor ernsthafte Legitimationsprobleme gestellt sehen. Denn an ein solches Fortschrittsversprechen glaubt kaum noch jemand. Dass wir (zumindest unseren Befunden nach) aber derzeit keinesfalls vor einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Legitimationskrise stehen, liegt an der Begrenzung und Relativierung von Ansprüchen. Genannt haben wir bereits das Absenken der Vergleichsmaßstäbe, das – bei grundsätzlicher Stabilität der normativen Prinzipien – ein geringeres Anspruchsniveau impliziert. Hinzu kommt, dass die Anwendungsfelder und der Adressatenkreis, an den die Ansprüche sich richten, reduziert werden. Beteiligung ist den Beschäftigten wichtig, wird aber nur erwartet im unmittelbaren eigenen Arbeitsumfeld, nicht mit Blick auf den gesamten Betrieb, das Unternehmen oder gar die Ökonomie als Ganzes. Leistungsgerechtigkeit ist für die Arbeitnehmer*innen ein zentrales Prinzip, wird aber vorwiegend in individuell-situativen normativen Auseinandersetzungen in Anschlag gebracht. Als umfassende Kritik folie für gesellschaftliche Ungleichheit wird es nicht herangezogen – zu aussichtslos erscheint das Unterfangen, Leistungsgerechtigkeit für die Sozialstruktur insgesamt einzufordern. Andere Prinzipien, wie etwa Selbstverwirklichung, bleiben als Wünsche virulent, verfügen aber nicht über die normative Kraft einklagbarer Ansprüche; entsprechend tendieren die Beschäftigten eher zu individualistischen Lösungen wie „exit“ (z.B. Arbeitsplatzwechsel)

statt „voice“ (Skandalisierung und Politisierung etwa durch Einbezug der Interessenvertretung).

Dass gerade größere Sozialordnungen einer Gerechtigkeits- und Rationalitätskritik entzogen bleiben, bedeutet einerseits, dass diese von weitergehenden Legitimationskrisen verschont bleiben. Andererseits heißt dies aber auch, dass sie über kein festes normatives Fundament verfügen. Sie sind nicht de-legitimiert – was hieße, dass sie ins Kreuzfeuer der Kritik ‚von unten‘ gerieten. Sie sind ent-legitimiert: Ansprüche an sie sind weitgehend zurückgenommen. ■

Literaturverzeichnis

- Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria; Décieux, Fabienne (2015): *Prekäre Sorge, Sorgearbeit und Sorgeproteste. Über die Sorglosigkeit des Kapitalismus und eine sorgsame Gesellschaft*. In: Susanne Völker und Michèle Amacker (Hg.): *Prekarisierungen. Arbeit, Sorge, Politik*. Weinheim, Basel: Juventa, S. 59–74.
- Baethge, Martin (1991): *Arbeit, Vergesellschaftung, Identität – Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit*. In: Wolfgang Zapf (Hg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften – Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt a. M. 1990*. Frankfurt a. M., New York, S. 6–19.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Dubet, François (2008): *Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Hartmann, Michael (2002): *Der Mythos von den Leistungseliten*. Frankfurt a.M, New York: Campus.
- Hürtgen, Stefanie; Voswinkel, Stephan (2014): *Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte*. Berlin: Edition Sigma.
- Klages, Helmut (1984): *Wertorientierung im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Kratzer, Nick; Menz, Wolfgang; Tullius, Knut; Wolf, Harald (2015): *Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb*. Baden-Baden: edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft.
- Menz, Wolfgang (2017): *Das befremdliche Überleben der Leistungsgerechtigkeit. Zur Beharrlichkeit eines vielfach totesagten normativen Prinzips*. In: Brigitte Aulenbacher, Maria Dammayr, Klaus Dörre, Wolfgang Menz, Birgit Riegraf und Harald Wolf (Hg.): *Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Arbeitsgesellschaft im Wandel), S. 191–209.
- Menz, Wolfgang; Dunkel, Wolfgang; Kratzer, Nick (2011): *Leistung und Leiden. Neue Steuerungsformen von Leistung und ihre Belastungswirkungen*. In: Nick Kratzer, Wolfgang Dunkel, Karina Becker und Stephan Hinrichs (Hg.): *Arbeit und Gesundheit im Konflikt*. Berlin: Sigma, S. 143–198.
- Menz, Wolfgang; Nies, Sarah (2016): *Gerechtigkeit und Rationalität. Motive interessenpolitischer Aktivierung*. In: WSI-Mitteilungen 68 (7), S. 530–539.
- Menz, Wolfgang; Nies, Sarah (2018): *Doing Inequality at Work. Zur Herstellung und Bewertung von Ungleichheiten in Arbeit und Betrieb*. In: Laura Behrmann, Falk Eckert, Andreas Gefken und Peter A. Berger (Hg.): *‘Doing Inequality’ – Prozesse sozialer Ungleichheit im Blick qualitativer Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 123–147.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Neckel, Sighard (2008): *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft*. Frankfurt a.M, New York: Campus.
- Nies, Sarah (2015): *Nützlichkeit und Nutzung von Arbeit. Beschäftigte im Konflikt zwischen Unternehmenszielen und eigenen Ansprüchen*. Baden-Baden: Nomos.
- Nies, Sarah; Tullius, Knut (2017): *Zwischen Übergang und Etablierung. Beteiligungsansprüche und Interessenorientierungen jüngerer Erwerbstätiger*. Düsseldorf: Study der Hans-Böckler-Stiftung.
- Offe, Claus (1970): *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen „Leistungsgesellschaft“*. Frankfurt a. M.: EVA.
- Streeck, Wolfgang. 2015. „Wie wird der Kapitalismus enden?“, In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 60 (3), S. 99–111 und 60 (4), S. 109–210.

Arbeitssubjekt und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit – Denkweisen und Alltagspraxen von Arbeiter*innen in ihrer politischen Dimension verstehen

von Stefanie Hürtgen¹

Einleitung

Ich möchte im Folgenden aufzeigen, dass es in der Frage des politischen (Arbeits-)Subjekts notwendig ist, sich wieder stärker den alltäglichen Denkweisen und (arbeitsbezogenen) Alltagspraxen zuzuwenden. Es ist leider in Mode gekommen, (Arbeits-)Subjekte entlang von (zu dem teilweise klischeehaft) verallgemeinerten Sozialfiguren zu diskutieren. Dies sind beispielsweise der fordistische Malocher als konservativer Langweiler, der angeblich nur auf Haus, Garten, Auto und Familie orientiert ist und sonst nichts von der Welt wissen will – oder solche Darstellungen, die die gegenwärtige Arbeitswelt von weitgehend angepassten, den Anforderungen der Ökonomie „unterworfenen“, deren Strukturen „verinnerlichenden“ Idealtypen wie dem „Netzwerkmenschen“ (Boltanski/Chiapello) oder dem „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling) bevölkert sehen. Subjektive, politische Handlungs- und Widerstandsfähigkeit ist hier kategorial weitgehend eingeebnet (vgl. kritisch: Thompson/Smith 2009, 921ff; Hürtgen/Voswinkel 2014, 18ff.).

Die Frage nach dem subjektiv Politischen darf nicht einfach von gesellschaftlichen Strukturen und Diskursen auf die Konstitution der Subjekte „ableiten“. Sie muss letzteren analytisch eigenständigen Raum der Betrachtung in ihrer *Auseinandersetzung* mit ihren sozio-ökonomischen Handlungsbedingungen einräumen. Zur Debatte steht der „doppelte Konstitutionszusammenhang“ von Individuum und Gesellschaft (Geissler u.a. 1984; vgl. auch Dau-

sien 2009). Um diesen zu erfassen braucht es auch eine genauere Analyse der (alltäglichen) Handlungs- und Sinnorientierungen als Orte der Herausbildung von Subjektivität. Mit Blick auf das politische Moment der Subjektivierung stellt sich dann die Frage nach der *Art und Weise* des subjektiven Bezugs auf das gesellschaftliche Allgemeine, oder, um eine zentrale Kategorie der Kritischen Psychologie heranzuziehen: nach Kapazitäten *subjektiver gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit*. Gemeint ist hiermit das subjektive Vermögen, den gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Akteuren als kompetentes, *eingreifendes und gestaltendes* Subjekt gegenüberzutreten. Ihr Gegenstück ist die *restriktive Handlungsfähigkeit*, die unabänderliche, schicksalhafte soziale Verhältnisse postuliert und soziale Handlungsfähigkeit auf partikular-private Absicherung hin ausrichtet: man müsse sich den Strukturen fügen und das Beste daraus machen. (Holzkamp 1990) Beide Orientierungen subjektiver Handlungsfähigkeit, die sich in der realen Welt natürlich nicht so polar gegenüber stehen, sondern Abstufungen und Mischungen enthalten, sind subjektiv entwickelte Orientierungen, die selbstverständlich nicht losgelöst von allgemein-gesellschaftlichen Strukturen entstehen, diese vielmehr reflektieren und *interpretieren*. Darüber hinaus ist die eingreifende, gestaltende Handlungsorientierung auf Verallgemeinerung der eigenen Sichtweise in sozialen Kollektiven, Organisationen oder institutionellen (Ermöglichungs-)Strukturen, z.B. in Form sozialer Rechte, angewiesen. Fehlende oder unzureichende kollektive Verallgemeinerung stärkt, wie im Beitrag ersichtlich werden wird, den Individualisierungsdruck, die Privatisierung und in diesem Sinne *Depolitisierung* subjektiver Handlungsfähigkeit.

Ich möchte diesen Gedankengang in zwei Schritten vertiefen und beispielhaft verdeutlichen. Zunächst diskutiere ich, unter welchen so-

¹ Ass. Prof. Dr. Stefanie Hürtgen lehrt und forscht zu den Veränderungsprozessen in Arbeit und Produktion. Sie hat in Berlin studiert und war mehrere Jahre in der Erwachsenen- und Gewerkschaftsbildung tätig, unter anderem an der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Stefanie Hürtgen hat 1997 über Europäische Betriebsräte promoviert und arbeitet heute als Assistenzprofessorin im Bereich Wirtschaftsgeographie der Uni Salzburg. Sie ist assoziiertes Mitglied des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Mitglied der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Rosa Luxemburg Stiftung.

zialen Bedingungen Beschäftigte sich selbst als die (Arbeits-)Welt kritisch reflektierende und gestaltende Subjekte verstehen können. Denn in der Tat (und keineswegs selbstverständlich) finden wir, auch nach jahrelangen Erfahrungen mit neoliberaler Politik und entpolitisierenden Sachzwang-Diskursen, verbreitet eine *Selbstkonstitution* vor, die die Notwendigkeit gesellschaftlicher Gestaltung hochhält, wenngleich sie zunehmend in die Defensive gerät. Danach möchte ich auf eine zentrale inhaltliche Dimension dieser Befähigung zur (alltags-)politischen *Selbstermächtigung* eingehen, die völlig unrechtfertigt ein wissenschaftliches Schattendasein fristet: die Dimension von Lohnarbeit als gesellschaftlich sinnvoller Arbeit. Am Ende führe ich zusammen und komme auf die aktuellen Krisenentwicklungen zu sprechen.

Die Selbstkonstitution als gesellschaftlich handlungsfähiges Subjekt

In einem Forschungsprojekt zu sozialen Anspruchshaltungen von sogenannten Normalbeschäftigten sind Stephan Voswinkel und ich über die Interviewaussagen auf ein prinzipielles Problem gestoßen worden: Was befähigt soziale Subjekte, in diesem Fall abhängig Beschäftigte, sich selbst als solche aufzufassen, die *das Recht* und *die Kapazität* haben, die bestehenden Arbeits- und Lebensverhältnisse zu kritisieren und diese im Zweifel entweder selbst oder mit anderen zu verändern – oder derartige Veränderungen zumindest als grundsätzlich machbar und notwendig zu erachten? Was befähigt also Beschäftigte, sich als sozial eingreifend zu konstituieren, was auch heißt, Gesellschaft als – prinzipiell – gestaltbar zu erachten? Und warum hegen keineswegs alle Beschäftigten dieses auf gesellschaftliche Handlungsfähigkeit ausgerichtete Denken, obwohl auch sie viel an den gegenwärtigen Verhältnissen auszusetzen haben, und dies auch äußern?

Unsere Antwort ist, dass es zu dieser Selbstermächtigung grundlegende normative Vorstellungen von einem *gemeinsamen gesellschaftlichen Arbeits- und Lebenszusammenhang* geben muss, in die sich die Arbeitssubjekte – kritisch – einschreiben können (ausführlich Hürtgen/Voswinkel 2014). Wir haben diese basalen

Vorstellungen mit Axel Honneth und anderen als *normative Ordnung* der Gesellschaft bezeichnet, es ließe sich aber mit E. P. Thompson (1980) auch von einer *moralischen Ökonomie der (Arbeits-)Welt* sprechen. Beide Male sind handlungsleitende soziale Normen, moralische Maßstäbe und Gerechtigkeitsvorstellungen zentral. Diese stellen ihrerseits keine zufällig und eklektisch versammelten Einfälle dar, sondern sie begründen zusammen ein ausdifferenziertes, die eigene soziale Praxis mit den wahrgenommenen gesellschaftlichen Strukturen bzw. anderen sozialen Akteuren verknüpfendes System normativer Zusammenhänge. Man selbst ist *Bestandteil* dieser moralischen Ökonomie, bringt sie in der eigenen Praxis mit hervor – und kann sich auf sie als mit Anderen sozial geteiltes normatives Verständnis beziehen.

Inhaltlich geht es den Beschäftigten nach unseren Erkenntnissen wesentlich um eine (*mit-*) *menschliche, soziale, inhaltlich verantwortliche Arbeitswelt* (vgl. auch Dubet 2008). Arbeit ist für kaum jemanden einfach nur Arbeitskraftverausgabung und Geld verdienen, sondern abhängige Arbeit wird verortet, bewertet und kritisiert im Lichte einer grundsätzlichen, normativen Betrachtung von sich selbst im gesellschaftlichen Zusammenleben und -arbeiten. So beinhaltet die Dimension der „Menschlichkeit“ basale Vorstellungen von *Gleichheit* und der notwendigen Berücksichtigung leiblich-seelischer Bedürfnisse jedes/r Einzelnen, auch in der Arbeitswelt. Vom Chef angebrüllt zu werden oder über lange Zeit bis zur Erschöpfung arbeiten zu sollen verletzt dieses Prinzip. Ebenso wichtig ist eine Anerkennung der vielfältigen Lebenszusammenhänge, in denen jedes Individuum steht. Diese ragen hinein in die Arbeitswelt als bestimmte Eigenart oder „Tagesform“ der Kolleg*innen, als besondere Bedürfnisse, die es zu berücksichtigen gilt, oder auch als wertvolle Erfahrungen, über die man sich austauschen kann. Und schließlich beruht die hier skizzierte moralische Ökonomie der Arbeitswelt wesentlich auf einem sozial-inhaltlich bestimmten Arbeitsbegriff: Es geht wenigen Beschäftigten nur um eine rein formale Arbeitsbefähigung. Zentral ist vielmehr eine Perspektive, die die *eigene Arbeit als Bestandteil eines generellen, über Betrieb und Arbeitsplatz hinausra-*

genden sozialen Zusammenhangs betrachtet, sei es konkret zu bestimmten Kund*innen, zu versorgungsbedürftigen Menschen usw., aber auch abstrakt-allgemein als Beitrag für die Gesellschaft als solche. Mit Bezug darauf werden dann beispielsweise hochgradig verdichtete oder desorganisierte Arbeitsbedingungen kritisiert: auf diese Weise könne man nicht „gut“ arbeiten. Es sei aber wichtig, so ein türkischer Bandarbeiter im Interview, qualitativ gute Bremsen für Autos zu montieren.

Weitgehend jenseits größerer medialer und sozialer Öffentlichkeit finden wir in der Arbeitswelt eine Vielzahl kleinerer und größerer Proteste, Grenzziehungen und Formen der Solidarisierung vor, in denen der gemobbten Kollegin beigesprungen, ein respektvoller Umgang mit migrantischen Arbeitskolleg*innen durchgesetzt, der alkoholranke Kollege nicht diffamiert, sondern unterstützt wird usw. (vgl. Hürtgen/Voswinkel 2014)

Die Beschäftigten nehmen dabei die mitmenschliche, soziale und inhaltlich ausgerichtete arbeitsweltliche moralische Ökonomie nicht einfach für die Realität. Aber sie finden ausreichend materiale, über generationellen, sozialen und politischen Austausch verdichtete Erfahrungen und Anhaltspunkte vor (soziale und politische Rechte, kollegiale Erfahrungen usw.), die es ihnen erlauben, ein spezifisches moralisch-normatives Gesamtbild der (Arbeits-) Welt zu entwerfen (vgl. Vester 2001). Dieses ist keine abgehobene, am Reißbrett entworfene Utopie, sondern eine Art positive Verdichtung und Erweiterung wahrgenommener sozialer Möglichkeiten und Möglichkeitshorizonte. Es ist Grundlage einer Kritik der Arbeits- und Lebensbedingungen, nicht nur mit Blick auf die Notwendigkeit, sondern vor allem auch die *prinzipielle Möglichkeit ihrer Veränderung*, was einschließt, dass die Beschäftigten sich als „eigen-mächtiger“ Bestandteil der zu stärkenden allgemeinen moralischen Ökonomie konstituieren und auf gesellschaftlich-eingreifendes Handeln fokussieren können. Das heißt nicht, dass sie in jedem Moment „aktiv“ werden oder „sich organisieren“ – oft gibt es „gute Gründe“, nicht einzugreifen, weil z.B. die Ressourcen dazu fehlen. Aber eingreifendes Handeln ist

prinzipieller Bestandteil dieser Subjektivierungsform, es wird selbstverständlich mit Bezug auf die alltäglich-konkreten und weiteren gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge reflektiert und agiert.

Lohnarbeit als gesellschaftlich sinnvolle Arbeit und die Selbstkonstruktion als politisch gestaltender Akteur

Ich möchte diesen Prozess der doppelten Konstitution des politischen Subjekts anhand der beschriebenen normativen Dimension sozial-inhaltlicher Arbeit nun etwas genauer nachzeichnen (siehe zum Folgenden ausführlich Hürtgen 2017), denn diese Orientierung ist im Zuge einer vor allem auf Individualisierung, Selbstverwirklichung und Hochqualifizierung ausgerichteten wissenschaftlichen Debatte zu Unrecht aus dem Fokus geraten (Nies 2015). Blicken wir für einen Moment zurück, so finden wir sie als maßgeblichen Befund in der klassischen Studie „Das Gesellschaftsbild des Arbeiters“ von Popitz, Bahrdt und anderen (1957). Die Autoren legen ausführlich dar, wie ein Gutteil der befragten (600!) Stahlarbeiter die Vorstellung hegte, „für die Gesellschaft zu produzieren und ihr so nützlich zu sein“ (242). Es herrsche die Auffassung vor von der eigenen Arbeit als einer „Funktion, die für die anderen, für die Gesellschaft eine fundamentale Voraussetzung ihrer Existenz ist“ (238; Hvh. SH). Die Autoren zitieren Wendungen wie „schließlich leben ja die anderen von der Produktivität der Arbeiter“ oder das bis heute anzutreffende „die Werte schafft der Arbeiter“ (238ff.). Entscheidend ist, dass diese inhaltliche Bestimmung von Arbeit nicht nur als Legitimationsbasis für Forderungen nach sozialen Verbesserungen der damaligen (auch reproduktiven) Arbeitsbedingungen für sich selbst fungierte (z.B. neue Waschräume, bessere Altersversorgung usw.), sondern darüber hinaus sich ein relevanter Teil der Arbeiter auf der Basis einer inhaltlich-sinnvollen Arbeitsbestimmung als (politisch) progressiver Bestandteil der Gesellschaft, als ihr progressiv-gestaltender Part konstituieren konnte. Diese Arbeiter (es waren *nie alle* Arbeiter) sahen sich selbst, so zeigen die ausführlichen Interviews, als diejenige Kraft an, die – nicht zuletzt zusammen mit der Gewerkschaft –

auf eine solche Umgestaltung von Arbeit und Gesellschaft drängt, die die allgemein notwendigen sozialen Verbesserungen *vorantreibt* und rechtlich und institutionell *absichert* (184ff.). Beispiele hierfür sind Auseinandersetzungen um die Unternehmensmitbestimmung, der Ausbau sozialer Versicherungen oder die Verhinderung eines erneuten Krieges.

Während Popitz u. a. den *Zusammenhang* einer normativen Vorstellung von Lohnarbeit als gesellschaftlich nützlich und der (Selbst-)Konstitution als selbstbewusste, eingreifende, auf das gesellschaftliche Ganze zielende Akteure von der Subjektseite aus analysieren (ähnlich später: Linhart 2009) blickt der französische Soziologe Robert Castel auf die rechtlich-institutionelle Seite. Castel charakterisiert die westeuropäische Nachkriegsepoche als eine des „Aufstieges der Lohnarbeit“, weg von der verachteten, unsicheren Position des „Proletariats“ hin zur gesellschaftlich anerkannten und relativ weitgehend geschützten, auch materiell teilhabenden Gruppe der Lohnabhängigen. Er hat dabei den Ausbau des fordistischen Wohlfahrtsstaates, des Sozialrechts und des „kollektiven sozialen Eigentums“ im Blick, also alle Arten sozialer Infrastruktur. Entscheidend ist nun: Mit diesen Institutionen erfolgt vor allem und vorrangig eine Neubestimmung des gesellschaftlichen Status' *von Lohnarbeit*, auch und gerade diese „steigt auf“. Sie ist nun – in der „Lohnarbeitsgesellschaft“, wie Castel es nennt – nicht mehr länger konkretes, einzeln und nach Ergebnis zu entlohnendes, den Marktunsicherheiten unterworfenen Tagwerk. Vielmehr wird sie bestimmt als gesellschaftlich-allgemeines, „kollektives Gut“, als durch die Einrichtungen des Sozialstaates anerkannter Bestandteil des „gesellschaftlichen Ganzen“. Castel bezeichnet diesen Prozess als „Abstraktifizierung“ von Lohnarbeit bzw. gleich ganz als Herausbildung „abstrakter Arbeit“. Leicht ironisch und nur implizit in einem Nebensatz setzt er diese Begrifflichkeit der gleichlautenden Marx'schen Kategorie entgegen, um seinerseits darauf zu beharren, dass die institutionell verallgemeinerten Normen zu einer *anderen Art von Abstraktion*, nämlich der eines gesellschaftlichen bzw. „gemeinschaftlichen Nutzen“ führten. Lohnarbeit wird hier nach „*kollektive Produktionsform*“: „Man könnte

also sagen, dass die abstrakte Arbeit, der man so viel Schlechtes nachgesagt hat, den wirtschaftlichen Nutzen der Arbeit mit ihrer gesellschaftlichen Funktion verbindet“ (Castel 2011, 67). Und weiter: „Die Arbeit fügt sich in ein System von Rechten und Pflichten ein, die durch ihren gemeinschaftlichen Nutzen bestimmt sind und nicht mehr nur durch den wirtschaftlichen Nutzen des Warenverkehrs.“ Unabhängig von der dann tatsächlich vom Einzelnen geleisteten Arbeit institutionalisieren die sozialen Rechte Lohnarbeit als beitragende, sinnvolle Tätigkeit. “[D]ie Arbeit musste selbst als kollektive Produktionsform anerkannt werden, als kollektiver Akt, der über die Besonderheiten der von den Individuen erfüllten Arbeiten hinausgeht. Dieser Wandel vollzieht sich zusammen mit dem Aufstieg der abstrakten Arbeit, der Anerkennung der Arbeitstätigkeit als einem Akt der Arbeit im Allgemeinen, einem gesellschaftlichen Akt” (ebd.; Hvh. i.O.).

Diesen normativ-institutionell veränderten Charakter von Lohnarbeit *verbindet* Castel mit der *politisch-sozialen Konstitution ihrer Träger*, den Lohnabhängigen. Diese werden – und zwar auf der Grundlage ihrer gesellschaftlich-sinnvollen Arbeit – gesellschaftliche Akteure, zu die Gesellschaft gestaltenden (Rechts-)Subjekten. Sie haben nun, aufgrund der institutionalisierten „Anerkennung der allgemeinen gesellschaftlichen Funktion der Arbeit [...] Zugang zum öffentlichen Raum“, sie werden zu politisch handelnden, gestaltenden *Bürgern*. Damit sind ihre vormals als partikular aufgefassten Probleme der Arbeitswelt verallgemeinerbare, gesellschaftliche Angelegenheit: „Der Arbeiter besetzt damit auf seine Weise – als Produzent – den öffentlichen Raum. [...] Das Arbeitsrecht besiegelt sein Bürgerrecht. [...] Arbeit [wird] zur Grundlage einer *sozialen Bürgerschaft*” (ebd., 67f.; Hvh. SH).

Re-Privatisierung und Re-Autorisierung des politischen Subjekts?

Zu Recht ist Castel von feministischer und kritisch-ökologischer Seite kritisiert worden, soziale Bürgerrechte konzeptionell einseitig auf – zudem oft auf klassische Facharbeit verengte – Lohnarbeit hin auszurichten (Aulenbacher 2009;

Hürtgen 2015). Auch um die spezifischen privatkapitalistischen Zwänge und Verwertungslogiken schert er sich nicht, sie spielen bei ihm keine Rolle. Entscheidend ist aber an dieser Stelle, dass wir mit Popitz u.a. und Castel beispielhaft eine *doppelte Konstituierung von Gesellschaft und Individuum-Subjekt* nachvollziehen können, die es auf der Seite des Arbeitssubjekts ermöglicht, in Wechselwirkung mit den normativ-institutionell verallgemeinerten Strukturen Dimensionen subjektiver gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Diese alltägliche wie auch kollektiv-organisierte Handlungsfähigkeit bezieht sich grundlegend auf die prinzipielle Gestaltbarkeit des Gesellschaftlichen, mit dem/der Einzelnen als ihrem aktiven Bestandteil. als Akteur einer in Form und Inhalt auszubauenden *sozialen Demokratie*.

Gerade die Dimension gesellschaftlich sinnvoller Arbeit zeigt dabei aber auch die *akute Krisenhaftigkeit des politischen Subjekts der Arbeit* – und auch hier ist der Prozess ein doppelter, subjektiv-individuell und allgemein gesellschaftlich. Beschäftigte geben ihre Vorstellungen einer moralischen Ökonomie der Arbeitswelt angesichts verschärfter kapitalistischer Konkurrenz und damit einhergehender Prekarisierung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse nicht einfach auf. Aber sie machen verbreitet die Erfahrung, dass ihre strukturell-normative Verankerung nicht mehr trägt. Ein Beispiel hierfür ist der vielerorts enorm gestiegene Leistungsdruck, den die Beschäftigten oft mit hohen psychosozialen Kosten bezahlen und den sie im Modus einer „Selbstextensivierung“ (Kratzer 2003: 133) zu bewältigen versuchen. Von kritisch-wissenschaftlicher Seite werden sie mitunter dazu aufgefordert, „Grenzen zu ziehen“, also quasi Dienst nach Vorschrift zu machen. Allerdings ist das weithin beobachtete Bemühen, dem wachsenden Leistungsdruck auch auf Kosten eigener Erschöpfung und Entgrenzung standzuhalten, eben nicht allein eine Frage mangelnder *Fähigkeit* zur Leistungsverweigerung – und noch weniger eine Frage mangelnder *Einsicht* in die Notwendigkeit, der Überbeanspruchung Grenzen zu setzen (vgl. Nowak u.a. 2012). Vielmehr lässt sich zeigen, dass abhängig Beschäftigte trotz hoher Belastungen auch deshalb den eigenen Maßstäben sinnvoller Arbeitsorientierung

folgen, weil sie sich so bemühen, ihren Status als *gesellschaftliche Subjekte* aufrecht zu erhalten, also berechtigt Forderungen stellen und legitimerweise handelnd eingreifen zu können. Der von Castel herausgearbeitete Zusammenhang zwischen Beschäftigten als im umfassenden Sinne Rechtssubjekten und einer prinzipiellen Auffassung von Lohnarbeit als gesellschaftlich sinnvoller droht zu zerbrechen, wenn man selbst die Kriterien guter Arbeitserledigung systematisch verletzt. Entsprechend wird von vielen Beschäftigten auf ihre Kosten die *Ethik* einer „Wertorientierung statt Joborientierung“ aufrecht gehalten (Vogel/Pfeuffer 2016).

Allerdings mehren sich die Stimmen, die es als Einsicht in eine (angesichts der Kräfteverhältnisse) offenbar unabänderliche Notwendigkeit ansehen, „auf stur“ zu schalten, sich nicht zu sehr „Gedanken zu machen“ und einfach zu schauen, dass sie selbst irgendwie „durchkommen“. Sie müssten, so wird wiederholt geschildert, von Maßstäben sinnvoller Arbeit absehen, um selbst nicht „draufzugehen“. Diese Ent-Verallgemeinerung von (vorgestellter) Handlungsfähigkeit wird als (späte) Einsicht in die Verfasstheit einer Welt präsentiert, die nur zu bewältigen ist, wenn man sich von *normativen Vorstellungen sozialer Gestaltbarkeit des Sozialen befreit*. Die Handlungsorientierung ist hier programmatisch partikular; soziale usw. Verbesserungen sind zwar für einen selbst eventuell durch geschicktes Verhalten oder „Glück“ zu erlangen, ihre *Verallgemeinerung* aber ausgeschlossen, dieser harten, leider unabänderlichen Realität gilt es, ins Auge zu blicken. Dabei artikulieren auch diese Beschäftigten erfahrene Missstände in der (Arbeits-)Welt, betonen aber, dass man sich von der Illusion verabschieden müsse, diese ändern zu können: Wer das nicht schaffe, gehe in dieser *a-sozialen* Welt unter. Diese restriktive Handlungsfähigkeit schließt im Zweifel ein, moralische Grenzen zu übertreten, um sich (auch gegenüber Kolleg*innen) Vorteile zu verschaffen oder durchzusetzen (ausführlich Hürtgen/Voswinkel 2014). Sie ist zudem in ihrer grundlegend autoritären Ausrichtung anfällig für rechts-autoritäre Überhöhungen von Führerfiguren und xenophob-aggressive Klassifizierung, was sich derzeit wieder besonders deutlich zeigt (vgl. Sauer u.a. 2018).

Die aktuelle Arbeitsforschung verdeutlicht zugleich, dass gesellschaftlich-eingreifende und partikular-restriktive Handlungsfähigkeit keine dichotomen Gegenüberstellungen darstellen. In den verschiedenen Studien wird vielmehr eine anhaltend große Irritation der politisch-eingreifenden (Alltags-)Subjektivität sichtbar. Deren sich absehbar weiter verschärfende Verunsicherung besteht darin, dass sich (Arbeits-)Subjekte durchaus noch vielfach auf die beschriebene arbeitsweltliche moralische Ökonomie beziehen, diese Normen (z.B. das ein Leben in Würde ermöglichende Einkommen), auch in den medialen politischen Diskursen artikuliert werden, ihr faktischer Geltungsbe- reich allerdings immer weiter zurückgefahren wird. Im Resultat entsteht eine spannungs- reiche Nichtpassung, ein Erleben „nichtnor- maler Normalität“ (Hürtgen/Voswinkel 2014), wachsende Ohnmachtserfahrung und „adres- satenlose Wut“ (Detje u.a. 2011).

Für eine progressive Transformations- perspektive reicht es deshalb nicht aus, wenn Intellektuelle die (Arbeits-)Subjekte abstrakt- aufklärerisch von der Notwendigkeit einer an- deren, besseren Welt zu überzeugen suchen. Es braucht vielmehr dringend die materiale Stärkung normativ-institutionalisierter Anker- punkte, damit sich die Individuen-Subjekte in diese nicht nur diskursiv, sondern praktisch- handelnd einschreiben können. Eine neue Po- litik der Arbeit müsste in dieser Perspektive für ein sozial-ökologisch modernisiertes Projekt einer moralischen Ökonomie der Arbeit strei- ten, und sie müsste vor allem ernsthaft darum ringen, es den a-sozial zerstörerischen Profita- bilitätslogiken abzutrotzen. ■

Literatur

- Aulenbacher, B. (2009): Die soziale Frage neu gestellt. Ge- sellschaftsanalysen der Prekarisierungs- und Geschlech- terforschung, in: R. Castel / K. Dörre, K. (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung, Frankfurt a. M., 65–77.
- Castel, R. (2008): Die Metamorphosen der sozialen Fra- ge. Eine Chronik der Lohnarbeit, 2. Aufl. Konstanz.
- Castel, R. (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicher- heiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg.
- Dausien, B. (2009): Differenz und Selbstverortung. In: B. Aulenbacher / B. Riegraf (Hg.): Erkenntnis und Metho- de, Wiesbaden, 157–177.
- Detje, R. / Menz, W. / Nies, S. / Sauer, D. (2011): Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht der Betroffenen, Hamburg.
- Dubet, F. (2008): Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz, Hamburg.
- Geissler, B. / Neumann, E. / Zoll, R. (1984): Arbeiteriden- tität und Krisenwahrnehmung. In: R. Zoll (Hg.): „Haupt- sache ich habe meine Arbeit“, Frankfurt a.M., 12–24.
- Holzkamp, K. (1990): Worauf bezieht sich das Be- griffspaar „restriktive/verallgemeinerte Handlungsfähig- keit“? In: Forum Kritische Psychologie 26, 35–45.
- Hürtgen, St. (2015): Qualifizierung und Polarisierung im transnationalen Raum der Lohnarbeit. In: R. Atzmüller / St. Hürtgen / M. Krenn (Hg.): Die zeitgemäße Arbeits- kraft, Weinheim/Basel, 27–124.
- Hürtgen, St. (2017): Der subjektive gesellschaftliche Sinnbezug auf die eigene (Lohn-)Arbeit: Grundlage von Ansprüchen auf Gestaltung von Arbeit und Gesellschaft. In: B. Aulenbacher u.a. (Hg.): Leistung und Gerechtig- keit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus, Weinheim/Basel, 210–227.
- Hürtgen, St. / Voswinkel, St. (2014): Nichtnormale Nor- malität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte, Berlin.
- Kratzer, N. (2003): Arbeitskraft in Entgrenzung. Gren- zenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenz- te Ressourcen, Berlin.
- Linhart, D. (2009): Travailler sans les autres. Paris.
- Nies, S. (2015): Nützlichkeit und Nutzen von Arbeit. Beschäftigte im Konflikt zwischen Unternehmenszielen und eigenen Ansprüchen, Berlin.
- Nowak, I. / Hausotter, J. / Winker, G. (2012): Entgren- zung in Industrie und Altenpflege: Perspektiven erwei- terter Handlungsfähigkeit der Beschäftigten; in: WSI- Mitteilungen 65(4), 272 – 280.
- Sauer, D. / Stöger U. / Bischoff, J. / Detje, R. / Müller, B. (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine ar- beitsweltliche Spurensuche, Hamburg.
- Thompson, E. P. (1980): Die „moralische Ökonomie“ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert. In: Ders.: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhun- derts, Frankfurt/Berlin/Wien, 66–130.
- Thompson, P. / Smith, C. 2009: Labour Power and La- bour Process: Contesting the Marginality of the Sociologi- of Work. In: Sociology, Vol. 43(5), 913–930.
- Vester, M. (2001): Soziale Milieus und soziale Gerech- tigkeit. In: K.-R. Korte / W. Weidenfeld, Werner (Hg.): Deutschland-TrendBuch, Opladen, 136–183.
- Vogel, B. / A. Pfeuffer (2016): Amtsethos oder Job? Zum Arbeitsbewusstsein im öffentlichen Dienst. In: WSI-Mit- telungen 69 (7), 513–520.

Aufstehen – gegen was, wofür und mit wem?

Über populistische Bewegungen in der demobilisierten Klassengesellschaft

von Klaus Dörre¹

„Bist Du für oder gegen die neue, von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine initiierte Sammlungsbewegung?“, lautet die Frage, die innerhalb der gesellschaftlichen Linken gegenwärtig stark polarisiert. Wie immer man diese Frage beantwortet, eines muss man den Initiatorinnen und Initiatoren von „Aufstehen“ unumwunden zugestehen: obwohl noch nicht einmal feststeht, was „Aufstehen“ inhaltlich will, ist der publizistische Erfolg des Unternehmens schon jetzt beachtlich. Sieht man von erwartbaren Reaktionen ab, die einen Ego-Trip Wagenknechts und Lafontaines unterstellen, ein Repräsentationsdefizit im politischen System nicht erkennen wollen, programmatische Leere konstatieren, es für eine von oben initiierte Kopfgeburt halten und deshalb ein rasches Scheitern des Unternehmens prophezeien, sind die Reaktionen in der liberalen und selbst in der konservativen Presse erstaunlich offen. Das muss freilich noch nicht viel bedeuten, denn was in der Qualitätspresse auf Resonanz stößt, ist nicht unbedingt von Dauer. Ein gewisser Martin Schulz, erst zum Hoffnungsträger der SPD hochgejazzt, dann als Volldepp aus Würselen niedergeschrieben, könnte einen eindrucksvollen Erfahrungsbericht liefern.

Unübersehbar ist jedoch, dass „Aufstehen“ ein in der gesellschaftlichen Linken verbreitetes Empfinden aufgreift. So, wie es ist, kann es offenbar nicht weitergehen. Im deutschen Merkel-Land ist die völkisch-populistische Rechte dabei, der Linken die Themen zu nehmen. Während Spitzenpolitiker aus CSU („Asyltourismus“) und FDP („Sekundärmigration“) wohl mit klammheimlichen Beifall auch aus CDU und SPD Härte gegenüber Geflüchteten demon-

strieren und dabei den Bruch zivilisatorischer Standards in Kauf nehmen, schicken sich die völkischen Neorechte an, die soziale Frage mit ihren Inhalten zu besetzen. „Aufstehen“ gilt ihnen dabei als ernstzunehmende Konkurrenz. Während Seehofers Flüchtlingspolitik „copy and paste“ und „taktischer Natur“ sei, was „vom Wähler durchschaut werden“ könne, gehe es beim „Blick auf die linke Sammlungsbewegung um die Wurst“, schreibt der neurechte Vordenker Götz Kubitschek, um sodann großsprecherisch hinzuzufügen: „Die soziale Frage ist ein Kronjuwel der Linken, und es könnte ihr durch eine glaubwürdige und entschlossene AfD abgejagt werden“². Dazu passt, dass die Thüringer AfD unlängst ein Rentenkonzept vorgelegt hat, das linke Positionen aufgreift und seine politisch vergiftete Komponente erst bei genauem Hinschauen offenbart.³

Rechtspopulismus als politische Verarbeitungsform repulsiver Globalisierung

Ist „Aufstehen“ eine geeignete strategische Antwort auf die sozialpopulistische Offensive

2 Kubitschek, Götz (2018), Markenimitate, Kronjuwelen – Seehofer, Wagenknecht, in: Sezession vom 17. Juni 2018.

3 Gefordert werden die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, eine Anhebung des Rentenniveaus und ein Aufschlag für Niedrigrenten. Weil Niedriglöhne die wichtige Ursache für unzureichende Renten seien, solle der neutrale Verteilungsspielraum voll ausgeschöpft werden, lautet das linke Argument. Allerdings will die AfD eine Staatsbürgerrente nur für Deutsche. Ausländer ohne deutschen Pass sollen ausgeschlossen bleiben, was auf eine faktische Entwertung ihrer Arbeitsleistung hinausläufe. Der Finanzierungsvorschlag hat es ebenfalls in sich. Eine Refinanzierung soll durch Einsparungen bei den Aufwendungen für „Masseneinwanderung“ und „Energie- und Klimaschutz“, aber auch – und hier scheinbar wieder links – durch Kürzungen bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr sowie mittels Bekämpfung von Steuerparasiten sichergestellt werden (AfD 2018: 38). Zudem wird davon gesprochen, junge Leute, kinderreiche Familien und arbeitende Mütter „finanziell [zu] fördern, statt Masseneinwanderung zuzulassen“ (AfD 108: 12). Und natürlich treibt „die Flüchtlingskrise im Zusammenspiel mit dem Familiennachzug“ die „Mietpreise in vielen Städten weiter nach oben“ (ebd.: 10). Einem solchen Programm kann man nicht einmal vorwerfen, dass es auf Umverteilung von oben nach unten vollständig verzichtet. Deshalb wird das Thüringer Rentenkonzept vom marktradikalen Flügel der AfD heftig kritisiert. Für AfD-Wahlkämpfe in den neuen Ländern ist das allenfalls ein vernachlässigenswertes Detail, denn ob ein Programm beschlossen ist oder nicht, interessiert AfD-Wähler in der Regel wenig. Vgl.: AfD (2018), Die Produktivitätsrente. Es geht um Werterschätzung. Ein Konzept der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Erfurt.

1 Dr. Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Mitherausgeber der spw. Der Beitrag basiert in Teilen auf einem Interview des Verfassers mit der Zeitschrift „Jacobin“ vom 24.03.2018, <https://jacobinmag.com/2018/03/germany-28-hour-workweek>.

der AfD? Kann es der Sammlungsbewegung gelingen, der AfD das Wasser abzugraben? Zur Beantwortung dieser Frage ist es zwingend nötig, die Motive genauer zu analysieren, die „kleine Leute“ zur Unterstützung der rechtspopulistischen Revolte motiviert. Meine These lautet, dass die rechtspopulistische Revolte eine politische Verarbeitungsform dessen ist, was ich als repulsive Globalisierung bezeichne. Damit ist gemeint, dass die Globalisierung Folgewirkungen erzeugt, die inzwischen auf die verursachenden Gesellschaften im globalen Norden zurückschlagen und dort strukturbildend wirken. Solche Repulsionen der Globalisierung sind u.a. eine dramatische Ausprägung klassenspezifischer Ungleichheiten, die in den reichen Ländern längst zu einer ökonomischen Wachstumsbremse geworden ist; Veränderungen in der geoökonomischen Struktur der Weltwirtschaft, die zu neuen imperialen Rivalitäten und Spannungen bis hin zu kriegesischen Konfliktherden führen; ein Anwachsen ökologischer Destruktivkräfte, das längst planetarische Belastungsgrenzen überschreitet sowie eine Fluchtmigration auf Rekordniveau, die nur in ihren Spitzen und der rigiden Abschottungspolitik bereits wieder mit sinkenden Zahlen auch die europäischen Zentrumsstaaten erreicht.

Mitte-Links-Parteien, deren politische Philosophien über viele Jahre darauf hinausliefen, die Globalisierung als einen Sachzwang zu betrachten, an den man sich möglichst intelligent anzupassen habe, haben für diese neuen Herausforderungen keine überzeugenden Antworten. Eine Folge ist, dass die kontinentaleuropäischen Sozialdemokratien Gefahr laufen, als politisch gestaltende Kraft von der europäischen Bühne zu verschwinden. Auch der SPD könnte ein solches Schicksal bevorstehen. Es gibt jedenfalls keine Garantie dafür, dass die 18-Prozent-Marke eine Untergrenze ist, die die Partei als Teil einer kaum noch als groß zu bezeichnenden Koalition nicht mehr zu unterbieten vermag.

Gleich, ob solche Negativszenarien eintreffen oder nicht, schon jetzt macht sich bemerkbar, was ich an anderer Stelle als Tendenz zu einer demobilisierten Klassengesellschaft bezeichnet habe. Während sich vertikale, überwiegend klassenspezifische Ungleichheiten ausprägen, sind

gewerkschaftliche und politische Organisationen, die auf der Konfliktachse von Kapital und Arbeit agieren, während der gesamten Nachkriegsgeschichte nie so schwach gewesen wie in der Gegenwart. In alten kapitalistischen Zentren und auch in Deutschland finden ausgeprägte klassenspezifische Ungleichheiten innerhalb des politischen Systems keine angemessene Repräsentation. Zwar gibt es eine Fülle an Konflikte und Streiks, die in der Bundesrepublik zu einer neuen Konfliktformation geführt haben⁴, aber im politischen System fehlt der Resonanzraum, fehlen die Öffentlichkeiten, die in der Lage wären, den so erzeugten Problemrohstoff produktiv, d.h. klassenpolitisch zu verarbeiten und für eine Stärkung linker Positionen zu nutzen. „Die sozialistische Linke unterzog sich einer radikalen, von Jahr zu Jahr deutlicher werdenden Verwandlung [...]. Nicht mehr von Ausbeutung und Widerstand war die Rede, sondern von ‚notwendigen Reformen‘ und einer ‚Umgestaltung‘ der Gesellschaft. Nicht mehr von Klassenverhältnissen und sozialem Schicksal, sondern von ‚Zusammenleben‘ und ‚Eigenverantwortung‘. Die Idee der Unterdrückung, einer strukturierenden Polarität zwischen Herrschenden und Beherrschten, verschwand aus dem Diskurs der offiziellen Linken und wurde durch die neutralisierende Vorstellung des ‚Gesellschaftsvertrages‘ ersetzt“, schreibt der französische Soziologe Didier Eribon in „Rückkehr nach Reims“ und trifft damit den Nagel auf den Kopf.⁵ Nur Klassenvergessenheit vermag zu erklären, weshalb beispielsweise die in vielerlei Hinsicht wegweisende Auseinandersetzung um die verkürzte Vollzeit, die Einführung einer 28-Stunden-Woche als Option in der Metall- und Elektroindustrie, von großen Teilen vor allem der akademischen Linken nahezu ignoriert wurde.⁶

Mangelnde Resonanz im linken Diskursraum verstärkt in Teilen der Lohnarbeiterschaft den Eindruck, dass die gewerkschaftliche Kampfkraft selbst bei Hochkonjunktur und Beschäftigungsrekorden nicht ausreicht, um

4 Vgl. Dörre, Klaus (2017): Vor neuen Herausforderungen - Gewerkschaften in fragmentierten Arbeitsbeziehungen. In: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Heft Nr. 222 5/2017.

5 Eribon, Didier (2016), Rückkehr nach Reims, Berlin, S. 120.

6 Vgl.: Dörre, Klaus (2018): Neue Perspektive für Arbeitszeitverkürzung: Der Tarifabschluss der IG Metall. In: SPW. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft Heft 226-2018, S. 74-77.

Gerechtigkeitslücken zu schließen. Diese Kluft erzeugt den Humus, auf dem der völkische Populismus gedeiht. Der Rechtspopulismus beantwortet die neuen Herausforderungen mit einer imaginären, weil für die dominanten kapitalistischen Eliten letztlich herrschaftssichernden Revolte. Einer repulsiv gewordenen Globalisierung setzt die völkische Rechte einen Nationalismus entgegen, der, in der Wahrnehmung vieler geradezu befreiend, den Sachzwangcharakter internationaler Verflechtungen bestreitet. Wachsende Ungleichheit nutzt der Rechtspopulismus für eine Ethnisierung der sozialen Frage. Auf ökologische Gefahren und den Klimawandel antwortet er mit Leugnung, auf die Fluchtmigration mit Abschottung und Abwehr und auf die zivilgesellschaftliche Verankerung liberal-libertäre Wertorientierungen mit Antifeminismus, vermeintlicher Familienorientierung und Rückbesinnung auf eine homogen gedachte Nationalkultur.

Die Umdeutung von Verteilungs- und Anerkennungskämpfen, die Klassen austragen, in Konflikte zwischen kulturell homogen konstruierten Volksgemeinschaften von In- und Ausländern bildet gleichsam den ideologischen Kern eines differentiellen Rassismus, der ohne Rassensbegriff auskommt. Populistischer sind solche Ideologeme, weil sie den Problemrohstoff, den die Gesellschaft erzeugt, in einem binären Schema bearbeiten. Dem korrupten Establishment wird ein unverdorbenes, weitgehend homogenes Volk gegenübergestellt, dessen Wille im Zweifelsfall mit dem der Populisten übereinstimmt. Rechtsradikal ist dieser Populismus, weil er einen kulturellen Antagonismus unterstellt. Jeder soll seine Kultur leben können – aber bitteschön dort, wo diese Kultur ursprünglich beheimatet ist. Der *melting pot*, so die Botschaft, funktioniert nicht. „Vermischung“ macht starke Kulturen schwach. Realisierte man das politische Programm, das dieses Gedankengebäude impliziert, wäre eine Welt aus vielen Apartheid-Staaten das unvermeidliche Resultat.

Eine rechte *deep story*

Die Linke ist dennoch gut beraten, wenn sie entsprechende Orientierungen von Lohnabhängigen nicht auf falsches Bewusstsein reduziert.

Ebenso wichtig wie die Verzerrung sozialer Realität ist der *bon sens*, der „gute Kern“ (Antonio Gramsci), den solche Orientierungen enthalten. In ihrer Studie zu den Anhängern der rechtspopulistischen Tea-Party-Bewegung hat die US-amerikanische Soziologin Arlie Hochschild eine *deep story* rekonstruiert, die veranschaulicht, was mit diesem rationalen Kern gemeint ist. Laut Hochschild sehen sich viele ArbeiterInnen in einer Warteschlange, die an einem Berg wartet, der den amerikanischen Traum vom kleinen Aufstieg verkörpert. Doch in der Schlange geht es nicht vorwärts. Während man selbst vergeblich ansteht, werden andere bevorzugt, die in der Wahrnehmung der Wartenden deutlich weniger geleistete haben, um sich den Traum vom besseren Leben zu erfüllen. Weil es auf der politischen Linken an Angeboten fehlt, suchen die Wartenden Zuflucht beim Trumpismus: „Klasse ist in diesem Kontext sehr bedeutsam. Ich denke, dass – obwohl Trump mit seinen Attacken auf moralische Grundsätze jedes Maß gesprengt hat – die ArbeiterInnen eher im Hinblick auf Klasse denn auf Gender abgestimmt haben. Diese Kategorie scheint mir die Hauptmotivation bei den Wahlen gewesen zu sein. Während Gender und 'race' lange Zeit sehr bedeutsam waren, steht mittlerweile die Klassenfrage wieder auf der Tagesordnung“.⁷

Ungeachtet aller Unterschiede zur US-amerikanischen Situation lässt sich eine rechte *deep story* auch bei deutschen ArbeiterInnen aufspüren. Deren Geschichten handeln ebenfalls von Warteschlangen am Berg der Gerechtigkeit.⁸ Schon die rechtsaffinen jungen westdeutschen ArbeiterInnen, die ich von Mitte der 1980er Jahre befragen konnte, verorteten sich in einem Teil der Bevölkerung, der auf bessere Zeiten wartete. Ihr Gesellschaftsbild unterschied sich kaum von demjenigen sozialdemokratisch orientierter Altersgenossen. Gerechtigkeitsvorstellungen adressierten sie an einen nationalen Wohlfahrtsstaat, der diese Ansprüche jedoch immer weniger ge-

7 Hochschild, Arlie (2018): Warum Trump? Fremd in ihrem Land: Interview mit Arlie Russell Hochschild, in: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spöck, Peter (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Frankfurt/Main.

8 Mit verschiedenen Forschungsgruppen gehe ich diesen Geschichten seit mehr als 30 Jahre nach. Vgl. dazu: Dörre, Klaus (2018): In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage, in: /Becker/Dörre/Reif-Spöck. Dort finden sich auch Hinweise auf die verschiedenen Studien und deren methodisches Vorgehen.

währleisten konnte. Hauptgrund war, so jedenfalls die Wahrnehmung, ein Internationalismus, der die Seiten gewechselt hatte. Unternehmen agierten zunehmend inter- und transnational, die sozialen Folgen der globalen Landnahme mussten jedoch weiterhin in der nationalen Arena bewältigt werden. Lohnabhängige hatten, das jedenfalls behauptete der dominante Globalisierungsdiskurs, Opfer zu bringen, um die nationale Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. Abstriche bei Beschäftigungssicherheit, Löhnen, Erwerbslosenversicherung, Renten und Gesundheit galten als zwingend nötig, um den (west)deutschen Sozialkapitalismus an die Globalisierung anzupassen und die Vereinigung mit der ehemaligen DDR zu bewältigen.

Was in den Unternehmen begann, wurde mit der Agenda-Politik der Regierung Schröder zu Beginn der 2000er Jahre offizielle Leitlinie staatlicher Politik. Das Versprechen einer Wiedergeburt des deutschen Sozialkapitalismus mittels marktzentrierter Strukturreformen („Hartz IV“) beantwortete ein Teil derer, die in der Schlange darauf warteten, dass sich ihre Opferbereitschaft auszahlte, mit reaktivem Nationalismus. Wohl reflektierten diese Lohnabhängigen wachsende soziale Unsicherheit und Ungleichheit, doch im internationalen Vergleich galt ihnen die Bundesrepublik noch immer als Wohlstandsinsel. Die Inselbewohner glaubten, das eigene Stück vom Kuchen nur bewahren zu können, sofern die Schleusen zu dieser Insel möglichst eng gehalten würden. In ein bipolares Innen-Außen-Schema eingepasst, verwandelte sich alltägliche Sozialkritik in eine Legitimation für die Ausgrenzung Fremder, Leistungsunwilliger, kulturell nicht integrierbarer Gruppen. Niemand hatte etwas gegen die Ausländer. Wer sich anpasste, hart arbeitete und Leistung brachte, war willkommen. All jene, die „wir nicht gerufen“ hatten, die nur kamen, weil bei ihnen „zufällig Hunger oder Krieg herrschten“, sollten der Wohlstandsinsel fernbleiben oder sich zumindest am hinteren Ende der Warteschlange anstellen.

Finanz- und Flüchtlingskrise als Umschlagpunkte

Zwei Ereignisse, nämlich die europäische Finanz- und die sogenannte Flüchtlingskrise,

haben der rechtspopulistischen *deep story* eine neue Wendung verliehen. Über Jahrzehnte daran gewöhnt, dass es nicht mehr für alles reicht, war im Zuge des Krisenmanagements scheinbar Geld im Überfluss vorhanden – zunächst zur Rettung maroder Banken und kriselnder Staatsfinanzen an der südeuropäischen Peripherie, dann für mehr als eine Million Geflüchteter, die 2015 deutsches Staatsgebiet erreichten. Seither ist das Schlangestehen aus der Sicht (nicht nur) rechtsaffiner ArbeiterInnen sinnlos geworden. Dies auch, weil sich die wirtschaftliche Lage im öffentlichen Diskurs deutlich verbessert hat. Die Unternehmen haben in der Dekade nach der globalen Finanzkrise gut verdient, die Arbeitslosigkeit ist offiziell unter die Sechs-Prozent-Marke gesunken und die Zahl der Erwerbstätigen auf Rekordniveau gestiegen. Das hat nicht zuletzt bei den jüngeren Lohnabhängigen gerade auch im Osten der Republik ein Ende der Bescheidenheit ausgelöst.

Vom wirtschaftlichen Boom kommt bei denen, die so lange gewartet haben, jedoch wenig an. Nach eigenem Empfinden weder arm noch prekär lebend, möchten rechtspopulistisch orientierte ArbeiterInnen und Angestellte als „ganz normal“ gelten. Trotz aller Anstrengungen gelingt ihnen dies aber nur teilweise. Das Deutschein, eine Chiffre für gutes Leben, wird dafür umso heftiger eingeklagt. Im binären Deutungsmuster, das Deutsche von Fremden unterscheidet, wird Solidarität zu einer exklusiven Ressource. Solidarisch verhält man sich bevorzugt unter seinesgleichen, seien es nun die Stammbeschäftigten im Betrieb, zu denen man selbst gehört, oder die Angehörigen der eigenen Nation. Je geringer ihre Hoffnung ist, trotz individueller Anstrengungen, Anschluss an die prosperierende Gesellschaft zu finden, desto stärker tendieren rechtsaffine Lohnabhängige dazu, wahrgenommene Verteilungsungerechtigkeit als Konflikt zwischen produktiven Inländern und leistungsunwilligen, kulturell nicht integrierbaren Ausländern zu interpretieren. Während man sich selbst vergeblich hinten angestellt hat, wird „den Flüchtlingen“ plötzlich „alles“ gegeben. Nun dürften sich, so die Wahrnehmung, Menschen in der Reihe der Anspruchsberechtigten vordrängeln, die selbst keinen Beitrag zum „Volksvermögen“

geleistet haben. Nicht nur im Osten, auch in Niederbayern und im Ruhrgebiet empfinden Lohnabhängige das als Abwertung der eignen sozialen Position. Und selbst in wohlhabenden Regionen wie dem Ingolstädter Speckgürtel, wo es als besonderer Makel gilt, im Prosperitätszug nicht mitfahren zu können, stößt man auf ein ähnliches Lebensgefühl. Selbstaufwertung mittels Abwertung anderer ist eine mögliche, für rechtsaffine ArbeiterInnen eine subjektiv naheliegende Reaktion, an die der völkische Sozialpopulismus politisch anzudocken vermag.

Eine verdrängte Klassenerfahrung

Fassen wir zusammen: Rechtspopulistische Alltagsphilosophien von – auch gewerkschaftlich organisierten – Lohnabhängigen sind alles andere als bloße Reaktionen auf die Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel. Sie sind über Jahrzehnte und teilweise im Verborgenen gewachsen. Was sich in der 1980er zunächst als diffuse Unzufriedenheit von jungen ArbeiterInnen bemerkbar machte, die sich selbst als „leicht links, leicht rechts bezeichneten“, die „Grüne und Feministinnen“ hassten, weil sie sich den Repräsentanten/innen libertärer Wertorientierungen kulturell unterlegen fühlten, entsprach einer Grundhaltung, die dazu tendierte, Status- und Gerechtigkeitskämpfe mit dem Mittel des Ressentiments auszutragen. Zu Beginn der 2000er Jahre hatte sich diese Grundhaltung bereits zu einer rechtspopulistischen Axiomatik verdichtet, die auf relativ festgefühten Deutungsschemata beruhte. Was sich damals vorwiegend als Unterströmung in demokratischen Parteien und Gewerkschaften bemerkbar machte, tendiert in der Gegenwart zu Bewegungsförmigkeit (Pegida und Ableger), Radikalisierung (Offenheit für traditionsfaschistische Positionen) und parteipolitischer Verselbständigung (AfD). Die alltagsweltlichen Sprecher dieser Strömung unter Lohnabhängigen sind, das jedenfalls legen unsere Forschungen nahe, Überzeugungstäter. In ihren Motiven verbindet sich Sozialprotest mit einem differentiellen Rassismus, der bereits der Linie einer Partei folgt. In der von uns untersuchten sächsischen Region ist diese Strömung bereits hegemonial. D.h. es ist „normal“, Positionen der

Neu in der Reihe Staatsverständnisse



Marxismus als Sozialwissenschaft

Rechts- und Staatsverständnisse
im Austromarxismus

Herausgegeben von Prof. Dr.
Andreas Fisahn, ORR Thilo Scholle
und Ridvan Ciftci

2018, 250 S., brosch., 39,– €

ISBN 978-3-8487-1237-3

eISBN 978-3-8452-5352-7

nomos-shop.de/22487

Mit ihrem Verständnis von Marxismus als kritischer Sozialwissenschaft und ihrem Blick auf Potentiale und Grenzen von Recht und Verfassung im Kapitalismus bieten die austromarxistischen Debatten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts spannende Perspektiven auch für aktuelle inhaltliche Anschlüsse.

 Nomos
eLibrary



Nomos

äußersten Rechten alltagsweltlich und öffentlich zu vertreten.

Im Vergleich zu unseren früheren Untersuchungen finden sich in den rechtspopulistischen Orientierungen befragter ArbeiterInnen durchaus neue Elemente. Rechtsaffine Lohnabhängige betrachten sich als die eigentlichen Demokraten und plädieren für Formen direkter Demokratie, weil sie sich sicher sind, dass sich dann Positionen leichter durchsetzen, die sie als vernünftig betrachten (z. B. „Todesstrafe für Sexualstraftäter“). Auffällig ist die geringe Bereitschaft, sich von Gewalt gegen Migranten und andersdenkende eindeutig und klar zu distanzieren. Und bemerkenswert ist auch, dass sich das rebellische Moment des Rechtspopulismus zu verallgemeinern beginnt. Man geht mit Pegida auf die Straße und wählt AfD, weil, wie uns rechtsaffine Betriebsräte und Gewerkschafter im Interview erklären, „irgendwas mit dem System nicht stimmt“. Die diffuse Ahnung, dass wir uns inmitten einer großen gesellschaftlichen Transformation befinden, wird in den rechtspopulistischen Orientierungen mit Verschwörungstheorien und Sündenbockideologien aufgefüllt. All das verbindet sich mit Ungerechtigkeitserfahrungen, die – zumindest in den Betrieben und unter festangestellten ArbeiterInnen – kein Ausdruck von Verelendung, immer weiter fortschreitender Prekarisierung oder extremer Armut sind. Es muss eben nicht alles immer schlechter werden, um die Wahrnehmung einer ungerechten Gesellschaft hervorzubringen. Gerade der Rückgang der Arbeitslosigkeit kann dazu führen, dass diejenigen, die hinter der medial vermittelten Welt des Jobwunder-Landes zurückbleiben, nun beginnen, ihre Ansprüche an gute Arbeit und ein gutes Leben selbstbewusster, teilweise aber auch mit Verbitterung vorzutragen.

Ein von uns befragter Gewerkschaftssekretär hat eine in den Betrieben verbreitete Stimmung mit folgenden Worten auf den Punkt gebracht. Es ist der Abstand zu einer fiktiven, einer inszenierten gesellschaftlichen Realität, die Frustration und Wut erzeugt und inzwischen auch zum Aufbegehren provoziert. Nicht allein die Angst vor Statusverlust, sondern die Unzufriedenheit damit, dass man einen Status, den man selbst

als angemessen betrachtet und der der eigenen Leistungen entspricht, nicht erreichen kann, provoziert Verdruss. Man empfindet sich als unverschuldet anormal, als abgewertet und genau das erzeugt Unzufriedenheit und Wut. Dabei handelt sich weniger um eine Prekaritäts- als um eine verdrängte und von rechtsaffinen Arbeitern/innen politisch in problematischer Weise verarbeitete Klassenerfahrung.

Linksnationaler Kommunitarismus – eine Antwort auf den Rechtspopulismus?

Ist die neu entstehende Sammlungsbewegung ein politisches Angebot, das eine latente, verdrängte Klassenerfahrung für eine progressive politische Mobilisierung zu nutzen vermag? Noch ist es viel zu früh, um diese Frage mit Entscheidung beantwortet zu können. Solange Personal und programmatische Grundlagen von „Aufstehen“ unklar sind und über die soziale Basis des geplanten Bündnisses wenig gesagt werden kann, ist Zurückhaltung bei der Bewertung geboten. Aus meiner Sicht gibt es aber einige Punkte, die in der anstehenden Diskussion in jedem Fall beachtet werden sollten.

Liest man die noch informellen Vorschläge zum Gründungsauftrag für die neue Sammlungsbewegung „Aufstehen“, klingt vieles wie eine Rückkehr zur – gleichsam idealisierten – Sozialdemokratie Willy Brandts. Zweifellos, ein starker Sozialstaat, höhere Löhne und gerechte Steuern, Entspannungspolitik und Verteidigung der Demokratie entsprächen klassenpolitischen Themen und wären allemal besser als der Status quo ante. Doch genügt das, um der rechten *deep story* eine progressive Wendung zu verleihen? Ich bezweifle das. Ein bisschen mehr Sozialpolitik und ein wenig Gerechtigkeit werden rechtspopulistische Welterklärungen, die sich allmählich verfestigen, kaum grundlegend korrigieren. Im günstigsten Fall liefere eine solche Programmatik, hätte sie überhaupt Realisierungschancen, auf eine konservierende Klassenpolitik hinaus, die zu retten sucht, was vom sozialdemokratischen Sozialstaatsprojekt des 20. Jahrhunderts noch zu retten ist.

Noch stärker werden meine Bedenken, wenn sich – wie das bei einigen wichtigen Unterstüt-

zern (u.a. die geschätzten Kollegen Wolfgang Streeck, Martin Höppner, Andreas Nölke) von „Aufstehen“ der Fall ist – eine linkskommunitäre Programmatik mit einem antiliberalen Gestus verbindet, der sich nicht nur gegen den Marktliberalismus in der Ökonomie, sondern auch und vor allem gegen libertäre Wertorientierungen in der Zivilgesellschaft wendet. Unter der Hand werden in solchen Programmen der nationale Wohlfahrtsstaat und die lokale Gemeinschaft zum Antagonisten, der den Rechtspopulisten den „Problemrohstoff“ nehmen soll. Ich bezweifle, dass dergleichen funktionieren wird, denn mit einer Globalisierungs- und Kapitalismuskritik, die eine Zerstörung des Gemeinns in den Mittelpunkt rückt, hat die Neue Rechte intellektuell keine Schwierigkeiten. Stattdessen besteht die Gefahr, dass intellektuell aufgewertet wird, was die völkischen Populisten ohnehin für sich reklamieren.⁹ Ein Antiliberalismus, der Umverteilungspolitik mit Migrationskritik verbindet und in der öffentlichen Begleitmusik zu „Aufstehen“ gegen eine vermeintlich „grenzenlose Willkommenskultur“ polemisiert, trägt denn auch das Potential zu einer vertieften Spaltung der gesellschaftlichen Linken in sich.¹⁰ Statt vordergründiger Abgrenzung von der kaum hoch genug zu bewertenden Solidarität mit Geflüchteten, ist es sinnvoll, auf das reale Dilemma hinzuweisen, in denen sich jede Art von linker Politik in der Migrationsfrage bewegt. Offene Grenzen sind mit Blick auf das Jahrhundertphänomen neuer Fluchtbewegungen genauso unrealistisch wie die versuchte Abschottung in den Grenzen des nationalen Wohlfahrtsstaates.¹¹

Wenn die Linke angesichts dieses Dilemmas handlungsfähig bleiben will, muss sie insgesamt mutiger werden. Sie benötigt keine restaurative, sondern eine transformative Klassenpolitik, die die Systemfrage nicht der

völkischen Rechten überlässt. Eine politische und gewerkschaftliche Linke, die eine inklusive demokratische Klassenpolitik entwickelt, diese mit einem pragmatischen Humanismus in der Migrationspolitik verbindet und mit einer neo- bzw. öko-sozialistischen Zielsetzung versieht, würde die Neue Rechte in ernsthafte Schwierigkeiten bringen. Um glaubwürdig zu sein, muss eine solche Politik bei den Schwächsten der Gesellschaft ansetzen. Eine Dehumanisierung von globalen Migrationsbewegungen, die voraussichtlich viele Jahrzehnte anhalten werden, darf sie deshalb unter keinen Umständen hinnehmen. Migration ist Zuwanderung und Zuwanderung bedeutet Einmündung in die Klassenstruktur der aufnehmenden Gesellschaft. Die Schaffung neuer und eine Verteidigung alter wohlfahrtsstaatlicher Standards, die Migranten eine positive Einmündung erleichtern, gehören selbstverständlich zum Kernbestand inklusiver Klassenpolitik. Gleiches gilt für das Recht auf Asyl und das Bleiberecht nach der Genfer Flüchtlingskonvention, das nicht durch eine ständige Ausweitung angeblich sicherer Herkunftsstaaten ausgehöhlt werden darf. Ein Nansenpass, der die Hauptverantwortung von Industrieländern für den Klimawandel anerkennt, wäre ein wichtiger Schritt, um legale Einwanderungsmöglichkeiten zu schaffen und Schritt für Schritt zu erweitern. Die Aufstockung von Entwicklungshilfe auf jene 0,7 Prozent des BIP, die für Industriestaaten seit Langem vereinbart ist, welches aber nur selten erreicht wird, sowie die Bereitstellung jener wenigen Milliarden, die weltweit nötig wären, um den globalen Hunger zu beseitigen, gehören ebenfalls zu den Maßnahmen, die sofort umzusetzen wären. Finanzieren ließe sich all das mittels demokratischen Rückverteils gesellschaftlichen Reichtums – von oben nach unten und von den Stärksten zu den Schwächsten. Die steuerpolitische Abschöpfung von Digitalisierungsrenditen wäre hier ein erster wichtiger Schritt.¹² Dabei könnte ein europäischer und später internationaler Streikfonds helfen, der Arbeitskämpfe in transnationalen Wertschöpfungsketten möglich macht. Living

9 Vgl. Kaiser, Benedikt / de Benoist, Alain / Fusaro, Diego: Marx von rechts, Jungeuropa Verlag.

10 „Die politisch sinnvolle Grenze verläuft nicht zwischen den Ressentiments der AfD und der allgemeinen Moral einer grenzenlosen Willkommenskultur. Eine realistische linke Politik lehnt beide Maximalforderungen gleichermaßen ab.“ Siehe: https://www.nwzonline.de/meinung/berlin-nwz-gastbeitrag-von-sahra-wagenknecht-und-bernd-stegemann-aufstehen-fuer-ein-gerechtes-land_a_50,2,719263146.html

11 Zur einer realistischen Haltung in der Migrationsfrage sehr klug.: Urban, Hans-Jürgen (2018): Zerschellt die Mosaiklinke? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2018.

12 Hier gibt es aus dem „Aufstehen-Kreis“ durchaus bedenkenswerte Vorschläge. Vgl.: Gegen die Macht der Internetgiganten Gastbeitrag von Sahra Wagenknecht, Fabio de Masi und Thomas Wagner in der Frankfurter Rundschau vom 13.06.2018.

wages, angemessene Löhne für ein gutes Leben, die an den jeweiligen nationalen Lebensstandards ausgerichtet sind, gehören ebenso zum klassenpolitischen Repertoire wie eine intelligente, ökologisch ausgerichtete Industrie- und Dienstleistungspolitik. Entsprechende Ansätze könnten mit einer Arbeitszeitpolitik verbunden werden, die eine kurze Vollzeit für alle zu einem branchenübergreifenden europäischen Thema macht. Mittelfristig hätten eine europäische Arbeitsversicherung und eine europäische Doppelstaatsbürgerschaft (alle sind europäische Bürger und zugleich Staatsbürger in dem Land, in welchem sie leben) klassenpolitische Ansätze zu flankieren.

Damit sind einige Projekte umrissen, die den Inhalt einer neuen, visionären Klassenpolitik umreißen könnten, die – das unterscheidet sie vom rückwärtsgewandtem völkischen Populismus – eine klare, transformatorische Zielsetzung verfolgt: Gegen die rechtspopulistische Revolte lässt sich die Demokratie nur verteidigen, wenn Entscheidungsbefugnisse auf die Wirtschaft und die großen transnationalen Konzerne ausgeweitet werden. Entscheidungen über das Wie, Was und Wozu von Produktion und Investition berühren kollektive Überlebensinteressen. Deshalb dürfen sie nicht länger kleinen Minderheiten mit faktisch uneingeschränkter Verfügungsmacht überlassen bleiben. Eine bloße Rückkehr zu klassischer sozialdemokratischer Verteilungspolitik bliebe hinter dieser Anforderung zurück. „Unsere Vision ist und bleibt diejenige einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie. [...] Mehr Demokratie ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung zu einer wirklichen Chance für die Menschen wird [...]. Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechte Verteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen“, heißt es in einem programmatischen Papier zur Wirtschaftsdemokratie, das die Schweizer Sozialdemokraten beschlossen haben.

Die von Bernie Sanders repräsentierten Anhänger eines demokratischen Sozialismus bei den US-Demokraten und die Pro-Corbyn-Bewegung innerhalb und außerhalb der Labour Party agieren ähnlich. Die Idee eines demokratischen Sozialismus, die besonders in den USA in einer Weise polarisiert, als kämen ihre Verfechter geradewegs aus der Hölle, ist zum Label geworden, das populäre Projekte wie das einer kostenfreien Bildung für alle in einem Begriff zusammenfasst, der das Programm von dem aller anderen Strömungen unterscheidet. Hinter solchen Ansätzen sollte nicht zurückfallen, wer gegen harte Widerstände aufstehen will. Sanders, Corbyn oder linke Schweizer Sozialdemokraten sprechen aus, was auch in Deutschland zu einer Prämisse transformativer Klassenpolitik werden muss: Wir befinden uns inmitten einer großen gesellschaftlichen Transformation, in der „Pflasterlipolitik“ nicht mehr ausreicht. Gefragt sind glaubwürdige, ausstrahlungsfähige Alternativen zum Kapitalismus, ohne die jede Spielart von Klassenpolitik zahn- und wirkungslos bleiben wird. Ob „Aufstehen“ eine solche Anforderung einzulösen vermag, wird sich zeigen. Bleibt es bei Bekenntnissen zu einer sozialen Marktwirtschaft, der sich selbst der marktradikale Flügel der AfD programmatisch verbunden fühlt, könnte dem Aufstehen alsbald ein „Sitzen bleiben!“ folgen. Der Schaden für die gesamte Linke wäre groß, denn betroffene Hoffnungen lassen sich nicht beliebig reanimieren. Das ist ein Grund mehr, innerhalb einer wünschenswerten „Mosaiklinken“ (Hans Jürgen Urban) nach Gemeinsamkeiten zu suchen. Die kapitalistischen Eliten brauchen einen wirklichen Antagonisten, der sie ernsthaft herausfordert. Nur so lässt sich einer Gefahr begegnen, die Madeleine Albright so kurz wie treffend als „Faschismus“¹³ bezeichnet hat. ■

13 Albright, Madeleine (2018): Faschismus. Eine Warnung, Köln.

Eine Allianz für den sozialen Fortschritt – Gedanken zur politischen Mobilisierung einer solidarischen Mehrheit

von Marc Herter¹

1. Wer braucht eigentlich die Sozialdemokratie?

Es mutet an wie ein Vorhaben aus einer längst vergangenen Zeit, eine solidarische Mehrheit für eine Politik des sozialen Fortschritts gewinnen zu wollen, denn aktuell erleben wir europaweit das Gegenteil: Mehrheiten lassen sich scheinbar spielend für antisolidarische, oftmals sogar antidemokratische Gesellschaftsprojekte gewinnen. Europas Rechte ist auf dem Vormarsch und die Linke wirkt seltsam paralysiert zwischen moralischem Zeigefinger und demonstrativem Protest auf der einen und geschmeidiger Anpassung an den scheinbaren Zeitgeist auf der anderen Seite gefangen. Ihr fehlt nicht nur ein politischer Entwurf, der über den Tag hinausreicht, auch das politische Subjekt scheint ihr gleichsam abhandengekommen.

Die SPD hat in ihrem oft beschworenen Erneuerungsprozess nicht weniger zu beantworten als die Frage, wer sie im 21. Jahrhundert überhaupt noch zur Durchsetzung seiner politischen Anliegen braucht. Oder andersherum, wessen Interessen sie authentisch und mit Leidenschaft vertritt. Dabei lassen sich naturgemäß inhaltliche von strategischen Fragestellungen schwer trennen. Hier soll jedoch mit Blick auf die Artikel dieses Heftschwerpunkts der Fokus auf die Frage gelenkt werden, wie sich die Unterstützung für die Sozialdemokratie gewandelt hat und welche Schlüsse daraus für eine wirksame langfristige Strategie gezogen werden können.

Immerhin: Neben zahlreichen Allgemeinplätzen zu technischen und taktischen Anforderungen an eine erfolgreiche Wahlkampagne kommt auch die vielbeachtete Bundestagswahlanalyse der SPD zu dem Schluss, dass die mangelnde Identifikation und das

fehlende Durchhalten von strategischen Linien eine der Ursachen für das katastrophale Ergebnis von rund 20 Prozent war. Um mittelfristig wieder mehrheitsfähig zu werden, sollte sich die SPD nun grundlegend mit dem Wandel von Milieu- und Klassenstrukturen sowie den damit verbundenen Einstellungsmustern in der Bevölkerung auseinandersetzen (wozu dieses Heft einen Beitrag leistet) und vor diesem Hintergrund ihre Programmatik und strategische Herangehensweise neu aufstellen. Damit ist explizit nicht gemeint, eine Stimmenmaximierung entlang mutmaßlich (zukünftiger) Stimmungen betreiben zu sollen. Es geht vielmehr darum, dass ein zeitgemäßes, den Werten der Sozialdemokratie entsprechendes Programm immer auch die gewachsenen Anforderungen der Bevölkerungsgruppen aufnehmen muss, die es tragen und zur Mehrheit führen sollen.

Am Beginn meiner Überlegungen steht zunächst eine Betrachtung der politischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen während der letzten Jahrzehnte. Sie lenkt den Blick darauf, dass wir es mit ebenso tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen wie grundsätzlichen Herausforderungen für die Sozialdemokratie zu tun haben, wenn wir über die Mehrheitsfähigkeit einer Politik des sozialen Fortschritts nachdenken. Im zweiten Teil steht dann die Frage im Mittelpunkt, wie die Sozialdemokratie ihrer Erneuerung eine Richtung verleihen kann, die dem Anspruch gerecht wird, wieder eine solidarische Mehrheit zusammenführen zu wollen – in NRW und im Bund.

2. Glorie und Niedergang der Sozialdemokratie in NRW.

Die Krise der regierenden Sozialdemokratie lässt sich am besten dort beobachten, wo ihre Vertreter seit Jahrzehnten ganz selbstverständlich Rathäuser und Landratsämter besetzen und von 1966 – mit Ausnahme einer kurzen Episode von 2005-2010 – bis 2017 auch eine halbes

¹ Marc Herter ist stellvertretender Vorsitzender der NRWSPD und der SPD-Landtagsfraktion NRW und lebt in Hamm.

Centennium die Geschicke des Landes leiteten. NRW steht als spätes Stammland gleichermaßen für Glorie und Niedergang der Sozialdemokratie. Hier lässt sich wie in kaum einem anderen Bundesland die enge Verknüpfung von gesellschaftlicher Entwicklung und politischer Repräsentanz verfolgen.

Bis in die 60er Jahre hinein war NRW fest in CDU-Hand. Hier trafen sich ihre konservativ-bürgerlichen und christlich-sozialen Wurzeln fast in Idealkongruenz. Durchbrochen wurde diese Hegemonie durch das Aufbrechen überkommener Milieugrenzen und eine sich öffnende Sozialdemokratie, die bereit, willens und in der Lage war, die Anliegen der neuen rasch wachsenden industriellen Arbeitnehmermitte mit denen der klassischen Arbeiterschaft zu verbinden. Mehr noch als das vielzitierte „soziale Gewissen“ war es die tiefe Verankerung im „produzierenden Herz“, dass die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der NRWSPD begründete und über Jahrzehnte absicherte: Als die Partei der arbeitenden Menschen drang sie gleichsam im Geleitzug mit dem gewachsen gesellschaftlichen Selbstbewusstsein der Arbeitnehmer in die gesellschaftliche Mitte vor. Und sie behauptete sich dort in den Strukturkrisen der 70er und 80er Jahre, weil sie sich gleichermaßen die ökonomische wie die soziale Gestaltung des Strukturwandels auf die Fahnen schrieb und dabei ihren progressiven Elan nicht verlor, sondern einem starken Schutzversprechen „Niemand fällt ins Bergfreie“ mutig ein zweites ambitioniertes Aufstiegsversprechen hinzusetzte: „Eure Kinder werden es mal besser haben.“

Dagegen werden häufig die 2000er Jahre als Beginn des Niedergangs der NRWSPD markiert. Das gängige – aber reichlich einfältige – Erklärungsmuster lautet, erst hätten die Vertreter des sozialdemokratischen Neoliberalismus, Wolfgang Clement und Peer Steinbrück, als Ministerpräsidenten die Kompetenz der SPD für die Soziale Gerechtigkeit verspielt, dann sei noch die Agenda 2010 dazugekommen und schließlich sei die Mehrheit futsch gewesen. Mag sein, dass die Herren wie Brandbeschleuniger gewirkt haben, die Ursache liegt jedoch deutlich tiefer. Ein Blick in die Wahlergebnisse zeigt, dass der sozialen und kulturellen Protest-

wahl ab Mitte der 2000er Jahre eine lange Phase der Demobilisierung seit dem Beginn der 90er Jahre vorausging. Hohe prozentuale Wahlergebnisse gegen eine notorisch mobilisierungsschwache NRWCDU konnten darüber hinweg täuschen, dass von den knapp fünf Mio. SPD-Wählern des Jahres 1985 schon im Jahr 2000 nur noch gut drei Mio. Menschen ihr Kreuz bei der SPD machten. Noch dramatischer verlief die Entwicklung in ihrer Herzkammer, dem Ruhrgebiet: Während 1985 rd. 110.000 Gelsenkirchener die SPD wählten, waren es mit 56.000 Wählern nur 15 Jahre später gerade mal gut die Hälfte. 2017 blieben davon noch 38.000 SPD-Wähler.

Die bittere Wahrheit ist, dass die NRWSPD ihre mühsam errungene strukturelle Mehrheit lange vor dem Auftritt der Linken oder gar der AfD auf der politischen Bühne verloren hat. So wie die NRWSPD zunächst mit der Herausbildung der industriellen Arbeitnehmermitte aufgestiegen ist, leidet sie nun in besonderer Weise unter dem Schrumpfen dieses Milieus; in NRW mehr als anderswo. Als wäre diese Herausforderung nicht schon dramatisch genug, geht ein enormer Bindungsverlust in den verbleibenden Teilen dieses Milieus damit einher, dass die NRWSPD in der heute wachsenden modernen Arbeitnehmermitte kaum noch Fuß fassen kann.

Der Verweis auf die bei allen politischen Parteien schrumpfende Stammwählerschaft ist da schon etwas billig. Auch nur mäßig zynisch begabte Zeitgenossen könnten anmerken, dass die NRWSPD wie die SPD im Ganzen analog zu ihrer wachsenden politischen Beliebigkeit auch das dazu passende Elektorat anspricht. Das Milieuprofil der SPD verflacht zusehends. Sie erreicht bei der Bundestagswahl in nahezu jedem Milieu das bundesweit erzielte Gesamtergebnis von rd. 20 Prozent (vgl. Beitrag von Gordian Ezazi in diesem Heft). Milieuhochburgen sind kaum noch erkennbar. Dieser Befund lässt sich sowohl im regionalen wie im örtlichen Maßstab erhärten: Einstige lokale Hochburgen verwandeln sich mit Blick auf absolute Stimmergebnisse in Hotspots der Stimmenverluste, während Diasporagebiete sich erstaunlich stabil entwickeln. Die sozialstrukturellen Wahlanalysen (Infratest

et al.) vervollständigen das Bild: Weder bei der Landtags- noch bei der Bundestagswahl 2017 kann die NRWSPD in einer Bevölkerungsgruppe wirklich deutlich punkten.

Solchermaßen gekennzeichnet als ‚Partei ohne Eigenschaften‘ droht die SPD nicht nur ihre Wahlchancen sondern auch ihren mobilisierenden Kern zu verlieren. In nahezu jedem für die Sozialdemokratie zugleich sozialökonomisch wie politisch-kulturell erreichbaren Milieu steht die SPD in massiver Konkurrenz zu politischen Mitbewerbern. Schlimmer noch: In nahezu allen Gruppen bleibt das politische Angebot der SPD randständig. Seine mobilisierende Wirkung geht selten über $\frac{1}{4}$ der jeweiligen Gruppe hinaus. Der politische Bedeutungs- und Bindungsverlust ist indes um ein vielfaches größer als diese Zahl vermuten lässt. Der gesellschaftlich-politische Humus, auf dem die politische Kraft, ja den Furor, gedeiht, sich mit Hilfe der Sozialdemokratie gegen die bestehenden Verhältnisse zu wenden und für Verbesserungen zu kämpfen schwindet zusehends. An ihre Stelle tritt eine andere demokratische Kraft im besten Fall, Resignation im wahrscheinlichsten Fall und Protest auf der radikalen Rechten im schlimmsten Fall.

Auch aktuell korreliert im Ergebnis die unterdurchschnittliche Mobilisierung der NRWSPD in den für sie prinzipiell aufgeschlossenen Milieus der alten wie neuen Arbeitnehmer*innen mit den regionalen und örtlichen Mobilisierungsschwächen im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl. Genau hier wurde auch die Landtagswahl 2017 verloren. Gerade in einer Zeit, in der Orientierung und Mobilisierung aufgrund zurückgehender traditioneller Parteibindungen der entscheidende Schlüssel für eine Mehrheitsbildung sind, vermag die SPD genau das am allerwenigsten zu leisten.

3. Eine solidarischen Mehrheit für den sozialen Fortschritt

Um diesen Entwicklungen zu begegnen, bedarf es einer klaren, werte- und interessengeleiteten programmatischen Aufstellung, die in eine intelligente strategische Kommunikation

PapyRossa Verlag



Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM 2018

Preis der »schwarzen«
Null: Verteilungsdefizite
und Versorgungslücken

Paperback
978-3-89438-665-8
273 Seiten | € 17,90

Im Zentrum der kritischen Analyse der Wirtschaftspolitik stehen der eklatante Wohnungsmangel in Ballungsräumen, der Pflegenotstand sowie Versäumnisse in der Bildungspolitik. Weitere Themen sind die (Finanz-)Krise der EU und das Regime der Schuldenbremse.



Klaus Müller

LOHNARBEIT UND ARBEITSLOHN

Basiswissen Politik /
Geschichte / Ökonomie

Pocketformat
978-3-89438-667-2
127 Seiten | € 9,90

Angesichts großer Unterschiede fragen sich viele, ob die Löhne gerecht sind. Was ist aber ein gerechter Lohn? Was ist das Wesen des Lohnes, was der Inhalt seiner vielen Formen? Wie wirken sich Lohnänderungen auf die Verteilung des Volkseinkommens, das Preisniveau und Arbeitslosigkeit aus?

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

mit den unterschiedlichen Wählermilieus mündet und sich im Diskurs fortentwickeln lässt. Es geht eben nicht darum zu gefallen, sondern als wirkungsvoller Vertreter ernst genommen und schließlich beauftragt zu werden.

Die Sozialdemokratie muss die zukünftige ökonomische und soziale Entwicklung dabei wieder in den Mittelpunkt ihrer Debatte rücken. Zu lange schon lässt sie es zu, dass die notwendige Debatte um die Widersprüche unserer Zeit unter kulturellen, ethnischen, ja sogar religiösen Vorzeichen geführt wird. Notwendig ist ein mutiger Aufschlag, der damit bricht, ohne die dahinterstehenden Sorgen der Menschen zu negieren. Dazu wird die auch von der Sozialdemokratie gepflegte Logik des Sachzwangs einem neuen Gestaltungswillen weichen müssen, der über den Reparaturbetrieb an den eigenen verkorksten Reformen hinausgeht.

Wenn es stimmt, dass nicht nur in Deutschland sondern in allen entwickelten Volkswirtschaften europa- und weltweit die Arbeitnehmerschaft auseinanderzufallen droht in diejenigen, die angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung Hoffnung und Zuversicht spüren, und diejenigen, die deswegen in Sorge um ihre Erwerbsbiographien und ihre soziale Absicherung sind, dann folgt genau daraus der konkrete Gestaltungsauftrag an die SPD. Programmatischer Ausgangspunkt für die Politik der Sozialdemokratie bleibt somit der Wert und die Würde der Arbeit als Quelle gesellschaftlichen Wohlstands und individueller Selbstbestimmung. Den Menschen, die die Arbeit leisten, steht ein gerechter Anteil am Haben und Sagen zu. Es muss die Sozialdemokratie sein, die sich mit dem Wandel der Arbeit in all seinen Formen auseinandersetzt und mit dem Wandel der Wirtschaft, der dafür ursächlich ist.

Es muss die Sozialdemokratie beschäftigen, wie die unbändige Dynamik des globalen digitalen Kapitalismus zum Wohle der Menschen genutzt werden kann. Nein, es geht eben nicht nur darum, ob Roboter dem Menschen schwere Arbeiten abnehmen oder ob es ein Segen ist, dass stupide wiederkehrende Tätigkeiten zukünftig maschinell erledigt werden können. Es geht vielmehr im Kern darum, wie die immen-

sen Produktivitätsgewinne zukünftig genutzt werden. Werden sie privatisiert und häufen sie sich bei Wenigen weiter an oder gelingt es, einen Teil davon umzuverteilen, um die Beteiligung der Beschäftigten daran zu gewährleisten und um Staat und Gesellschaft in die Lage zu versetzen, die immensen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte bei der Finanzierung von Bildung und Gesundheit, Sicherheit und Pflege zu stemmen. Mit einem Satz: Die SPD muss eine ökonomische Antwort auf die wachsende Ungleichheit entwickeln, nicht eine moralische, um bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu punkten.

Die Sozialdemokratie steht für Fortschritt. Deshalb stellt sie sich nicht gegen den technologischen Wandel – bei der Digitalisierung ebenso wenig wie bei der Energiewende. Ihr Auftrag ist es vielmehr, ihn wie vor über einem Jahrhundert den Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft, im Sinne der Erwerbstätigen zu gestalten. Es geht darum, ihn für eine Humanisierung der Arbeitswelt, mehr Arbeitszeitsouveränität und die Chance zu nutzen, neue Qualifikationen bei den Beschäftigten aufzubauen. Mehr noch: Aus technischen Innovationen können soziale Innovationen werden, die dabei helfen, die großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte wie etwa den demografischen Wandel, den Klimawandel, die zunehmende Urbanisierung und die Globalisierung zu bewältigen. Alles kein Selbstläufer, aber auch kein unmögliches Unterfangen, um politisch die Weichen für gute Arbeit und ein besseres Leben nicht nur für Wenige sondern für die Vielen zu stellen.

Entscheidend für das Angebot, dass eine erneuerte Sozialdemokratie der Arbeitnehmer*innen macht, dürfte sein, ob es gelingt, das sozialstaatliche Absicherungsversprechen so zu erneuern, dass es gleichermaßen dem Sicherheitsbedürfnis wie dem Anspruch an Leistungsgerechtigkeit entspricht. „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, so formulierte es schon Karl Marx in seiner Kritik am Gothaer Programm 1875. Solidarität ist also keine Caritas. Sie erschöpft sich nicht in einem einseitigen oder gar bedingungslosen „Geben der Starken für die Schwachen“. Es handelt sich

um ein am Leistungsethos von Erwerbstätigen anknüpfendes Prinzip, bei dem jeder seinen gerechten Beitrag leistet. Dies umso mehr als es vor allem die abhängig Beschäftigten sind, die die sozialen Sicherungssysteme tragen (mit Belegen: Ralf Krämer in WSI Mitteilungen 4/18). In Umkehrschluss heißt das auch: Jeder Mensch – egal in welchem Beschäftigungsverhältnis er steht – soll über einen sozialen Schutz vor den großen Lebensrisiken verfügen. Alter, Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit sind keine individuellen Probleme, sondern müssen solidarisch abgesichert sein. Der Zugang zu Leistungen des Gesundheits- und Pflegesystems muss qualitativ für jede und jeden gleichermaßen gegeben sein. Da ist es nur folgerichtig, dass alle Menschen aus allen Berufsgruppen Teil der Solidargemeinschaft sind, aus der sich die individuelle Absicherung ergibt.

Doch was eint eigentlich noch die Ingenieurin bei VW mit Familie und Eigenheim, SUV vor der Tür und kleinem Aktienpaket als Sparvermögen und den Verkäufer bei Lidl mit JobTicket und in Gesellschaft seiner Reptilien in einer Zweizimmerwohnung wohnend? In der Tat: Oft liegen auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Welten dazwischen: In der Lebensführung, bei den Alltagssorgen und den Ansprüchen. Die Lebensstile sind noch viel bunter als die unterschiedlichsten Erwerbsbiographien. Deswegen sollte die Sozialdemokratie nicht den Fehler machen, auf die alte Losung ‚one size fits all‘ zu verfallen. Handlungsleitend ist da eher der Leitsatz ‚all different – all equal‘. Die, die von ihrer Arbeit leben, benötigen eine starke Solidargemeinschaft, um sich und ihren Familien ein Leben in Wohlstand und Sicherheit ermöglichen zu können. Sie eint, dass sie ohne gute Erwerbsarbeit ihr Leben nicht leben können und dass ein wesentlicher Teil ihres Wohlstandes aus öffentlicher Daseinsvorsorge, sprich Kita-Plätzen, funktionierender Infrastruktur, bezahlbarem Wohnraum (auch Hauskredite wollen bezahlt werden), öffentlichen Schulen und nicht zuletzt handlungsfähigen staatlichen Sicherheitsbehörden besteht.

Die Gestaltung der Verhältnisse im Interesse einer solidarischen Mehrheit findet ihren Ausgangspunkt genau hier. In der Arbeitnehmer-

mitte, die durch ihre Produktivität Wirtschaft und Gesellschaft trägt und die durch den Wandel von Wirtschaft und Arbeitsgesellschaft in besonderer Weise herausgefordert wird. Es war sozialdemokratische Politik, die sie im letzten Jahrhundert von den Fesseln der Klassengesellschaft befreit hat und es kann sozialdemokratische Politik sein, die Sicherheit im Wandel, Teilhabe und Wohlstand sowie die Möglichkeit zu beruflichem und gesellschaftlichem Aufstieg wieder miteinander verbindet. Sie kann damit auch helfen, die Verfestigung einer neuen Unterschicht zu verhindern.

„Die Summe der Minderheiten ist selten die Mehrheit“, diese Erfahrung von Hillary Clinton im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf sollte auch für die SPD wieder handlungsleitend werden. Es geht darum, die Mehrheit der arbeitenden Menschen zu gewinnen für eine Politik des sozialen Fortschritts in unserem Land. Diese strategische Orientierung mindert weder unsere Verantwortung noch unseren Einsatz für diejenigen, die des besonderen Schutzes und der besonderen Förderung von Staat und Gesellschaft bedürfen. Vielmehr verbindet sie diesen Einsatz mit der Mobilisierung derer im Zentrum der Gesellschaft, deren Ansprüche an gute Arbeit und die Absicherung ihrer Lebensentwürfen längst über die Möglichkeiten, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aktuell bieten, hinausgewachsen sind. Bei allen Widersprüchen wäre es allemal lohnend, daraus eine solidarische Mehrheit für eine Politik des sozialen Fortschritt zu schmieden. ■

Arbeiterkultur versus Massenkultur?

Historiographische Überlegungen

von Ursula Bitzegeio¹

Warum ist die historische Frage nach „Arbeiterkultur“ aktuell? Weil sie gestellt wird!²

Die derzeitige „politische Kultur“ Europas erfüllt Öffentlichkeit und Intellektuelle mit großer Sorge. Die Wahlerfolge rechtspopulistischer PolitikerInnen und „sprachliche Grenzüberschreitungen“ in der öffentlichen und politischen Debattenkultur, für die „Popbegriffe“ wie „fake news“ oder „Wutbürger“ stehen, verstärken Auffassungen und Einschätzungen, dass Demokratien und ihre Beteiligten im Begriff seien, sich selbst zu überwinden. In der Wissenschaft wird in den sogenannten post- oder neodemokratischen Ansätzen attestiert, dass die BürgerInnen das „Vertrauen in Problemlösungskompetenz, Verantwortungsgefühl und Integrität“ der „politischen Eliten“ längst verloren haben. Dadurch bleibe die Politik die Antwort auf gesellschaftliche und soziale Missstände schuldig. Jene „Mehrheit“ leide vor allem darunter, dass sich die „politische Elite“ etablierter demokratischer Parteien und Mitgliedsorganisationen, wie die Gewerkschaften, zunehmend von der „Basis“ entfernen würden. Gleichzeitig verlören starke soziale Bewegungen, welche zyklisch für die Entstehung, Erneuerung und Reform demokratischer Strukturen gesorgt hätten, so stark an „Dynamik“,³ dass die besondere „historische“ Verbindung, der „kulturelle Zusammenhalt“, die „Mentalität“ ihrer „Selbsthilfeorganisationen“, „Traditionsgemeinschaften“, „Klassen“, „Schichten“, „Milieus“, „Stammwähler“ zerfalle. In einigen Beiträgen hängt

dies nicht nur mit dem Wandel der Arbeitsgesellschaften und einer zunehmenden Globalisierung der Kapitalmärkte zusammen, sondern auch in einer fehlenden Modernisierung der Organisationen. Neue politische und kulturelle Formen der politischen Partizipation und zunehmende Individualisierungsschübe der Gesellschaften würden noch nicht ausreichend berücksichtigt.⁴

In vielen dieser Befunde, Prognosen und in der „Kulturkritik“ über das „Schicksal“ der Demokratien und ihrer sozialen Bewegungen werden kaum empirische Argumente (Mitgliederzahlen, Wahlverhalten und Meinungsforschung), als vielmehr historische und „kulturelle“ Erzählungen eingesetzt.⁵ Insbesondere für Colin Crouch ist die gesellschaftliche und politische Öffnung der kulturellen Klammer der Arbeiterbewegung ein Indiz für den Beginn tiefgreifender politischer Deformationen in Europa. Um den derzeitigen Wandel der Arbeitswelten und ihren spezifischen Gemengelage historisch zu deuten, hat sich jüngst der Historiker Jürgen Schmidt in seinem Buch „Arbeiter der Moderne“ um die Bedeutung der Arbeiterkultur unter der Subsumption Lebenswelten besonders verdient gemacht. Derartige Tiefenschärfe fehlt für den Postdemokratiediskurs bislang.⁶

1 Dr. Ursula Bitzegeio ist Politikwissenschaftlerin, zuständig für die Promotionsförderung im Begabtenförderwerk der Friedrich-Ebert-Stiftung und Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Bonn im Mastermodul Politische Systeme und Regieren.

2 Ich danke Anne Seibring für die Mitwirkung an diesem Beitrag.

3 Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag/Lars Winterberg: Der politische Mensch: Politische Partizipation im Spannungsfeld von repräsentativer Demokratie und Postdemokratie, in dies. (Hg.), Der politische Mensch. Akteure gesellschaftlicher Partizipation im Übergang zum 21. Jahrhundert, S. 9–26, hier 9 ff. Vgl. auch Pierre Bourdieu et al., Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997; Angelo Maiolino, Politische Kultur in Zeiten des Neoliberalismus. Eine Hegemonieanalyse, Bielefeld 2014, hier u.a. S. 333.

4 Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke: Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert, in Dies. (Hg.), Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 11–28, hier S. 15 ff.

5 Vgl. vor allem Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt/M. 2008, S. 14f. sowie in der Folge Vergleichsstudien der Nachbarländer, siehe die Beiträge in Elisabeth Katschnig-Pasch (Hg.), Das ganz alltägliche Elend. Begegnungen im Schatten des Neoliberalismus, Wien 2003; Franz Schultheis/Kristina Schulz (Hg.): Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, Konstanz 2005; Ders./Bertold Vogel/Michael Gempeler (Hg.), Ein halbes Leben. Biografische Zeugnisse aus einer Arbeitswelt im Umbruch, Konstanz 2010. Ebenfalls angeregt durch Bourdieus Studie erschien zudem bereits 2002 eine Sozialreportage verschiedener Journalisten und Schriftsteller. Vgl. Günther Grass/Daniela Dahn/Johano Strasser (Hg.), In einem reichen Land. Zeugnisse alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Göttingen 2002.

6 Jürgen Schmidt, Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, Berlin 2015.

Dieser Beitrag möchte deshalb basal in den Begriff „Arbeiterkultur“ historiographisch einsteigen und daran erinnern, dass uns viele ZeithistorikerInnen bereits früh vor einem inflationären und kritisch-politischen Gebrauch kultureller Zuschreibungen „der Arbeiterbewegung“ gewarnt haben. Dies soll anschaulich erfolgen, in dem die Spezifika und Wandlungen der Arbeiterkultur des 19ten und 20ten Jahrhunderts den Betrachtungen zur „Massenkultur“, deren Modernität sich bis heute in der Popkultur aber auch in „populistischen“ Perspektiven zeigt, gegenübergestellt.

Um die europäische Dimension zu vertiefen, wird kursorisch auch ein Blick auf die Arbeiterkultur Frankreichs geworfen.

Begriffliche Annäherungen

Der Begriff der „Arbeiterkultur“ wie auch der Begriff „Kultur“ allein ist bis heute unscharf geblieben. In der neueren Forschung zur Arbeiterkultur seit den 1970er Jahren ist man sich zumindest darüber einig, dass „Kultur“ nicht – wie lange üblich im deutschsprachigen Raum – ausschließlich mit „Hochkultur“ (Literatur, Musik, Theater, Kunst etc.) gleichgesetzt werden darf, sondern die „Lebensweise“ miteinbezogen werden muss. Als wenig zielführend hingegen wird auch die Ausweitung des Begriffs auf die Gesamtheit menschlicher Äußerungen einer historischen Periode gesehen. Nach Jürgen Kocka zeichnen sich aus den Überlegungen zur Begriffsbildung drei Merkmale von „Kultur“ ab:

„1. 'Kultur [...] bezeichnet eine in sich heterogene Dimension geschichtlicher Wirklichkeit, ein System von bedeutungsvollen, Sinn stiftenden oder Sinn transportierenden, auch symbolischen Zeichen, Einstellungen, Handlungen, Konfigurationen und Manifestationen (einschließlich künstlerischer Manifestationen) – in begrifflicher Abgrenzbarkeit von Ökonomie, Politik und Sozialstruktur, doch zugleich in analysierbarer Wechselwirkung mit diesen. 2. Der Begriff „Kultur“ meint Phänomene, die sich zwar in der Zeit verändern, aber nicht dem schnellen Wandel unterliegen, sondern so viel Konstanz und Eigengewicht

haben, daß sie trotz des Wechsels der Individuen, die die Trägergruppe ausmachen, identisch bleiben, also tradiert werden können. 3. Schließlich meint der Begriff etwas, was klassen-, schichten- oder gruppenspezifisch unterschieden und differenzierbar ist, wobei in ‚Arbeiterkultur‘ die Stellung der Trägergruppe im Produktionsprozess als relevantes Unterscheidungskriterium dient.“⁷

Kocka weist allerdings darauf hin, dass es für den „Fall“ Deutschland schwierig ist, eine sinnvolle Trennung zwischen Arbeiterkultur und älterer Volkskultur vorzunehmen und das Ausgrenzungskriterium „Stellung im Produktionsprozess“ ernst zu nehmen. Eher ließe sich die Kultur einer bestimmten Arbeitergruppe identifizieren, wie es Klaus Tenfelde am Beispiel der Bergarbeiter heraus gearbeitet habe.

Klaus Tenfelde hat seinerseits einen oft zitierten Definitionsversuch von „Arbeiterkultur“ unternommen. Er versteht darunter „diejenigen Manifestationen der proletarischen Lebensweise und der Arbeiterbewegung, die Werthaltung ausdrücken und als solche tradierfähig sind.“⁸ Dann müssten „lohnabhängige Arbeit, arbeitsverbundenes Dasein und Arbeiterbewegung als kulturstiftende Wirklichkeitsbereiche gelten.“⁹ Dies unterscheide die „Arbeiterkultur von der älteren Volkskultur“, grenzt sie von einem eher abgehobenen, „bürgerlichen“ Kulturbegriff ab und vermeidet die Beliebigkeit von „Industrie-“ oder gar „Alltagskultur.“¹⁰ Dieter Langewiesche agiert mit den Begriffen der Gruppen-, Sub- und Gegenkultur. Die Gesamtkultur begreift er als „System von anerkannten und untereinander verschränkten Kulturen“¹¹, also ein Geflecht von Teil- oder Gruppenkulturen, geprägt durch dominante kulturelle Normen in der Gesell-

7 Jürgen Kocka, Arbeiterkultur als Forschungsthema, in: GG5, 1979, S. 5-11. Vgl. breiter auch seine neueren Überlegungen in: Ders., Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse, Bonn 2015.

8 Klaus Tenfelde, Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.), Gesellschaftlicher Wandel – Soziale Demokratie. 125 Jahre SPD. Historische Erfahrungen, Gegenwartsfragen, Zukunftskonzepte, Köln 1988, S. 157.

9 Ebd.

10 Ebd.

11 Dieter Langewiesche, Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen, in: Ritter, Arbeiterkultur, S. 40-57.

schaft. Gruppenkulturen besäßen einen beschränkten Autonomieanspruch, würden aber gesamtulturell akzeptiert werden, wohingegen die Subkulturen, die zwar auch eine relative Autonomie besäßen, nicht gesamtulturell anerkannt und zumindest teilweise nicht in die Gesamtkultur integriert seien. Zur Gegenkultur wird Subkultur, wenn sich diese politisiert und ausgrenzt, sich gegen den Verbindlichkeitsanspruch der dominanten Kultur richtet. In diesem Sinne hätte sich Arbeiterkultur von einer Gruppen- über eine Sub- zur Gegenkultur entwickelt, wobei immer noch gruppen- und subkulturelle Elemente weiter bestanden hätten. Bei diesem Umformungsprozess habe die sozialistische Arbeiterbewegung eine entscheidende Rolle gespielt: Sie politisierte die Subkultur und begriff sich von Anfang an als Keimzelle einer künftigen Gegenkultur. Hier ist vertiefend nach den Elementen der dominanten bürgerlichen Kultur zu fragen und nach dem Verhältnis zwischen bürgerlicher Kultur und Arbeiterkultur. Wie auch die Arbeiterkultur war, so Bernd Faulenbach, die sogenannte bürgerliche Kultur nicht heterogen und ihr Verhältnis zueinander komplizierter als es Begriffe wie Gegen- oder Subkultur implizierten, da die Arbeiterkultur teilweise die Kultur des Bürgertums adaptierte und fürs Proletariat zwar umdeutete; Arbeiterorganisationen aber so eine nicht unerhebliche Rolle als Vermittlungsinstanzen bürgerlicher Wertorientierungen spielten.¹²

Arbeiterkultur ist weiterhin, so die Ansicht des Gros der Autoren, von der Arbeiterbewegungskultur bzw. der Arbeiterkulturbewegung zu unterscheiden, wenngleich diese Begriffe nicht immer – das gilt insbesondere für die deutsche Entwicklung – scharf zu trennen sind. Dennoch, so Gerhard A. Ritter, würde eine Gleichsetzung der deutschen Arbeiterkultur mit der Tätigkeit der Kultur- und Bildungsorganisationen der Arbeiter, den Blick auf Erscheinungsformen der Arbeiterkultur verstellen, die sich nicht im Zusammenhang

mit der Arbeiterbewegung entwickelt hätten.¹³ Für Klaus Tenfelde entfaltete sich Arbeiterkultur in drei Wirkungsbereichen: erstens am Arbeitsplatz, im Gefüge von Arbeitsprozess und Arbeitsorganisation, zweitens in Nachbarschaft, Kommune und Verein und drittens schließlich als Arbeiterbewegungskultur und Kulturpolitik im engeren und weiteren Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung.¹⁴ Bernd Faulenbach warnt davor, die Zusammenhänge zwischen Arbeiterbewegungskultur und Arbeiterkultur aus den Augen zu lassen: es sei davon auszugehen, dass die Arbeiteralltagskultur auf die Arbeiterbewegungskultur einwirkte, diese aber auch die Arbeiteralltagskultur beeinflusste und beide ihrerseits durch kulturelle Einflüsse aus der übrigen Gesellschaft durchdrungen wurde.¹⁵

Im internationalen Vergleichsmaßstab bleibt zuletzt mithin fraglich, ob und wie es überhaupt gelingen kann, so Friedhelm Boll, eine deutsche, französische, englische etc. nationale Arbeiterkultur abzustecken angesichts starker regionaler, religiöser und berufsgruppenbezogener Spezifika der Arbeiterkulturen in einem Land.¹⁶

Ebenso wie die Definitionen und begrifflichen Abgrenzungen der Arbeiterkultur schwierig sind, ist auch der Begriff der Massenkultur nicht eindeutig zu beschreiben. Die Kategorie der „Masse“ war und ist weitgehend negativ konnotiert, sei es nun von konservativ-bürgerlicher Seite, die sich mit einer wie auch immer zu definierenden „Elitenkultur“ von der Kultur der Massen abgrenzten, sei es aus Sicht etwa Max Horkheimers und Theodor W. Adornos, die diese als „Massenbetrug“ gekennzeichnet haben.¹⁷ Daher wird von Irmgard Wilhelm vorgeschlagen, lieber von einer „Kultur für viele“ zu sprechen, um etwa auch den de-

12 Vgl. Bernd Faulenbach, Von der Klassenkultur zur Massenkultur? Zur Frage der historischen Einordnung der Arbeiterkultur, in: Arbeit und Kultur. Beiträge zu einer arbeitnehmerbezogenen Kultur (=Forschungsinstitut für Arbeiterbildung (Hrsg.), Beiträge, Informationen, Kommentare 1988, Nr. 7), S. 9.

13 Vgl. Gerhard A. Ritter, Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich. Probleme und Forschungsansätze, in: ders. (Hrsg.), Arbeiterkultur, Königstein 1979, S. 15–39.

14 Tenfelde, Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, S. 157.

15 Vgl. Faulenbach, Von der Klassenkultur zur Massenkultur?, S. 4–21.

16 Vgl. Friedhelm Boll, Vergleichende Aspekte nationaler Arbeitskulturen, in: ders. (Hrsg.), Arbeitskulturen zwischen Alltag und Politik. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Wien u.a. 1986, S. 7–16.

17 Vgl. Frank Deppe/Klaus Dörre, Klassenbildung und Massenkultur im 20. Jahrhundert, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 726–771.

mokratisierenden Charakter einer Kultur für möglichst alle hervorzuheben. Dabei gibt sie auch zu bedenken, dass „Massenkultur“ nicht eindeutig schichtenspezifisch zuzuordnen sei und diejenigen, die sich als Eliten verstehen und meinen, sie würden an der „Massenkultur“ nicht teilnehmen, falsch lägen. Denn sich den modernen Massenmedien und dem staatlichen wie kommerzialisierten Kulturbetrieb komplett zu entziehen, ist nun mal kaum möglich. Fraglich bleibt aber, ob tatsächlich kulturelle Homogenität in der demokratischen Gesellschaft erreicht ist (geschweige denn, dass man von einer demokratisch-aufklärerischen Massenkultur sprechen könnte). Der Begriff „Massenkultur“ impliziere, so Frank Deppe und Klaus Dörre, zwar eine Tendenz zur Nivellierung kultureller Unterschiede, doch seien trotz der Anhebung des allgemeinen Lebensstandards und des Bildungsniveaus, trotz der Vergesellschaftungsprozesse des fordistischen Regulationsmodells, Ungleichheitsrelationen erstaunlich gleich geblieben, was sich nur daraus erkläre, dass sich die gesellschaftliche Klassen- und Schichtstruktur auch im Alltagsverhalten, in Werteorientierungen und Verhaltensdispositionen der Individuen reproduziere: Die vermeintlich klassenlose Alltagskultur ist mindestens gekennzeichnet durch die „feinen Unterschiede“ im Sinne Pierre Bordieus.¹⁸ Zu beachten ist weiterhin, folgt man Anselm Döring-Manteuffel und Lutz Raphael, dass die „Zeit der standardisierten Gesellschaft des fordistischen Produktionsmodells [...] auf dem Feld der persönlichen Lebensführung und der Lebensentwürfe“¹⁹ in den 1970er Jahren zu Ende ging, eine Individualisierung und Pluralisierung von Lebenswelten einsetzte und Raum geschaffen wurde für die Entwicklung von „Alternativkulturen“. Schließlich lässt sich aktuell darüber diskutieren, inwieweit eine neue, distinktive „Unterschichtenkultur“ mit entsprechenden Medienformaten in Deutschland Einzug gehalten hat.

Die oben aufgeführten Diskussionen um die Begrifflichkeiten in der Arbeiterkulturfor-

schungsbewegung stammen ausschließlich aus der westdeutschen Forschungslandschaft. Die marxistisch-leninistische Hauptströmung der DDR-Forschung hatte aber ebenso Schwierigkeiten eine Definition von „Arbeiterkultur“ zu finden. Sie verwendete einen weiten, auf Marx gestützten Begriff von „Kultur“, in dessen Mittelpunkt die Arbeit steht. Kulturelles sollte in der Gesamtheit der Lebensbedingungen und Lebenstätigkeiten untersucht werden, wobei die Trennschärfe zwischen Kultur und Lebensweise fehlte.

Mit der Rezeption der „Zwei-Kulturen-Theorie“, d.h. das Vorhandensein zweier Klassenlinien in der Gesellschaft, von denen die „zweite Kultur“ geeignet sei, die Massen im Geiste des revolutionären Demokratismus und der revolutionären sozialistischen Ideologie zu erziehen, grenze sich, so Langewiesche, die marxistisch-leninistische Forschung von allen Richtungen ab, die mit nicht-normativen schicht- und gruppenbezogenen Kulturbegriffen arbeiten, und weise deren Relativismus als „perspektivlos“ zurück. Dies, Gerhard A. Ritter folgend, verengte die Perspektive der DDR-Forschung, da nur in den Blick genommen wurde, was unmittelbar mit dem Klassenkampf zu tun hatte und weite Bereiche der Arbeiterkultur, wie das Nachwirken vorindustrieller Denk- und Verhaltensmuster, Bemühungen um Aneignung des bürgerlichen Kulturerbes, wesentliche Elemente der durch die Anpassung an den Industrialisierungsprozess veränderten Kultur etc. ausgeklammert und für irrelevant erklärt wurden.²⁰

Arbeiterkultur in Frankreich – ein kurssorischer Vergleich

Für den „Fall“ Frankreich sei es wichtig zu konstatieren, so Friedhelm Boll, dass man lediglich in Bezug auf einige Aspekte von einer gemeinsamen Arbeiterkultur sprechen kann. Die regional- und berufsspezifisch im Vergleich zu Deutschland sehr viel stärker unterschiedlich ausgeprägten Kulturen haben unter anderem ihren Ursprung in einer sektoral differenzierteren Industrialisierungsgeschwin-

¹⁸ Vgl. ebd.

¹⁹ Anselm Döring-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008, insb. S. 42 ff., S. 106 ff.

²⁰ Vgl. Ritter, Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich, S. 15–39.

digkeit. Hinzu kam, dass die Arbeiterkulturen in Frankreich sehr viel stärker in die demokratischen Traditionen des Landes eingebunden waren und somit nicht im gleichen Maße Isolation und Ausgrenzung erfuhren, wie es in Deutschland der Fall war, entsprechend weniger auf sich selbst ver- und auf ein so ausgeprägtes Organisationsgeflecht angewiesen waren. Die französische Arbeiterkulturforschung ist u.a. auch deshalb mehr als die deutsche auf die Lebenswelten innerhalb und außerhalb der Betriebe und weniger auf die Arbeiterkultur-bewegung konzentriert.²¹

Hinsichtlich der Periodisierung der Arbeiterkultur in Frankreich sind die nach der Jahrhundertwende einsetzenden technologischen Wandlungsprozesse für die Entstehung der Arbeiterkultur entscheidend; die 1920er Jahre sind als eine Periode des Übergangs zu betrachten, die zwar mit der *front populaire* ihren politischen Höhepunkt erreichte, dennoch zunächst gekennzeichnet war durch eine Krise der *culture de metier* der Facharbeiter, die mit den Streikniederlagen 1906/07 begann, sich fortsetzte in einer stärkeren Verbreitung einer „Kultur der Armut“ und einer Krise des lokal und politisch zersplitterten Gewerkschaftssystems. Ansätze zur einer Gegenkultur blieben marginal, bis sich diese zur zugkräftigen Massenkultur der Volksfront entwickelte, wobei die neue Freizeitkultur mehr als in Deutschland als Partner, nicht so sehr als Konkurrenz gesehen wurde. „Die fließenden Übergänge von Arbeiterschaft und Kleinbürgertum in Frankreich sowie die politische Allianz mit einem Teil des liberalen Bürgertums zur Verteidigung der Republik markieren hier grundlegende Unterschiede zu Deutschland, Österreich oder Russland, wo die Arbeiterkultur-bewegung trotz partieller Übernahme in kommunaler Trägerschaft vornehmlich Institutionen der Abgrenzung gegenüber dem Bürgertum blieben.“²²

Weitere Unterschiede zur deutschen Arbeiterkultur war die weitaus stärkere Verankerung der Arbeiterautonomie im Produktionsprozess, so dass Ausprägungen der Arbeiterkultur auch

klarer von industriellen Wandlungsprozessen beeinflusst worden sind. Die französische Arbeiterkultur als *culture au travail* war viel stärker eine Kultur der Widerständigkeit, sie ging Hand in Hand mit der Gewerkschaftsstrategie des revolutionären Syndikalismus, versagte sich organisatorischen Zentralismus und zielte auf selbstverantworteten Streik. Kaum eine Idee könnte somit der französischen Situation unangepasster sein als die Vorstellung einer auf starke Organisationen gegründeten, tendenziell allumfassenden, den „Neuen Menschen“ anstrebenden Arbeiterkultur-bewegung.

Von der Entwicklung der Arbeiterkultur in Deutschland bis zu ihrer Überlagerung durch die Massenkultur

Dieter Langewiesche folgend bildete sich Arbeiterkultur als „Gruppenkultur“ bereits in vorindustrieller Zeit aus, hier spielten handwerkliche und volkstümliche Traditionen eine Rolle. Als „Subkultur“ bildete sich dann ein Teil der gruppenkulturellen Zusammenhänge im Vormärz und stärker noch in der Revolution von 1848/49 aus, als das Proletariat sich zu organisieren begann. Zur „Gegenkultur“ schließlich wurde ein Teil der Arbeiterkultur als die sozialistische Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren entstand.²³ Vor dem Ersten Weltkrieg, so die herrschende Forschungsmeinung, war der Höhepunkt der Arbeiterkultur-bewegung erreicht, auch wenn sich in der Weimarer Republik die Organisationen der Arbeiterkultur-bewegung weiter ausdifferenzierten und auch quantitativ nochmals zulegten. Die Zeit der sozialistischen/sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und die Ausformung der Arbeiterkultur wie auch der Arbeiterkultur-bewegung im Kaiserreich wurde im Wesentlichen durch zwei Elemente geprägt: durch die Industrialisierung, die zur Ausformung klassenspezifischer Daseinsformen führte, und durch den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat und die herrschende bürgerliche Klasse, die der Arbeiterschaft demokratische Partizipation wo möglich verweigerte, ihre Organisation behinderte und von Bildung und Kultur ausschloss. Die Arbeiterkultur entstand so nicht nur als Reflex

21 Vgl. Boll, Vergleichende Aspekte nationaler Arbeitskulturen, S. 7-16.

22 Ebd., S. 12.

23 Vgl. Langewiesche, Arbeiterkultur in Österreich, S. 40-57.

auf alltägliche Nöte und Bedürfnisse, sondern auch als solidarische Antwort auf die erfahrene Ausgrenzung und Isolation.²⁴

Diese Voraussetzung zur Ausformung einer Gegenkultur fiel in der Weimarer Republik weg. Trotz qualitativer wie quantitativer Zunahme der kulturellen Organisationen begann die Arbeiterkultur zu erodieren, wurde die Arbeiterkulturbewegung mehr und mehr zur bloßen Traditionswahrung denn prägend für die Wirklichkeit, wenngleich die eigentliche Zäsur für die Organisationen 1933 darstellt, als sie als Teil der marxistischen Arbeiterbewegung verboten wurden. Mit dem „Kultursozialismus“, mit der Vorstellung von der Entwicklung eines „neuen Menschen“ durch Bildung und Kultur, wurde versucht die bedrohte sozialistische Utopie nach dem Scheitern eines völligen politischen und wirtschaftlichen Neuanfangs nach 1919 zu retten. In den 1920er Jahren trat die sich neu entwickelnde Massen(freizeit)kultur mit Radio, Film, Illustrierten, Boulevard-Presse etc. als Konkurrenz zu den überkommenen kulturellen Ausdrucksformen der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterkulturbewegung versuchte einerseits, so Faulenbach, „den Tendenzen der Massenkultur entgegen zu wirken und gegen diese die Arbeiter zu immunisieren, teils bemühte sie sich, diese aufzugreifen und für die Arbeiterbewegung zu nutzen.“²⁵ Doch letztlich ließen sich trotz dieser Bemühungen die neuen Medien Radio und Kino im Grunde nicht mehr integrieren. Weiterhin ist das Spannungsverhältnis zwischen der betont klassenkämpferischen kommunistischen Arbeiterkulturbewegung und der sich einer Art Festkultur nähernden und auf Integration in Staat, Politik, Gesellschaft zielenden sozialdemokratischen Arbeiterkulturbewegung zu erwähnen.

Im „Dritten Reich“ schließlich wurden Elemente der Arbeiterkultur (z.B. die Feiern zum 1. Mai) aufgegriffen und umgedeutet und die gesamte Massenkultur in den Dienst des Regimes gestellt. Die Diskreditierung bestimmter „ganzheitlicher“ Politikstile durch

den Nationalsozialismus stellt eine der vielen Ursachen dar, warum nach 1945 der systematische Wiederaufbau der Arbeiterkultur von Sozialdemokratie und Gewerkschaften verworfen wurde. Ein bedeutsamerer Grund für den – zweifellos auch bewussten – Verzicht der Arbeiterbewegung auf die Revitalisierung lag in der Einschätzung, dass nun eine demokratische Kultur möglich und nötig sei und Lagermentalitäten überwunden werden müssten. Klaus Tenfelde bezeichnet den „Verzicht auf organisatorischen Rückhalt für eine neuerliche kulturelle Gegenheimat der Arbeiter“ als eine „bedeutende Morgengabe [...] an die aufzubauende Demokratie“.²⁶ Dahinter standen aber auch unübersehbare Erosionsprozesse des traditionellen sozial-moralischen Milieus der Arbeiterbewegung, die bereits in Weimar einsetzten und im Zuge des „Wirtschaftswunders“ an Wirksamkeit zunahmen.

Die Massenkultur, die nun frei von politischer Steuerung war, sich jedoch stark kommerzialisierte, überlagerte zunehmend die (Restbestände der) Arbeiterkultur, die sich ihrerseits nicht mehr auf ein weitgehend homogenes Milieu, eine Klasse oder Schicht beziehen konnte: „Die Ablösung der ‚Klassenkultur‘ durch die ‚Massenkultur‘ lässt sich so als ein Prozeß begreifen, in dessen Verlauf – bei Fortbestehen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems und der quantitativen Ausdehnung von unselbständiger Lohnarbeit – der Zusammenhang zwischen objektiver und subjektiver Klassenbildung aufgebrochen wird.“²⁷ Voraussetzung dafür bildete die Teilhabe der Arbeiterschaft an wirtschaftlichen wie politischen Errungenschaften der Bundesrepublik: „Erst mit der Durchsetzung des Prinzips sozialer Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben, mit der demokratisch-politischen Partizipation der Arbeiterschaft und dem Ende ihrer gesellschaftlichen Isolation ist die Arbeiterkultur in die Gesamtkultur der Gesellschaft schließlich weitgehend aufgegangen.“²⁸ Es war hier vor allem, folgt man der sogenannten „Fordismus-These“, das fordistische Regu-

²⁴ Vgl. auch Kaspar Maase, *Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850-1970*.

²⁵ Faulenbach, *Von der Klassenkultur zur Massenkultur?*, S. 10.

²⁶ Zit. nach ebd., S. 12-13.

²⁷ Deppe/Dörre, *Klassenbildung und Massenkultur im 20. Jahrhundert*, S. 728.

²⁸ Ritter, *Arbeiterkultur im Deutschen Kaiserreich*, S. 30.

lationsmodell, dass die Arbeiterschaft durch Lohnzuwächse (auch durch die starke Stellung der Gewerkschaften) und deren Anbindung an den Produktivitätszuwachs, durch sozialstaatliche Garantien, durch rechtlich-institutionelle Verfahren der Regulierung der industriellen Beziehungen und der Erweiterung der Konsummöglichkeiten in die Gesamtgesellschaft integrierte, sie „vergesellschaftete“. Der Massenkonsum wurde zum entscheidenden Produktions- und Reproduktionszusammenhang; die Rolle des Konsumenten seit den 1950er Jahren habe, so die These von Wolfgang Ruppert, mehr und mehr kulturell formende Bedeutung für die Gesamtgesellschaft erlangt und die Identität des Arbeiters überlagert, vielleicht erheblich verdrängt. Dabei verliefen diese auch unter „Verbürgerlichung“ gefassten Prozesse keineswegs linear und einheitlich ab, bargen vielmehr Widersprüchlichkeiten, die am Ende der Prosperitätsperiode aufbrachen.

Wendet man den Blick von der westdeutschen zur ostdeutschen Entwicklung, so hat die SED die massen- wie arbeiterkulturellen Elemente in den Dienst des „real existierenden Sozialismus“ genommen und versucht für alle Bereiche der Kultur, der Jugend und der Freizeit umfassende Massenorganisationen aufzubauen. Unter einer sich von den 1940er bis 1960er Jahren herausbildenden sozialistischen Oberschicht, die ihrem Staat dankbar war für die Entmachtung alter bürgerlicher und adeliger Funktionseliten und ihren Bildungsaufstieg, wurden, so Michael Hofmann, tatsächlich traditionelle Arbeitermilieus „konserviert“ und blieb das soziale Leben in der DDR von traditionellen arbeiterlichen wie auch kleinbürgerlichen Lebenskulturen bis zum Schluss geprägt. Dennoch hätten sich auch in der DDR moderne Lebenswelten entwickelt, seit den 1970er Jahren erhielten die DDR-Bürger trotz aller Einschränkungen Anschluss an Massenkonsum, Massentourismus und vor allem an die westliche Massen- und Musikkultur.²⁹ Es bleibt aber mehr als fraglich, inwieweit eine „konservierte“ und für die Zwecke des SED-

Staates eingespannte Arbeiterkultur noch als authentisch gelten kann.

In der zeitgeschichtlichen Forschung wird mittlerweile der Aufstieg der Massenkultur als wichtige Dimension europäischer Gesellschaftsgeschichte betrachtet.

Einigkeit scheint darüber zu bestehen, dass die Entwicklung der Massenkultur im 19. Jahrhundert noch von einigen Ungleichzeitigkeiten durchsetzt ist, das heißt, dass einige der neuen Inhalte noch in die alte kulturelle Form gekleidet waren, oder dass neue Formen noch nicht Massenrezeption erfahren hatten. So bestimmte eine besondere „Dialektik der Widersprüche“ die Dynamik der Kultur, die für die Ausprägung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften bestimmend waren. Bezogen auf die Wertung und Rezeption der Massenkultur bildeten sich dann Mitte des 20. Jahrhunderts vor allem zwei Perspektiven heraus: Einerseits wurde ihre spezifische Ausprägung als Schund und Merkmal des bevorstehenden „Zerfalls“ von Gesellschaften interpretiert, andererseits wurde sie als demokratischer Fortschritt, der die Teilnahme vieler erlaubt, gewertet. So werden in der Forschung nicht nur im Zusammenhang mit Massenkultur veränderte Formen des kollektiven Bewusstseins sondern auch ihre Rezeptionsgeschichte als wichtige Forschungsaspekte identifiziert. Für den Kulturwissenschaftler Roger Behrens beispielsweise kann die Massenkultur, so wie sie sich zum Beispiel in der Filmindustrie oder in den politisch gelenkten Medien manifestiert, als „Bewusstseinsindustrie“ oder „communication industry“ bezeichnet werden. Ihre kritische Rezeption müsse jedoch ihre Bedeutung als „hegemoniale Kultur“ erkennen, als Ausdruckszusammenhang einer sozialen Ordnung, die von Widersprüchen durchsetzt ist:

„Soziale, individuelle und psychische Konflikte fänden auch kulturell ihren Ausdruck in einem diffusen System von Symbolen, Codierungen und alltagskultureller Praxis.“³⁰

29 Vgl. Michael Hofmann, Was wurde aus den sozialistischen Eliten? Entwicklung sozialer Strukturen in der DDR und in Ostdeutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung 2009, URL: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/seoul/06964.pdf>.

30 Roger Behrens, Krise und Illusion. Beiträge zur kritischen Theorie der Massenkultur, Münster/Hamburg 2003, S. 41 f. Vgl. zur Geschichte des Massenkonsums unter neuen wissenschaftlichen Vorzeichen seit den 1990er Jahren vor allem auch Kasper Maase, Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der

Beherens folgend, wäre es spannend zu fragen, ob sich in der Geschichte der Arbeiterkulturen Codes, Symboliken und ihre Praktiken mit eindeutigerem Charakter finden lassen.

Der Historiker Kaspar Maase erkennt ähnliche Wesensmerkmale und Widersprüche in der Massenkultur des 19. und 20. Jahrhunderts, zieht jedoch andere Schlüsse. Zunächst rekonstruiert er in seiner Pionierstudie „Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850 bis 1970“ ihren Weg in den Lebensmittelpunkt moderner Leistungsgesellschaften, erkennt sie in den populären Künsten, in ihrer marktgesetzlichen Nachfrageorientierung und dem Konsumverhalten. Für ihn erweist sich die Historie der Massenkultur dabei durchaus als eine Geschichte von Täuschung und Autosuggestion, von Despotismus und Kreativität, von utopischen Hoffnungen und opportunistischem Verhalten.³¹

Maase kommt jedoch zu dem Schluss, dass der Aufstieg der Massenkultur die Demokratisierungsschübe des 20. Jahrhunderts letztlich befördert habe, „nicht unbedingt durch inhaltliche Botschaften, wohl eher durch die Anwendung von Praktiken und Wertmaßstäben“. Massenkultur und die ihr inhärente Massendemokratisierung hätte die Distanzen in den Lebensstilen verringert. Insbesondere populäre Künste und Vergnügungen hätten weiterbestehende Herrschaftsstrukturen mit einem „Netz von Gemeinsamkeiten“ durchzogen. Die „Wünsche“ der Vielen würden sich nicht selten mit denen der Entscheidungseliten decken und wären von diesen in hohem Maße zu berücksichtigen.³²

Auch bei Maase eröffnet sich die Frage, ob dieser „massenkulturelle“ Effekt auf das Verhalten von Führungseliten nicht auch ähnlich

beim historischen Rückblick auf Arbeiterkultur zu finden ist. Dies könnte auch bei einer Diskussion um den Zustand der Demokratien und der Erforschung ihrer gegenwärtigen Problemlagen helfen.

Festzuhalten bleibt, dass in der Forschung und Lehre Kultur – und so auch die Arbeiterkultur – fester Bestandteil bleibt. Im Lexikon der Wirtschaftssoziologie findet sich in einer jüngsten Ausgabe (2015) folgender Eintrag: Unter Arbeiterkultur ist „die Lebens- und Denkweise von Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Handlungsformen (von der Sprache bis zur Gestik, von der Kleidung bis zum Fernsehkonsum, Habitus) ausdrückt und Verbindungspunkte mit der dominanten Kultur aufweist. Arbeiterkultur ist in der Arbeits- und Lebenssituation sowie den alltäglichen Erfahrungen und im geschichtlichen Prozess grundgelegt (...) Da Arbeiterkultur allerdings nie ein in sich geschlossenes Ganzes bildete, sondern immer Berührungspunkte zu anderen Kulturen aufwies und von diesen überlagert wurde, kann auch heute nicht einfach von ihrem Verschwinden ausgegangen werden“.³³ Wenn sich ihr Verschwinden nicht diagnostizieren lässt, so bietet sie vielleicht doch einige Anhaltspunkte und Merkmale, die zur Organisation guter demokratischer Politik auch in Zukunft geeignet ist. ■

Massenkultur 1850-1970, Frankfurt am Main 1997; Axel Schildt, *Medialisierung und Konsumgesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Essen 2004; Ders., *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 1950er Jahre*, Hamburg 1995, S. 209 ff; Hannes Siegrist u. a. (Hg.), *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18.-20. Jahrhundert)*, Frankfurt am Main/New York 1995.

31 Kaspar Maase, *Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850-1970*, Frankfurt am Main 1997, besonders S. 35 ff. und S. 270-281.

32 Ebd., S. 281.

33 Eintrag Arbeiterkultur, in: *Wirtschaftslexikon.co*. Über 20.000 Fachbegriffe, aktual. Ausgabe 2015, Online unter www.wirtschaftslexikon.co.

Sammelrezension: Linkspatriotismus, Kosmopolitismus und Soziale Frage

von Thilo Scholle¹

Wie lässt sich der andauernde Misserfolg der Sozialdemokratie in Deutschland an den Wahlurnen erklären? Inspiriert durch die Diskussionen über die Situation der Demokraten in den USA kreist die Debatte im politischen Feuilleton hierzulande vor allem um die Frage, ob die Sozialdemokratie (und möglicherweise die politische Linke insgesamt) sich in den letzten Jahren nicht zu „kosmopolitisch“ positioniert und dabei Bedürfnisse nach sozialem Zusammenhalt und Solidarität vernachlässigt hätten – also stärker „kommunitaristische“ Positionen hätten einnehmen und vertreten sollen. Unklar bleibt dabei meist, ob sich diese Einschätzung vor allem auf die Schwerpunktsetzungen in der öffentlichen Kommunikation oder auch auf das tatsächliche politische Handeln beziehen. Herausgehobene Beispielthemen sind meist der Umgang mit der „Flüchtlingsfrage“ sowie der Bezug zur Nation und zur Rolle des Nationalstaats. Auffällig ist, dass nahezu alle ProtagonistInnen nach Aufzeigen des Kosmopolitismus-Kommunitarismus-Widerspruchs am Ende für eine Verbindung beider Zugänge plädieren – meist ohne dies zu konkretisieren oder tiefer auszubuchstabieren.

Lob der Nation?

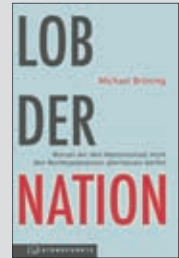
Der Redakteur der von der FES herausgegebenen Online-Zeitschrift „IPG“, Michael Bröning, beginnt seinen Essay mit der Feststellung, Common Sense „aufgeklärter Kreise“ wäre die Ansicht, der „Nationalstaat sei rückwärtsgewandt und impraktikabel, unsolidarisch, ineffektiv und in Anbetracht globaler Herausforderungen bestenfalls ein impotenter Atavismus, der eine angemessene Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart schuldig bleibe“. Zu erklären sei dann aber die dazu im Gegensatz stehende „weltweit anhaltende emotionale Bindung vieler Bürgerinnen und Bürger an das Phänomen Nationalstaat“. „Die Stärke des Nationalstaats entspricht dabei der Stärke des Verlangens nach einem in größerem Maßstab

Michael Bröning

Lob der Nation

Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen dürfen

Verlag J.H.W. Dietz
Nachf., Bonn 2018
112 Seiten, 12,90 €



Nils Heisterhagen

Die liberale Illusion

Warum wir einen linken Realismus brauchen

Verlag J.H.W. Dietz
Nachf., Bonn 2018
350 Seiten, 22 €



Andreas Nölke

Linkspopulär

Vorwärts handeln statt rückwärts denken

Westend Verlag,
Frankfurt am Main 2017
236 Seiten, 18 €



Hans-Günter Thien

Die verlorene Klasse

ArbeiterInnen in Deutschland

2. korrigierte und um ein
Nachwort erweiterte Auflage

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2018
235 Seiten, 25 €



übergreifenden gemeinschaftlichen ‚Wir‘, das traditionelle Identitäten wie Familien, Stämme oder dynastische Loyalitäten überwindet. Zugleich aber subsumiert dieses Kollektiv eben auch religiöse, ideologische und kulturelle Unterscheidungen in einer Art nationalen Ökumene des We the people – wie es die amerikanische Unabhängigkeitserklärung postuliert.“ Interessant ist, dass der Autor an dieser Stelle die für kapitalistische Gesellschaften meist recht relevante Frage der ökonomischen

1 Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Unterscheidungen innerhalb einer Gesellschaft (Klassenstruktur) nicht anspricht.

Der Nationalstaat sei überdies relevante Handlungsebene für die politische Linke. Zentrale Anliegen progressiver Politik könnten auf absehbare Zeit zumindest nicht ohne den Nationalstaat erledigt werden. Dies gelte insbesondere für die Bereiche Migration, Solidarität und Integration, Europa und die Demokratie sowie globale Politik (weltweite Sicherheit) und Nationalstaat. Der Autor kann zwischen den Begriffen „Nation“ und „Nationalstaat“ keine präzise Unterscheidung treffen, was er auch offen einräumt. Das Plädoyer für Nation und Nationalstaat als „Träger progressiver Politik“ soll für ihn kein Anbieten an den „vermeintlich nationalistischen Zeitgeist“ sein. Es sei erstaunlich, dass gerade die Akteure progressiver Politik, die ansonsten stets die Steuerungsmöglichkeiten von Politik betonten, beim Thema Migration das „TINA-Prinzip“ („There is no alternative“) vertreten würden. Studien wiesen zudem darauf hin, dass gesellschaftliche Heterogenität sich als nur schwer zu überwindendes Hindernis für Umverteilung erweisen würde. Den Begriff der „Leitkultur“ hält der Autor in der Integrationsdebatte für unproblematisch; sie sei für die allermeisten Menschen im Alltag selbstverständlich. Dabei gehe es um die Anpassung der MigrantInnen an ein „gesellschaftliches Wir“, das „eben nicht von den Grundrechtsparagrafen des Grundgesetzes abgedeckt wird.“ Es ginge nicht um einen abzuarbeitenden Kriterienkatalog, sondern um „Anpassung an zentrale Werte und Gepflogenheiten, die für einen gesellschaftlichen Umgang auf Augenhöhe notwendig seien.“ Genauer führt dies der Autor allerdings nicht aus. Wichtig sei aber: „Diese Anpassung muss auch eine greifbare sozioökonomische Anpassungsdividende mit sich bringen, die eben nicht durch Diskriminierung ausgebremst werden darf.“

Letztlich bleibt bei Bröning offen, ob es ihm vor allem um die – notwendige – Debatte der Rolle des Nationalstaats als Handlungsebene für progressive Regulierung der Felder Wirtschaft und Arbeit geht oder um Nation und Nationalstaat als emotionale Heimat für die dort lebenden Menschen. Die von Bröning bemühte relative Homogenität der Bevölkerung als Voraussetzung für Umverteilung ist vor allem dann richtig, wenn

an Umverteilung innerhalb einer Klasse gedacht wird. Dies ist weitgehend die Realität der Sozialstaatsfinanzierung in Deutschland mit ihrer starken Belastung mittlerer Einkommen. Das Gefühl gesellschaftliche Zugehörigkeit war für das „obere 1 Prozent“ der Vermögensbezieher aber noch nie ein Kriterium, entsprechend ihrer Möglichkeiten zur Finanzierung gesellschaftlicher Ausgaben beizutragen. Unklar ist zudem, wie die bereits jetzt real existierende große Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in dieses Nationalitätennarrativ einbezogen werden soll – vor allem dann, wenn es bei „Leitkultur“ um etwas selbst für Bröning kaum greifbares geht, das offensichtlich doch nur als Anpassungsleistung „der anderen“ erbracht werden kann.

Brönings Ausgangsfrage ist politisch relevant: Solidarität und gegenseitiges Verantwortungsgefühl der Menschen in einer Gesellschaft sind für die Begründung einer sozialen Demokratie wichtig. Warum und wie dies jedoch über die Besetzung der Begrifflichkeit „Nation“ gelingen soll, bleibt offen, zumal der Autor andere mögliche Verbindungsthemen wie beispielsweise Solidaritäten in der Arbeitsgesellschaft gar nicht diskutiert.

Linker Realismus?

Nils Heisterhagen ist Referent in der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz. Mit „Die liberale Illusion“ hat er nun ein sehr umfangreiches Plädoyer für eine Versöhnung von Identitätspolitik und sozialer Frage vorgelegt, das sich im Duktus allerdings vor allem gegen identitätspolitische Theoreme – zumindest so wie der der Autor sie versteht – richtet. Zudem möchte der Autor in dem Buch mit der Idee des „republikanischen Universalismus“ gleich noch eine ganz neue politische Philosophie entwickeln. Getragen werden soll diese Philosophie von Zukunftsoptimismus und von der „Liebe zur Welt“, woraus der Wille zu einer „Leitkultur des Humanismus und der Solidarität“ entstehen solle. Etwas irritierend ist es, wenn der Autor die Befreiung des Individuums nach dem Zweiten Weltkrieg als „Verirrung“ wertet: „Es war zu viel von dieser Befreiung und jetzt brauchen wir eine Rückkehr von Gemeinschaft, Familie und kollektiven Werten“. Und weiter: „Wir müssen zum Glauben zurückfinden, um so zum Sinn zurückzufinden.“

Der Zeitgeist sei hegelianisch, durch den Glauben an die Vernunft des Liberalismus geprägt. Nach dem „Zusammenbruch des Sozialismus“ habe die Linke ihre Systemkritik aufgegeben, was dem „postmodernen Gefühl des nicht aufzuhaltenden liberalen Fortschritts erst so richtig zum Durchbruch verholfen“ habe. Indem die „Neue Mitte“ der Sozialdemokratie à la Schröder-Blair dem Neoliberalismus entgegen gekommen sei, habe man diesem erst vollkommen die Hegemonie gesichert. Der „Dritte Weg“ habe sich mittlerweile in einen „ideologischen Linksliberalismus“ gewandelt, der besage, „dass die Welt gut geworden ist“. Die „liberale Elite“, zu der der Autor Teile der Union einschließlich der amtierenden Bundeskanzlerin, der SPD, der Grünen und der FDP zählt, betreibe nun „Sonnenscheinliberalismus“. Bestes Beispiel dafür sei der Umgang mit der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Wer hier etwas hinterfrage, werde aus der „Kommune der neuen liberalen Moralisten ausgeschlossen“. Das sei aus dem jeweiligen persönlichen Lebensumfeld auch gut erklärbar: in Kreuzberg sehe man die Welt eben anders als im Essener Norden. Im Grunde werde von der neuen kosmopolitischen Klasse der Neoliberalismus akzeptiert und Gesellschaftspolitik in seinem Sinne forciert: „Das linksliberale Establishment macht Politik gegen den Willen vieler seiner – ehemaligen – Wähler und wundert sich dann, warum es nicht gewählt wird.“ Im Weiteren dekliniert der Autor eine Reihe von sozial- und wirtschaftspolitischen Politikfeldern durch und stellt weithin bekannte Forderungen nach einer sozialeren Politik auf, zum Beispiel eine Korrektur von Hartz IV. Wirklich revolutionär im Vergleich zur aktuellen sozialdemokratischen Programmatik ist davon nichts.

Mit Blick auf die AfD teilt der Autor die Einschätzung, es mit Blick auf die Anhängerschaft mit einer Partei der „kleinen Leute“ zu tun zu haben. Die Frage, ob die AfD sich tatsächlich zu einer national-sozialen Partei entwickeln kann, beurteilt er mit Blick auf die internen Friktionen in der AfD eher skeptisch. Für die politische Linke bedeutet dies dennoch keine Entwarnung: Wenn die Linke die Abgehängten und Frustrierten nicht mehr vertreten könne, weil sie zu sehr in einer identitätspolitischen Wolke sitze, und weil manche die Wütenden und Frustrierten auch nicht

mehr vertreten wollten, suchten sich diese eben andere Sprachrohre. Wenig überzeugend sind die Ausführungen Heisterhagens zum Thema Migration und Integration. Hier spricht er sich u.a. dafür aus, offen zu thematisieren, dass Ausländer in Deutschland „nicht gerade wenige“ Verbrechen begingen. Wenig neu ist die Forderung, die Sozialdemokratie müsse eine Partei der „doppelten Sicherheit“ werden – sozial- und innenpolitisch. Dass dann ausgerechnet die ob ihrer plumpen Islamkritik zu recht ins politische Abseits geratene Alice Schwarzer als positives Beispiel einer „linken Realistin“ im Sinne des Autors vorgestellt wird, macht etwas ratlos.

Der Autor trifft mit manchen Beobachtungen durchaus relevante Punkte. Allerdings überzeichnet er in seiner Ausgangsanalyse doch stark. So muss er selbst einräumen, dass der „Gedöns“-Politiker Gerhard Schröder eher nicht als Beispiel für „Sonnenscheinliberalismus“ in der SPD herhalten kann. Auch bleibt der Autor ernsthafte Beispiele aus aktueller sozialdemokratischer Programmatik oder dem Regierungshandeln schuldig, die die Wende der SPD zur liberalen Postmoderne illustrieren könnten. Völlig ratlos macht am Ende die Feststellung des Autors, Anti-Diskriminierungspolitik und soziale Frage seien beide wichtig. Ziel sei es, eine neue Einheit aus der Kulturlinken und der sozio-ökonomischen Linken zu schaffen. Auch die Antwort auf die Frage, wie sich der geforderte Kurs eines „neuen Realismus und systemkritischen Populismus“ genau ausbuchstabieren ließe, bleibt der Autor schuldig. Den selbst formulierten Anspruch, eine neue politische Philosophie zu entwickeln, löst Heisterhagen jedenfalls nicht ein.

Darüber hinaus nicht zutreffend ist der verkürzte Blick auf „den“ Parteienachwuchs: die politischen Jugendorganisationen seien zu „Karriere-Institutionen“ verkommen, inhaltliche „Weltanschauungskämpfe“ würden nicht mehr geführt. Dies wird der Realität jedenfalls im Juso-Verband nicht gerecht. Klischeehaft ist auch die Wiederholung der beliebten These, die meisten Sozis würden die Lebensrealitäten in sozial schwachen Stadtteilen gar nicht mehr kennen. Klingt zwar schön einfach, die Realität(en) sind aber deutlich vielschichtiger.

Eine linkspopuläre Strategie?

Eine „linkspopuläre“ Strategie möchte der in Frankfurt lehrende Politikwissenschaftler Andreas Nölke entwerfen. Zum Ende seines Buches hält er fest, inhaltlich könne man diese eigentlich auch „alt-sozialdemokratisch“ nennen. Ausgangspunkt einer linkspopulären Position seien Sorgen um den weniger privilegierten Teil der deutschen Gesellschaft. Die „Schmähungen der Abgehängten durch das liberale Bürgertum in der Flüchtlingskrise“ treffe bei jenen Menschen, „die Angst vor dem sozialen Abstieg haben und sich hart abstrampeln“, nur auf begrenzte Begeisterung, vor allem wenn mit den Geflüchteten potentielle Konkurrenten vom liberalen Bürgertum begeistert aufgenommen würden, während man selbst allenfalls mit Ressentiments belegt werde. „Eine solche ‚Willkommenskultur‘ hätten sich die ärmeren Menschen in unserer Gesellschaft auch gewünscht“. Eine andere Möglichkeit der Artikulation des Frustes als über die AfD habe es zumindest 2015/16 nicht gegeben, hätten sich doch alle anderen Parteien auf die „enthusiastische Aufnahme“ der Geflüchteten eingestellt.

Die traditionellen Bündnisse zwischen Arbeitern und aufgeschlossenem Bürgertum seien erodiert, die zeitgenössischen Prekären zudem stark individualisiert und politisch kaum organisiert. Außerdem bestehe eine Lücke zwischen den welt-offenen „kulturlinken“ Funktionären der „New Labour-Sozialdemokratie“ und den verbitterten Prekären. Es sei der SPD kaum zu verdenken, dass sie sich den Interessen der „gut verdienenden Facharbeiter“ und der akademisch gebildeten mittleren Angestellten und Beamten widme.

Das gesellschaftliche Klima werde durch die Agitation der AfD gegen Moscheen und Flüchtlingsheime zunehmend vergiftet. Einzige Möglichkeit zur Rückgewinnung von Mehrheiten für progressive Politik und zur nachhaltigen Stabilisierung der Demokratie sei die Etablierung einer machtvollen linkspopulären Position, die die „weitverbreiteten und begründeten Sorgen großer Bevölkerungsschichten über die mangelnde Berücksichtigung ihrer Präferenzen – insbesondere in Bezug auf Flüchtlinge und Europapolitik – in den etablierten progressiven Parteipositionen aufgreift und in den Vordergrund eines konstruk-

tiven politischen Handelns stellt.“ Die kosmopolitisch-kommunitaristische Gegenüberstellung trete als zweite Dimension neben die alte links-rechts-Konfrontation.

Eine Abgrenzung unternimmt der Autor zwischen „populär“ und „populistisch“. Es gehe nicht darum, auf charismatische Führerpersönlichkeiten zu setzen, sondern durchaus in den Bahnen repräsentativer Demokratie und mit dem Ziel tatsächlicher Lösungen zu denken. Die Grundwerte einer linkspopulären Position seien die „Verbesserung der Lage der sozial Schwachen in der deutschen Gesellschaft; einer abgestuften Solidarität in einer globalen Welt; einem Wirtschaftsmodell, das eine egalitäre Verteilung in Deutschland mit der Rücksichtnahme auf andere Wirtschaftsräume verknüpft; einen Fokus auf demokratische Selbstbestimmung auf nationaler Ebene statt auf den kosmopolitischen Illusionen einer supranationalen Demokratie; und auf Interessenausgleich und Respekt anstelle von Intervention und Machtausweitung als Leitprinzipien der internationalen Politik.“ Diese Leitprinzipien führt Nölke im Folgenden weiter aus. Im Mittelpunkt seiner Argumentation steht die Doppelung aus sozialer Sicherheit und Sicherheit vor Gewalt. Kern der wirtschaftspolitischen Vorschläge des Autors ist die Stärkung der Binnennachfrage und die weitgehende Infragestellung des aktuellen exportorientierten Modells – bis hin zu der Feststellung, dass die Interessen der dort Beschäftigten eher zu vernachlässigen seien. Auch das bisherige Euro-System will der Autor in Frage stellen. Ob dies auf eine Abschaffung des Euros hinausläuft, wird aber nicht ganz klar. Fragwürdig ist auch die Einschätzung, die Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge in 2015 sei in erster Linie wirtschaftspolitisch motiviert gewesen. Linkspopuläre Politik in Deutschland könne es nicht sein, Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen. Massenmigration sei zu verhindern, aktuell sei auch die Ermöglichung legaler Arbeitsmigration nicht hilfreich, da es noch zu viele Arbeitslose gebe. Auch von den geflüchteten Syrern sollten nach Kriegsende möglichst viele zurückgehen.

Eine neue Partei hält der Autor für nicht nötig. Letztlich schwebt ihm das Bild der inhaltlich alt-sozialdemokratischen „Kümmererpartei“ vor. Nicht überzeugen kann die Vor-

stellung, eine linkspopuläre Strategie in erster Linie auf prekariisierte Gruppen zu stützen und sozial besser abgesicherte Milieus bewusst nicht (mehr) anzusprechen.

Klassen im Kapitalismus heute

Bemerkenswert ist, dass alle Autoren mit dem Phänomen der Sozialstruktur hantieren und einen Fokus auf die sozial schwächeren Schichten der Gesellschaft legen wollen, ohne dies allerdings intensiver gesellschaftstheoretisch oder empirisch zu fundieren. Eine gute Gelegenheit, die Grundlagen Marxscher Klassentheorie zu rekapitulieren, bietet der nun in zweiter Auflage erschienene Sammelband von Hans-Günter Thien. Die Texte stammen aus den Jahren 1985 bis 2006. Laut Thien gehe es nicht um Sozialforschung, sondern um Kapitalismustheorie mit Klassenanalyse. „Wie sollte eine emanzipatorische Politik, die diese Bezeichnung auch nur annähernd verdient, formuliert oder gar durchgeführt werden können, ohne sich auf eben jene Erfahrungen der, und ich sage das mit Bedacht, Massen zu beziehen und sie aufzunehmen? (...) Wenn nicht mit den ‚Subalternen‘ mit wem dann?“

Gut lesbar ist der Einstieg „Zur Klassenstruktur kapitalistischer Gesellschaften“. Marx frage nach der gesellschaftsstrukturellen Art der Beziehungen zwischen den Individuen und dem Grund ihrer Existenz als gesellschaftliche Individuen. „Der dabei verwendete Klassenbegriff (...) gründet in der gesellschaftlichen Form der Produktion und Reproduktion des Lebens der Menschen und ihrer historischen Entwicklung.“ In einem ersten Schritt gehe es aber nicht nur um das Kriterium des Eigentums oder Nicht-Eigentums an Produktionsmitteln als für kapitalistische Lohnarbeit bestimmenden Faktor, sondern um die Stellung zum Kapital und seinem Kreislauf. Damit geht es um Arbeiter wie auch Angestellte. Im weiteren Text „Strukturen, Klassen und Kulturen“ hält Thien fest, dass es eine „Einheit der Klasse“ nie gegeben habe, sondern immer Unterschiede nach Geschlecht, Qualifikation, Branche, etc. In einem aktuellen Nachwort setzt Thien sich u.a. mit dem aktuell breit rezipierten Theorem der „Abstiegsgesellschaft“ (Oliver Nachtwey) auseinander, bei dem sich anstelle einer wenigstens ansatzweise systematischen Klärung lediglich „Im-

pressionistisches“ zu Gesellschaftsstruktur und Klassentheorie finde.

Gerade dieser Hinweis könnte für die in den vorangehend besprochenen Beiträgen doch recht simple Einteilung der Gesellschaft in Schichten und deren politische Ansprüche oder Differenzen sehr hilfreich sein.

So greifen die vorgestellten Beiträge zwar ein nachvollziehbares Unbehagen an der sozial- und arbeitspolitischen Bilanz der SPD auf, sie bleiben in ihren empirischen Belegen aber meist recht vage. Sicherlich befassen sich (zu) viele DenkerInnen im universitären Bereich mit identitätspolitischen Fragen und zu wenige mit Fragen der Gestaltung der Arbeitswelt. Wer das alte oder neue politische Subjekt der Sozialdemokratie (oder der politischen Linken insgesamt) sein sollte, bleibt dennoch weitgehend unklar. Lediglich Nölke erklärt, mit seiner linkspopulären Strategie insbesondere auch die bereits im Lande lebenden MigrantInnen mit ansprechen zu wollen.

Beim Blick auf das konkrete Handeln und öffentliche Auftreten der SPD in den letzten Jahren lässt sich die ausschließliche Zuordnung der Partei zum gesellschaftspolitisch liberalen Lager nicht halten. Eigentliches Problem scheint doch eher gewesen zu sein, dass die Partei weitgehend konturlos sowohl an liberale wie auch soziale Fragen andockte, und ein klares politisches Profil – sei es sozial oder liberal – nur noch für wenige Menschen erkennbar war. Viele der vermeintlich durch zu starke kosmopolitische Neigungen der Parteiführung ausgelösten Irritationen lassen sich wohl eher auf zu geringe Konsequenz in der Formulierung und Durchsetzung eigener Positionen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zurückführen – bzw. die politische Kommunikation klar um diese Themenfelder herum auszurichten. In jedem Fall könnte eine solidarische Gestaltung der Arbeitsgesellschaft die gesuchte Klammer auch zwischen „kosmopolitischen“ und „kommunitaristischen“ Zugängen zu politischen Fragen bieten. Für die Sozialdemokratie könnte daher in erster Linie gelten: Wer seine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Hausaufgaben macht, dem wird eine liberale Gesellschaftspolitik nicht schaden können. ■

Die ökonomischen Auswirkungen des Mindestlohns

von Arne Heise¹



Die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland war eines der sozialdemokratischen Kernprojekte der letzten Legislaturperiode. Damit sollte verhindert werden, was Tarifverträge aufgrund ihres abnehmenden Deckungsgrades schon längst nicht mehr leisten konnten: die Absenkung der Entlohnung von Menschen in zumeist gering- oder unqualifizierten Tätigkeiten unter ein Niveau, welches den Lebensunterhalt nicht mehr deckt und in Zukunft zu Altersarmut führen muss.

Der Mindestlohn war für den konservativen Koalitionspartner von Beginn an eine Kröte, die er schlucken musste: Mit dem Verweis auf den massiven Beschäftigungsverlust wurde der Mindestlohn als Beispiel einer sozialpolitisch motivierten Wohltat abgelehnt, die arbeitsmarktökonomische Probleme aufwirft, die gerade die eigentlich Begünstigten treffe, die dann ihren Job verlören. So sprach sich die Mehrheit des Sachverständigenrates (SVR) in mehreren Jahresgutachten gegen die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohnes aus und stützte sich dabei auf wissenschaftliche Arbeiten, die von Beschäftigungsverlusten im Umfang von etwa einer Million Jobs (ca. 2,5 Prozent der Erwerbspersonen!) ausgingen.

Die anfänglich festgelegte Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro pro Stunde wurde erwartungsgemäß von fast allen Seiten kritisiert: Für die einen war er – vor allem als Ausgangswert und im internationalen Vergleich – viel zu hoch, für die anderen noch zu niedrig, da bei gegebenen rentenrechtlichen Bestimmungen der Stundenlohn bei etwa 12 Euro liegen müsste, um bei späterem Rentenbezug nicht unter die Armuts Grenze zu fallen. Ihrem Auftrag entsprechend hat die Mindestlohnkommission die Einführung des Mindestlohnes wissenschaftlich begleiten lassen und Ände-

rungen in der Höhe festgelegt: So wurde der Mindestlohn zunächst ab dem 01.01.2017 auf 8,84 Euro erhöht und nach der Festlegung der Kommission wird er zum 01.01.2019 auf 9,19 Euro und zum 01.01.2020 auf 9,35 Euro steigen. Da diese Steigerungen an die Tarifentwicklung angelehnt sind, begründen sie keine zusätzliche Erhöhung der niedrigen Einkommen im Tarifgefüge, aber eben auch kein absolutes oder relatives Absenken. Dies lässt sich eigentlich nur rechtfertigen, wenn die wissenschaftliche Begleitforschung die prognostizierten negativen Beschäftigungseffekte des Mindestlohns nicht verifizieren konnte.

Hier zeigt sich eine Besonderheit der Mindestlohnforschung: Die negativen Beschäftigungseffekte des Mindestlohns sind das zwangsläufige Ergebnis der herrschenden (neoklassischen) Arbeitsmarkttheorie, die jeden wirksamen Eingriff in die marktliche Preis- bzw. Lohnbildung mit Beschäftigungsverlusten belegen muss. Tatsächlich bestätigt aber die Begleitforschung zum deutschen Mindestlohn nur, was die internationale Mindestlohnforschung längst festgestellt hat: Er hat – zumindest in den bislang festgelegten, international durchaus variierenden Höhen – keinen signifikanten Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsentwicklung!² Dies bedeutet zwar nicht, dass nicht einzelne, besonders vom Mindestlohn betroffene Betriebe, Branchen oder Regionen tatsächlich einen Beschäftigungsverlust realisieren können, doch werden diese weitgehend durch Beschäftigungsgewinne in anderen Betrieben, Branchen und Regionen ausgeglichen. Dies bestätigt die bisherige Forschung zu den Effekten des Mindestlohns in Deutschland – eine eigene empirische Untersuchung³ kommt zu dem Ergebnis, dass dem Beschäftigungsver-

2 Mindestlohnkommission; Zweiter Bericht zur Auswirkung des gesetzlichen Mindestlohns, Berlin 2018

3 Arne Heise, Toralf Pusck; Introducing Minimum Wages in Germany. Employment Effects in a Post Keynesian Perspective, ZÖSS Discussion Paper No. 68, University of Hamburg 2018

1 Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

lust von etwa 57.000 Jobs in überdurchschnittlich vom Mindestlohn betroffenen Branchen ein Beschäftigungsgewinn von etwa 32.000 Jobs in unterdurchschnittlich betroffenen Branchen gegenübersteht. Neben diesem Struktureffekt bleibt also ein minimaler gesamtwirtschaftlicher Effekt von etwa 25.000 Jobs (oder 0,1 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse). Und hiervon sind insbesondere atypische Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs) betroffen.

Dieses von der herrschenden Arbeitsmarkttheorie nicht gedeckte Ergebnis kann mehrere Ursachen haben: 1) die Einführung des Mindestlohnes wird in substantiellem Ausmaß durch Nicht-Befolgung hintergangen. Tatsächlich gibt es Hinweise auf quantitativ nicht unerhebliche Verstöße gegen das Mindestlohngesetz (ca. 8 Prozent aller potentiellen Mindestlohnbezieher wird rechtswidrig der Mindestlohn verweigert). Diese Verstöße müssen in Zukunft besser geahndet werden, sie erklären sicher nicht die Abweichung von theoretischer Prognose und empirischer Wirklichkeit. 2) Die Einführung des Mindestlohnes hat nicht nur die unteren, sondern auch die mittleren und höheren Lohneinkommensbezieher betroffen, womit die relative Einkommensposition der Mindestlohnbezieher weitgehend unverändert geblieben wäre. So etwas wäre denkbar, wenn die tarifliche Lohnentwicklung auf die Mindestlohneinführung entsprechend reagiert hätte und somit die Lohnskala (auf höherem Nominallohnniveau) weitgehend unverändert geblieben wäre. Auch hier lassen sich zwar tatsächlich Spuren von Effekten auf die tarifliche Lohnentwicklung in Lohngruppen in der Nähe des Mindestlohns feststellen, doch gilt dies keineswegs für die gesamte Lohnskala. 3) Die theoretische Grundlage – das dominante Arbeitsmarktmmodell, welches intakte Wettbewerbsstrukturen unterstellt – ist schlicht unangemessen. So hat sich eine Variante des neoklassischen Arbeitsmarktmmodells herausgebildet⁴, die diese Wettbewerbsstrukturen eingeschränkt sieht und von

einer Marktmacht der Unternehmen ausgeht, die (Real-)Löhne so festzulegen, dass sie die tatsächliche Wertschöpfung der Arbeitnehmer unterschreiten. Als Folge kommt es zu einer ungerechtfertigten Aneignung von Wertschöpfung durch die Unternehmen. Diese könnte durch einen Mindestlohn – als Ausgleich der mangelnden Verhandlungsmacht der Beschäftigten – verhindert werden. Im Ergebnis würde dann auch die Beschäftigung nicht sinken, sondern vielmehr müsste gar eine Beschäftigungserhöhung erwartet werden⁵. So sympathisch diese Erklärung für Linke auch sein mag, sie hat kaum eine empirische Basis, denn Arbeitsmärkte, auf denen die Marktmacht allein bei den Unternehmen liegt („Monopson“), gibt es in der Realität kaum.

Vielleicht lässt sich theoretische Prognose und empirische Wirklichkeit nur in Übereinstimmung bringen, wenn die dominante Arbeitsmarkttheorie zugunsten einer alternativen Betrachtung verworfen wird. Die postkeynesianische Beschäftigungstheorie jedenfalls kann die empirische Wirklichkeit sehr gut erklären, weil sie die angebotsseitigen Effekte der durch den Mindestlohn veränderten Lohnstruktur ebenso berücksichtigt wie nachfrageseitige Effekte einer durch den Mindestlohn veränderten Lohneinkommensverteilung.

Der Mindestlohn ist ein klassisches Beispiel missratener wissenschaftlicher Politikberatung, die sich auf einseitige, dubiose Modelle stützt, die zwar die Wissenschaftler-Mehrheit hinter sich hat, der empirischen Überprüfung aber nicht standhält. Die SPD tat gut daran, sich den wissenschaftlichen Unkenrufen der Mainstream-Arbeitsmarktökonomik nicht zu beugen. Jetzt gilt es, den Mindestlohn durch konsequentere Durchsetzung und bessere Vermarktung zu einem echten Erfolgsmodell sozialdemokratischer Politikgestaltung zu machen. ■

4 Die z. B. vom gewerkschaftsnominierten Vertreter im SVR, Peter Bofinger, und dem IMK der Hans-Böckler-Stiftung vertreten wird (bspw. Herr, H. u.a. (2017); Makroökonomische Folgen des gesetzlichen Mindestlohns aus keynesianisch geprägter Perspektive. Studie des IMK im Auftrag der Mindestlohnkommission, Düsseldorf und Bofinger, P. (2011); Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, München (3. Aufl.), S. 167)

5 Im Fall des durch unternehmerische Marktmacht („Monopson-Lohn“) bedingten Unterschreitens des „Vollbeschäftigungs-Reallohnes“ wird die Beschäftigung durch die Knappheit des Arbeitsangebots bestimmt. Liegt der Mindestlohn zwischen „Monopson-Lohn“ und „Vollbeschäftigungslohn“, dann steigt die Beschäftigung aufgrund modellgemäß steigenden Arbeitsangebots.

Die aktuelle Zahl 150.000

von Michael Reschke¹

150.000 geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose in einem sozialen Arbeitsmarkt, so lautet die Zielmarke des jüngst vorgelegten Regierungsentwurfs zum Teilhabechancengesetz, welches nun im Bundestag beraten wird. Neu ist das Anliegen des Gesetzes – insbesondere für die SPD-Linke und die Jusos – nach (jahrzehnte-)langem Streiten nicht: Anhand von öffentlich geförderter Beschäftigung sollen Langzeitarbeitslose den Weg zurück in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze finden. Der Staat wird aktiv mit zusätzlichen Ausgaben und strategischen Ansätzen um denjenigen zu helfen, an denen der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt vorbeiging. Ein lobenswerter Ansatz.

Der Kern der beabsichtigten Förderung sind Lohnkostenzuschüsse von bis zu 100 Prozent für Personen, die länger als sieben Jahre ALG II und von bis zu 75 Prozent für Personen, die länger als zwei Jahre ALG II bezogen haben. In beiden Fällen sinkt der Zuschuss über den Förderzeitraum (fünf bzw. zwei Jahre). Flankierend sollen anhand von Betreuung und Coaching die Wiedereingliederung in Beschäftigung unterstützt werden.

Auch wenn der Gestaltungswille und die Zielsetzung des Gesetzes zu befürworten sind, bleibt der nachhaltige Erfolg offen. Zwar reicht die Zielgruppe weit über die 150.000 Personen hinaus, jedoch müssen auch für diesen Ausschnitt zunächst Wege in Arbeit mit entsprechenden Dienstleistern organisiert und passende Arbeitgeber (freie Wirtschaft, Kommunen, soziale Einrichtungen) gefunden werden.

Kritik erfährt der Gesetzesentwurf dabei an einer zentralen Stelle, insbesondere von den Gewerkschaften: Die Lohnkostenzuschüsse werden laut dem Entwurf nicht auf

der Grundlage der für den jeweiligen Arbeitgeber und die jeweilige Position geltenden Tariflöhne berechnet, sondern auf Grundlage des Mindestlohns. Dem Gewinn an operativer Verwaltungsvereinfachung stehen somit zwei Fehlanreize gegenüber: Zum einen sind das Programm und der gewährte Zuschuss in der jetzigen Form insbesondere für den Niedriglohnbereich attraktiv. Ob sich die Programmtteilnehmenden vom ALG-Bezug somit letztlich tatsächlich werden lösen können, bleibt unklar. Zum anderen müssten tarifgebundene Arbeitgeber die Differenz zwischen Tariflohn und Mindestlohn selber stemmen. Wohlwollend könnte man anführen, dass bei Lohnkostenzuschüssen Mitnahmeeffekte stets ein sensibles Thema sind und so adressiert werden würden. In diesem konkreten Fall droht das Programm aber genau für diejenigen Arbeitgeber unattraktiv zu werden, die aufgrund ihrer Kompetenzen und Motivlagen dringend für die Realisierung benötigt werden und deren finanziellen Spielräume eher gering bzw. unflexibel sind: Kommunen und Wohlfahrtsverbände.

Gleichwohl stellt das Programm einen wichtigen Schritt in Richtung eines aktiven, um Teilhabechancen und Gute Arbeit bemühten Staates dar. Es gründet stärker auf einem vernunftorientierten und „positiven“ Menschenbild als das von Misstrauen und Sanktionen geprägte „Hartz-IV-Regime“. Bereits von einem Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktförderung zu sprechen, wäre aufgrund der relativ geringen Reichweite des Programms und seiner schwachen Durchdringung des bisherigen Systems sicher verfrüht. ■

¹ Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Brexit-Phantasien im gespaltenen Königreich: Der Konservatismus in der Krise

von Nicholas Williams¹

Wer dieser Tage Post nach Großbritannien schickt, kann leicht in Versuchung geraten, als Land „Vereinigtes“ Königreich auf den Umschlag zu schreiben. Vermutlich war die Insel seit dem Bürgerkrieg bzw. der Revolution von 1642 – 1649 nicht mehr so zerrissen. Dies zeigt sich auch an den Positionen zum Thema Brexit, denn auch hier hat sich inzwischen folgender Debattenablauf etabliert: Sobald sich ein Vertreter eines der beiden Lager bei den Konservativen öffentlich äußert, finden sich in der eigenen Partei Kontrahenten, die öffentlich widersprechen. Beispiel: Premierministerin May äußert sich zur Sache, es widersprechen ihr der von Bord gegangene Boris Johnson oder Jacob Rees-Mogg, der ultrakonservative Abgeordnete, der als „Vertreter des 18. Jahrhunderts“ gilt und öffentlich stolz verkündete, bei keinem seiner sechs Kinder je eine Windel gewechselt zu haben. Gleichzeitig ist der Graben zwischen den rechtspopulistischen Tories und der in den letzten Jahren deutlich nach links gerückten Labour Party viel zu tief, als dass Gegner oder Befürworter des Brexits mit ihren Pendants in der jeweils anderen Partei zusammenarbeiten würden. Jede Form von „Großer Koalition“ ist in Großbritannien unvorstellbar, was vor allem daran liegt, dass die Konservativen längst keine Konservativen mehr sind, sondern die Partei von Rechtspopulisten dominiert wird. Wie kam es so weit?

Vom gemäßigten Konservatismus zum offenen Rechtspopulismus: Der inhaltliche Niedergang der britischen Tories

So viel in den letzten Jahren über die Krise der Sozialdemokratie geschrieben wurde, so blieb die inhaltliche Krise des Konservatismus

in der öffentlichen Debatte weitestgehend außen vor. Historisch war der deutsche Konservatismus nicht nur früh an christliche Werte gebunden, sondern bereits seit dem späten Kaiserreich darauf ausgerichtet, sich auch an Arbeitnehmerinteressen zu orientieren.² In den Nachkriegsjahrzehnten war der Antikommunismus eine weltweite Klammer, die konservative Kräfte zusammenhielt, innerhalb Europas war es die Europäische Einigung, welche die demokratische Zähmung vormals autoritärer, monarchistischer und nationalistischer Kräfte ermöglichte.³ Nach dem Zweiten Weltkrieg, nach einer eher kurzen Phase des „One Nation Conservatism“, also des auf Ausgleich bedachten Einbezugs aller gesellschaftlichen Schichten – vergleichbar etwa mit dem „Rheinischen Kapitalismus“ – wendete sich jedoch das Blatt.

Margret Thatcher und Ronald Reagan zerrissen kurzerhand den Gesellschaftsvertrag, den mühsam erstrittenen Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital, und der Neoliberalismus wurde zuerst in angelsächsischen Ländern, nach dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs dann weltweit zum neuen Goldstandard der Wirtschaftspolitik. Bestand nach dem Zweiten Weltkrieg noch der Konsens, dass das Land zum Wohle aller wiederaufgebaut werden müsse, dass statt der Armen die Armut bekämpft werden müsse und dafür auch das Kapital Mitverantwortung trage, so verpasste Thatcher dem Land die eiskalte Dusche des nackten Egoismus: Wenn jeder an sich denkt, so ist an alle gedacht. Das konservative Gen der britischen Mittel- und Oberschicht, Arme für ihre Armut zu bestrafen, wurde reaktiviert; Armut gilt seitdem wieder als moralisches Versagen, als selbstgewählter und verfehlter Lebensmodus. Der neue Dreiklang lautete daher fortan Dere-

¹ Dr. Nicholas Williams, 1981 in Redhill geboren, aufgewachsen in Ludwigsburg, ist Postdoc-Stipendiat am Institut für Europäische Geschichte, Mainz und aktives Mitglied als Beisitzer im Vorstand des SPD-OV Ludwigsburg. Er studierte in Heidelberg und Aberystwyth Geschichte, Politik und Anglistik. Er promovierte in Neuerer und Neuester Geschichte in Saarbrücken, Paris und Cambridge. Er ist Mitglied der Labour Party und Mitbegründer des deutschen Ablegers.

² Josef Schmid, CDU – Christlich Demokratische Union Deutschlands, in: Uwe Andersen, Wichard Woyke (Hg.), Handwörterbuch des politischen Systems, Opladen 2003, S. 113 – 117.

³ Großmann, Johannes: Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945, München 2014.

gulierung, Privatisierung, Individualisierung, und über allem schwebte die Habgier als vermeintlich positive Kraft: Star Trek-Fans mögen sich zu Recht an die Welt der Ferengi erinnern fühlen. Die Grundprinzipien des Neoliberalismus wurden in der Folge auch von sozialdemokratischen Parteien übernommen⁴ und sind heute in fast allen Industriestaaten mehr oder weniger umgesetzt.⁵

Hatte Ralf Dahrendorf also 1983 das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ ausgerufen, da die wesentlichen Forderungen der Sozialdemokratie in den Industrieländern erreicht worden seien,⁶ so fand in den folgenden 30 Jahren ein gewaltiger Rollback statt, der darin gipfelte, dass Merkel meinte, die parlamentarische Demokratie müsse „marktkonform“ sein.⁷ Wenn die Sozialdemokratie – frei nach Dahrendorf – also an ihrem eigenen Erfolg krankte, so leidet der Konservatismus heute an nichts anderem.

Auf der Suche nach neuen Gegnern: Hetze gegen Ausländer, die EU und gegen Arme

Auf der Suche nach einem geistigen Betätigungsfeld entdeckte der Oppositionsabgeordnete David Cameron während der Blair-Jahre ein Erfolgsrezept: Er knüpfte an Thatchers Sündenbock EU an. Bereits Thatcher hatte es meisterhaft vermocht, Klasseninteressen auseinanderzudividieren, innere und äußere Feinde aufzubauen und die Wut gegen Einwanderer und Europa zu richten. An der Vorkämpferin für angebliche britische Interessen in Brüssel konnte Cameron sich orientieren, und so wuchs seine Anhängerschaft bei dumpf-nationalistischen Hinterbänkeln, deren Wahl in der Provinz ihrerseits den unter Thatcher weit nach rechts verschobenen Diskurs widerspiegeln:

Schon unter Thatcher war der rechte Parteiflügel massiv angewachsen, die Politik der „Eisernen Lady“ hatte entsprechende Vertreter an die Spitze, aber auch in der Breite der Mitglieder angezogen.

Unter Cameron traten die britischen Konservativen daher aus der Europäischen Volkspartei aus und gründeten ein neues, euroskeptisches Lager im Europäischen Parlament.⁸ Dort sitzen sie heute in einer Fraktion mit der AfD. Der von Cameron und durch dessen rhetorischer Brandstiftung mitgestärkte rechtspopulistische Flügel der Tories forderte immer lautstärker eine Volksabstimmung über den Verbleib des Vereinigten Königreiches in der Europäischen Union, was Cameron im Wahlkampf 2015 auch versprach. Freilich setzte Cameron dabei ganz darauf, dass seine Partei erneut keine eigene Mehrheit erringen würde, und dass er später – mit Verweis auf den liberaldemokratischen Koalitionspartner – das geplante Referendum still beerdigen könne. Planwidrig jedoch gewannen die Konservativen 2015 eine eigene Mehrheit, und Cameron musste sein Versprechen umsetzen. Nun hoffte der Pokerspieler, das Referendum in seinem Sinne zu gewinnen, jedoch brachte er den Geist nicht mehr in die Flasche zurück.⁹

Hier zeigte auch die jahrelange mediale Hetze Wirkung, die Anfang 2014 in frei erfundenen Behauptungen gipfelte, Flüge und Busse aus Rumänien und Bulgarien nach London seien über Monate hinweg ausgebucht. Flankiert wurde die immer offener nach außen getragene Feindschaft gegen Osteuropäer und sonstige Zuwanderer¹⁰ von einem beispiellosen Krieg gegen die Armen. Während v.a. von den unteren Gehaltsgruppen, aber auch aus der unteren Mittelschicht immer weiter nach oben verteilt wurde, setzten sich – analog zur kürzlich in Deutsch-

4 Alex Scott-Samuel, Clare Bamba, Chik Collins, David J. Hunter, Gerry McCartney, Kat Smith, The Impact of Thatcherism on Health and Well-Being in Britain, in: International Journal of Health Services, 44 (1) 2014, S. 53 – 71.

5 Michael Bauer, Hildegard Hogen (Hg.), Das Lexikon der Wirtschaft. Grundlegendes von A bis Z, Mannheim 2004, S. 34f.

6 Christoph Schwennicke, SPD-Apokalypse. Vorwärts in die Vergangenheit, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-apokalypse-vorwaerts-in-die-vergangenheit-a-563727.html>, Zugriff am 10. Mai 2018.

7 Jasper von Altenbockum, Marktkonforme Demokratie? Oder demokratiekonformer Markt?, <http://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/marktkonforme-demokratie-oder-demokratiekonformer-markt-11712359.html>, Zugriff am 10. Mai 2018.

8 Nicholas Watt, Cameron to postpone creation of new EU group, <https://www.theguardian.com/politics/2006/jul/13/uk.eu>, Zugriff am 10. Mai 2018.

9 Nicholas Williams, Was schert sie ihr Geschwätz von gestern? Ein Kommentar von Nicholas Williams, FORUM. Das Wochenmagazin vom 28. April 2017, S. 10.

10 Viele der haarsträubend falschen Behauptungen wurden von Jon Danzig dokumentiert, ein investigativer Journalist, der durch Hintergrundrecherchen die groben Übertreibungen und freien Erfindungen der mitunter hysterischen britischen Presse dokumentiert, <http://jondanzig.blogspot.de/2016/06/referendum-dont-believe-everything.html>, Zugriff am 11. Mai 2018.

land geführten Diskussion um die Essener Tafel – die Verteilungskämpfe im „unteren“ Drittel der britischen Gesellschaft umso gnadenloser fort. In der armutspornographischen Serie „Benefits Street“ konnte 2014 ein Millionenpublikum gemeinschaftlich nach ganz unten treten und seine Verachtung für die Allerschwächsten genießen.¹¹ Dem stehen zweifelhafte Clubs wie der „Bullingdon Club“ gegenüber, einer exklusiven Vereinigung für schwerreiche Studenten, dem auch Cameron, der ehemalige Schatzkanzler George Osborne sowie Boris Johnson angehörten. Zu den zweifelhaften Aktivitäten des Clubs der Superreichen gehört es, Restaurants in Oxford zu verwüsten und als Initiationsritus vor den Augen eines Obdachlosen einen 50-Pfund-Schein zu verbrennen, und zwar mit dem Ziel, dem Habenichtss dessen Armut durch den Kontrast mit dem eigenen Wohlstand besonders schmerzhaft vor Augen zu führen.¹² Kaum eine Handlung kann die moralische Verrottung der britischen Oberschicht besser verdeutlichen, als einem Bettler solche Verachtung zu zeigen, das eigene Geld lieber zu verbrennen als einem Bedürftigen zu geben. Hier regte sich nur kurzer Protest, ebenso, als konservative Abgeordnete ihre Abscheu für alle Nicht-Reichen umso deutlicher zeigten, indem sie das Schlafen unter freiem Himmel als „bequemer als Armeetraining“ beschrieben, Obdachlose als „schlechte Verlierer“ titulierten oder einem einbeinigen Drogenabhängigen rieten, sich „einen Job zu besorgen“.¹³ Ein solcher „Job“ besteht immer häufiger in Null-Stunden-Verträgen, bei denen dem Arbeitnehmer kein Einkommen garantiert ist, er stattdessen auf Abruf wartet, bis er „gebraucht“ wird. Diese Form der Tagelöhnerie stieg 2017 um 100.000 Verträge an, es sind nunmehr 1,8 Millionen Erwerbstätige davon betroffen.

Divide et impera

Teile und herrsche, das von Niccolò Machiavelli wiederentdeckte Herrschaftsprinzip des Römischen Reiches ist das Prinzip des Rechtspopulismus, welches sich die britischen Tories angeeignet haben. Der sinnentleerte Konservatismus lebt weiter von der Entsolidarisierung. Es ist kein Zufall, dass besonders im Nordosten viele Menschen für den Brexit stimmten, denn hier wird pro Kopf bis zu 24 Mal weniger für Infrastruktur ausgegeben als im Großraum London.¹⁴ Da dies zeitgleich die Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit, geringeren Perspektiven aber eben auch nicht ganz so hohen Mieten sind, siedelten sich hier auch viele der Zuwanderer der letzten Jahre an, wodurch die Verteilungskämpfe um die wenigen noch vorhandenen Ressourcen sich weiter verschärften, insbesondere durch die seit 2010 betriebene Austeritätspolitik, die doch nur ein „moderner“ Wiedergänger der altbekannten, neoliberalen Giftküche ist. Unterdessen blickten viele aus der Mittelschicht im Südosten und anderen Teilen des Landes angstvoll auf die vermeintlich durch Zuwanderung verarmten Regionen und kamen – in besagt aufgeheiztem Klima – zu dem Schluss, dass der Einwanderung ein Riegel vorgeschoben werden müsse. Die auf Ausgrenzung und Angst ausgerichtete Politik der Tories kam zu ihrer logischen Schlussfolgerung. Ihren Ursprung hatte sie unter Thatcher; der Brexit ist die Dividende ihrer Politik.

Brexit aus dem Wolkenkuckucksheim: Symbol der Krise des Konservatismus

In einem derart isolationistischen Klima, das längst nach dem ungeschriebenen Prinzip „Make Britain great again“ Trump in nichts nachsteht, darf es auch nicht verwundern, dass die Ausgestaltung des Brexit als primär innenpolitische Angelegenheit wahrgenommen wird. May tut so, als könne sie sich einen Brexit à la carte tagespolitisch aktuell zusammenbestellen, mit unterschiedlich viel Binnenmarkt und Zollunion als Zutaten, je nachdem, wie laut gerade

11 Hatty Collier, Benefits Street backlash continues as petition calls for series to be axed, <https://www.theguardian.com/media/2014/jan/08/benefits-street-petition-series-axed-channel-4>, abgerufen am 9. Mai 2018.

12 Tom McTague, Bullingdon Club initiation ceremony claim: New members of David Cameron's old club 'burn £50 note in front of beggar', <https://www.mirror.co.uk/news/uk-news/bullingdon-club-initiation-ceremony-claim-1725912>, abgerufen am 11. Mai 2018.

13 Evan Bartlett, This is how a Tory MP responded to a constituent worried about homelessness, <https://www.indy100.com/article/this-is-how-a-tory-mp-responded-to-a-constituent-worried-about-homelessness--lkn8YH-HAeb>, Zugriff am 9. Mai 2018; Nick Renaud-Komiya, One-legged drug addict beggar names and shames Tory MP Daniel Kawczynski who told him to 'get a job', Zugriff am 11. Mai 2018.

14 George Arnett, London gets 24 times as much spent on infrastructure per resident than north-east England, <https://www.theguardian.com/news/datablog/2014/aug/07/london-gets-24-times-as-much-infrastructure-north-east-england>, Zugriff am 11. Mai 2018.

die rechtspopulistische Mehrheit in ihrer Partei poltert – die sich passenderweise immer dann aus der Affäre stiehlt, wenn sie ihre realitätsfernen Träume umsetzen könnte, wie zuletzt in der Rücktrittswelle aus Mays Kabinett gesehen. Tatsächlich servierte der EU-Unterhändler Barnier dem britischen Brexit-Minister Davis in Brüssel eine Kröte nach der anderen, und bislang musste dieser noch jede davon schlucken. Davis' Nachfolger Dominic Raab, der britische Tafel-Nutzer als unfähig bezeichnet, mit Geld umzugehen, Feministinnen als „widerwärtige Eiferinnen“ beschimpft und eine ausreichende Gesundheitsversorgung für eine „kindische Wunschliste“ hält,¹⁵ wird es nicht anders gehen, sehr zum Ärger der rechtspopulistischen Brexiter in seiner Partei, die sich – so die Auffassung von Nicky Morgan, unter Cameron noch Bildungsministerin – aufführen „wie mit den Füßen stampfende Kleinkinder“.¹⁶ Eine bessere Beschreibung jener politischen Kräfte, welche die britischen Konservativen inhaltlich, politisch und moralisch an die Wand gefahren und die britische Gesellschaft zutiefst gespalten haben, kann es wohl kaum geben.

Beunruhigend dabei ist auch, dass die Krise des Konservatismus längst nicht nur die britischen Tories erfasst hat. Der Flirt mit dem Rechtspopulismus hat längst auch die CSU und Teile der CDU erfasst. Ob nun Dobrindts Geschwätz von der „Konservativen Revolution“, der destabilisierende, fatalistische und verantwortungslose Diskurs vom vermeintlichen „Unrechtsstaat“ und von „Kontrollverlust“, der autoritäre, illiberale und anti-demokratische Wünsche erkennen lässt und Grundrechte gleich mit beerdigt, in der CSU und in Teilen der CDU (verkörpert etwa von Jens Spahn) trat in den letzten Monaten offen zutage, was dort nie ganz tot gewesen war. So war Armin Mohler, der den Begriff der „Konservativen Revolution“ maßgeblich prägte und den Gründer der faschistischen Falange, Primo de Rivera, bewunderte, in den 1960er Jahren

15 Pippa Crerar, Dominic Raab: bullish Brexiter with outspoken reputation, <https://www.theguardian.com/politics/2018/jul/09/raab>, Zugriff am 1. August 2018.

16 Lizzy Buchan, Tory Brexiteers 'like toddlers stamping their feet', says Conservative ex-cabinet minister, <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/brexit-latest-tory-eu-uk-theresa-may-customs-nicky-morgan-a8339806.html>, Zugriff am 11. Mai 2018.

PapyRossa Verlag



**Kai Eicker-Wolf/
Patrick Schreiner**

MIT TEMPO IN DIE PRIVATISIERUNG

Autobahnen, Schulen,
Rente – und was noch?

Paperback
978-3-89438-655-9
194 Seiten | € 14,90

Anhaltende Förderung Öffentlich-Privater Partnerschaften, Schuldenbremse, Teilprivatisierung der Rente: Freuen kann sich die Finanzwirtschaft, das Nachsehen haben die Bürger/innen, die bei oft intransparenten Entscheidungsprozessen auch sozialer und demokratischer Rechte beraubt werden.



Patrick Schreiner

WARUM MENSCHEN SOWAS MITMACHEN

Achtzehn Sichtweisen
auf das Leben im
Neoliberalismus

Paperback
978-3-89438-632-0
165 Seiten | € 13,90

Was können wir von Marx, Adorno/Horkheimer, Stuart Hall, Max Weber, Michel Foucault oder Naomi Klein u. a. über Einflüsse neoliberalen Denkens auf unseren Alltag – in TV, Lifestyle und sozialen Beziehungen – lernen? Patrick Schreiner fragt bei klassischen und aktuellen DenkerInnen nach, ob sie uns helfen können, den Zeitgeist zu bewältigen.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Autor des „Bayernkurier“ und Redenschreiber für Franz-Josef Strauß.¹⁷ Lange, bis 2007, diente in Baden-Württemberg das durch den ehemaligen NS-Richter und späteren Ministerpräsidenten Filbinger gegründete „Studienzentrum Weikersheim“ als Scharnier zwischen bürgerlichem Konservatismus und Faschismus – Horst Mahler sprach dort noch 1997.¹⁸ Ganz tot war die autoritäre Versuchung der Union also nie, jedoch konnte sie die inhaltliche Krise des Konservatismus lange übertünchen. Nun jedoch, da sie auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet ebenfalls den Rollback des „sozialdemokratischen Jahrhunderts“ erreicht hat – in Form der „Agenda“ waren es gar die Sozialdemokraten selbst, die die heiligen Kühe schlachteten – steht auch die Union in Gefahr, der autoritären Versuchung spätestens in einer Post-Merkel-Ära zu erliegen.

Wochenlang beherrschte, von der CSU laufend kommentiert, das Gezeter um den vermeintlichen „BAMF-Skandal“ die Schlagzeilen. Die Meldung hingegen, dass nach Überprüfung tausender Bescheide gerade einmal gut 30 Bescheide fehlerhaft waren,¹⁹ ging vollkommen unter. Ebenso lähmte die CSU wochenlang die Politik, führte sich wie die von Nicky Morgan beobachten trotzig Kleinkinder auf, drohte die Koalition und gar die EU wegen einer Handvoll Menschen zu sprengen, die über die Grenze nach Bayern kamen: Offenbar ist Teilen der Union in der Tat nicht nur der moralische Kompass abhanden gekommen, als sich Seehofer verschmitzt über 69 Abschiebungen zu seinem 69. Geburtstag freute.²⁰ Die offen zur Schau getragene Menschenfeindlichkeit, die Worthülse des „Heimatministeriums“, Söders sinnentleerter Umgang mit dem Kreuz²¹ als hilfloser Versuch der Konstruktion „abendländischer“ Identität: Das Verhalten der CSU

im Jahre 2018 lässt eine tiefgreifende Krise des Konservatismus erkennen, der an Ländergrenzen ebenso wenig Halt macht wie der Klimawandel oder die Migration. Während Victor Orbáns Partei, wie die Union Mitglied in der europäischen EVP, den autoritären Staatsumbau in Ungarn mit voller Macht vorantreibt, die österreichische ÖVP eine von Faschisten gestützte Regierung führt und der italienische Konservatismus seit Jahren ein unfreiwillig nahezu komisches, da groteskes Bild abliefern, während die französischen Konservativen eine Mischung aus FN-Abziehbild und Schatten ihrer selbst darstellen und die US-amerikanischen Konservativen sich in weiten Teilen bereits seit Jahren aus der Gemeinschaft der vernunftbegabten Wesen verabschiedet haben, könnte die Krise des Konservatismus kaum sichtbarer sein. 1933 trieb eine anders gelagerte Krise den deutschen Konservatismus den Nazis in die Arme, er schaffte sich damit für die nächsten 12 Jahre selbst ab. Sollten Seehofer, Söder und Spahn tatsächlich die dominierenden Kräfte der Union werden, die in vielerlei Hinsicht mit Trump und den Brexitern aus dem Wolkenkuckucksheim mehr gemeinsam haben als mit rationaler Politik, könnte sich einmal mehr Karl Marx' Beobachtung aus dem 18. Brumaire des Louis Bonaparte bewahrheiten: „Hegel bemerkt irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als große Tragödie, das andere Mal als lumpige Farce.“²² ■

17 Dietmar Gottfried, *Konservative Revolution* 2.0, <https://www.heise.de/tp/features/Konservative-Revolution-2-0-3391586.html>, Zugriff am 1. August 2018.

18 Ingo Way, Hans Filbinger. Ein Nationalsozialist, <https://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/3734>, Zugriff am 1. August 2018.

19 Malene Gürgen, Überprüfungen nach Bamf-Skandal. Bisher nur wenige Bescheide revidiert, <https://www.taz.de/!5523745/>, Zugriff am 1. August 2018.

20 Vanessa Vu, Horst Seehofer. Kein Witz, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-07/horst-seehofer-69-abschiebung-afghanistan-69-geburtstag-fluechtlinge>, Zugriff am 1. August 2018.

21 Kreuz-Erlass: Kardinal Marx wirft Söder Spaltung vor, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayern-kardinal-marx-kritisiert-soeders-kruzifix-vorstoss-a-1205443.html>, Zugriff am 1. August 2018.

22 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. New York 1852, S. 1.

Der Prozess ist beendet, aber viele Fragen sind offen – der NSU-Komplex nach dem Urteil

von Fabian Bremer¹

²Nach fast 450 Verhandlungstagen in über fünf Jahren ist der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte zu Ende gegangen. Jetzt liegt ein Urteil vor. Beate Zschäpe muss für einige Zeit ins Gefängnis. Die anderen Mittäter sind wieder auf freiem Fuß. Doch haben das Gerichtsverfahren und die politischen Aufarbeitungversuche der Taten Licht in den undurchsichtigen NSU-Komplex gebracht? Und sind sieben Jahre nach der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ die beiden zentralen Fragen – „Wie konnte das geschehen?“ und „Kann es wieder geschehen?“ – abschließend beantwortet?

Ein Überblick

Zwischen 1998 und 2011 ermordete die neonazistische Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ (kurz: „NSU“) zehn Menschen, sie verübte drei Bombenanschläge und fünfzehn Bankraube. Der NSU bestand aus dem Kerntrio Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe und war umgeben von einem UnterstützerInnennetzwerk. Bekanntlich hat Mundlos erst Böhnhardt und dann sich selbst auf der Flucht vor der Polizei erschossen, während Zschäpe zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Alle drei waren den Behörden schon lange vor ihrem Untertauchen im Jahre 1998 als aktive Neonazis aufgefallen, sie waren bekannt für ihr terroristisches Potential. Immer wieder waren defekte Bomben oder Attrappen mit Hakenkreuzsymbolen gefunden worden, deren Herstellung den Dreien nachgewiesen werden konnte. Vier Tage nach dem Tod von Böhnhardt und Mundlos stellte sich Zschäpe den Behörden und deckte damit selbst die Existenz der Terrorzelle auf. Als Unterstützer sind verurteilt worden:

- Ralf Wohlleben (früherer NPD-Funktionär) zu zehn Jahren Haft wegen Beihilfe zum neunfachen Mord durch Beschaffung der Tatwaffe
- Carsten Sch. zu drei Jahren Jugendstrafe, ebenfalls wegen Beihilfe zum neunfachen Mord,
- André Eminger (Mitglied der Kameradschaft „Brigade Ost“) zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und
- Holger Gerlach zu drei Jahren Haft wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Faktisch wird nur Zschäpe noch länger in Haft bleiben. Erst seit dem Fund verschiedener Beweise wie Tatwaffen und Bekennergideos wurden ab November 2011 die Morde, Anschläge und Bankraube auch öffentlich dem NSU angerechnet. Bis dahin ermittelten die polizeilichen Behörden fast ausschließlich in den Kreisen der Opfer. Begriffe wie „Ermittlungsgruppe Bosphorus“ oder „DönerMorde“ verunglimpften die Opfer und ihre Angehörigen.

Erst verdächtigt, dann vergessen: die Opfer

Die ersten neun Morde wurden mit derselben Tatwaffe begangen, einer tschechischen Pistole vom Typ Ceska. Alle neun Ermordeten waren Männer, acht stammten aus der Türkei, einer aus Griechenland. Mit der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) „Bosphorus“ fahndete die größte Ermittlungsgruppe, die es je in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat, erfolglos nach den TäterInnen. Die Ermittlungen konzentrierten sich fast ausschließlich auf das Umfeld der Opfer.

Zwei Beispiele:

Am 15. Juni 2005 wurde Theodoros Boulgarides in seinem Schlüsseldienstladen erschossen. Als Waffe wurde die von den vorhergehenden

¹ Fabian Bremer ist Mitglied des Landesvorstandes der NRW-Jusos. Er kommt aus Münster und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit antifaschistischer Arbeit.

² Das Gericht sah es nicht als erwiesen an, dass das Vertrauensverhältnis zwischen der Angeklagten und den drei AnwälInnen gestört war. Die fehlende Kommunikation sei dafür unerheblich.

Morden bereits bekannte Pistole identifiziert. Über 100 ZeugInnen wurden befragt. Die Polizei ging jedoch nicht von einem rechtsterroristischen Hintergrund aus. Stattdessen wurden die Witwe, die beiden Töchter und weitere Verwandte und Bekannte wiederholt verhört und verdächtigt. Die Polizei befragte die Töchter, ob ihr Vater sie sexuell missbraucht habe, und unterstellten dem Ermordeten und seiner Familie abwechselnd Kontakte zur Mafia, Spielsucht, Förderung der Prostitution, Drogenhandel und Internetkriminalität. Wie in allen anderen Fällen begannen die Ermittlungen in Richtung rechten Terrors erst nach der Selbstenttarnung des NSU – das sind im Falle Boulgarides sechseinhalb Jahre nach der Tat und über elf Jahre nach dem ersten Mord, der dem Trio nachgewiesen wurde.

Am 4. April 2006 wurde Mehmet Kubayık in seinem Kiosk in Dortmund mit derselben Tatwaffe erschossen. Witwe und Kinder des Ermordeten wurden getrennt verhört und lange verdächtigt. Wieder drehten sich die Verdachtsmomente vorwiegend um Drogengeschäfte, Mafiakontakte oder Kontakte zur PKK. Diese Unterstellungen gerieten an die Öffentlichkeit und stigmatisierten die Familie. Ähnlich spielte es sich in allen neun Fällen ab.

Eine Besonderheit in jeder Hinsicht stellt der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter dar. Er ist der zehnte und letzte nachgewiesene Mord des NSU, der einzige an einer Frau und der einzige an einer Person ohne Migrationshintergrund. Das Motiv ist unklar und gibt Anlass zu zahlreichen Spekulationen, da offenbar nicht aus rassistischen Motiven – wie in den anderen neun Fällen – gehandelt wurde. Eine weit verbreitete These sieht die ermordete Polizistin und ihren lebensgefährlich verletzten Kollegen als mehr oder weniger zufällig ausgewählte Opfer des Kerntrios, die als RepräsentantInnen des verhassten Staates angegriffen wurden. Allerdings werfen zwei Tatsachen Fragen auf: Mehrere ZeugInnen berichten übereinstimmend, dass insgesamt fünf Personen vom Tatort flohen. Dies ist eines von mehreren Indizien dafür, dass das Kerntrio ein aktives Umfeld von UnterstützerInnen hatte. Weiterhin ist bekannt geworden, dass zwei ehemalige Kollegen von Michèle Kiesewetter Mitglieder des KuKluxKlan waren und Kontakte in die Thüringer Neonaziszene hatten. Fast alle Prozessbeob-

achterInnen gehen jedoch davon aus, dass diese Kontakte zufällig waren und sie nicht deswegen ermordet wurde. Die Ermittlungen der Behörden gingen nach dem Mord (der als einziger mit einer anderen Tatwaffe begangen wurde) in verschiedene Richtungen, jedoch bis zur Selbstenttarnung des NSU ebenfalls nicht in die rechte Szene. Hauptverdächtig war lange Zeit eine Gruppe Roma, die sich als Landfahrer in der Nähe aufgehalten hatten. Sie wurden ohne weitere Indizien über Monate und in mehreren Ländern gesucht.

Der Prozess

Der Prozess begann gleich mit einer Panne: Nachdem das Vergabeverfahren für die begehrten 50 Presseakkreditierungen, bei denen türkische und andere ausländische Medien leer ausgegangen waren, vom Bundesverfassungsgericht für ungültig erklärt worden war, musste der Auftakt verschoben werden. Am 6. Mai 2013 eröffnete schließlich der Vorsitzende Richter Manfred Götzl den Prozess vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München. Ihn unterstützten vier beisitzende RichterInnen und ein Ergänzungsrichter. Die Anklage wurde von Bundesanwalt Herbert Diemer und einigen weiteren StaatsanwältInnen vertreten. Des Weiteren waren 95 NebenklägerInnen mit insgesamt 60 AnwältInnen am Verfahren beteiligt. Die Angeklagten Zschäpe, Wollleben, Sch., Eminger und Gerlach wurden von insgesamt 14 AnwältInnen verteidigt.

Zschäpe wurde zunächst von den (Pflicht-)VerteidigerInnen Wolfgang Heer, Anja Sturm und Wolfgang Stahl vertreten. Im Verlaufe des Prozesses brach sie jedoch den Kontakt zu diesen drei AnwältInnen ab und bestellte Mathias Grasel und kurze Zeit später dessen Kanzleikollegen Hermann Borchert als zusätzliche (Wahl-)Verteidiger. Verschiedene Versuche von Zschäpe, ihre PflichtverteidigerInnen abberufen zu lassen, und auch Anträge von Heer, Sturm und Stahl selbst, entpflichtet zu werden, wurden vom Gericht abgelehnt. So arbeiteten die drei ohne Kontakt zu ihrer Mandantin weiter. Erst zum Ende des Prozesses schenkte die Angeklagte nach langer Eiszeit ihren PflichtverteidigerInnen wieder Aufmerksamkeit: Sie folgte dem Plädoyer von Heer interessiert und ihm zugewandt. Er beantragte

Freispruch, im Gegensatz zu den Verteidigern von Zschäpes Vertrauen, die maximal zehn Jahre Gefängnis wegen schwerer Brandstiftung beantragt hatten.

Im Gerichtssaal kam es bisweilen zu absurden, beinahe komischen Szenen – beispielsweise als V-Mann-Führer Reinhard Görlitz vom Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg zur Vernehmung erschien. Er war verumumt, trug eine Perücke und seine Kleidung war mit Kissen ausgestopft. Nachdem er während seiner Aussagen immer wieder in Unterlagen blätterte, wurden diese schließlich vom Gericht beschlagnahmt.

Insbesondere unter den NebenklägerInnen und in der den Prozess begleitenden Zivilgesellschaft machte sich mit fortschreitendem Verlauf immer größere Enttäuschung breit. Das Gericht und auch zahlreiche Medien folgten im größten Teil der Logik der Bundesanwaltschaft und der staatlichen Behörden, wonach der NSU auf das Kerntrio reduziert werden könne. Eine vollständige Durchleuchtung des NSU-Komplexes, insbesondere der Rolle der Verfassungsschutzämter und anderer Sicherheitsbehörden, blieb aus.

Der Bundestag und acht Landtage haben zu verschiedenen Zeiten parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUAs) eingerichtet, deren Arbeit zum Teil noch nicht abgeschlossen ist. Obwohl ihr Erkenntnisgewinn über das UnterstützerInnennetzwerk zum Teil größer als beim Prozess war, fand die Arbeit der PUAs in der Öffentlichkeit nur geringe Beachtung.

Wer war der NSU?

„Der Nationalsozialistische Untergrund ist ein Netzwerk von Kameraden mit dem Grundsatz – Taten statt Worte“³

Das Kerntrio bewegte sich in einem Netzwerk von UnterstützerInnen und Finanziers. Wie weit sich dieser NSU-Komplex erstreckt, ist Gegenstand einer lebhaften Debatte zwischen Zivilgesellschaft, Politik, Polizei und Nachrichtendiensten.

Da ist zum Beispiel der als Unterstützer verurteilte André Eminger. Er war einer der wichtigsten Helfer des Kerntrios, besorgte Papiere und Unterkünfte und begleitete die Terroraktivitäten von Anfang bis Ende. Als Zschäpe vom Tod von Bönnhardt und Mundlos erfuhr, rief sie umgehend Eminger an. Er holte sie daraufhin ab (nachdem sie vorher die gemeinsame Wohnung des NSU in Brand gesetzt hatte) und half ihr bei ihrer viertägigen Flucht, bis sie sich den Behörden stellte. Eminger saß während des Prozesses zunächst nicht in Untersuchungshaft und bewegte sich weiterhin in der neonazistischen Szene; unter anderem besuchte er ein großes Rechtsrockfestival in Themar. Am 13. September 2017 wurde auch er in Haft genommen.

Ralf Wohlleben, ebenfalls als Unterstützer verurteilt, kennt Zschäpe und die beiden Uwes aus frühen Kameradschaftstagen. Er half maßgeblich beim Untertauchen der Drei und steht auf einer Adressenliste mit 34 Namen und Telefonnummern, die in den Trümmern der Wohnung gefunden wurde und auf der die wichtigsten Kontakte für das Kerntrio aufgeführt waren.

Auf dieser Liste steht auch Andre Kapke, der nicht in München vor Gericht stand. Der Burschenschafter und führende Kopf der Naziszene in Jena war eine der Schlüsselfiguren bei der Finanzierung des NSU. Unter anderem organisierte er falsche Pässe, die er vom V-Mann Timo Brandt bekommen hatte. Am Tag des Todes von Bönnhardt und Mundlos und der Zerstörung ihres Wohnmobils wurde Kapkes Mobiltelefon in direkter Umgebung geortet. Er behauptete später, auf dem Weg gewesen zu sein, um ein Auto zu kaufen.

Es ist bekannt, dass sich über den gesamten Zeitraum etwa 40 VMänner und -Frauen verschiedener Verfassungsschutzbehörden in diesem Umfeld befanden.

Nazis morden, der Staat schaut zu? – Verfassungsschutz und NSU

Als Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe Ende der 90er Jahre in Chemnitz untertauchten, waren sie schon lange Teil eines weit verzweigten Netzwerks von Neonazis in Deutschland, insbesondere in den neuen Bundesländern. Ka-

³ Mit diesen Worten beginnt das 15minütige „Paulchen Panther“-Bekennervideo des NSU.

meradschaften und Gruppen wie der Thüringer Heimatschutz (THS), die deutschen Ableger der internationalen Neonazistrukturen Blood & Honour und Ku-Klux-Klan oder auch extrem rechte Burschenschaften standen in engem Kontakt miteinander und unterstützten sich gegenseitig. In den selbsterklärten „national befreiten Zonen“ hatten die Neonazis zu dieser Zeit freie Hand. So wurden Wehrsport- und Schießübungen mit scharfer Munition durchgeführt, Bombenattrappen und auch echte Bomben gebastelt, Waffen gesammelt und Propagandamaterial hergestellt. Die sozial instabilen Zeiten nach dem Mauerfall ließen einen nicht unerheblichen Teil einer ganzen Generation in ein rechtes Umfeld abgleiten. Die Behörden schauten diesem Treiben tatenlos zu. Wenn es manche von den als „Rowdys“ verharmlosten Neonazis zu bunt trieben, reagierten die Behörden, doch die Justiz zeigte oft Milde. Ein wachsender Teil der Gesellschaft der neuen Bundesländer hatte Verständnis oder Sympathien für sie, ein Großteil interessierte sich schlicht nicht dafür. Man hatte andere Sorgen.

Das Trio war in den frühen 90er Jahren in die Szene gekommen. Schon im August 1994 wur-

de der Militärische Abschirmdienst (MAD) auf Mundlos aufmerksam, der zu diesem Zeitpunkt seinen Wehrdienst ableistete. Ungefähr zu dieser Zeit begann auch Thomas Richter, bekannt als V-Mann „Corelli“, über Mundlos zu berichten. Seitdem hatten erst der MAD, dann weitere Nachrichtendienste und die Polizei Mundlos und später auch Böhnhardt und Zschäpe im Blick. Sie nahmen regelmäßig an Demonstrationen der Neonaziszene teil, wurden wiederholt straffällig und vernetzten und radikalisierten sich zusehends. Die staatlichen Behörden beobachteten die Entwicklungen zwar, intervenierten aber nicht. Man wollte durch Spitzel und InformantInnen Zugang zu der rechten Szene erhalten, um so mitzubekommen, was geplant wurde. Diese Taktik reihte sich nahtlos in eine Gesellschaft ein, in der militante Neonazis mit „akzeptierender Jugendarbeit“ bekehrt werden sollten und in der es nicht wenige Menschen gab, die applaudierend hinter eben jenen Nazis standen, wenn sie Häuser in Brand setzten. Verschiedene Nachrichtendienste bauten sich also in den frühen 1990er Jahren ein riesiges Netzwerk aus V-Leuten und begannen so, die Neonaziszene zu beobachten und zu infiltrieren. In dieser Zeit erreichte der rechte Terror seinen



VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

**2. korrigierte und
erweiterte Auflage**

Hans-Günter Thien

Die verlorene Klasse – ArbeiterInnen in Deutschland

2018 – 235 Seiten – 25,00 €

ISBN 978-3-89691-782-9

„eine großartige Analyse gegenwärtiger
und vergangener Klassentheorien und
zeichnet zugleich ein prozesshaftes Bild des
Wandels der Arbeiterinnen und Arbeiter im
Deutschland der vergangenen Jahrzehnte.“

pw-portal



Höhepunkt. Das Jahr 1992 hält laut der Amadeu-Antonio-Stiftung bis heute den traurigen Rekord für die meisten rassistisch motivierten Morde seit der deutschen Wiedervereinigung.

Die Rolle der Behörden – eine Geschichte des Versagens

Auch zu Beginn des Lebens des NSU im Untergrund waren staatliche Behörden und ihre Spitzel in direkter Nähe. Als im Januar 1998 gegen Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe Haftbefehl erlassen wurde, flohen sie gemeinsam nach Chemnitz. Den Unterschlupf vermittelte ihnen Thomas Starke – ein V-Mann des Verfassungsschutzes. Bis zur Selbstenttarnung des NSU hatten verschiedene staatliche Behörden tiefe Einblicke in das Netzwerk des NSU. Dass sich im nahen und nächsten Umfeld des Kerntrios V-Leute der Behörden tummeln, ist unstrittig. Ob einige von ihnen jedoch als Teil des Terrornetzwerks betrachtet werden können, wird kontrovers diskutiert. Ebenso kontrovers wird die Frage diskutiert, wie viel die Behörden von dem Trio und der Entwicklung des NSU wussten. Bereits ein knapper Überblick der Fakten über einige der V-Leute im Umfeld des NSU wirft zahlreiche besorgniserregende Fragen auf:

Thomas Starke „VP 562“

Thomas Starke hatte die erste Wohnung des Kerntrios im Untergrund organisiert. Er besorgte dem Trio auch den ersten Sprengstoff. Starke stand auf einer weiteren Kontaktliste, die bei einer Durchsuchung kurz nach dem Untertauchen des Trios gefunden wurde. Als V-Mann hat Starke zwischen 2001 und 2005 mindestens fünf Mal die Behörden auf Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe aufmerksam gemacht. Die Behörden reagierten nicht.

Thomas Richter „V-Mann Corelli“

Thomas Richter stand ebenfalls auf der oben erwähnten Kontaktliste. 2005 hat er dem Verfassungsschutz eine CD mit dem Titel „NSU/NS-DAP“ übergeben, die er nach eigenen Angaben anonym übersandt bekommen hatte. Bis heute ist die Existenz von vier CDs dieser Art bei verschiedenen Behörden bekannt. Das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg erhielt eine CD im Jahr 2014 (also nach der Selbstenttarnung

des NSU) von einer Quelle, die Richter als (Mit-)Urheber der CD bezeichnete. Das Amt geht davon aus, dass Richter an der Erstellung der CDs beteiligt war, während das Bundesamt für Verfassungsschutz keine (Mit-)Urheberschaft Richters vermutet. Allerdings bezeichnete der Sachverständige des parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages die Auswertung der CD durch das BfV als „völlig unzureichend“. So war die CD zwar seit 2005 im Besitz des BfV, wurde aber erst 2014 „wiedergefunden“. Kurz bevor Richter dazu im Jahr 2014 befragt werden sollte, starb er plötzlich – immer noch unter dem Schutz des Verfassungsschutzes – an einem nicht erkannten Diabetes. Da es Ungereimtheiten bei den ersten Untersuchungen zur Todesursache gegeben hatte, wurden wiederholt erneute Untersuchungen angesetzt, die aber keine neuen Ergebnisse hervorbrachten.

Weiterhin stellte Richter dem Neonazimagazin „Der Weiße Wolf“ Speicherplatz für dessen Onlineausgabe zur Verfügung. Das Magazin erhielt 2002 eine anonyme Geldspende (die heute dem NSU zugerechnet wird), woraufhin in der folgenden Ausgabe der Gruß „Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht weiter ...“ abgedruckt wurde.

Richter erhielt für seine Tätigkeiten als V-Mann fast 300.000 Euro.

Carsten Szczepanski „V-Mann Piatto“

Der mehrfach vorbestrafte Szczepanski war einer der Architekten des Blood & Honour-Netzwerks, das maßgeblich die finanzielle Unterstützung und Versorgung mit Unterkunft, Papieren und Waffen für Zschäpe, Bönnhardt und Mundlos organisierte. Szczepanski erklärte seinem V-Mann-Führer, dass sich das Trio bewaffnen wolle. Dieser V-Mann-Führer unternahm damals nichts; er ist heute Präsident des Verfassungsschutzes Sachsen.

Andreas Temme

Andreas Temme, damals Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Hessen, war am 6. April 2006 in dem Internetcafé von Halit Yozgat in Kassel – in dem Moment, als Yozgat vom NSU ermor-

det wurde. Während seine schwangere Frau zu Hause wartete, surfte er angeblich auf Kontaktseiten. Er hörte die tödlichen Schüsse nicht, obwohl er in dem Internetcafé saß, roch auch das Schießpulver nicht, und als er kurze Zeit später den Laden verlassen wollte, sah er den blutenden Yozgat nicht auf dem Boden liegen. Er legte, da er den Besitzer angeblich nirgendwo sah, 50 Cent auf den Tresen und verließ den Laden. Als in den nächsten Tagen in den Medien von dem Mord in dem Internetcafé berichtet wurde, in dem Temme sich zur Tatzeit aufgehalten hatte, sah er nach seiner eigenen Darstellung keinen Grund, sich bei seinen Vorgesetzten zu melden.

Fazit

Die hier präsentierten Schlaglichter auf das Netzwerk NSU, die Opfer und den Umgang mit ihnen, den Prozess und die Rolle verschiedener Verfassungsschutzbehörden sind beispielhaft ausgewählt, um zu zeigen, dass das Ende des Prozesses nicht das Ende der Aufarbeitung des NSU-Komplexes sein kann. In den Reihen der Nebenklage und unter ProzessbeobachterInnen herrschen Enttäuschung und Ernüchterung darüber, wie wenig das Verfahren in die Tiefe des NSU-Komplexes eingedrungen ist. Schock und Hoffnungslosigkeit verbreiten die geringen Strafen, insbesondere gegen Wohlleben und Eminger. Beide sind wieder auf freiem Fuß und werden in der Naziszene als Helden gefeiert. Hoffnung richtet sich auf die Ergebnisse der weiterhin arbeitenden parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und auf eine aktive und fordernde Zivilgesellschaft, die eine vollständige Aufarbeitung fordert.

Wie konnte es geschehen, dass eine rechtsterroristische Zelle über Jahre in Deutschland schlimmste Verbrechen beging und keine polizeiliche Behörde ihr auf die Spur kam? Wie brisant diese Frage noch werden kann, hängt auch davon ab, wie weit die Informationsstände verschiedener staatlicher Behörden zu verschiedenen Zeitpunkten rekonstruiert werden können. Ob letztlich Fragen wie z.B., ob es wirklich nur Zufall war, dass ein hessischer Verfassungsschützer beim Mord an Halit Yozgat am Tatort war, je abschließend beantwortet werden, ist zweifelhaft. Fest steht jedoch, dass der Verfassungsschutz über die Be-

zahlung von V-Leuten mehrere Hunderttausend Euro in das Umfeld des NSU gepumpt hat. Bis heute verteidigen die Verfassungsschutzbehörden ihr Vorgehen und den Einsatz von V-Leuten. Die Verweigerung der Herausgabe, die geplante Vernichtung oder das mysteriöse Verschwinden von Akten haben die Diskussion immer wieder neu entfacht, wie tief VerfassungsschützerInnen in den NSU-Komplex verstrickt sind. Vollständig aufklären lassen wird sich auch diese Frage wahrscheinlich nicht mehr. Politisch bleibt aber die Frage, wie man jetzt weiter mit dem Verfassungsschutz umgeht. Wenn er wirklich, trotz all der Spitzel im direkten Umfeld, über all die Jahre nichts vom NSU mitbekommen hat, stellt sich die offensichtliche Frage nach seiner Existenzberechtigung. Dann würde er schließlich nur als Instanz dafür dienen, Steuergeld über V-Leute in die Naziszene zu pumpen. Hat er etwas gewusst und nicht gehandelt? Dann wäre er eine gefährliche Struktur, die noch dringender abgeschafft werden müsste. Je mehr man sich mit dem NSU beschäftigt, desto mehr drängt sich die Frage auf, wozu dieses Amt eigentlich gut sein soll.

Abschließend bleibt die Frage: Kann es wieder geschehen? Es gibt beunruhigende Parallelen zwischen dem politischen Klima der 90er Jahre und heute. Auch damals gab es eine Diskursverschiebung nach rechts, begleitet von Asylrechtsverschärfungen auf der einen und einem Anstieg rechter Gewalt auf der anderen Seite. In den letzten Jahren wurden immer wieder rechtsterroristische Vereinigungen aufgedeckt, die Anschläge geplant oder durchgeführt hatten. So wurde 2015 die „Oldschool Society“ ausgehoben, eine Neonazigruppe, die Anschläge plante und bereits mehr als 150 kg Sprengstoff gehortet hatte. Ebenfalls 2015 wurde die rechtsterroristische „Gruppe Freital“ aufgedeckt, die für Sprengstoffanschläge und Gewaltdelikte verantwortlich war. Auch in diesem Fall gab es im Vorfeld der Taten Kontakt zwischen dem sächsischen Verfassungsschutz und Mitgliedern der Gruppe.

Der Motor im Streben nach einem „Nie wieder“ bleibt die demokratische Zivilgesellschaft. Sie muss Aufklärung und tiefgreifende, strukturelle Veränderungen fordern. Bis dahin bleibt die pointierte und richtige Forderung bestehen: Kein Schlussstrich! ■

„Den Grundgedanken der Demokratie, den Sozialismus retten“ (Hermann Brill) – zur verhinderten Neuordnung nach 1945

von Jörg Wollenberg¹

Die Kraft und der Einfluss von Brill reichen nach seiner Flucht aus der SBZ 1946 noch, um sein seit 1936 immer wieder propagiertes Ziel der „völligen Erneuerung des deutschen Volkes“², wenigstens in Ansätzen in der BRD zur Realität zu verhelfen. Brill setzte sich in Westdeutschland dafür ein, „die deutsche Schuld“ abzubauen. Am 9. März 1947 hielt er dazu in seinem Bremer Vortrag vor SPD-Funktionären fest: „Wir haben alle nicht frühzeitig genug und nicht ausreichend genug gegen die Nazis gekämpft.“ Deshalb gelte es, „das große Ziel, das sich die Verfassungspolitik stellen kann und muss“ voranzutreiben, nämlich „aus einer zerrütteten Gesellschaft den Grundgedanken der Demokratie, den Sozialismus zu retten, und schließlich so aus einer erschütterten Welt eine bessere Welt aufzubauen.“³ Dazu trug er zunächst in Hessen bei. Dann ab August 1948 als einer der geistigen Väter des Bonner Grundgesetzes unter den 30 Staatsrechtsgelehrten, die am Verfassungskonvent von Herrenchiemsee teilnahmen und den „Verfassungsentwurf“ vorlegten, der am 23. Mai 1949 als „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ verabschiedet wurde. Dabei galt sein Hauptaugenmerk den Problemen, die schon 1936 die Forderungen des „Zehn Punkte-Programms“ der Deutschen Volksfront prägten: dem Aufbau eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates mit gesicherten Bürger- und Menschenrechten, dem Ausbau der Selbstverwaltungsorgane und des Genossenschaftswesens wie auch der Notwendigkeit der Verstaatlichung der

Banken, des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie und der Energiewirtschaft.

Um die Aufarbeitung der NS-Zeit systematisch voranzutreiben, initiierte Brill von Hessen aus als Bundestagsabgeordneter die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte in München. Er gehörte zum Gründungskuratorium und trug dazu bei, dass mit Anna Siemsen und Eugen Kogon zwei Vertreter des Widerstands in den wissenschaftlichen Beirat berufen wurden.⁴ Und er plädierte 1952 nach der Unterwanderung der FDP in NRW durch prominente Nationalsozialisten („Gauleiterverschwörung“)⁵ für die Einrichtung von politikwissenschaftlichen Lehrstühlen an den westdeutschen Universitäten. Diese Initiative verhalf seinen Freunden aus dem Widerstand um Heinz J. Heydorn, Eugen Kogon und Wolfgang Abendroth zu Rufen nach Kiel, Darmstadt und Marburg. Und sie erleichterte die von ihm geforderte verspätete Rückkehr der Emigranten von Fritz Bauer über Ernst Fraenkel bis zu Siegfried Landshut, Richard Löwenthal, Ossip Flechtheim und Franz L. Neumann. In diesem Zusammenhang muss auch an die nach wie vor aktuellen Erfahrungen von Hermann Brill als Lehrer an der Sozialistischen Heimvolkshochschule Tinz in der Weimarer Republik erinnert werden, die als Begründung für seine politische Bildungsarbeit angesehen werden können. Eine politische Bildungsarbeit, an der die damaligen Syndici des Metallarbeiter-Verbandes (DMV), Ernst Fraenkel und Franz L. Neumann, ebenso beteiligt waren wie die graue Eminenz von Tinz, Otto Jenssen, sein Mitstreiter in der Berliner Deutschen Volksfront. Diese Erfahrungen könnten

1 Dr. Jörg Wollenberg, geb. 1937, war von 1978 – 2002 Professor für politische Weiterbildung an der Universität Bremen; davor war er Leiter von „Arbeit und Leben“ in Göttingen und arbeitete als Direktor der Volkshochschulen in Bielefeld und Nürnberg. Er gehört zu den Gründern der NS-Gedenkstätte in Ahrensböök/Ostholstein. Bei dem Artikel handelt es sich um die Fortsetzung aus spw Heft 3/2018 Nr. 226 „Für Frieden, Freiheit und Sozialismus...“

2 Brill, Gegen den Strom, 1946, S.61–87 (in der 1938 vorgelegten illegalen Programmschrift „Freiheit“)

3 Hermann Brill, Verfassungsfragen, in Sozialistische Schriftenreihe, hrsg. vom Kulturausschuss der SPD Bremen, Bremen 1947, S. 15f.

4 Vgl. Dietfried Krause-Vilmar: Hermann Brill und die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: Knigge-Tesche/Reif-Spirek, Brill, 2011, S. 191–200.

5 Siehe Ulrich Herbert, Best, 1996, S. 461ff

noch heute zur Verbesserung der politischen Erwachsenenbildung beitragen.⁶

„Rückkehr unter Ruinen“ (Willy Brandt): Emigranten nach 1945 nicht immer erwünscht

Aber war es „trotz allem eine große Stunde, die Rückkehr Deutschlands zur Menschlichkeit“, die Thomas Mann zwei Tage nach der Befreiung Deutschlands vom faschistischen Terror den Deutschen aus seinem US-amerikanischen Exil über den britischen Rundfunk (BBC) am 10. Mai 1945 verkündete? „So viel Anfang (wie 1945) war (scheinbar) nie“. Aber viele der linken politischen Entwürfe von Brandt, Kreisky, Brill und anderen unabhängigen demokratischen Sozialisten fanden schnell ihre Schranken in den vom Kalten Krieg bestimmten Machtstrukturen. Die offene geistige Situation nach der Befreiung und die kurze Epoche der Selbstbesinnung zwischen 1945 und 1948 wurde von Anfang an belastet durch die unzulängliche Aufarbeitung der „Schuldfrage“, die über die gescheiterte Entnazifizierung zur Weißwäschelei führte und den Neubau der staatlichen Ordnung mit verhinderte. Viele der sozialistischen Gegenentwürfe verkümmerten in den geteilten und später gespaltenen Bundesländern. Das Kriegsende erlaubte wohl einen Neuanfang, jedoch „erfüllten sich die großen Hoffnungen der ersten Nachkriegsjahre nicht. Aber es ist vielleicht gut zu wissen, dass es sie gab.“ Das schrieb der Gründer der Gruppe 47, Hans Werner Richter, 1962 in der Einleitung zu der Dokumentation über die von ihm 1946 gegründete Zeitschrift „Der Ruf“, den „unabhängigen Blättern der Jungen Generation“ im besetzten Deutschland, die noch auf einen gesamtdeutschen Zusammenhalt setzten.

Hermann Brill zählt mit Wolfgang Abendroth oder Fritz Bauer in Hessen zu den Repräsentanten, die in den Zeiten politischer Veränderungen nach 1945 für den Neuaufbau linker demokratischer Bewegungen und die Erneuerung der Justiz sowie der politischen Bildung und Kultur in Deutschland eintraten. Aber viele von ihnen scheiterten schnell an den

inneren Widersprüchen, Diskontinuitäten und Brüchen zwischen den bürgerlichen Demokratiebewegungen und dem sozialistischen Lager. Damit gingen auch jene Vorstellungen einer europäischen Friedensordnung nach dem Zweiten Weltkrieg verloren, die exemplarisch von Brill und seinen Mitstreitern im April 1945 als „Buchenwalder Manifest der demokratischen Sozialisten“ formuliert worden waren.⁷ Erstaunlich ist die fast wörtliche Übereinstimmung mit Passagen der vom Kreis um Willy Brandt, Fritz Bauer und Bruno Kreisky 1942/43 in Stockholm veröffentlichten „Friedensziele demokratischer Sozialisten“.

Nicht wenige der mit Brandt auf Umwegen zurückgekehrten Emigranten erstickten nach Ende des Krieges in Deutschland „an Luftmangel, auch wenn man gewohnt ist an die immerhin schon recht filtrierte Nachrichtensfreiheit der nicht militärisch okkupierten Länder“. Das notierte Anna Siemsen (1882-1951) im Mai 1947, um an die 1945 in Buenos Aires verfassten Exil-Aufsätze ihres Bruders August Siemsen zu erinnern. Und die schon 1932 in Thüringen vom Berufsverbot betroffene ehemalige Reichstagsabgeordnete der SPD/SAP fährt mahnend fort: „Wir sind bedrängt von Not, wir sind bedroht von neuen Katastrophen“ durch die „noch immer mächtigen Kriegsgewinnler und Kriegshetzer, die Hass säen, indem sie Mißtrauen predigen“. So die in Zürich vergeblich auf einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Pädagogik in Hamburg wartende entschiedene Schulreformerin und Austromarxistin in dem Vorwort zu den Aufsätzen ihres Bruders über „Die Tragödie Deutschlands“.⁸ Anna und August Siemsen ging es wie Brandt und Brill darum aufzuzeigen, „wo die Ursprünge der unheilvollen deutschen Entwicklung liegen, warum nach langem Irrweg der Versuch der Umkehr in der Weimarer Republik scheitern musste, wie der Nationalsozialismus zu Macht

6 Vgl. Jörg Wollenberg, „Völkerversöhnung“ oder „Volksversöhnung“, Volksbildung und politische Bildung in Thüringen 1918-1933, Bremen 1998, S. 34- 63.

7 Buchenwalder Manifest vom 13. April 1945, zitiert nach Brill, Gegen den Strom, 1946, S. 100, unterschrieben von 44 Sozialdemokraten und Kommunisten aus Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, ESR und dem Saarland.

8 August Siemsen; Die Tragödie Deutschland und die Zukunft der Welt“, Hamburg 1947, 7-9. Beide waren 1931 von der SPD zur SAP gegangen und hatten ab 1923 die Greilsche Schulreform der Arbeiterregierung in Thüringen mit geprägt und in der HVHS Tinz gelehrt. Anna Siemsen verlor ihren Lehrstuhl schon 1932 in Jena als erste Professorin in Deutschland. Auch aus Jena erreichte sie kein Rückruf nach 1945.



kam, und weshalb er in der Katastrophe enden musste“ (August Siemsen, 1947, 11). „Wer nicht über 1918 redet, kann 1933 nicht verstehen!“ So der mit der französischen Militärregierung als einer der ersten Emigranten zurückgekehrte Schriftsteller Alfred Döblin. Und er fügte seinen ersten Berichten nach 1945 über den Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess hinzu: Das „Sperren gegen die Schuldfrage“ sei auch darauf zurückzuführen, dass die Okkupation von 1945 eine neue Dolchstoßlegende ermöglichte, die es den NS-Renommierautoren um Ernst Jünger, Martin Heidegger und Carl Schmitt erlaubte, nach kurzer Unterbrechung die politische Kultur der BRD mitzuprägen⁹. Noch vor Döblin kam Klaus Mann aus dem US-Exil nach Deutschland zurück. Am 11. Juni 1945 reiste er in amerikanischer Uniform nach Weimar. Im Dienst der US-Army besuchte er im Rahmen seiner Erkundungsreise für die US-Militärzeitung *The Stars and Stripes* das Goethehaus und das Nietzsche-Archiv und nahm Kontakt zu dem Anti-Nazi-Komitee in Weimar auf. Zeitgleich dazu fanden Begegnungen mit geretteten KZ-Häftlingen statt, die von Klaus Mann cha-

rakterisiert werden als „Charaktere von besonderer Vitalität und Zähigkeit... die das Furchtbare in guter Form überstanden haben... Unter ihnen der Regierungspräsident von Thüringen Hermann Louis Brill, mit dem ich in Weimar eine ausführliche Unterhaltung hatte“ und der zu denen gehört, die „sieben, acht, ja zehn Jahre lang durch die Schrecken von Dachau, Buchenwald, Oranienburg gegangen“ sind.¹⁰ Der älteste Sohn von Thomas Mann hatte am 7. Mai 1945 als ein Rückkehrer der allerersten Stunde seine Deutschlandreise begonnen. Über Innsbruck, Berchtesgaden, Salzburg und Rosenheim traf er am 14. Mai in München ein, um das zerstörte einstige Elternhaus und anschließend das KZ Dachau aufzusuchen. Anschließend führte er ein Gespräch mit dem in Augsburg internierten, „auf Vergebung hoffenden“, Hermann Göring: Ein „alter Halunke, der mit der Langmut und Ignoranz der Sieger“ rechnet, wie er seinem Vater am 16. Mai 1945 mitteilt und ihn beschwört, keinesfalls an eine Rückkehr zu denken, weil die Deutschen nicht die Spur einer Empfindung von Verantwortung, noch weniger ein Gefühl von Schuld zeigen würden. „Diese Generation wird Generationen lang physisch und moralisch verstümmelt, verkrüppelt bleiben“.¹¹

Einer von Klaus Manns gleichfalls vergessenen Freunde im Kampf gegen Hitler und für den demokratischen Neubeginn eines erneuerten Sozialismus, Kurt K. Doberer, Nürnberger Journalist und Londoner Exil-Autor des Bestsellers „Todesstrahlen und andere neue Kriegswaffen“ von 1936, forderte 1944 in seiner heute vergessenen Exilprogrammschrift über „United States of Germany“ die Überführung Deutschlands in eine Volksrepublik mit vollkommener Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes. Die „Verfassung der Vereinigten Staaten von Deutschland“ müsse so beginnen: „Die Deutschen Republiken, einig in dem Willen, organische Glieder eines neuen Europas zu sein, haben sich im Namen des Volkes die Verfassung gegeben...“.¹² „Getragen vom Vertrauen

¹⁰ Vgl. Jörg Wollenberg, Das Widerstandswerk um Hermann Brill, in: Derselbe, Die andere Erinnerung. Spurensicherung eines widerständigen Grenzgängers, 2017, S. 215–224.

¹¹ Vgl. hierzu Klaus Mann: Der Wendepunkt, 1991, S. 478–506; und seine Tagebücher von 1944–1949, Reinbek 1989, S. 82–87.

¹² Kurt Karl Doberer, Die Vereinigten Staaten von Deutschland“, München

⁹ Alfred Döblin: Schicksalsreise. Bericht und Bekenntnis, 1949, 3. Buch.

und bewegt von der Hoffnung aller Deutschen“. So begann die von Brill inspirierte Präambel eines schnell in der Versenkung verschwundenen Grundgesetzentwurfes vom Oktober 1948, der gut 40 Jahre danach noch einmal eine neue Perspektive für Freiheit, Frieden und Sozialismus zu öffnen schien.¹³ Nach Brills Blick auf den Trümmerhaufen von 1945 als Aussichtsturm gelang es jedoch auch unter den besseren Voraussetzungen nach 1989 nicht, an die in Buchenwald geprägte Plattform eines radikaldemokratischen Neubeginns oder an die Präambel von 1948 anzuknüpfen. Nach der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands wurde 1990/91 erneut die Möglichkeit vertan, das Grundgesetz durch eine Verfassung zu ersetzen, die mit dem „Zehn-Punkte-Programm“ der „Deutschen Volksfront“ auf den Ausbau von Bürger- und Menschenrechten setzt, von einer Revision des überkommenen Politikverständnisses geprägt ist und einen politisch-kulturellen Modernisierungsschub vorantreibt, der Deutschlands europaweite und weltpolitische Rolle als Mitglied der „Weltorganisation des Friedens“ berücksichtigt. Und das „im engsten Einvernehmen mit den Nachfolgern der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ und in „Zusammenarbeit mit allen sozialistisch geführten Staaten in einer europäischen Staatengemeinschaft“. So die Forderung des „Manifests“ vom 13. April 1945 – in fast wörtlicher Übereinstimmung mit der Stockholmer Rede von Willy Brandt vom 9. Februar 1945¹⁴.

Aber wie hatte der unbeugsame Brückenbauer Hermann Brill nach dem Scheitern in Thüringen und kurz vor der Aufnahme der neuen Tätigkeit als Staatssekretär und Chef der hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden am 29. April 1946 an Paul Hertz in Wien, seinen langjährigen Freund aus den Jahren des Widerstands gegen das NS-System, trotz aller Niederlagen Mut gemacht: „Es widerstrebt mir..., diesen Sumpf

von materieller Korruption, Brutalität, Feigheit, Gefühlsduselei, Rührseligkeit, die doch alle zusammen ein verantwortungsloses Verbrechen sind, zu beschreiben. Wenn die beiden Worte, die wir Ende 1933 über unser Leben gesetzt haben, jemals einen tieferen Sinn hatten, so haben sie ihn heute: „Neu Beginnen!“¹⁵

Dieses Neu-Beginnen war auch in den Westzonen aus der Sicht von Hermann Brill mit großen Schwierigkeiten verbunden. Als hessischer Delegierter im Konvent auf Herrenchiemsee im August 1948 versuchte er mit Vertretern der Landesregierungen gemeinsam eine Verfassung als Entwurf für das Grundgesetz vorzulegen. Dabei stieß er auf den erbitterten Widerstand von Theodor Heuss. Der spätere erste Bundespräsident wandte sich gegen den Kernsatz des Grundgesetzes, den Brill formuliert hatte: „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen“. „Wir dürfen mit einem solchen Satz die innere Würde des Staates nicht kränken...Streichen Sie diesen Satz!“, forderte Heuss unter Berufung auf den Staatsphilosophen Hegel. „Gehen Sie zurück ins KZ“, erwiderte erbost der Buchenwald-Häftling dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten der DDP, die am 23. März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte. Heuss fehle offensichtlich das Gefühl dafür, dass die Entwürdigung der Menschen eine Antwort erforderte, so Brill. Und sein Satz richte sich nicht gegen Hegel, sondern gegen Carl Schmitt, den Staatsphilosophen des „Dritten Reiches“. „Die Würde des Staates war für ihn nur dann unantastbar, wenn dem Staat jegliche Allmachtphantasien ausgetrieben wurden“ (Jasper von Altenbockum in FAZ; 10.8. 2018). ■

1947, S. 149f. (deutsche Ausgabe nach der Londoner Exil Ausgabe von 1944).

13 Vgl. J. Wollenberg (Hg.), *Von der Hoffnung aller Deutschen. Wie die BRD entstand*, 1989, S. 10 ff; W. Benz (Hg.), *Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen. Zur Geschichte des Grundgesetzes*, 1979, S.9 ff., S.239-251 mit Beiträgen von Hermann Brill zu Verfassungsfragen vom März und April 1947.

14 Buchenwalder Manifest vom 13. April 1945, zitiert nach Brill, *Gegen den Strom*, 1946, .100, unterschrieben von 44 Sozialdemokraten und Kommunisten aus Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, CSR und dem Saarland. Dazu auch die Rede von Brill auf dem 1. Buchenwalder Volkskongress, 23.4.1945.

15 Zitiert nach Overesch, Brill, 1992, S. 407

Rezension:

Jeanette Erazo Heufelder – Der argentinische Krösus

von Peter Reif-Spirek¹

Im Mai 1923 fand im thüringischen Gera-berg die „Marxistische Arbeitswoche“ statt, die als erstes Theorieseminar des Frankfurter Instituts für Sozialforschung gilt. Ein Gruppenfoto am Feldrand, das vor Jahren bereits als Titelbild der von Willem van Reijen und Gunzelin Schmid Noerr herausgegebenen Photobiographie der Frankfurter Schule „Grand Hotel Abgrund“ diente, zeigt die jungen Wissenschaftler. Geprägt durch den Ersten Weltkrieg und die revolutionäre Nachkriegskrise ahnten sie noch nicht, welche politischen Katastrophen ihnen noch bevorstehen sollten. Durch den Sieg des Nazismus und den Stalinschen Terror wurden sie geographisch und politisch in alle Richtungen verstreut. Zu den bekannten Teilnehmern gehörten so unterschiedliche Personen wie Karl Korsch, Georg Lukács, Richard Sorge, Friedrich Pollock, Karl August Wittfogel, Hedda Korsch und Felix Weil.

Ihre Lebenswege sollten im „Jahrhundert der Extreme“ (Eric Hobsbawm) ganz unterschiedlich verlaufen: Karl Korsch war 1923 Justizminister in der kurzzeitigen Thüringer KPD/SPD-Landesregierung und zuerst Repräsentant des linken KPD-Flügels. 1926 aus der Partei ausgeschlossen, wurde er einer der entschiedenen Kritiker des Stalinismus, der auch das politische Denken Brechts stark beeinflusst hat. Er starb im amerikanischen Exil. Sein Werk wurde durch die Studentenbewegung und die undogmatische Linke neu entdeckt. Der marxistische Philosoph und Literaturwissenschaftler Georg Lukács ging nach 1933 ins sowjetische Exil. Als Volksbildungsminister der Regierung Nagy wurde er in Folge der Niederschlagung des ungarischen Aufstands 1956 nach Rumänien deportiert. Nach seiner Rückkehr nach Ungarn blieb er ein bedeutender intellektueller Kopf ohne Amt. Sein Hauptwerk „Geschichte und Klassenbewusstsein“ hat auch die westeu-



Jeanette Erazo Heufelder Der argentinische Krösus.

Kleine Wirtschafts-
geschichte der
Frankfurter Schule.

Berenberg-Verlag,
Frühj. 2017
208 Seiten, 24.00 €

ropäische Studentenbewegung nach 1968 beeinflusst. Richard Sorge brach früh mit seiner Wissenschaftskarriere, siedelte bereits 1924 in die Sowjetunion über und wurde vor allem als Meisterspion der Komintern bekannt. Er warnte vor dem bevorstehenden deutschen Überfall auf die Sowjetunion, doch Stalin glaubte seinen Meldungen nicht. Als 1944 sein Agentenring aufflog, wurde Sorge in Tokio hingerichtet, auch weil die SU einen Agententausch ablehnte. Der Chefökonom des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Friedrich Pollock, der zeitweise das Institut leitete, kehrte nach 1945 aus dem amerikanischen Exil zurück und repräsentierte mit Max Horkheimer das Institut. Karl August Wittfogel, später China-Experte der KPD und Anhänger der Sozialfaschismustheorie, wurde von den Nazis inhaftiert. Nach seiner Entlassung aus den frühen Konzentrationslagern emigrierte er 1934 über England in die USA, brach nach dem Hitler-Stalin-Pakt mit der KPD und wandelte sich zum selbst erklärten Antikommunisten. Hedda Korsch war eine der entschiedenen Schulreformerinnen der Weimarer Republik. Auch sie ging nach einer Zwischenstation in Schweden ins amerikanische Exil und wurde dort Professorin für Germanistik.

Unter dem Titel „Der argentinische Krösus. Kleine Wirtschaftsgeschichte der Frankfurter Schule“ hat jetzt Jeanette Erazo Heufelder ein beeindruckendes Portrait von Felix Weil vorge-

¹ Peter Reif-Spirek ist Sozialwissenschaftler und parteiloser Sozialdemokrat in Erfurt.

legt, der nicht nur die o.g. Marxistische Arbeitswoche finanzierte, sondern auch das Frankfurter Institut für Sozialforschung stiftete. Aber dies ist nur ein, wenn auch der wichtigste Aspekt des linken Mäzenatentums von Felix Weil. Wer war dieser Pendler „zwischen Ländern und Kontinenten, Gelehrten- und Kaufmannswelt, Großbürgertum und Arbeiterbewegung“, der „in der Kommunistischen Internationale und der US Air-Force aktiv“ (S. 9) war? 1898 in Argentinien geboren, wuchs er in der großbürgerlichen Familie eines jüdischen Auswanderers auf, die im Getreidehandel ein Vermögen verdient hatte. Die Familie blieb Deutschland verbunden; Felix wurde auf eine Frankfurter Schule geschickt, wenig später kehrten auch seine Eltern nach Deutschland zurück. Trotz seines Ausländerstatus leistete Felix Weil ab 1917 einen freiwilligen Kriegersatzdienst und wurde durch die Novemberrevolution politisiert. In der Uniform seiner liberalen Burschenschaft Cimbria stellte er sich dem Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung. Von dem bedeutenden sozialdemokratischen Juristen Hugo Sinzheimer, gerade von den Arbeitern zum Polizeichef gemacht, wurde er als Leiter einer Arbeiterwehr eingesetzt. Dort verhalfen ihm Arbeiter mit dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie zu einem politischen Erweckungserlebnis. „Bisher war es ihm nicht in den Sinn gekommen, dass er, Sohn eines Mannes, der mit Getreidehandel Millionen verdiente, der Corpsstudent, der sich im eigenen Wagen zur Universität chauffieren ließ, weltanschauliche Berührungspunkte mit der Arbeiterbewegung haben könnte“ (S. 29). Als Student in Tübingen bei dem Wirtschaftswissenschaftler Robert Wilbrandt bewegte er sich ab 1919 im privaten Umfeld Clara Zetkins, deren Sohn Kostja ebenfalls an der Marxistischen Arbeitswoche mitwirkte. Bei einer Konferenz sozialistischer Studentengruppen in Jena lernte Weil Karl Korsch kennen, der sein wichtigster politischer Mentor werden sollte. In Frankfurt befreundete er sich über seine Verbindung mit Kostja Zetkin auch mit Max Horkheimer und Friedrich Pollock. Doch zuerst sollte Weil für ein Jahr die Leitung des Stammsitzes der Firma in Buenos Aires übernehmen und dabei auch ein Doppelleben führen, weil er im Auftrag der Komintern die argentinische Arbeiterbe-

wegung beurteilte. Er kehrte aus Argentinien mit der Überzeugung zurück, dass die Theorieentwicklung keine parteipolitische Aufgabe sei, sondern in unabhängige wissenschaftliche Hände gelegt werden müsse. Die von Korsch inhaltlich vorbereitete Erste Marxistische Arbeitswoche Pfingsten 1923 gilt als das erste Projekt des Instituts für Sozialforschung, das im Januar 1923 als selbständige wissenschaftliche Forschungseinrichtung genehmigt worden war. Felix Weil war der Schöpfer und Finanzier des Instituts. Zu seinen Beweggründen äußerte er: „Hatten wir es doch als außerordentlich hemmend für unsere Studien empfunden, dass an keiner deutschen Universität die für den Einzelnen unübersehbare internationale Literatur zur Theorie und Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung systematisch gesammelt und bearbeitet wurde“ (S. 53). Als erster Direktor fungierte der österreichische Wirtschaftshistoriker Carl Grünberg, der bei der Einweihungsfeier ein Bekenntnis zur „marxistischen Forschungsmethode“ als Grundlage des Instituts abgab (S. 52).

Das Frankfurter Institut für Sozialforschung war die nachhaltigste, aber nicht die einzige Investition des linken Mäzens Felix Weil. In zahlreichen Projekten der Weimarer Linken steckte auch sein Familienvermögen. Er unterstützte den befreundeten Maler George Grosz, dessen Weil-Portrait das Buchcover von Heufelder zierte, wie auch die Theaterprojekte Erwin Piscators. Er erwarb den Nachlass von Rosa Luxemburg und bemühte sich gemeinsam mit dem Moskauer Marx-Engels-Institut um eine historisch-kritische Ausgabe des Marx'schen Werkes, ein Projekt, das 1928 an der Stalinisierung der KP und ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie scheitern sollte. Er unterstützte den Import von Eisensteins Film „Panzerkreuzer Potemkin“ und war Teilhaber des Malik-Verlags von Wieland Herzfelde. Als dieser sich aus Parteiloyalität weigerte, eine Franz-Mehring-Werkedition herauszubringen, weil die ausgeschlossenen Rechtskommunisten Paul Frölich und August Thalheimer an dieser Edition mitwirkten, gründete Weil in den Räumen des Malik-Verlags kurzerhand die Soziologische Verlagsanstalt, in der dann auch die Mehring-Werke erschienen. Er unterstützte die

KPO², die von der Autorin mit dem ärgerlichen Verdikt „linksradikale Splitterpartei“ (S. 80f) versehen wird, und beglich die Schulden ihres Verlags, so dass ihre Wochenzeitung weiter erscheinen konnte.

Bereits Ende der 1920er Jahre überführte er sein Vermögen mit Geschick in eine anonymisierte Beteiligungsgesellschaft und konnte es so nach dem Machtantritt der Nazis vor deren Zugriff retten. Auch während seines argentinischen und amerikanischen Exils blieb Weil ein Mäzen und Unterstützer, der sich um die linken Fraktionierungen nicht scherte. Im Rahmen einer einmaligen Finanzoperation mit der Uni Frankfurt sicherte Weil das Überleben des jüdischen Gründungsdirektors Carl Grünberg, indem er seine Rente übernahm. Weil ermöglichte den Umzug des Instituts in die USA, deren Zeitschrift zahlreichen Emigranten ein Diskussionsforum und Auskommen bot. Das Institut hatte sich unter Max Horkheimer schon längst vom Gründungskontext der Arbeiterbewegung losgelöst. In Buenos Aires unterstützte Weil deutsche Emigranten und wirkte in Regierungskommissionen mit. Nachdem Familienstreitereien das Wohl der Stiftung zu gefährden drohten, trat Felix Weil sein gesamtes Vermögen an die Stiftung ab, „ohne sich selbst in einer Klausel auch nur die geringste Mitsprache über das überschriebene Vermögen eingeräumt zu haben“ (S. 138). Die lebenslangen Freunde Max Horkheimer und Friedrich Pollock waren seit den 1930er Jahren die Instituts- und Stiftungsleiter. Heufelder schildert die Klassengesellschaft des Exils und berichtet manche Schabigkeit der beiden, auch gegenüber Felix Weil. Horkheimer versuchte Weil zwar für eine Mitarbeit an der „Dialektik der Aufklärung“ zu gewinnen, um dessen ökonomische Kompetenzen einzubinden. Doch Weil arbeitete lieber an einer eigenen Studie über die Industrialisierung und Modernisierungsblockaden in Argentinien. Mit dem Wahlsieg Perons 1946 wurde Weil US-amerikanischer Staatsbürger und kehrte nie wieder nach Argentinien zurück.

Als 1951 das Institut erneut in Frankfurt eröffnet wurde, nahm Weil an der Eröffnung teil,

ohne noch eine offizielle Stiftungsfunktion zu bekleiden. „Sein im großen Stil betriebenes Mäzenatentum hatte sich mit dem Ende der Hitlerzeit allmählich dem Ende entgegen geneigt.“ (S. 165). Er blieb in den USA, wurde Mitglied der Demokraten und wirkte politisch und publizistisch zu Fragen der Finanzpolitik. Seine Verbindung mit dem Frankfurter Institut erhielt er aufrecht. Während Frankfurter Studenten 1969 das Institut besetzten und seine alte Dissertation zum Sozialisierungsbegriff als einer der vielen Raubdrucke der APO-Zeit erschien, unterrichtete er als Dozent im Range eines Majors der US-Air-Force in Ramstein heimkehrende GIs in Steuerrecht und Haushaltspolitik. 1973 kehrte er in die USA zurück. Seine letzten Lebensjahre zwangen Felix Weil zu einem sparsamen Lebensstil. Sein Vermögen war aufgebraucht. Noch in seinem letzten Lebensjahr 1975 unterrichtete er, der sich schon als junger Mann von der Fliegerei begeistern ließ, an einer amerikanischen Air-Base junge Soldaten über die Geschichte der Luftfahrt.

An vielen Stellen des Buchs hätte man sich ausführlichere Informationen gewünscht. So fällt immer wieder der Name Karl Korsch, aber die Intensität und Kontinuität dieser Beziehung bleibt offen. Er war ein früher Anreger für Weil, aber wie gestaltete sich ihr Verhältnis in den diversen Brüchen der deutschen Arbeiterbewegung, die Korsch zu einem frühen linken Kritiker des Stalinismus machten? Wie hat Weil die deutsche und europäische Studentenbewegung und ihren Kampf gegen den Vietnamkrieg wahrgenommen? Solche Fragen bleiben unbeantwortet, aber das mindert nicht das Verdienst Heufelders, die Erinnerung an einen linken Intellektuellen wachzuhalten, der weit mehr als nur ein Mäzen war. Die Novemberrevolution, an deren 100. Jubiläum wir in diesem Jahr erinnern können, ermöglichte einen politischen und kulturellen Aufbruch, von dem sich Felix Weil mitreißen ließ, um ihn aktiv mit zu gestalten. ■

2 Kommunistische Partei-Opposition

Sammelrezension: Arbeiterbewegung zwischen Weimarer Republik, NS-Diktatur und früher Bundesrepublik

von Thilo Scholle¹

Peter Blachstein (1911 – 1977) gehörte zu den drei (allesamt sozialdemokratischen) Abgeordneten im ersten Deutschen Bundestag, die einen jüdischen Familienhintergrund hatten. Anders als die anderen beiden – Jakob Altmaier und Jeanette Wolff – wurde Blachstein bislang biographisch kaum erforscht. Für den Autor des diesen Sachverhalt nun nachhaltig ändernden Werks, L. Joseph Held, mag dies auch daran gelegen haben, dass Blachstein während der 1930er Jahre „sein Judentum (...) hinter sich gelassen“ hatte: Blachsteins Identität sei die meiste Zeit seines Lebens die eines Sozialisten gewesen. Seine politischen Anfänge machte Blachstein in den 1920er Jahren im „Deutsch-Jüdischen Jugendverband“ in Dresden, wo er auch erste Funktionen übernahm. Dort habe er sich zu einem „säkularen Judentum, das weder orthodox noch zionistisch geprägt war“ bekannt.

Seit 1927 auch Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, verlagerte sich sein Engagement gegen Ende der 20er Jahre in die Sozialdemokratie. In Dresden bald im Umfeld von Walter Fabian aktiv, verließ er mit diesem und einem Großteil der Dresdner Arbeiterjugend nach dem Leipziger Parteitag 1931 die SPD und ging zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) über. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten illegal weiterhin für die SAP aktiv, war er u.a. für 16 Monate im KZ Hohnstein in der Sächsischen Schweiz inhaftiert und brutalen Folterungen ausgesetzt. Die im Band zitierten Selbstzeugnisse von Blachstein und anderen über diese Zeit sind kaum auszuhalten. Nach seiner Freilassung zunächst in die Tschechoslowakei und dann nach Norwegen emigriert, blieb Blachstein politisch aktiv, u.a. in der Jugendinternationale von der SAP und weiteren linkssozialistischen Parteien, wo er auch mit Willy Brandt zusammenarbeitete. Mit diesem verband ihn zeitlebens eine – nach Ein-

schätzung des Autors – nicht immer ungetrübte Freundschaft. Im spanischen Bürgerkrieg in den Reihen der marxistischen POUM in der Propagandaarbeit aktiv, wurde er im Zuge der stalinistischen Säuberungen von sowjetischen Agenten inhaftiert – was den in der NS-Haft erlittenen gesundheitlichen Langzeitschäden weitere hinzufügte. Seit dieser Zeit seien für Blachstein „Menschenwürde und individuelle Freiheiten“ immer mehr zur politischen Leitmaxime geworden.

Im Jahr 1949 wurde er als Mitglied der SPD für einen Hamburger Wahlkreis in den Bundestag gewählt – ein Mandat, das er bis 1968 innehaben sollte. Politisch verortete sich Blachstein auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie – auf dem Godesberger Parteitag gehörte er zu den wenigen Delegierten, die gegen das neue Programm stimmten. Politisch setzte er sich insbesondere für eine europäische Einigung ein, den Systemwettbewerb mit dem Osten habe er vor allem als einen Wettbewerb über die bessere Sozialordnung führen wollen. Im Jahr 1968 wurde Blachstein für einige Monate deutscher Botschafter in Jugoslawien. Für den Autor ein schwieriges Kapitel seiner Biographie. Einerseits habe Blachstein in seiner bis 1969 dauernden Amtszeit einige diplomatische Erfolge erringen können. Andererseits habe er auf Grund von Krankheit nur wenig arbeiten können, und dann auch noch auf politisch ungeschickte Weise versucht, in Hamburg wieder für die Bundestagswahl 1969 nominiert zu werden. Das Scheitern dieser Bewerbung beendete seine Karriere auf großer Bühne weitgehend. In den verbliebenen Lebensjahren engagierte sich Blachstein vor allem als Menschenrechtsaktivist, u.a. für die Opfer der griechischen Militärdiktatur.

L. Joseph Held ist eine umfassende und souverän geschriebene Biographie gelungen, die ein lesenswertes Portrait des Sozialisten Peter Blachstein zeichnet, und dabei großen Respekt

1 Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

für den Menschen mit einer nüchtern-sympathisierenden Einordnung des handelnden Politikers verbindet.

Ebenfalls weitgehend vergessen dürfte der Lebensweg von Gertrud Meyer (1914 – 2002) sein. Es ist das Verdienst der Biographie von Gertrud Lenz, dass dies nicht so bleiben muss. Meyers politische Anfänge weisen Ähnlichkeiten zu denen Peter Blachsteins auf: Aufgewachsen in Lübeck, Mitglied zunächst von SPD und Sozialistischer Arbeiterjugend (SAJ) und dann von SAP und ihrem „Sozialistischen Jugendverband“ (SJV), war sie in Lübeck und im norwegischen Exil Lebensgefährtin von Willy Brandt. Willy Brandt selbst hat in seinen Erinnerungen nur sehr zurückhaltend über Meyer berichtet. Auch in den meisten Biographien über Brandt sowie auch in Darstellungen über die SAP im Exil taucht Meyer nach Wahrnehmung der Autorin zu Unrecht allenfalls am Rande auf. In diesem Sinne blieb sie zeitlebens „im Schatten Willy Brandts“, wie bereits der Untertitel des Buches andeutet. Meyer selbst hat sich Interviews und anderen Publikationsprojekten über ihre Zeit im Exil stets verweigert – nach Einschätzung ihrer Biographin vor allem, um den auf Grund seiner Exilzeit immer wieder Anfeindungen ausgesetzten Willy Brandt zu schützen.

Dass der Lebensweg von Gertrud Meyer auch weit über die Bezüge zu Willy Brandt hinausgehend beeindruckend ist, zeigt das vorliegende Buch. Über mehrere Jahre hinweg fungierte sie als Geschäftsführerin der SAP-Ortsgruppe Oslo – neben Paris die wichtigste Auslandsgruppe der kleinen linkssozialistischen Partei. Mit Willy Brandt engagierte sie sich auch in der marxistischen „Mot Dag“-Gruppe², und fungierte für die SAP als Vertrauensmann für den „Ernst-Eckstein-Fonds“, eine der Hauptgeldquellen für die Partei im Exil. Mehrfach begab sie sich für die SAP illegal auf Besuchsreisen nach Deutschland, führte umfangreiche politische Korrespondenz und organisierte die Arbeit der Partei in Oslo. Beruflich konnte sie darüber hinaus als Assistentin des Psychoanalytikers

Anthony Coles
John Heartfield
Ein politisches Leben

Böhlau Verlag,
Köln/ Wien 2014
402 Seiten, 45 €



Dennis Egginger-Gonzales
Der Rote Stoßtrupp

Eine frühe linkssozialistische Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus

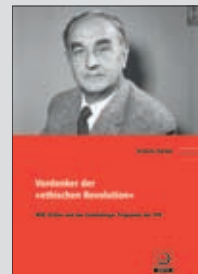
Lukas Verlag, Berlin 2018
794 Seiten, 34,90 €



Ernesto Harder
Vordenker der
„ethischen Revolution“

Willi Eichler und das Godesberger Programm der SPD

Verlag J.H.W. Dietz
Nachfahren, Bonn 2013
227 Seiten, 32 €



L. Joseph Heid
Peter Blachstein
Von der jüdischen Jugendbewegung zur Hamburger Sozialdemokratie
Biographie eines Sozialisten (1911 – 1977)

VSA-Verlag, Hamburg 2014
390 Seiten, 29,80 €



² Übersetzt „Dem Tag entgegen“; kommunistische Vereinigung norwegischer Intellektueller

Wilhelm Reich Fuß fassen, der zunächst ebenfalls in Norwegen Zuflucht gefunden hatte und den sie 1939 nach New York begleitete. Kurze Zeit später zerbrach ihre Beziehung zu Willy Brandt, der sich einer neuen Gefährtin zugewandt hatte. Den Krieg verbrachte sie in New York und kehrte anschließend nach Oslo zurück. Die angestrebte Rückkehr nach Deutschland scheiterte, auch weil Getrud Meyer keinen politischen Anschluss mehr fand: Die SAP hatte sich gegen Ende des Exils weitgehend aufgelöst, und die Hinwendung von Willy Brandt und anderen zur Sozialdemokratie lehnte Meyer ab. Enge Genossen wie der in die DDR übergesiedelte Jacob Walcher konnten oder wollten ihr beim beruflichen und politischen Neuanfang im Ostteil des Landes nicht helfen.

Die Biographie zeigt Meyer als eigenständigen politischen Kopf. Sie übte bedeutende Funktionen im Exil aus und stand politisch keineswegs „im Schatten Willy Brandts“. Gertrud Lenz ist ein spannendes Stück Personengeschichte der Arbeiterbewegung gelungen, das zugleich eine angemessene Würdigung der intelligenten und selbstbewussten politischen Aktivistin Gertrud Meyer darstellt.

Im Gegensatz zu den beiden vorher genannten dürfte der Name Willi Eichler (1896 – 1971) vielen noch ein Begriff sein. Auch Eichler hatte sich in der Weimarer Republik zunächst in der Sozialdemokratie engagiert, diese aber dann wegen seiner Zugehörigkeit zum von Leonard Nelson geführten „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“ verlassen. Der Autor der vorliegenden Dissertation präsentiert Eichler als Vordenker der „ethischen Revolution“, und ordnet ihn damit zwischen den beiden großen Blöcken – Reformern und Traditionalisten – ein. Obwohl einer der maßgeblichen Akteure, sei seine Rolle bei der Erarbeitung des Godesberger Programms der SPD immer noch unterbelichtet. Ausführlich wird zunächst Eichlers politische und persönliche Sozialisation in den Organisationen Leonard Nelsons geschildert, dessen persönlicher Sekretär und späterer Nachfolger als Leiter des Verbandes er war. Den Ausschluss der Nelsonianer aus der SPD hält der Autor im Ergebnis für legitim. Er verweist dabei auf die von ihnen angestrebte Weiterfüh-

rung des eigenen Organisationszusammenhangs als Sonderorganisationen innerhalb der Partei, und die mit dem Demokratieprinzip schwer zu vereinbarende Vorstellung, politische Herrschaft durch eine philosophisch informierte Elite anzustreben.

Insbesondere während des Londoner Exils von Eichler macht der Autor eine Entwicklung in Eichlers politischen Ausrichtung von einer „Ethik der Gesinnung“ hin zu einer „Ethik der Verantwortung“ aus. Da der Nachkriegs-Sozialdemokratie der Klassenzusammenhalt gefehlt habe, sei dieser durch ein auf den Grundwerten basierendes gemeinsames Grundsatzprogramm ersetzt worden. Und bei Eichler sei zudem eine „kritische Akzeptanz“ der Demokratie auszumachen.

Insgesamt ist so ein interessanter Band entstanden, der die intellektuelle Entwicklung Eichlers nachzeichnet, und zugleich einen Einblick in die Entwicklung des Godesberger Programms gibt.

Arbeiterjugend und Widerstand

Beim Band von Wolfgang Uellenberg-van Dawen handelt es sich um eine überarbeitete Fassung seiner Dissertation aus dem Jahr 1981. Etwas irreführend ist dabei der Titel – befasst sich die Darstellung doch mit den Positionierungen innerhalb der Arbeiterjugend seit etwa der Weltwirtschaftskrise zur Weimarer Republik insgesamt, und behandelt die konkreter werdende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bis in die ersten Wochen nach der Machtübertragung erst gegen Ende der Darstellung. Interessant ist vor allem, das nicht nur SAJ und Jungsozialisten, sondern auch die Gewerkschaftsjugend, die Jugend im Arbeiterturn- und Sportbund, die Jugend im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sowie weitere kleine Verbände in den Blick genommen werden. Insgesamt macht der Autor in der Jugend eine durchaus realistischere Einschätzung über die Gefahr des Nationalsozialismus aus als in der Mutterpartei. Letztere hätte oft mit einer schnellen Entzauberung der Nazis nach der Machterlangung gerechnet. Zugleich sei die Jugend im Reichsbanner, das sogenannte Jung-

banner, zahlenmäßig immer größer geworden – ohne bei seinen Mitgliedern ein vergleichbares Interesse auch an inhaltlichen Auseinandersetzungen zu erzeugen. Deutlich wird, wie die Auseinandersetzung um die passende politische Strategie quer durch die Verbände sowie zwischen Jugend und Erwachsenen verlief – und erkennbar wird die Tragik, dass es letztlich nicht gelang trotz der insgesamt geteilten Ablehnung des Faschismus zu einer kohärenten politischen Aufstellung zu gelangen, die die Arbeiterbewegung als Zentrum des Kampfes um die Republik und um eine bessere Gesellschaft hätte etablieren können.

Die Situation der Hitlerjugend und ihrer Gegner steht demgegenüber im Mittelpunkt des Bandes von Arno Klönne. Dieses 1999 erstmals und 2008 zuletzt überarbeitet aufgelegte Buch des 2015 verstorbenen Historikers und Politikwissenschaftlers zeichnet beide Seiten sehr umfassend dar. Etwa die erste Hälfte befasst sich mit der organisatorischen und ideologischen Entwicklung der HJ. Einbezogen werden dabei auch die Bezüge zu anderen völkischen Verbänden sowie den später gleichgeschalteten und in die HJ aufgehenden Jugendverbänden. Mit ihrer Entwicklung zur „Staatsjugend“ und dann noch einmal verstärkt in den Kriegsjahren habe die HJ trotz aller Bemühungen keineswegs die „von oben mit allen denkbaren Mitteln angestrebte Effektivität und Sozialisationsdichte“ erreicht. Der etwas umfangreichere zweite Teil widmet sich sodann den Gegnern der NS-Herrschaft. Recht kleinen Raum nimmt dabei der Widerstand der Arbeiterbewegung aus den Reihen von Sozialdemokraten und Kommunisten ein. Recht umfangreich ist die Darstellung der kirchlichen Verbände, bei denen insbesondere die Katholiken noch einige Jahre nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten eigene Verbandsstrukturen aufrechterhalten konnten. Interessant ist auch die Darstellung der Entwicklung bündischer Strukturen. Bis heute zumindest vom Namen her bekannt sind darüber hinaus einige der „wilden Jugendgruppen“ wie etwa der Edelweißpiraten.

Der Autor versucht nicht nur, die Organisationsgeschichte sowie die Bezüge und Auseinandersetzungen mit dem NS-Staat

**Wolfgang Hesse/
Holger Starke (Hg.)
Arbeit/ Kultur/
Geschichte**

Arbeiterfotografie
im Museum

Leipziger Universitätsverlag,
Leipzig 2018
500 Seiten, 29.90 €



**Arno Klönne
Jugend im
Dritten Reich**

Die Hitlerjugend
und ihre Gegner

PappyRossa Verlag,
Köln 2014
327 Seiten, 16.90 €



**Gertrud Lenz
Gertrud Meyer**

Ein politisches Leben im
Schatten Willy Brandts

Verlag Ferdinand Schöningh,
Paderborn 2013
394 Seiten, 40.90 €



**Wolfgang Uellenberg-
van Dawen
Gegen Faschismus
und Krieg**

Die Auseinandersetzungen
sozialdemokratischer
Jugendorganisationen mit
dem Nationalsozialismus

Klartext Verlag, Essen 2014
225 Seiten, 19.95 €



nachzuzeichnen, sondern dies auch vor dem Hintergrund der Ansprüche der Jugendlichen selbst und der Jugendphase zu erfassen. Ziel sei, die Geschichte des Faschismus auch über die Untersuchung von „Lebenswelten“ zu erschließen, „also die Vielschichtigkeit und auch Widersprüchlichkeit der Lebensbedingungen, Gefühle und Verhaltensweisen der ‚kleinen Leute‘ in den Blick zu nehmen, der Parteigänger des deutschen Faschismus, der Mitläufer, der Opponenten, der Gegner.“ Dies gelingt Klönne insgesamt sehr gut und lesenswert. Die Darstellung ist sehr detailreich, und zeigt, wie vielfältig das Spektrum unangepasster Gruppen und loser Personenzusammenhänge bis zum Ende des Regimes blieb.

Ein sehr umfangreiches Werk zur Widerstandsgruppe „Der Rote Stoßtrupp“ hat der Historiker Dennis Egginger-Gonzales mit seiner Dissertation vorgelegt. Zusammengetragen hat der Autor nahezu alles, was sich an Informationen finden lässt – von Personen, deren Zugehörigkeit zum Umfeld der Organisation kaum bestätigt ist, bis hin zu den Hauptprotagonisten des Zusammenhangs. Die Gruppe entfaltete nach Anfängen bereits 1932 vor allem in den Jahren 1933 und 1934 in Berlin größere Aktivitäten, war aber auch in anderen Städten des Landes aktiv. Im Mittelpunkt der Arbeit stand die Herausgabe einer Zeitschrift „Der Rote Stoßtrupp“, die Analysen und Kommentare zur aktuellen Entwicklung brachte und damit Gegeninformation und Gegenöffentlichkeit zu NS-Medien und Propaganda leisten wollte. Ende 1933 habe die Zeitung etwa 7500 Leserinnen und Leser erreicht. Der Autor geht davon aus, dass die Gruppe auch nach einer umfangreichen Verhaftungswelle der Gestapo Ende 1934 noch bis ins Jahr 1937 weiterbestand – auch wenn die Aktivitäten in den Kriegsjahren nur noch sporadisch waren, und die Zeitung nach 1935 nicht mehr erschien. Die Gruppe schickte zudem einige Mitglieder gezielt in Funktionen in NS-Verbänden – um an Informationen zu gelangen und um die anderen Gruppenmitglieder schützen zu können. Politisch reichte die Vernetzung über sozialdemokratische Gruppen hinaus bis zu Kommunisten und Angehörigen der „Zwischengruppen“ wie der SAP bis hin zu vereinzelten Kontakten zu

oppositionellen Nationalsozialisten wie etwa Otto Strasser. Der Autor schildert Aufbau und Aktionen der Gruppe, die handelnden Personen und mögliche politische und strategische Diskussionspunkte. Deutlich wird der große persönliche Mut, und die Ambition, nicht einfach bisherige politische Arbeit im Untergrund weiterführen zu wollen, sondern tatsächlich als Geheimorganisation vorzugehen. So soll der bei der brieflichen Kommunikation verwendete Code auch bis zuletzt von den Verfolgern nicht geknackt worden sein.

Egginger-Gonzales interpretiert den bisherigen Forschungsstand zur Gruppe so, dass die Gruppe meist als „rechtssozialdemokratisch“ eingeordnet werde. Diese Einordnung werde vor allem auf die Herkunft einiger Protagonisten aus konservativen Milieus, auf die Mitarbeit einiger im Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten sowie auf die verbreitete Autorenschaft in den „Neuen Blättern für Sozialismus“ gestützt. Diese Einordnung teilt der Autor nicht, sondern ordnet die Gruppe insbesondere mit Verweis auf ihre positiven Bezugnahmen auf den Gedanken der Einheitsfront der Arbeiterbewegung und ihre scharfe Kritik an der Politik von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik als „linkssozialistisch“ ein.

Breiten Raum nimmt eine Zusammenstellung von Kurzbiographien ein. Viele der Mitglieder der Organisation wurden nach Ende der NS-Herrschaft wieder politisch aktiv – sowohl in der SPD wie auch im Osten in der SED. Für manche im Osten bedeutete dies erneut Verfolgung und Inhaftierung – ein Kapitel der Schande für ein sich als sozialistisch verstehendes Regime. Enthalten sind im Band auch Reproduktionen sämtlicher erhaltener Ausgaben des „Roten Stoßtrupps“. Diese Lektüre ist besonders spannend: Die meist etwa sechs Seiten umfassenden Ausgaben enthalten materialreiche Analysen der ökonomischen Lage, Einschätzungen zur politischen Entwicklung und Informationen über Ereignisse. Erkennbar ist der Anspruch, nicht schlichte Gegenpropaganda zum NS-System zu betreiben, sondern die Lesenden mit Informationen und Einschätzungen zu versorgen, die das eigene Denken und Nachdenken anregen konnten.

Kultur und Arbeiterbewegung

Dem Schaffen John Heartfields (eigentlich: Hellmuth Franz Joseph Herzfeld) ist ein bemerkenswertes Buch von Anthony Coles gewidmet. Auch hier ist der Untertitel etwas irreführend – ein „politisches Leben“ im weiteren Sinne wird nicht thematisiert, dafür aber sehr ausführlich die Arbeiten eines sehr bemerkenswerten politischen Künstlers vorgestellt und erläutert. Coles schreibt zwar einleitend, über den Lebensweg von Heartfield existierten eine Reihe von „Mythen“. Im folgenden orientiert sich der Verfasser aber weitgehend am künstlerischen Schaffen, streift den Lebensweg und auch die politisch-intellektuelle Entwicklung Heartfields eher am Rande, und auch die „Mythen“ werden nicht wirklich ausführlich thematisiert bzw. dekonstruiert.

Heartfield (1891 – 1968) hat sich insbesondere über seine Fotomontagen – oft als Titelbilder der „Arbeiter-Illustrierte Zeitung“ bzw. ihrer Nachfolgepublikationen im Exil veröffentlicht – ins kollektive Bildgedächtnis der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik sowie der beginnenden NS-Diktatur gebracht. Sein Bruder Wieland gehörte als Gründer des Malik-Verlags (für den Heartfield ebenfalls als Gestalter von Titelbildern tätig war) ebenfalls zu den wichtigsten Protagonisten linker Kultur in der Weimarer Republik. Während der NS-Zeit im Exil in Prag sowie dann in London, kehrte Heartfield in die DDR zurück, wo ihm jedoch nur noch wenige neue Werke gelangen.

In seinen politischen Einordnungen der Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung wirkt der Verfasser nicht immer völlig trittsicher, etwa wenn er Karl Kautsky als „einst marxistischen, inzwischen der SPD angehörenden Philosophen und Theoretiker“ bezeichnet, und damit eine so für die 1920er Jahre nicht belegbare Abkehr der SPD vom Marxismus suggeriert. Außerdem sei die DDR zu Recht misstrauisch den Westemigranten gegenüber gewesen – eine den Kontext des Stalinismus völlig ausblendende Einschätzung. In Bezug auf das Schaffen Heartfields hält der Verfasser fest, dieser sei als Kritiker und Satiriker

wesentlich besser gewesen, als dann, wenn er positive Botschaften – beispielsweise bei Wahlaufrufen für die KPD o.ä. – senden sollte, was der Autor auch an diversen Bildern beispielhaft belegen kann. Das Buch besticht durch seine zahlreichen Abbildungen und die genaue Beschreibung der einzelnen Werke. Entstanden ist so ein schöner und detailreicher Überblick über das Schaffen des politischen Künstlers John Heartfield.

Einen hochspannenden Sammelband haben auch die Herausgeber Wolfgang Hesse und Holger Starke zusammengestellt. Der Band bündelt die Ergebnisse eines DFG-Forschungsprojektes samt Ausstellung und wissenschaftlicher Tagung zum Thema „Arbeiterfotografie in Sachsen“ in der Weimarer Republik. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die KPD-nahe „Vereinigung der Arbeiterfotografen Deutschlands“, zu deren Arbeit in sächsischen Archiven offensichtlich eine Reihe von Fundstücken ruhen.

Während einige der Beiträge vor allem die Frage des Umgangs mit den Archivbeständen sowie die Art und Weise der Aufbereitung für die Ausstellung zum Thema haben und damit eher für ein Fachpublikum interessant sind, leisten andere auch einen Beitrag zur Kulturgeschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. In verschiedenen Aufsätzen angesprochen wird die auch auf dem Cover des Bandes abgedruckte Fotografie, die zwei Demonstranten in Sträflingskleidung mit Plakaten für die italienisch-stämmigen Anarchisten Sacco und Vanzetti zeigt, die in den USA in einem fragwürdigen Verfahren zum Tode verurteilt worden waren. Angesprochen wird hier u.a. die Bildkomposition wie auch die politisch ideologische Einbettung des Bildes in verschiedenen Situationen der Verwendung. Die Arbeiterfotografen spielten zudem eine wichtige Rolle in der Dokumentation von Ereignissen, aber auch zur politisch-agitatorischen Untermalung. So wurden viele Bilder auch eingesandt und in den eigenen Verbandspublikationen und später auch zunehmend in der kommunistischen Presse abgedruckt. Auch der Münzenberg-Konzern griff zunehmend auf Bilder der Amateurfotografen zurück. Zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung schreiben vor allem Mike Schmeitzner

und Swen Steinberg. Sehr spannend ist auch der Text von Wolfgang Hesse über ein vom Arbeiter Fritz Zimmermann für seinen Neffen angelegtes Fotoalbum, das dessen Kindheit und Jugend dokumentieren sollte. Interessant ist auch die zunehmende Nutzung der Fotografie, um subversive Aktionen wie die Bemalung von Mauern mit Parolen nicht nur zu dokumentie-

ren sondern so auch einem größeren Adressatenkreis bekannt zu machen.

Der Band ist mit zahlreichen schwarz-weiß-Reproduktionen der Fotos versehen. Leider fallen die Bilder manchmal recht klein aus. Insgesamt ist aber ein ausgesprochen spannender Band gelungen. ■

Rezension: Paul Levi – Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied

von Kai Burmeister¹

Das politische Wirken Paul Levis ist auf das Engste mit unserer seit nunmehr 40 Jahre alten „spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ verbunden. So hat Paul Levi in den Jahren 1923 bis 1928 bereits eine *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* herausgegeben. Dies war 1978 Inspiration für die Gründung unseres Zeitschriftenprojekts unter dem Namen spw. Doch die Verbindung reicht weit über einen Namen hinaus, wie die von Thilo Scholle geschriebene Biographie verdeutlicht. Es ist demnach nicht die einfache Sortierung „Sozialdemokrat“ oder „Kommunist“, die das Denken und Handeln Levis in den 1910er und 1920er Jahren darstellt. Vielmehr drückt sich im Leben Levis die dynamische Beziehung der Arbeiterbewegung und ihrer Ausdrucksformen in Gestalt von politischen Parteien aus.

Geboren im schwäbischen Hechingen arbeitete Levi nach dem Studium der Rechtswissenschaft und Promotion ab 1909 in Frankfurt als Rechtsanwalt. Im gleichen Jahr wurde Levi Mitglied der Sozialdemokratie. 1913 referierte Rosa Luxemburg in Frankfurt-Bockenheim rund um den Zusammenhang von Militarismus, Krieg und Arbeiterbewegung und wurde wegen antimilitaristischer Aussagen und der „Aufforderung zum Ungehorsam“ von der Staatsanwaltschaft angeklagt. Levi übernahm die Verteidigung Luxemburgs. In dieser Zeit entstanden



sowohl eine sehr enge politische Nähe sowie ein intimes privates Verhältnis zwischen beiden.

Beeindruckend sind die Zeilen Levis, in denen er im Gefängnis sitzend vom Tod seiner Genossin und Freundin erfahren hat. „...lagen Zeitungen: Darüber in dicker Balkenschrift geschrieben „Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von der Volksmenge erschlagen“. Das war die Form, in der die Banditen die Ereignisse bekanntgaben, das war die Form, in der ich die Nachricht erfuhr. Es gibt Minuten, die ein langes Leben aufwiegen. Die zwei Minuten nach dem Lesen dieser Zeilen sind solche Minuten gewesen (S. 37). Scholle bemerkt: Mit dem Tod Luxemburgs verlor Levi den zentralen politischen und persönlichen Fixpunkt in seinem Leben. (S. 36).

Detailreich sind die Darstellungen der verschiedenen politischen Stationen Levis zunächst in der Sozialdemokratie, in der Kommunistischen Partei (Kontroverse zur Bedeutung der Nationalversammlung, Vorsitzender und Ausschluss) sowie dann ab 1922 wieder in der Sozialdemokratie. In dieser Zeit galt Levi als pro-

¹ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und im Kreisvorstand der SPD Stuttgart.

minentester Vertreter des linken Parteiflügels, der mit Hilfe der eigenständigen Abonnentenzzeitung spw politische Orientierung bot. Levis Artikel deckten dabei eine hohe Spannweite an Themen ab (Ökonomie, internationale Beziehungen, Sowjetunion u.a.).

Ungeklärt ist das Lebensende Levis. Am Morgen des 9. Februars 1930 stürzte der an einer schweren Lungenentzündung leidende Levi aus dem Fenster seiner Dachgeschosswohnung am Berliner Lützowufer. Ob es Selbstmord oder ein Unfall war, lässt sich nicht mehr aufklären.

Interessant ist die ideengeschichtliche Einordnung Levis als Linkssozialist, der organisationstechnisch und zeitlebend ideologisch zwischen Sozialdemokratie und kommunistischer Bewegung stand und dessen Denken durch eine dialektische Beziehung von Reform und Revolution geprägt war. Scholle führt aus: „Ziel von Paul Levi blieb Zeit seines politischen Lebens die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterbewegung sowie eine Umgestaltung der Wirtschaftsverfassung von einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu einer sozialistischen... Politisch-strategisch waren für ihn sowohl der Kampf um die politischen Instituti-

onen als auch um die Herrschaft innerhalb der ökonomischen Strukturen notwendig. Weder reichte es seiner Meinung nach, zunächst eine demokratische Staatsform zu erkämpfen und die Entscheidung über die Umgestaltung der Ökonomie auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen, noch sei es ausreichend, sich ausschließlich auf die Konflikte innerhalb der Betriebe zu konzentrieren... Führung und inhaltliche Orientierung der Arbeiterinnen und Arbeiter erfolge über die Stringenz und Überzeugungskraft des eigenen Handelns, nicht durch den Versuch, mit gewaltsamen Aktionen eine Kampfbereitschaft auszulösen, die sich eigentlich noch gar nicht herausgebildet habe.“

Mit diesem Buch ist Thilo Scholle eine spannend zu lesende Biographie des politischen Lebens von Paul Levi gelungen. Das Denken Levis hat dabei nicht an Aktualität verloren und kann heute für die SPD-Linken noch wertvoll sein, um sich auf wesentliche Aufgaben zu konzentrieren. Als Kritikpunkt an dem Buch ist festzuhalten: Es hätten gerne noch ein paar mehr Seiten sein dürfen, die die zahlreichen Facetten Levis Handelns als Politiker und Jurist noch näher hätten darstellen können. Eine erweiterte Neuauflage könnte Abhilfe bieten. ■

DL 21 Aktuell

DL21 **FORUM DEMOKRATISCHE LINKE**
DIE LINKE IN DER SPD.

Wie schaffen wir die linke Alternative?

von Hilde Mattheis¹

In der Sommerpause macht die Sammlungsbewegung von Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine von sich reden. In etlichen Artikeln soll die Zielsetzung von „Aufstehen“ umrissen werden, ein offizieller Text soll erst am 04.09.2018 veröffentlicht werden.

Hier zeigen sich viele geweckte Hoffnungen, die alle erst einmal nur zu einer Sammlung von Unterschriften geführt haben.

Es ist schon eine Besonderheit, dass eine Fraktionsvorsitzende neben ihrer Partei was Neues gründet, abgesehen davon, dass in der letzten Legislaturperiode mit gezählten drei Stimmen Mehrheit von Rot-Rot-Grün von der Initiatorin keine Bereitschaft zu einem solchen

¹ Hilde Mattheis, MdB, ist Vorsitzende der DL 21 und stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg.

Bündnis erkennbar war. Klar ist, wir brauchen eine linke Alternative, die sich an grundsätzlichen linken Projekten festmacht.

Die derzeitigen Umfragewerte bestätigen bislang die Argumente, die von der DL21 gegen eine weitere große Koalition vorgebracht worden waren. Große Koalitionen müssen in einer Demokratie die Ausnahme bleiben, sie sind als Bündnis zwischen zwei politischen Lagern nicht geeignet, Alternativen aufzuzeigen. Die Sozialdemokratie kann in einer solchen Konstellation kein Gesellschaftskonzept umsetzen, das auf ihren Grundwerten fußt. Gern greife ich im Folgenden den Gedanken auf, ob es an führender Stelle überhaupt noch die Bereitschaft gibt, für ein solches Konzept einzutreten.

Eine linke Sammlungsbewegung scheint auf den ersten Blick richtig. Es gibt ein großes Bedürfnis nach Veränderung der bestehenden Verhältnisse. Die großen Parteien stehen offensichtlich nicht dafür.

Vergleiche mit erfolgreichen Graswurzelbewegungen gelingen allerdings nur bedingt: So war Momentum seit Gründung an Labour gebunden. Ziel war es, neue Anhänger für Labour zu gewinnen und auf die innerparteiliche Kandidatenaufstellung Einfluss zu nehmen. Auch Our Revolution, gegründet nach der Wahlniederlage von Sanders gegen Hillary Clinton, hat das Ziel, die amerikanische Demokratie zu revitalisieren und für die Demokraten progressive Nachwuchskräfte zu unterstützen.

En Marche ist eine liberale Partei, einzig gegründet und als Bewegung bezeichnet, um Macron als unabhängigen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zu platzieren. Macron wollte damit, wie er es selber sagte, die „als steril empfundene Spaltung zwischen den Parteien überwinden.“ Auch Podemos in Spanien und Syriza in Griechenland waren Bewegungen bzw. zunächst ein Parteienbündnis. Podemos ist jetzt Partei und duldet die Minderheitsregierung des Sozialdemokraten Sanchez. Syriza regiert als ursprüngliche „Koalition der Radikalen Linken“ mit der rechtspopulistischen Partei Anexartiti Ellines. Andere Sammlungsbewegungen sind in Frankreich *Génération.s*, *le mouvement* von Ha-

mon und *La France insoumise* (das unbeugsame Frankreich) von Mélenchon. Beide sind an eine Partei angedockt.

In Italien gibt es außerdem die 5-Sterne-Bewegung. Hierbei handelt es sich um eine teils individualistische und nach rechts anschlussfähige Bewegung bzw. Partei. Sie verdeutlicht, dass Sammlungsbewegungen und die daraus hervorgehenden Parteien in Europa auch in rechte und teils lagerübergreifende Regierungsbündnisse münden können.

Die bisher bekannten Aussagen zur Zielsetzung von „Aufstehen“ sind u.a.: Einen neuen linken Aufbruch organisieren! Die Stärkung der SPD voranbringen! Das weitere Erstarken der AfD verhindern! Alles wichtige Ziele und für sich betrachtet richtig. Aber verträgt sich das mit gleichzeitig geäußerten nationalistischen Tönen einiger Gründungsmitglieder? Nein! Für eine linke Sammlungsbewegung sind die universellen Menschenrechte nicht verhandelbar.

Allerdings beinhalten die Aussagen auch – ich meine zu Recht – eine Anklage an uns Linke in der SPD. Denn es gelingt uns nicht, für die politischen Hoffnungen, Bedürfnisse und Veränderungswünsche in unserem Land Ansprechpartner zu sein. Das liegt sicher an der Mehrheitsentscheidung der Partei für eine große Koalition und an damit verbundene Personalentscheidungen. Aber es liegt auch daran, dass die, die sich links in der Partei verorten, dies mehrheitlich mittragen.

Das, was wir bislang unter Erneuerung ausgerufen haben, ist nicht glaubwürdig. Warum sollten sich auch die, die von der derzeitigen Situation profitieren, selbst hinterfragen?

Wir haben so viele gute Leute, die bereit sind, etwas zu wagen und für die Partei zu kämpfen. Wir sollten nicht warten, bis auch die weg sind. ■

#Digitaler Kapitalismus – Alle Macht den Konzernen?

Kongress am 6. und 7. November 2018, FES Berlin

Die Digitalisierung bedeutet eine Revolution für uns alle. Wie wir leben und arbeiten – das bestimmen zunehmend technologische Innovationen. Die enormen Gewinne streichen eine Hand voll Konzerne ein. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen aber betreffen uns alle. Es ist höchste Zeit, den digitalen Wandel so zu gestalten, dass er auch sozialen Fortschritt bringt. Brauchen wir neue Regeln, um die Monopole der Internet-Konzerne zu brechen? Zerstört der digitale Kapitalismus unseren Sozialstaat? Wie kann die Digitalisierung unsere Städte lebenswerter machen? Das alles und mehr diskutieren wir auf unserem Kongress am **6. und 7. November 2018 in Berlin**.

weitere Informationen und Programm (in Kürze) unter: www.fes.de/digitalcapitalism

spw gestaltet den Kongress mit.

Digitaler Kapitalismus – Mehr Wohlstand oder sozialer Rückschritt?

Tagung am 21. September 2018 von 10 bis 17:30 Uhr in Hannover

Noch vor wenigen Jahren wurde die schöne neue Welt der Digitalisierung von den Medien, der Wissenschaft und fast allen gesellschaftlichen Gruppen begrüßt. Aber mittlerweile mehren sich die Zweifel, ob wir mit der fortschreitenden Digitalisierung auch einen sozialen Fortschritt verbuchen können. Internetkonzerne wie Google, Apple, Facebook oder Amazon geben heute den Takt vor und erweisen sich zunehmend als riesige

Manipulationsmaschinen. Es ist also an der Zeit, sich verstärkt darüber Gedanken zu machen, wie der technologische und ökonomische Wandel gestaltet werden muss, um ein besseres Leben für alle zu gewährleisten. Wie kann unser demokratisches Gemeinwesen gestärkt und wie können Arbeitnehmer_innenrechte ausgebaut werden? Wie muss die reformpolitische Agenda für Wirtschaft und Gesellschaft im 21. Jahrhundert ausschauen?

Diese und andere Fragen werden u.a. mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil, Prof. Dr. Oliver Nachtwey (Universität Basel), dem Vorsitzenden des DGB-Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, Dr. Mehrdad Payandeh und der Arbeitssoziologin Prof. Dr. Kerstin Jürgens diskutiert. In drei Panels und sieben Workshops geht es u.a. um Smart Cities, Solidarische Wirtschaftspolitik, Wandel der Geschlechterverhältnisse durch Digitalisierung sowie Plattformökonomie und künstliche Intelligenz. Der Workshop „Praktische Alternative im digitalen Kapitalismus – Open Source und Open Innovation“ wird durch Ole Erdmann von der spw-Redaktion moderiert.

Die Tagung wird in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt und dem Forum für Politik und Kultur e.V. durchgeführt.

Veranstaltungsort:

Novotel Hannover
Podbielskistraße 21/23
30163 Hannover

Anmeldung:

E-Mail: niedersachsen@fes.de

Programm unter: www.fes.de/niedersachsen.

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Redaktion:

Thorben Albrecht, Claudia Bogedan, Björn Böhning, Kai Burmeister, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Lars Neumann, Katharina Oerder, Michael Reschke, Sarah Ryglewski, Christina Schildmann, Thilo Scholle, Holger Schoneville, Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Ole Erdmann, Gordian Ezazi, Katharina Oerder, Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache • Tel.: +49 177 - 525 049 8 • redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44 309 Dortmund • Tel.: 0231 - 2 02 00 11 • Fax 0231 - 2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

Geschäftsführung:

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • UST-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-), Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. © spw-Verlag/Redaktion GmbH 2018. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis: S. 77 © ferkelraggae - Fotolia.com

Satz und Druck: Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn, 1.-3. Tausend, August/September 2018

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Gerhard Armanski
Monsieur le Capital und Madame la Terre
Blauer Planet im Würgegriff
265 Seiten | € 24.90 | 2015
ISBN: 978-3-89691-712-6
Westfälisches Dampfboot



Jörg Meyer (Hrsg.)
Arbeiten & Feminismus
Gespräche mit Christiane Benner, Monika Brandl, u.a., Nachwort von Christina Klenner
120 Seiten | 2017 | € 11.00
ISBN 978-3-89965-748-7 | VSA-Verlag



Prämienpaket 2

Gabriele Eissenberger
Nicht nur ein Stück Geschichte Chiles
Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung
245 Seiten | € 24.90 | 2014
ISBN: 978-3-89691-962-5
Westfälisches Dampfboot



Eicker-Wolf, Kai / Schreiner, Patrick
Mit Tempo in die Privatisierung
Autobahnen, Schulen, Rente – und was noch?
Neue Kleine Bibliothek 245
194 Seiten | Sept. 2017 | 14.90 €
ISBN 978-3-89438-655-9 | PapyRossa Verlag



Prämienpaket 3

David Harvey
Marx' »Kapital« lesen
Ein Begleiter für Fortgeschrittene und Einsteiger
416 Seiten | unv. Nd. 2017 | € 24.80
ISBN 978-3-89965-415-8 | VSA-Verlag



Andreas Fisahn
Staat, Recht und Demokratie
Eine Einführung in das politische Denken von Marx und Engels, Neue Kleine Bibliothek 258
ca. 160 Seiten | März 2018 | 14.90 €
ISBN 978-3-89438-664-1 | PapyRossa Verlag

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- ☐ Ich möchte ein **spw**-Probeabo!
- Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.
- ☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- ☐ Normal-Abo 39,00 € Inland (inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- ☐ Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3
- ☐ Ich bin mit der Verwendung meiner persönlichen Daten und der Speicherung einverstanden. Siehe Datenschutzerklärung auf www.spw.de

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon (freiwillige Angabe) _____

E-Mail (freiwillige Angabe) _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

IBAN _____ BIC _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

- ☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Umfang von bis zu 88 Seiten pro Ausgabe. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.